

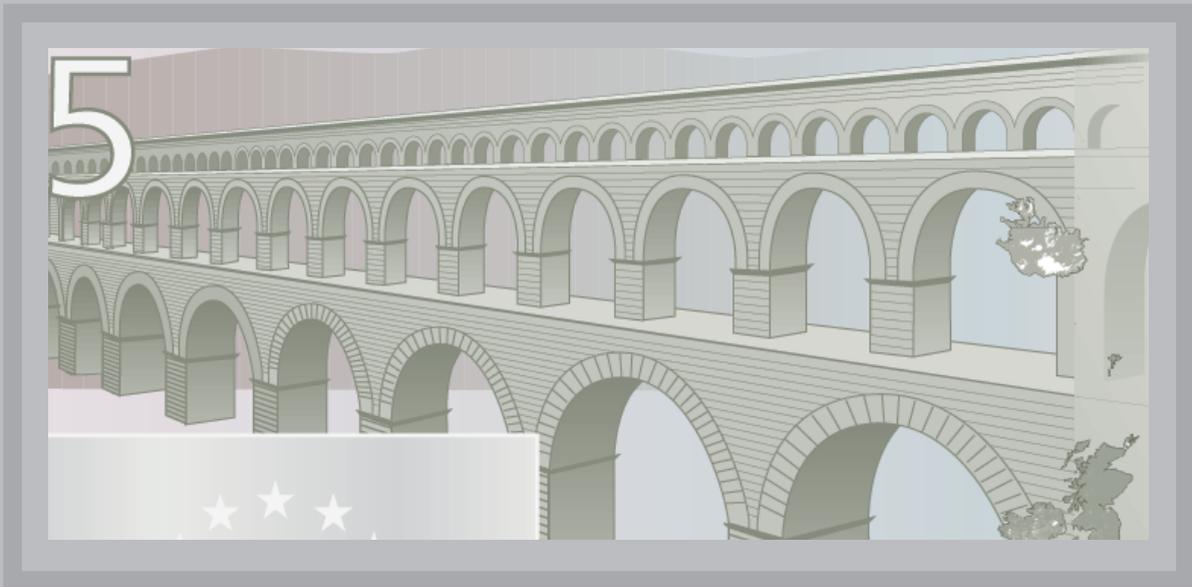


OESTERREICHISCHE NATIONALBANK

INTEGRALER BESTANDTEIL DES
EUROPÄISCHEN SYSTEMS DER ZENTRALBANKEN

G E S C H Ä F T S B E R I C H T 2 0 0 0







BERICHT ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 2000
MIT JAHRESABSCHLUSS 2000



Schon im zweiten Jahr seit Gründung der Währungsunion ist der hohe volkswirtschaftliche Nutzen der währungs-politischen Integration deutlich geworden. Obwohl im Berichtsjahr alle Länder des Euroraums vom Wirtschaftsaufschwung profitiert haben, war doch ein regional sehr unterschiedlicher Konjunkturzyklus zu beobachten, der – ebenso wie die Kursschwankungen des US-Dollar – innerhalb des Euroraums keine Auswirkungen auf die Wechselkurse bzw. die Wechselkursenerwartungen und die daraus resultierenden destabilisierenden Effekte haben konnte.

Die generell hohe Wachstumsdynamik schwächte sich in der zweiten Jahreshälfte ab. Ein maßgebender Grund dafür dürften die wegen der steigenden Ölpreise rückläufigen realen Einkommen der privaten Haushalte gewesen sein. Dennoch ließen sowohl die realwirtschaftlichen Daten als auch die monetären Indikatoren ein deutlich höheres Risiko für die Preisstabilität erkennen. Das Eurosystem reagierte darauf mit einer vorausschauenden Zinspolitik.

Auch in Österreich kam es in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres zu einer merklichen Verlangsamung des Wirtschaftswachstums. Bemerkenswert waren die hohe Exportnachfrage und – damit verbunden – die Expansion der Sachgütererzeugung sowie die anhaltend rege Investitionstätigkeit. Bezogen auf das gesamte Jahr wurde die stärkste reale BIP-Zunahme seit 1990 erreicht. Entsprechend günstig war die Lage auf dem Arbeitsmarkt, wobei vor allem auf die niedrige Arbeitslosenquote zu verweisen ist. Der Inflationsdruck hat sich

erhöht, aber unter Berücksichtigung der breiten Palette von verursachenden Faktoren (Ölpreis, US-Dollar-Kurs, Erhöhung indirekter Steuern, Konjunkturreffekt) kann der Preisanstieg als durchaus moderat bezeichnet werden. Im Gegensatz zu früheren Jahren hat die Wettbewerbsintensität auf den liberalisierten Märkten eine entscheidende Bedeutung für diese Entwicklung. Im Hinblick auf den budgetären Konsolidierungsprozess hat unser Land im europäischen Vergleich zwar keine Vorreiterrolle, aber die im Sommer des Berichtsjahres von der Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen lassen erkennen, dass die Erfüllung des Stabilitäts- und Wachstumspakts auch von Österreich als unverzichtbare Bedingung der Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union gesehen wird.

Die Oesterreichische Nationalbank hat in den vergangenen Jahren den Wandel zu einem Dienstleistungsunternehmen vollzogen, ihre Beteiligungen auf den Zahlungsmittelsektor konzentriert und die Organisations- sowie die Führungsstrukturen nach modernen betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ausgerichtet. Im Besonderen sind die analytischen Funktionen des Instituts ausgebaut worden, und die Öffentlichkeitsarbeit wird nach dem Grundsatz der Kommunikation mit verschiedenen Zielgruppen geführt. Die bevorstehende Einführung des Eurobargelds ist für das Institut eine historische Herausforderung, in logistischer ebenso wie in kommunikationspolitischer Hinsicht.

Präsident
Adolf Wala

Seit Beginn der Währungsunion im Jahr 1999 nützen rund 300 Millionen Menschen im Eurogebiet die Chancen dieses leistungsfähigen Währungs- und Wirtschaftsraums. Inzwischen profitieren zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Union von den positiven Auswirkungen dieses historisch einzigartigen Integrationsprojekts. Mit der Währungsunion wurde unter anderem ein eindrucksvoller Prozess der Finanzmarktintegration, der Inflationssenkung und der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen in Gang gesetzt. Der Wegfall der Wechselkursrisiken und die erhöhte Preistransparenz haben den innereuropäischen Handel entscheidend stimuliert. Der Euro ist zu einem stabilen Eckpfeiler im internationalen Währungssystem geworden und zählt gemeinsam mit dem US-Dollar zu den weltweit führenden Währungen.

Dem vorrangigen Ziel des Eurosystems entsprechend, Preisstabilität und damit Kaufkraft zu sichern, galt es für den EZB-Rat im abgelaufenen Jahr den von Ölpreisanstieg und Eurowechselkurs ausgehenden Inflationsrisiken rechtzeitig entgegenzusteuern. Dieses Ziel wurde mit einer vorausschauenden Zinspolitik erreicht, wobei sich das Zwei-Säulen-Konzept der geldpolitischen Strategie in der Praxis überzeugend bewährt hat. Mit seiner erfolgreichen Geldpolitik, die sich in einer der weltweit niedrigsten Inflationsraten widerspiegelt, leistete das Eurosystem einen bedeutenden Beitrag zu einem robusten, nicht inflationären Wachstum im Euroraum und einer weiter sinkenden Arbeitslosigkeit. Diese ersten Erfolge der Währungsunion dürfen jedoch nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.

Daher sind – im Rahmen einer zunehmend koordinierten Wirtschaftspolitik – neben einer nachhaltigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte gemäß dem Stabilitäts- und Wachstumspakt die bereits eingeleiteten Struktur-

reformen auf den Güter-, Arbeits-, Finanzmärkten und insbesondere auch in den Bereichen der Altersvorsorge und des Gesundheitswesens energisch voranzutreiben, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Euroraums sicherzustellen und damit weiterhin Wachstum und Beschäftigung zu fördern. Auch Österreich hat seinen Beitrag dazu zu liefern.

Die OeNB hat sich bisher bei der Erfüllung der vielfältigen und erweiterten Aufgaben im Eurosystem im Wettbewerb der Zentralbanken sehr gut behauptet. Nun steht mit der Eurobargeldeinführung – sowohl in logistischer als auch in kommunikationspolitischer Hinsicht – eine weitere, große Herausforderung unmittelbar bevor. So sind z. B. allein in Österreich ab 1. Jänner 2002 innerhalb weniger Wochen 360 Mio Eurobanknoten und rund 1'5 Mrd Euromünzen für Wirtschaft und Bevölkerung bereitzustellen. Die Vorbereitungen im Eurosystem und insbesondere bei der OeNB und ihren dabei eingeschalteten Tochtergesellschaften laufen planmäßig. Die OeNB und die EZB werden die Bevölkerung und Wirtschaft für diesen Umstellungsprozess laufend mit Informationen begleiten.

Besonderes Augenmerk wird auch auf eine korrekte Umrechnung aller Preise auf Euro zu legen sein. Durch die Einführung des Eurobargelds und seine tägliche Verwendung wird der Euro erlebbar werden. Das sollte einen positiven psychologischen Schub auslösen und somit wesentlich zur Hebung der Akzeptanz des Euro in Wirtschaft und Gesellschaft beitragen.

Die Währungsunion und der Euro sind sehr gut gestartet – nun liegt es an uns allen, daraus einen erfolgreichen Weg europäischer Integrationspolitik zu formen.

Gouverneur
Dr. Klaus Liebscher



Zeichenerklärung

–	=	Zahlenwert ist Null
..	=	Angabe liegt zur Zeit der Berichterstattung nicht vor
×	=	Eintragung kann aus sachlichen Gründen nicht gemacht werden
0	=	Eine Größe, die kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit ist
∅	=	Durchschnitt
–	=	Neue Reihe

Rundungen können Rechendifferenzen ergeben.

Abkürzungsverzeichnis

AGM	Austrian Growth Market	HVPI	Harmonisierter Verbraucherpreisindex
AktG	Aktiengesetz	IDA	International Development Association
APSS	Austrian Payments System Services	IRC	International Relations Committee
ARGE SZS	Arbeitsgemeinschaft Sicherheit in Zahlungssystemen	IT	Informations- und Kommunikationstechnologie
ARTIS	Austrian Real-Time Interbank Settlement	IWF	Internationaler Währungsfonds
ASEAN	Association of South East Asian Nations	JVI	Joint Vienna Institute
A-SIT	Zentrum für sichere Informationstechnologie – Austria	KMOG	Kreditmarktoffensive-Gesetz
ASVG	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz	M&A	Mergers and Acquisition
ATX	Austrian Traded Index	M3	Geldmenge M3
BAC	Banking Advisory Committee	MFI	Monetäre Finanzinstitute
BFE	Broad Forecasting Exercise	MOEL	Mittel- und Osteuropäische Länder
BGBL	Bundesgesetzblatt	MONSTAT	Monetäre Statistik
BIP	Bruttoinlandsprodukt	MoU	Memorandum of Understanding
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich	MS	EU-Mitgliedstaaten
BMF	Bundesministerium für Finanzen	NBG	Nationalbankgesetz
BoG	Board of Governors	NEWEX	New Europe Exchange
BoJ	Bank of Japan	NFE	Narrow Forecasting Exercise
BSC	Banking Supervision Committee	NZBen	Nationale Zentralbanken
BVA	Bundesvoranschlag	OeBS	Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH
BWG	Bankwesengesetz	OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
CLS	Continuous Linked Settlement Bank	OeKB	Oesterreichische Kontrollbank
CPPS	Committee on Payment and Settlement System	OeNB	Oesterreichische Nationalbank
EBA	Euro-Banking Association	OFC	Offshore Financial Centers
EBK	Elektronische Bankenkommunikation	ÖBB	Österreichische Bundesbahnen
EBRD	European Bank of Reconstructing and Development	ÖBFA	Österreichische Bundesfinanzierungsagentur
ECOFIN-Rat	Economic and Finance Ministers Council	ÖTOB	Österreichische Termin- und Optionenbörse
ECSDA	European Central Securities Depository Association	PRGF	Poverty Reduction and Growth Facility
EDIFACT	Electronic Data Interchange for Administration, Commerce and Trade	QM	Qualifizierte Mehrheit
EFF	Erweiterte Fondsfazilität	RTGS	Real-Time Gross Settlement System
EG	Europäische Gemeinschaft	SDDS	Special Data Dissemination Standard
EG-V	EG-Vertrag	STF	Systemtransformationsfazilität
EK	Europäische Kommission	STUZZA	Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr
EMAS	Environmental Management and Audit Scheme	SUERF	Société Universitaire Européenne de Recherches Financières
EP	Europäisches Parlament	S.W.I.F.T.	Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication
ESVG	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen	SZR	Sonderziehungsrecht
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken	TARGET	Trans-European Automated Real-time Gross settlement Express Transfer
EU	Europäische Union	UN	United Nations
EURIBOR	Euro Interbank Offered Rate	UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
EUROSTAT	Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaft	ViDX	Vienna Dynamic Index
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum	VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
EZB	Europäische Zentralbank	VPI	Verbraucherpreisindex
FATF	Financial Task Force on Money Laundering	WFA	Wirtschafts- und Finanzausschuss
FED	Federal Reserve System	WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
FOMC	Federal Open Market Committee	WIIW	Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche
FSF	Forum für Finanzstabilität	WKM	Wechselkurs- und Interventionsmechanismus
GFR	Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung	WTO	World Trade Organization
GKE	Großkreditevidenz	WWU	Wirtschafts- und Währungsunion
HIPC	Heavily Indebted Poor Countries		

GENERALRAT, STAATSKOMMISSÄR, DIREKTORIUM UND PERSONELLE VERÄNDERUNGEN, ORGANISATION DER BANK

Generalrat, Staatskommissär	10
Direktorium, Personelle Veränderungen	11
Organisationsplan	12

BERICHT DES DIREKTORIUMS ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 2000

Zwei Jahre erfolgreiche europäische Währungsunion und die OeNB	16
Geldpolitik des Eurosystems sichert Preisstabilität	20
<i>Mitwirkung der OeNB bei geldpolitischen Entscheidungen im EZB-Rat</i>	20
<i>Geldpolitische Strategie des Eurosystems</i>	24
<i>Zinspolitische Entscheidungen des Eurosystems</i>	25
<i>Wirtschaftliche Rahmenbedingungen für die geldpolitischen Entscheidungen im Euroraum</i>	28
Effiziente Durchführung der Geldpolitik	41
<i>Geldpolitische Instrumente</i>	41
<i>Zahlungsverkehr</i>	43
Offene Kommunikation und Transparenz	47
Zügige Vorbereitung des Euro bargeldumtausches 2001/02	51
<i>Geldversorgung, Qualität und Sicherheit des Bargeldumlaufs</i>	51
<i>Bargeldumtausch 2001/02</i>	52
Kompetenter Dialogpartner zwischen Eurosystem und Österreich	55
<i>Informations- und Kompetenzzentrum für die österreichische Wirtschaftspolitik</i>	55
<i>Wirtschaftliche Entwicklung in Österreich</i>	59
Wahrung der Finanzmarktstabilität	70
<i>Internationale Finanzarchitektur</i>	70
<i>Österreichische Finanzmärkte</i>	72
Anerkannte Brücke zwischen Ost und West	86
<i>Spektrum der Kooperation der OeNB mit mittel- und osteuropäischen Reformländern</i>	86
<i>Wirtschaftsentwicklung in ausgewählten Reformländern</i>	87
Intensive Einbindung der OeNB in internationalen Organisationen	98
<i>Europäische Union</i>	98
<i>Finanz- und Wirtschaftsorganisationen</i>	102
Die OeNB als dynamisches Unternehmen	106
Annex	110
<i>A. Chronik der geldpolitischen Entscheidungen des Eurosystems</i>	110
<i>B. Für den österreichischen Finanzsektor relevante Gesetze im Jahr 2000</i>	114
<i>C. Ausgewählte Publikationen der OeNB in den Jahren 1999 und 2000</i>	117

JAHRESABSCHLUSS 2000 DER OESTERREICHISCHEN NATIONALBANK

Bilanz zum 31. Dezember 2000	124
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2000	126
Anhang zum Jahresabschluss 2000	127
<i>Generelle Bemerkungen zum Jahresabschluss</i>	127
<i>Kapitalbewegungen</i>	131
<i>Überblick über die Entwicklung der Währungspositionen der OeNB im Geschäftsjahr 2000</i>	132
<i>Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz</i>	132
<i>Erläuterungen zu einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung</i>	149
<i>Direktorium, Generalrat</i>	153
<i>Bestätigungsvermerk der Abschlussprüfer</i>	154
<i>Bilanzgewinn und Gewinnverwendungsvorschlag</i>	155

BERICHT DES GENERALRATS ZUM GESCHÄFTSBERICHT UND JAHRESABSCHLUSS 2000

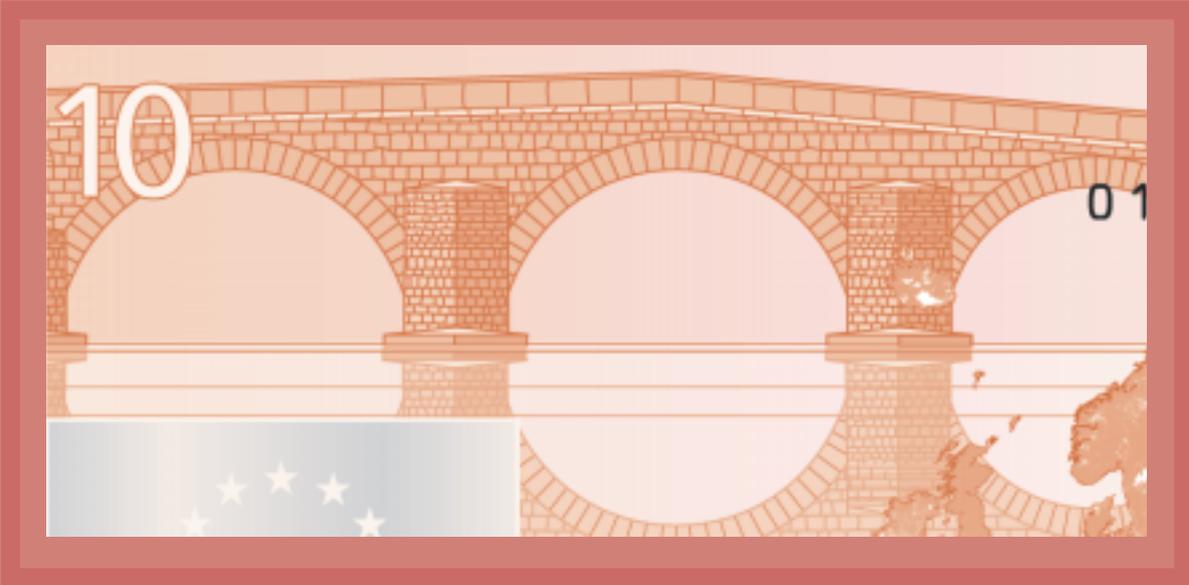
157

TABELLENTEIL

Verzeichnis	3*
-------------	----

Redaktionsschluss:

19. April 2001



Generalrat, Staatskommissär,
Direktorium
und personelle Veränderungen,
Organisation der Bank

Generalrat, Staatskommissär

Stand per 31. Dezember 2000

Adolf Wala

Präsident

Herbert Schimetschek

Vizepräsident

Generaldirektor

der UNIQA Versicherungen AG

Dipl.-Ing. August Astl

Generalsekretär der Präsidentenkonferenz

der Landwirtschaftskammern Österreichs

Dr. Rene Alfons Haiden

Generaldirektor i. P.

der Bank Austria AG

Mag. Werner Muhm

Direktor-Stellvertreter der Kammer

für Arbeiter und Angestellte für Wien

Helmut Elsner

Generaldirektor

der Bank für Arbeit und Wirtschaft AG

Mag. Max Kothbauer

Generaldirektor

der Österreichischen Postsparkasse AG

bis 30. November 2000

Mag. Dr. Walter Rothensteiner

Generaldirektor

der Raiffeisen Zentralbank Österreich AG

Univ.-Prof. DDr. Helmut Frisch

Vorsitzender des Aufsichtsrats

der Österreichischen Postsparkasse AG

bis 30. November 2000

Dr. Richard Leutner

Leitender Sekretär

des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Dipl.-Ing. Karl Werner Rüsich

Landesrat a. D.

2. Vizepräsident der OeNB a. D.

Dkfm. Lorenz R. Fritz

Generalsekretär

der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Dipl.-Ing. Johann Marihart

Generaldirektor

der Agrana Beteiligungs-AG

Dkfm. R. Engelbert Wenckheim

Vorstand

der Getränkeindustrie Holding AG

Gemäß § 22 Abs. 5 des Nationalbankgesetzes 1984 vom Zentralbetriebsrat

bei Verhandlungen über Personal-, Sozial- und Wohlfahrtsangelegenheiten entsendet:

Mag. Thomas Reindl

Vorsitzender des Zentralbetriebsrats

Dr. Martina Gerharter

Stellvertretende Vorsitzende des Zentralbetriebsrats

Staatskommissär

Dr. Walter Ruess

Ministerialrat

im Bundesministerium

für Finanzen

Staatskommissär-Stellvertreter

Univ.-Doz. Dr. Heinz Handler

Sektionsleiter

im Bundesministerium

für Wirtschaft und Arbeit

Direktorium

Stand per 31. Dezember 2000



Dr. Klaus Liebscher
Gouverneur

Mag. Dr. Wolfgang Duchatzcek
Direktor

Mag. Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell
Vize-Gouverneurin

Mag. Dr. Peter Zöllner
Direktor

Personelle Veränderungen

vom 14. April 2000 bis 19. April 2001

In der konstituierenden Sitzung des Zentralbetriebsrats vom 8. Mai 2000 wurde an Stelle von Gerhard *Valenta* Mag. Thomas *Reindl* zum Vorsitzenden und Dr. Martina *Gerharter* zur stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralbetriebsrats mit Wirkung vom selben Tag gewählt.

Mit der regelmäßigen Generalversammlung vom 18. Mai 2000 endete die Funktionsperiode von Generalrat Dkfm. Dr. Siegfried *Sellitsch*. An seiner Stelle wurde in derselben Sitzung der Generaldirektor der Österreichischen Postsparkasse AG, Mag. Max *Kothbauer*, zum Mitglied des Generalrats gewählt. Ferner wurde das Mitglied des Generalrats, Dr. Walter *Rothensteiner*, dessen Funktionsperiode mit der Generalversammlung 2000 ausgelaufen ist, wieder gewählt.

Präsident Adolf Wala	Vizepräsident Herbert Schimetschek	
Referat des Präsidenten L DDr. Richard Mader		
Direktorium		
Ressort Notenbankpolitik Gouverneur Dr. Klaus Liebscher	Ressort Volkswirtschaft und Finanzmärkte Vize-Gouverneurin Mag. Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell	
Referat des Gouverneurs L Mag. Dr. Wolfgang Ippisch		
Innenrevision AL Wolfgang Winter		
Sekretariat des Direktoriums/Öffentlichkeitsarbeit L Mag. Wolfdietrich Grau		
Abteilung für Planung und Controlling AL Mag. Gerhard Hohäuser		
Jubiläumsfonds L Dr. Wolfgang Höritsch		
Hauptabteilung		
Rechnungswesen DHA Michael Wolf		
Abteilung Bilanzierung AL Friedrich Karrer		
Abteilung Zentralbuchhaltung AL Otto Panholzer		
Hauptabteilung		
Recht und Beteiligungen DHA Dr. Bruno Gruber		
Rechtsabteilung AL Dr. Hubert Mölzer		
Beteiligungsmanagement		
	Hauptabteilung	
	Volkswirtschaft HAL Mag. Dr. Peter Mooslechner	
	Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen AL Mag. Dr. Ernest Gnan	
	Abteilung für volkswirtschaftliche Studien AL DRR Mag. Dr. Eduard Hochreiter	
	Abt. f. Integrationsangelegenheiten u. Internat. Finanzorganisationen AL Mag. Franz Nauschnigg	
	Abteilung für die Analyse wirtschaftl. Entwicklungen im Ausland AL Mag. Dr. Kurt Pribil	
	Repräsentanz Brüssel Mag. Dr. Reinhard Petschnigg	
	Repräsentanz Paris Mag. Andreas Breitenfellner ¹⁾	
	Hauptabteilung	
	Analyse und Revision HAL Mag. Andreas Ittner	
	Abteilung für Finanzmarktanalyse AL DRR Dkfm. Helga Mramor	
	Abteilung für Bankenanalyse und -revision AL DRR Peter Mayerhofer	
	Kreditabteilung AL Mag. Dr. Franz Richter	
	Hauptreferat	
	Zukunftsfragen und Zentralbankentwicklung HAL Mag. Peter Achleitner	

- AL Abteilungsleiter
- DHA Direktor der Hauptabteilung
- DRR Direktionsrat
- DZA Direktor und Leiter der Zweiganstalt
- HAL Hauptabteilungsleiter
- L Leiter
- LZA Leiter der Zweiganstalt
- TL Technischer Leiter

Ressort Informationsverarbeitung und Geldwesen
Direktor Mag. Dr. Wolfgang Duchatzek

Hauptabteilung

Informationsverarbeitung und Zahlungsverkehr
HAL Wolfgang Pernkopf

Abteilung für DV-Entwicklung
AL Dr. Reinhard Auer

Abteilung für den Betrieb des Rechenzentrums
AL DRR Rudolf Kulda

Zahlungsverkehrsabteilung
AL Mag. Andreas Dostal

Hauptabteilung

Hauptkasse und Zweiganstalten
DHA Alfred Scherz

Banknoten- und Münzenkasse
AL Dr. Stefan Augustin

Hausdruckerei
TL Gerhard Habitzi

Zweiganstalten-Koordination
AL DRR Peter Weihs

Bregenz
DZA Helmut Höpperger

Eisenstadt
DZA Mag. Friedrich Fasching

Graz
DZA Mag. Dr. Gerhard Schulz

Innsbruck
DZA Dr. Günther Federer

Klagenfurt
DZA Günter Willegger

Linz
DZA Mag. Dr. Axel Aspetsberger

Salzburg
DZA Elisabeth Kollarz

St. Pölten
LZA Horst Walka

Ressort Investitionspolitik und Interne Dienste
Direktor Mag. Dr. Peter Zöllner

Personalabteilung
AL DRR Dkfm. Maria Zojer

Hauptabteilung

Treasury
HAL Mag. Dr. Rudolf Trink

Abteilung für Veranlagungsstrategie und -risiko
AL Mag. Rudolf Kreuz

Treasury - Front Office
AL Mag. Walter Sevcik

Treasury - Back Office
AL DRR Dr. Gerhard Bertagnoli

Repräsentanz London
Elisabeth Antensteiner

Repräsentanz New York
Mag. Robert Reinwald

Hauptabteilung

Organisation und Interne Dienste
HAL Mag. Albert Slavik

Organisationsabteilung
AL Dr. Norbert Weiß¹⁾

Administrationsabteilung
AL Dipl.-Ing. Roland Kontrus

Abteilung für Sicherheitsangelegenheiten
AL Ing. Erich Niederdorfer

Abteilung für Post- und Aktenwesen
AL Alfred Tomek

Hauptabteilung

Statistik
HAL Mag. Dr. Aurel Schubert

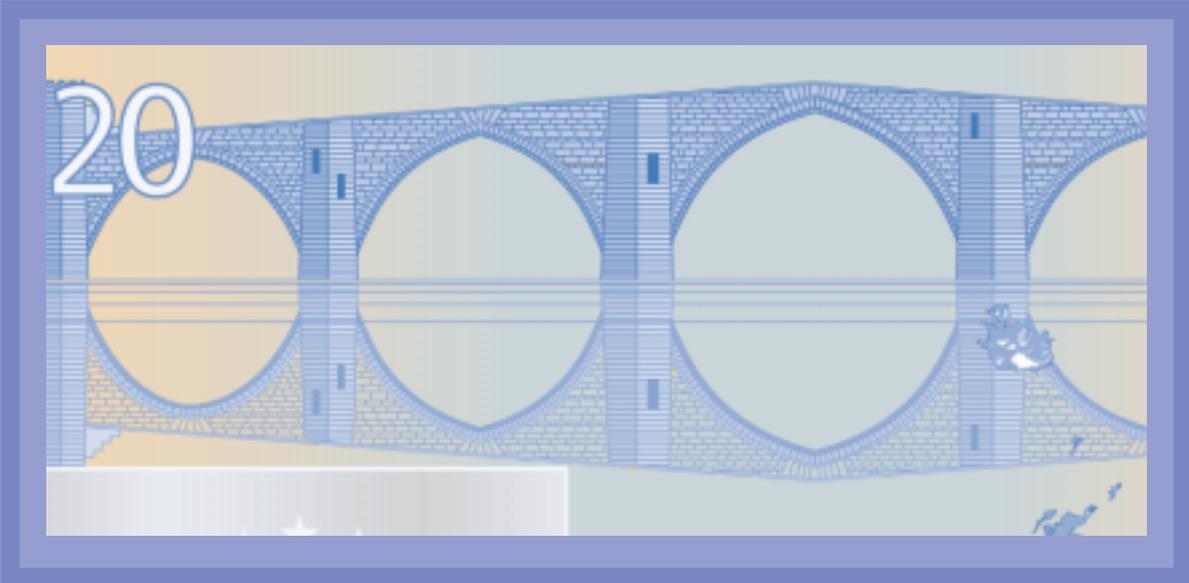
Abteilung für Bankenstatistik und Mindestreserve
AL Mag. Dr. Alfred Rosteck

Abteilung für Zahlungsbilanzangelegenheiten
AL Eva-Maria Nesvadba

¹ Mit Wirkung vom 1. Mai 2001.

² Umweltbeauftragter.

Stand per 19. April 2001





Bericht des Direktoriums
über das Geschäftsjahr 2000

Zwei Jahre erfolgreiche europäische Währungsunion und die OeNB

Seit dem Beginn der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) am 1. Jänner 1999 ist das Eurosystem für die gemeinsame Geldpolitik von elf EU-Ländern¹⁾ zuständig. Nach dem Eintritt Griechenlands als zwölftes Teilnehmerland mit 1. Jänner 2001 ist der Euro die Währung eines Wirtschaftsraums von knapp über 300 Mio. Einwohnern und einer mit den USA vergleichbaren Wirtschaftskraft.

Träger der Währungsunion ist das unabhängige Europäische System der Zentralbanken (ESZB). Es setzt sich aus der Europäischen Zentralbank (EZB) und den Nationalen Zentralbanken (NZBen) aller 15 Mitgliedstaaten der EU zusammen. Neben den Mitgliedern des Eurosystems umfasst es auch die NZBen der Mitgliedstaaten, für die eine Ausnahmeregelung gilt, das heißt, die den Euro mit Beginn der dritten Stufe der WWU noch nicht eingeführt haben.²⁾

Die WWU war in den ersten zwei Jahren ihres Bestehens von makroökonomischen Erfolgen gekennzeichnet. Die Konjunktur im Euroraum hat sich belebt, die Preise blieben weitgehend stabil, die Arbeitslosenquote ging merklich zurück, die Budgetdefizite konnten erheblich reduziert werden, und die für die Konkurrenzfähigkeit erforderlichen Strukturreformen zeigten in vielen Branchen Fortschritte. Der gemeinsame Währungsraum hat überdies die wirtschaftliche Konvergenz der teilnehmenden Länder sowie die Integration der europäischen Finanzmärkte forciert – Bedingungen, die auch den Wirtschaftsstandort Österreich für Investoren attraktiver machten. Der Euro ist auf gutem Weg, seine Position als internationale und welt-

weit akzeptierte Währung auszubauen und damit zu einem stabilen Eckpfeiler im internationalen Währungssystem zu werden (siehe Kasten 1). Der mit der Einführung des Euro verbundene Wegfall der Wechselkursrisiken hat die Unsicherheiten in den Erwartungen der Unternehmen und die Transaktionskosten verringert. Diese gute wirtschaftliche Entwicklung zeigt, dass sich das Eurosystem mit dem vorrangigen Ziel der mittelfristigen Sicherung der Preisstabilität, einer klaren geldpolitischen Zwei-Säulen-Strategie und flexiblen geldpolitischen Instrumenten bestens bewährt sowie reibungslos und effizient funktioniert hat.

Die Teilnahme Österreichs an der WWU bedeutete für die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) – wie auch für die NZBen aller anderen Teilnehmerländer – eine große Umstellung. Die Transformation der OeNB in einen integralen Bestandteil des ESZB ist problemlos gelungen. Seit 1. Jänner 1999 liegt die ausschließliche Verantwortung für die einheitliche Geldpolitik beim unabhängig agierenden EZB-Rat, dem höchsten Beschlussorgan des Eurosystems, in dem der Gouverneur der OeNB mit Sitz und gleichberechtigter Stimme vertreten ist. Die im EG-Vertrag (EG-V) vorgesehene Aufgabenverteilung innerhalb des Eurosystems verdeutlicht, dass die NZBen im Rahmen der gemeinsamen Geldpolitik klare und umfangreiche Aufgaben zu erfüllen haben. Darüber hinaus hat die OeNB aber auch im nationalen und autonomen Wirkungsbereich wichtige Aktivitäten wahrzunehmen.

1 Belgien, Deutschland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Finnland.

2 Um die komplexe Struktur des ESZB transparenter und verständlicher zu machen, beschloss der EZB-Rat, den Begriff Eurosystem für jenen Teil des ESZB zu verwenden, der aus der EZB sowie den NZBen der an der WWU teilnehmenden Mitgliedstaaten besteht.

Aufgaben im Eurosystem

Fundierte Analysen

für geldpolitische Entscheidungen

Die volkswirtschaftlichen Analysen der OeNB bilden die Basis für ihre geldpolitischen Positionen im Eurosystem. Speziell für jede der in 14-tägigem Rhythmus stattfindenden EZB-Ratssitzungen bereitet der Mitarbeiterstab der OeNB umfangreiche Basisunterlagen für die Entscheidungsfindung vor. Seit Bestehen der WWU hat der EZB-Rat insgesamt acht zinspolitische Beschlüsse gefasst. Zur Evaluierung und Weiterentwicklung der geldpolitischen Strategie sowie zu den laufenden Anpassungen des Instrumentariums liefert die OeNB in zahlreichen Arbeitsgruppen ihre Beiträge.

Erhebung

verlässlicher statistischer Daten

Die OeNB sammelt regelmäßig die für das Eurosystem erforderlichen österreichischen Monetär-, Zahlungsbilanz- und Finanzmarktdaten, prüft und verarbeitet sie und übermittelt die Ergebnisse an die EZB. Diese verarbeitet die Daten mit jenen der anderen Euroländer zu den entscheidungsrelevanten Euroaggregaten. Auch die Weiterentwicklung der Eurostatistiken wird von der OeNB im Rahmen der zuständigen europäischen Arbeitsgruppen aktiv mitgestaltet.

Reibungslose Umsetzung der operativen Geldpolitik

Die Dezentralisierung des operativen Zentralbankgeschäfts im Eurosystem ermöglicht es, die Infrastruktur und die Erfahrungen der NZBen bei der Abwicklung geldpolitischer Operationen zu nutzen. Die OeNB als Kenner des österreichischen Marktes wickelt die

Offenmarktgeschäfte (das Hauptrefinanzierungsgeschäft in wöchentlichem Rhythmus) mit den Kreditinstituten effizient ab, hält die Mindestreserven und fungiert als Systemträger in dem aus geldpolitischer Sicht zunehmend an Relevanz gewinnenden Zahlungsverkehr.

Eurobargeldvorbereitung läuft auf Hochtouren

Die EZB und die NZBen werden für die Ausgabe des Eurobargelds zuständig sein. Die Produktion und Ausgabe der Eurobanknoten erfolgt in Österreich durch die OeNB und ihre Beteiligungsunternehmen. Die Arbeiten zur bevorstehenden Eurobargeldeinführung zum Jahreswechsel 2001/02 laufen auf Hochtouren und erfordern von der OeNB intensive technische, logistische und mediale Aktivitäten. In Österreich beträgt der Erstbedarf an Eurobanknoten rund 360 Mio Stück, jener an Euro- und Centmünzen rund 1,5 Mrd Stück (das sind 8.000 t).

Erfolgreiches Management der Reserven

Seit Beginn der WWU verwaltet die OeNB einen Teil der Währungsreserven des Eurosystems. Durch eine effiziente Veranlagungsstrategie werden unter Berücksichtigung der währungspolitisch erforderlichen Aspekte der Sicherheit und Liquidität die möglichen Rentabilitätsspielräume genutzt. Im Einklang mit den vom Eurosystem vorgegebenen Kriterien führt die OeNB ein höchst ertragreiches Management der Reserven durch.

**Schnittstelle zwischen
Eurosystem und Österreich**
Informationsdrehscheibe zwischen dem
Eurosystem und der österreichischen
Wirtschaftspolitik

Die OeNB als ökonomisches Kompetenzzentrum bildet durch die Erstellung fundierter Studien und monetärer Statistiken sowie der Organisation zahlreicher Fachkonferenzen, Workshops und Seminare die Informationsschnittstelle zwischen dem Eurosystem und der österreichischen Wirtschaftspolitik. Dazu gehört auch die

wirkungsvolle und transparente
Information

der Medien, der Bevölkerung und der Fachöffentlichkeit. Dies inkludiert die laufende Aufklärung in Österreich über die vom Eurosystem verfolgte geldpolitische Strategie bei Kontinuität der traditionellen Kriterien, wie Vertrauen, Stabilität der Währung und Sicherheit der Banknoten.

**Nationale Aufgaben
und Aktivitäten**

Träger der Finanzmarktstabilität

Fragen zur Finanzarchitektur, besonders zur Finanzmarktstabilität und -aufsicht, haben in den letzten Jahren auf Grund der großen Veränderungen in diesem Bereich und der jüngsten internationalen Finanzkrisen stark an Bedeutung gewonnen. Dies führte auf nationaler und internationaler Ebene zu einer regen Diskussion, aus der bereits konkrete Stabilisierungsansätze resultierten. Die OeNB ist in allen relevanten nationalen und internationalen Arbeitsgruppen – teilweise in führender Rolle – vertreten und trägt wesentlich zur Umsetzung festgelegter Richtlinien in Österreich bei. Durch die effiziente und schlag-

kräftige Mitwirkung bei der Bankenaufsicht gewährleistet sie eine hohe Finanzmarktstabilität in Österreich.

Umfangreiche Ostexpertise

Seit Jahren fungiert die OeNB als anerkannte Brücke zwischen den westlichen Ländern und den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas (MOEL). Durch die Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder – und die Kooperationserfahrung mit ihnen – hat die OeNB eine Expertise aufgebaut, die die MOEL, aber auch die EU-Institutionen, insbesondere aber das Eurosystem, im laufenden EU-Beitrittsprozess intensiv nutzen.

Starke Einbindung
in internationalen+ Organisationen

Die OeNB ist in Gremien zahlreicher internationaler Finanz- und Wirtschaftsorganisationen außerhalb des ESZB/Eurosystems, wie z. B. dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), stark engagiert. Sie vertritt Österreich im Rahmen ihrer Kompetenzen, bringt währungspolitische sowie ökonomische Positionen ein bzw. beobachtet relevante Entwicklungen und stellt den Informationsaustausch mit Österreich sicher.

Eine laufende organisatorische Straffung und Restrukturierung des Unternehmens, die Forcierung höherer Qualifikationen der Mitarbeiter durch maßgeschneiderte Personalmanagementkonzepte, die Anpassung an den letzten technischen Stand sowie ein straffes Kostenmanagement waren wichtige innerbetriebliche Voraussetzungen für die Bewältigung dieser umfangreichen Aufgabenpalette.

Der Euro als internationale Währung

Der Euro hat sich unmittelbar mit seiner Einführung im Jahr 1999 als eine bedeutende Weltwährung etabliert. Die internationale Rolle einer Währung wird üblicherweise an ihren Funktionen als Anlage- und Emissionswährung, Reservewährung, Fakturierungs- und Transaktionswährung¹⁾ sowie als Ankerwährung bei Wechselkursregimen gemessen.

40% der weltweiten Nettoemissionen in Euro

Der Euro konnte sich sehr rasch auf den internationalen Kapitalmärkten als Anlage- und Emissionswährung etablieren. So stieg gemäß den Berechnungen der BIZ die Nettoemission von in Euro denominierten Schuldverschreibungen von 223,8 (1998)²⁾ auf 571,0 Mrd USD (1999) an. Damit wurden im ersten Jahr nach Einführung der gemeinsamen Währung mehr Schuldverschreibungen in Euro als in US-Dollar (545,0 Mrd USD) netto emittiert. Diese Entwicklung war insbesondere auf eine starke Emissionstätigkeit in Euro durch europäische Schuldner zurückzuführen. Im Jahr 2000 legten vor allem europäische Emittenten wieder verstärkt Schuldverschreibungen in US-Dollar und japanischen Yen auf. Dennoch blieb das Volumen an in Euro denominierten Schuldverschreibungen im Jahr 2000 mit netto 441,0 Mrd USD hoch. In US-Dollar wurden im selben Zeitraum 542,7 Mrd USD emittiert. Lag der Anteil von in Euro denominierten Schuldverschreibungen am gesamten Nettoemissionsvolumen 1998 bei knapp 33%, so stieg dieser 1999 auf rund 47% und hielt auch im Jahr 2000 mit rund 39% einen höheren Anteil als vor Beginn der Währungsunion.

Zweitwichtigste Reservewährung

Gemäß den zuletzt verfügbaren Daten des IWF betrug der Anteil des Euro an den internationalen, offiziell gehaltenen Devisenreserven Ende 1999 rund 13%. Damit war der Euro die zweitwichtigste Reservewährung. Die bedeutendste Reservewährung war der US-Dollar mit einem Anteil von etwa 66%. Der japanische Yen und das Pfund Sterling hatten Anteile von 5 bzw. 4%. Langfristig ist davon auszugehen, dass der Euro in den internationalen Devisenreservenportfolios weiter an Gewicht gewinnen wird.

Referenzwährung für rund 50 Staaten

Zahlreiche Länder haben den Euro sehr rasch als Referenzwährung eingeführt. Dies kommt nicht nur innerhalb der EU durch die zentrale Rolle des Euro im europäischen Wechselkursmechanismus (WKM II) zum Ausdruck. Außerhalb der EU verwenden fast alle EU-Beitrittskandidaten den Euro formal oder informell als Ankerwährung, an der sie ihre Wechselkurspolitiken ausrichten. Die Ausprägung der Wechselkursregime reicht dabei von Currency Boards (z. B. in Estland und Bulgarien) über Fixkursregime mit Bandbreiten (wie z. B. in Zypern), gleitenden Wechselkursbindungen mit Bandbreiten (wie z. B. in Ungarn), bis hin zu Managed-Float-Wechselkursregimen, die oft den Euro informell als Referenzwährung heranziehen. Darüber hinaus orientieren sich mehrere Länder, die nicht zu den EU-Beitrittskandidaten gehören, am Euro oder an einem Währungskorb mit dem Euro, wie z. B. einige mit EU-Mitgliedstaaten assoziierte Gebiete oder Staaten mit einem geografischen oder historischen Naheverhältnis zu diesen (wie z. B. die afrikanischen CFA-Staaten³⁾ oder Kap Verde, die Fixkursregime gegenüber dem Euro haben). Der Euro ist darüber hinaus auch außerhalb des Euroraums gesetzliches Zahlungsmittel, wie z. B. in den französischen Überseegebieten Saint-Pierre-et-Miquelon und Mayotte. Des Weiteren wird der Euro aller Voraussicht nach im Vatikan, in San Marino, Monaco und Andorra in Kürze gesetzliches Zahlungsmittel werden.⁴⁾ In Summe orientieren derzeit rund 50 Staaten ihr Wechselkursregime am Euro.

¹⁾ Zur Rolle des Euro als Fakturierungs- und Transaktionswährung liegen bislang keine verlässlichen Daten vor, womit dieser Aspekt hier ausgeklammert bleibt.

²⁾ Summe der in den Euro aufgegangenen damaligen nationalen Währungen.

³⁾ Communauté Financière Africaine.

⁴⁾ Die formale Vertragsunterzeichnung mit dem Vatikan und San Marino über die Einführung des Euro könnte noch im ersten Halbjahr 2001 erfolgen. Die Verhandlungen mit Monaco liefen Anfang 2001 noch. In Andorra waren bislang der französische Franc und die spanische Peseta, ohne formales Übereinkommen, die allgemein anerkannten Zahlungsmittel. Der Euro wird diese Rolle spätestens mit der Einführung der Eurobanknoten und -münzen de facto übernehmen.

Geldpolitik des Eurosystems sichert Preisstabilität

Mitwirkung der OeNB bei geldpolitischen Entscheidungen im EZB-Rat

OeNB ist integraler Bestandteil des Eurosystems. Zwei-Säulen-Strategie hat sich bewährt. Vorausschauende Zinsanhebungen sichern Preisstabilität. Bestätigung des Referenzwerts von M3 durch EZB-Rat. Eurosystem veröffentlicht seit Dezember 2000 gesamtwirtschaftliche Projektionen.

Institutionelle Einbettung der OeNB im Eurosystem¹⁾ (siehe auch Kasten 2)

Die OeNB ist integraler Bestandteil des Eurosystems. Die Vorbereitung der Beschlüsse des Eurosystems erfolgt in insgesamt 13 verschiedenen Ausschüssen, in denen die Experten der OeNB aktiv mitwirken.

Im obersten Beschlussorgan, dem EZB-Rat – er tagt in 14-tägigem Rhythmus – ist der Gouverneur der OeNB mit Sitz und Stimme vertreten. Dabei ist er unabhängig und weisungsfrei. Im Sinne des Prinzips der Dezentralisierung erfolgt die operative Umsetzung der Geldpolitik in Österreich durch die OeNB.

Mitgestaltung der geldpolitischen Positionen des Eurosystems

Die laufende Analyse der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist eine wesentliche Grundlage für die Entscheidungen im EZB-Rat. Dazu gehört eine fundierte Beobachtung des Euroraums selbst sowie weiterer Wirtschaftsräume wie der USA, Japans, aufstrebender Märkte und EU-Beitrittskandidaten. Als wichtiger Beitrag für die geldpolitische Analyse des Euroraums hat die OeNB auch regelmäßig eine detaillierte Einschätzung der österreichischen Konjunkturlage einzubringen. Die Erstellung von Statistiken, Analysen, Prognosen und Modellrechnungen von höchster Qualität sind die Basis dafür.

Die statistische Basis geldpolitischer Analysen

Das regelmäßig zur Verfügung stehende Angebot an Statistiken über den gesamten Euroraum hat sich seit Beginn der dritten Stufe der WWU laufend erweitert, sowohl was die von der EZB mit Hilfe der NZBen erstellten Daten als auch was die in der Verantwortung vom EUROSTAT liegenden Statistiken betrifft. Die bewährte Arbeitsteilung – die NZBen inklusive der OeNB erheben die Daten von den Meldern in ihren jeweiligen Ländern dezentral und die EZB erstellt zentral die Aggregate für den Euroraum – wurde auch im Jahr 2000 erfolgreich fortgesetzt. Die Harmonisierung und Weiterentwicklung der Statistiken erfolgt weiterhin im Rahmen des Statistikausschusses des ESZB bzw. im Rahmen des Ausschusses für Wirtschafts-, Finanz- und Zahlungsbilanzstatistiken der EU. In beiden Gremien gestaltet die OeNB das europäische statistische System wesentlich mit.

Eine zentrale Komponente der statistischen Entscheidungsbasis für die Geldpolitik ist die konsolidierte Bilanz des Sektors der Monetären Finanzinstitute (MFIs), die insbesondere monetäre Informationen für die erste Säule der geldpolitischen Strategie liefert. Diese Daten werden – um die Belastung für die Melder möglichst gering zu halten – in der Regel auch für die Ermittlung der Mindestreserve-Basis verwendet. Eine entsprechende Qualitätskontrolle der Daten durch die OeNB stellt sicher, dass die gesetzlichen Mindeststandards eingehalten werden. Dies gilt auch für die monatlich und quartalsweise zu er-

¹⁾ Über den institutionellen Aufbau des ESZB und des Eurosystems wurde im Geschäftsbericht 1999 (Kapitel „Mitwirkung an geldpolitischen Entscheidungen des Eurosystems“) ausführlich berichtet. Dies gilt auch für die Außenvertretung des Eurosystems.

stellenden detaillierten Daten über Österreich für die Eurozahlungsbilanz.

Das Angebot an realwirtschaftlichen Indikatoren im Eurogebiet, das dem Eurosystem für seine geldpolitischen Entscheidungen zur Verfügung steht, wurde im abgelaufenen Jahr weiter ausgeweitet. Die Vielfalt der Daten und deren zeitliche Verfügbarkeit bleibt jedoch immer noch hinter dem Informationsangebot vergleichbarer großer Wirtschafts- und Währungsräume zurück. Die Europäische Kommission (EK) erstellte daher gemeinsam mit der EZB einen Aktionsplan zu den dringendsten statistischen Erfordernissen, der vom ECOFIN-Rat verabschiedet wurde und nunmehr vom EUROSTAT und von den nationalen statistischen Ämtern umgesetzt werden soll.

Intensive volkswirtschaftliche Analyse und Forschung

Für die Meinungsbildung und die Einbringung von Argumenten in das Eurosystem ist eine umfassende theoretische und empirische Fundierung der von OeNB-Repräsentanten in diversen Gremien vertretenen Positionen Voraussetzung.

Insbesondere was die geldpolitischen Positionen betrifft, hat die weltweit zu beobachtende Tendenz zu einer wissenschaftlichen Unterstützung der Politikberatung wie in den meisten NZBen des ESZB in den letzten Jahren auch in der OeNB zu einer intensiveren geldpolitisch orientierten Forschungsarbeit geführt. Die Eigenständigkeit der Forschung in den einzelnen NZBen hat sich als förderlich für die intellektuelle Auseinandersetzung mit Sachfragen erwiesen. Ziel der OeNB ist es, an diesem Forschungs-

wettbewerb teilzunehmen¹⁾ und die Verbindung zum aktuellen Wissenschaftsbetrieb zu pflegen. Die Schwerpunkte der Aktivitäten liegen dabei unter anderem bei geld- und fiskalpolitischen Fragestellungen im weitesten Sinn, der Transmission monetärer Impulse, den Implikationen elektronischer Geldformen, den Fragen der Banken- und Finanzmarktaufsicht, dem Lohnbildungsprozess in der Währungsunion, den Wettbewerbs- und Standortanalysen sowie den laufenden Untersuchungen zum Fortschritt der EU-Beitrittsländer. Die ökonometrischen Arbeiten und der Modellbau stellen einen weiteren Schwerpunkt der volkswirtschaftlichen Abteilungen dar.

Die erstmalige Veröffentlichung einer makroökonomischen Projektion für den Euroraum durch die EZB im Dezember 2000 rückte den Forschungsbereich noch stärker in den Mittelpunkt des Interesses. Die OeNB lieferte dazu in den entsprechenden Arbeitsgruppen im Rahmen der Broad Forecasting Exercise (BFE, umfassende Konjunkturprognose) und der Narrow Forecasting Exercise (NFE, kurzfristige Inflationsprognose) ihre Beiträge (siehe dazu auch das Kapitel „Kompetenter Dialogpartner zwischen Eurosystem und Österreich“).

Zur weiteren Vertiefung der Beziehungen zum akademischen Bereich hat die OeNB im Jahr 2000 das Generalsekretariat der SUERF²⁾ übernommen. Ziel dieses gemeinnützigen, unabhängigen Vereins – der seit 1963 besteht – ist es, Kontakte zwischen der Wissenschaft und Praktikern aus dem privaten wie öffentlichen Bereich zu ermöglichen, um über ökonomische, monetäre und vor allem finanzmarktrelevante Themen einen Gedankenaustausch zu pflegen.

- 1 *Wie verschiedene Indikatoren zeigen, nimmt die OeNB diesbezüglich innerhalb des Eurosystems bereits einen Spitzenplatz ein.*
- 2 *Société Universitaire Européenne de Recherches Financières. Die SUERF gilt heute als eines der höchst angesehenen internationalen wirtschaftswissenschaftlichen Foren, das über ein dichtes Informationsnetzwerk und die regelmäßige Organisation von Konferenzen und Seminaren sowie die Herausgabe von Publikationen seine Wirkung entfaltet.*

Vergleich des Eurosystems mit dem Federal Reserve System (FED)

Entscheidungsgremien

Eurosystem

Das Eurosystem ist für die Geldpolitik im Euroraum zuständig und besteht aus der EZB – mit Sitz in Frankfurt – und den zwölf an der WWU teilnehmenden NZBen. Innerhalb des Eurosystems ist der 18-köpfige EZB-Rat, der sich aus den sechs Direktoriumsmitgliedern der EZB und den zwölf Gouverneuren der NZBen zusammensetzt, das oberste Beschlussorgan. Bei seinen alle 14 Tage stattfindenden Sitzungen werden von ihm die geldpolitischen Entscheidungen gefällt. Das Direktorium der EZB besteht aus einem Präsidenten, einem Vizepräsidenten und vier weiteren Mitgliedern. Diese werden von den Regierungen der Mitgliedstaaten auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs auf Empfehlung des Rats, der dazu das Europäische Parlament (EP) und den EZB-Rat anhört, einvernehmlich ausgewählt und ernannt. Ihre Amtszeit beträgt grundsätzlich acht Jahre, und eine Wiederernennung ist nicht zulässig.¹⁾

Die Bestellung der zwölf Gouverneure der NZBen ist national geregelt. Das Gemeinschaftsrecht legt allerdings gewisse Standards für die nationalen Gesetzgebungen fest, z. B. eine Untergrenze von fünf Jahren für die Amtszeit der Gouverneure. In Österreich wird der Gouverneur der OeNB auf Vorschlag der Bundesregierung vom Bundespräsidenten für eine Amtszeit von fünf Jahren ernannt. Eine Wiederernennung ist zulässig.

FED

Das FED ist für die Geldpolitik in den USA zuständig und setzt sich aus dem Federal Reserve Board, mit Sitz in Washington D.C., und zwölf regionalen Federal Reserve Banks²⁾ zusammen. Die wichtigsten Entscheidungsgremien des FED sind das Board of Governors (BoG) und das Federal Open Market Committee (FOMC).

Das BoG hat sieben Gouverneure, darunter einen Präsidenten und einen Vizepräsidenten, die vom Präsidenten der Vereinigten Staaten bestellt und vom Senat bestätigt werden. Eine volle Amtszeit dauert 14 Jahre; eine Wiederbestellung eines Mitglieds des BoG nach Ablauf einer vollen Amtszeit ist nicht möglich. Sollte jedoch ein Mitglied das Board frühzeitig verlassen, so kann dessen Nachfolger nach Ablauf der 14-jährigen Amtszeit seines Vorgängers, für eine volle Amtszeit wieder ernannt werden. Der Präsident und der Vizepräsident werden für vier Jahre (mit Verlängerungsmöglichkeit) bestellt und müssen Mitglieder des BoG sein oder gleichzeitig zu Mitgliedern des BoG bestellt werden.

Das FOMC setzt sich aus den sieben Mitgliedern des BoG, dem Präsidenten der Federal Reserve Bank of New York und vier weiteren Präsidenten der anderen elf regionalen Federal Reserve Banks, die diese Funktion abwechselnd wahrnehmen, zusammen. Die Präsidenten der regionalen Federal Reserve Banks werden vom jeweiligen Reserve Bank Board (Verwaltungsrat) ernannt. Das FOMC tagt achtmal im Jahr.

Unabhängigkeit der Organe

Die Unabhängigkeit des Eurosystems ist im EG-V verankert. Der Vertrag legt fest, dass weder die EZB noch die NZBen oder ein Mitglied eines Beschlussorgans bei der Wahrnehmung der ihnen übertragenen Befugnisse, Aufgaben und Pflichten Weisungen von Organen oder Einrichtungen der Gemeinschaft, Regierungen der Mitgliedstaaten oder anderen Stellen einholen oder entgegennehmen dürfen. Die gesetzliche Unabhängigkeit des FED ist hingegen weniger explizit und liegt im Wesentlichen im Bestellungsmodus des BoG und der Präsidenten der regionalen Federal Reserve Banks begründet. Der EZB-Präsident hat gegenüber dem EP eine Berichtspflicht bzw. auch die Gouverneure der NZBen gegenüber den jeweils nationalen Parlamenten; diese erfolgt mehrmals pro Jahr. Der Präsident des FED berichtet zumindest zweimal jährlich dem amerikanischen Kongress über die Geldpolitik.

Geldpolitische Strategie

Eurosystem

Die Rahmenbedingungen für die Geldpolitik der WWU werden vom EG-V vorgegeben. In diesem ist festgelegt, dass das vorrangige Ziel des Eurosystems die Wahrung der Preisstabilität ist. Soweit dies ohne Beeinträchtigung des Ziels der Preisstabilität möglich ist, soll das Eurosystem die allgemeine Wirtschaftspolitik unterstützen, das heißt insbesondere zur Verwirklichung einer harmonischen und ausgewogenen Entwicklung des Wirtschaftslebens, eines beständigen und nicht inflationären Wachstums, eines hohen Grads an Konvergenz der Wirtschaftsleistungen sowie eines hohen Beschäftigungsniveaus beitragen.

Vergleich des Eurosystems mit dem Federal Reserve System (FED) (Fortsetzung)

Die genaue Ausgestaltung dieser Vorgaben wurde dem Eurosystem überlassen. Als Preisstabilität wird definiert, wenn mittelfristig der jährliche Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) im Euroraum unter 2% bleibt. Zur Erreichung dieses Stabilitätskriteriums hat das Eurosystem eine klare geldpolitische Strategie, die auf zwei Säulen beruht. Die erste Säule bildet die Geldmenge M3: Für das jährliche Wachstum wurde für 1999, 2000 und 2001 jeweils ein Referenzwert von 4½% festgelegt. Die zweite Säule besteht aus einer breit fundierten Beurteilung der Aussichten für die Preisentwicklung und der Risiken für die Preisstabilität im Euroraum. In diese Analyse fließt neben gesamtwirtschaftlichen Projektionen sowie Preis- und Kostenindikatoren eine breite Palette von Konjunktur- und Finanzmarktindikatoren ein, wie z. B. aktuelle Messgrößen für die reale Wirtschaftstätigkeit, Anleihekurse, Zinsstrukturkurven, Wechselkurse, fiskalpolitische Indikatoren und Branchen- und Verbraucherumfragen.

FED

Gemäß Federal Reserve Act hat das FED die Geldpolitik so einzusetzen, dass Vollbeschäftigung, Preisstabilität und moderate langfristige Zinssätze erzielt werden. Zudem hat das FED in der Vergangenheit betont, ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und die Erhaltung der Finanzmarktstabilität zu unterstützen.

Die geldpolitische Strategie leitet sich aus einer umfassenden Bewertung der aktuellen monetären und realwirtschaftlichen Situation sowie der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung ab. Dazu bedient sich das FED einer Vielzahl ökonomischer Daten und Indikatoren, ohne eine formell festgelegte Strategie zu verfolgen. Es ist Mitte 2000 davon abgegangen, Wachstumsbandbreiten für einige Geldmengenaggregate festzulegen und zu veröffentlichen. Diese Bandbreiten, die nicht die Funktion eines geldpolitischen Zwischenziels hatten, sondern als Indikatoren dienten, hatten bereits zuvor nur mehr eine untergeordnete Rolle in der Formulierung der Geldpolitik gespielt, da die Beziehung zwischen Geldmengenwachstum und Inflation in den USA als zu instabil erachtet wurde.

Geldpolitische Instrumente

Eurosystem

Als wichtigstes Instrument zur Liquiditäts- und Zinssteuerung dienen die Offenmarktgeschäfte. Dabei wird zwischen Hauptrefinanzierungsgeschäften, über die der Großteil der Liquidität bereitgestellt wird, und längerfristigen Refinanzierungsgeschäften, die mengenmäßig weniger bedeutend sind, unterschieden. Erstere werden wöchentlich – derzeit in Form von Zinstendern – abgewickelt und haben eine Laufzeit von zwei Wochen. Zweitere werden monatlich ausgeschrieben und haben eine Laufzeit von drei Monaten. Daneben stehen auch strukturelle Operationen und Feinstuerungsinstrumente zur Verfügung, die bislang nur sehr selten eingesetzt wurden.

Weiters werden zwei ständige Fazilitäten – die Einlage- und die Spitzenrefinanzierungsfazilität – zur Verfügung gestellt, über die überschüssige Liquidität zu einem Zinssatz unterhalb jenes des Hauptrefinanzierungsgeschäfts absorbiert bzw. über die unerwarteter Liquiditätsbedarf zu einem Zinssatz oberhalb jenes des Hauptrefinanzierungsgeschäfts gedeckt werden kann. Die Zinssätze dieser beiden Fazilitäten bilden folglich einen Korridor, den die Zinsen auf dem Interbankenmarkt in der Regel nicht verlassen.

Schließlich schaffen die Mindestreserven Liquiditätsspielräume und stabilisieren über die Durchschnittserfüllung die Zinssätze auf dem Interbankenmarkt.

FED

Die Offenmarktgeschäfte, der Diskontsatz und die Mindestreserve sind die wichtigsten geldpolitischen Instrumente. Das FOMC ist für die Offenmarktpolitik zuständig und legt in diesem Zusammenhang einen Zielwert für die Federal Funds Rate fest. Offenmarktgeschäfte finden auf täglicher Basis statt. Damit steuert die Federal Reserve Bank die Federal Funds Rate und somit die kurzfristigen Zinsen in den USA.

Die Änderungen des Diskontsatzes werden von den Präsidenten der regionalen Federal Reserve Banks vorgeschlagen und vom BoG bestätigt. Der Diskont stellt Banken in Ausnahmefällen kurzfristig Liquidität zur Verfügung, falls es für die betroffene Bank keine anderen Möglichkeiten zur Beschaffung von Liquidität gibt. Der Diskontsatz liegt in der Regel unter der Federal Funds Rate. Für Änderungen der Mindestreserve-Erfordernisse ist das BoG zuständig.

¹⁾ Die im Mai 1998 erstmals ernannten Direktoriumsmitglieder wurden für Zeiträume von vier bis acht Jahren bestellt, um einen gleichzeitigen Austausch des gesamten Direktoriums nach Ablauf der Funktionsperioden zu vermeiden.

²⁾ Atlanta, Boston, Chicago, Cleveland, Dallas, Kansas City, Minneapolis, New York, Philadelphia, Richmond, San Francisco und St. Louis. Darüber hinaus unterhalten die meisten regionalen Federal Reserve Banks Zweiganstalten in ihrem jeweiligen Distrikt.

Geldpolitische Strategie des Eurosystems

Zwei-Säulen-Prinzip der geldpolitischen Strategie bewährt sich

Vorrangiges Ziel der Geldpolitik des Eurosystems ist die Wahrung von Preisstabilität. Preisstabilität ist dann erreicht, wenn der jährliche Anstieg des HVPI im Euroraum mittelfristig weniger als 2% beträgt. Da das Preisniveau von einer Zentralbank nicht unmittelbar gesteuert werden kann – die Zinsen wirken nicht direkt, sondern über einen komplexen Transmissionsmechanismus auf die Inflation – bedarf es zur Erreichung des Ziels der Preisstabilität eines Rahmens, in dem die geldpolitischen Entscheidungen vorbereitet, erörtert und getroffen werden. Die entsprechende geldpolitische Strategie des Eurosystems basiert auf zwei Säulen. Die erste Säule wird von der Geldmenge M3 gebildet, die zweite Säule analysiert ein breites Indikatorenset der zukünftigen Preisrisiken (siehe Kasten 2).

Veröffentlichung wirtschaftlicher Projektionen im Rahmen der zweiten Säule

Die Projektionen zur realwirtschaftlichen Entwicklung sowie der Entwicklung der Inflation stellen einen wichtigen Bestandteil der zweiten Säule dar. Jeweils im Frühjahr und im Herbst erstellt das Eurosystem Projektionen für den Euroraum, die seit Dezember 2000 veröffentlicht werden.¹⁾ Zur weiteren Erhöhung der Transparenz des Eurosystems, und um die Inflationserwartungen der Bevölkerung sowie der Finanzmärkte zu stabilisieren, werden auch Inflationsprojektionen und solche zu weiteren ökonomischen

Schlüsselgrößen veröffentlicht.

Der EZB-Rat ist sich der Unsicherheiten von Projektionen bewusst. Sie basieren auf Annahmen, die sich durch unvorhersehbare Entwicklungen (Ölpreise, Wechselkurse) sehr schnell als überholt erweisen können. Auch nimmt das Eurosystem unveränderte kurzfristige Zinsen für den gesamten Prognosehorizont an, um damit die Entwicklung der Inflation ohne zinspolitische Reaktion erkennen zu können. Im Vordergrund steht, Risiken für die Preisstabilität zu identifizieren und nicht die bestmögliche Prognose zur weiteren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu erstellen. Um die Unsicherheiten der Projektionen transparent zu machen, werden Bandbreiten an Stelle von Punktwerten veröffentlicht. Die monetäre Analyse wird damit um realwirtschaftliche Informationen, wie sie für die Festlegung einer angemessenen Geldpolitik notwendig sind, ergänzt.

Referenzwert für das Wachstum von M3 wurde mit 4½% bestätigt

Die Überprüfung des Referenzwerts für M3 erfolgt einmal jährlich durch den EZB-Rat. Im Dezember 2000 beließ er den Referenzwert für das jährliche Wachstum von M3 unverändert bei dem seit Dezember 1998 bestehenden Wert von 4½%. Diese Bestätigung beruht auf empirischen Befunden, dass es weder verlässliche Hinweise auf eine grundsätzliche Veränderung im Trendwachstum (2 bis 2½% p. a.) des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) noch im trendmäßigen Rückgang der Um-

¹ EZB (2000). Monatsbericht, Dezember.

laufgeschwindigkeit von M3 ($\frac{1}{2}$ bis 1% p. a.) gibt. Der EZB-Rat wies jedoch auf die Möglichkeit eines höheren Trendwachstums des BIP infolge der erfolgreichen Struktur-reformen in vielen Ländern hin.

Das Eurosystem analysiert die Entwicklung der Geldmenge anhand einer Gegenüberstellung des glei-

tenden Drei-Monats-Durchschnitts der Jahreswachstumsraten von M3 und des Referenzwerts. Da es sich um einen mittelfristigen Referenzwert (kein geldpolitisches Zwischenziel) handelt, bewirken Abweichungen vom Referenzwert keine automatischen zinspolitischen Reaktionen.

Zinspolitische Entscheidungen des Eurosystems

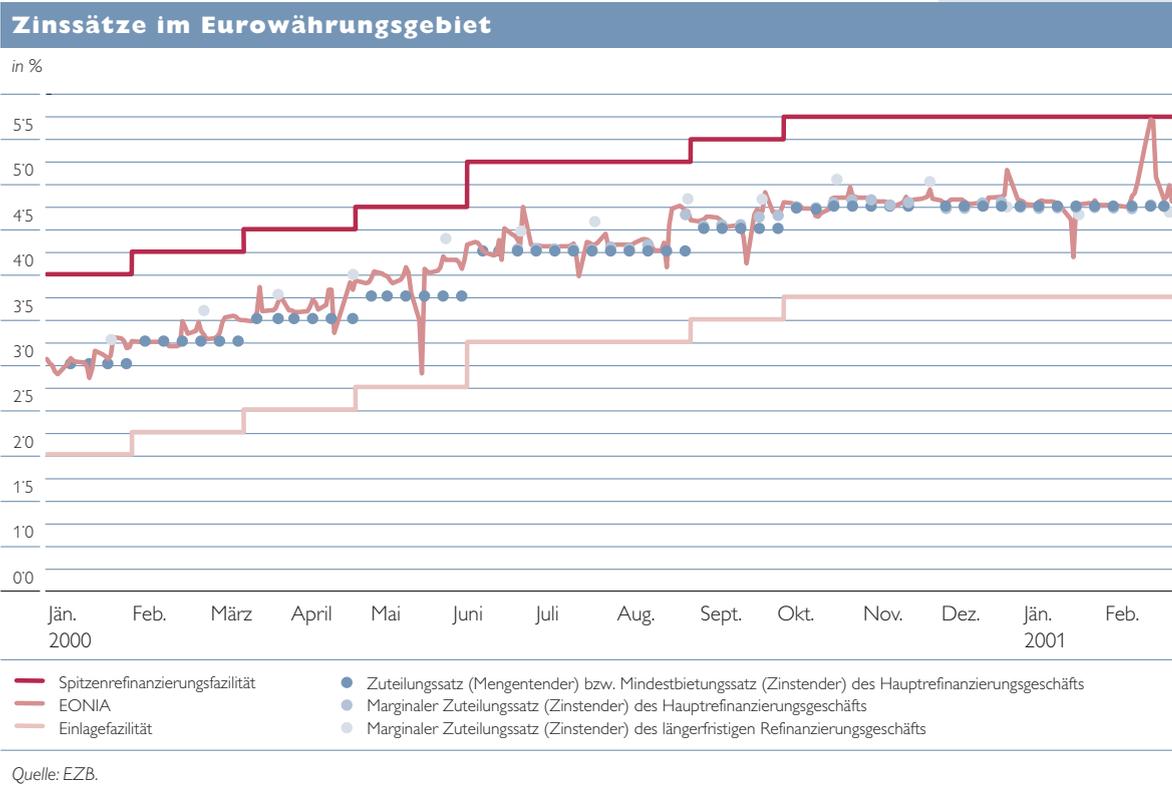
Die Wirtschaftslage zu Beginn der WWU stand unter dem Einfluss der Krisen in Asien und Russland, die Ende 1998 und Anfang 1999 das Wachstum im Euroraum dämpften. Nachdem die Inflation in den ersten Monaten des Jahres 1999 sehr niedrig war – sie lag bei 0,8% – und von Veränderungen der gesamtwirtschaftlichen Lage in der Regel nachhaltige Wirkungen auf die Verbraucherpreise ausgehen, beschloss der EZB-Rat am 8. April 1999, den Zinssatz für das Hauptrefinanzierungsgeschäft um 50 Basispunkte auf 2,5% zu senken.

Im Sommer 1999 klangen die Auswirkungen des exogenen Nachfrageschocks aus und das Wachstum im Euroraum gewann wieder an Schwung. Sowohl die erste Säule als auch die Indikatoren der zweiten Säule der geldpolitischen Strategie des Eurosystems zeigten an, dass die Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität wieder überwogen hatten und jene Faktoren, die für die Zinssenkung ausschlaggebend gewesen waren, nicht mehr wirkten. Folglich erhöhte das Eurosystem am 4. November 1999 die Zinsen um 50 Basispunkte, womit das Zinsniveau am Anfang des Jahres 2000 wieder bei 3% lag.

Das Jahr 2000 war von einem starken Wirtschaftswachstum im Euroraum gekennzeichnet. Die reale Wachstumsrate von 3,4% war die höchste seit dem Jahr 1990. Gleichzeitig war seit Ende des Jahres 1999 zu beobachten, dass auf Grund der Entwicklung des Eurowechselkurses sowie der gestiegenen Ölpreise die Risiken für die Preisstabilität im Euroraum nach oben gerichtet waren. Die Intensität der durch die Importpreisentwicklung geprägten Aufwärtsrisiken stellte eine Gefahr für die mittelfristige Preisstabilität dar, die auch durch die Abweichung des M3-Wachstums vom Referenzwert innerhalb der ersten Säule bestätigt wurde. Tatsächlich lag die durchschnittliche Inflationsrate des Jahres 2000 bei 2,4%.

Daher wurden im Jahr 2000 die Leitzinsen vom EZB-Rat in sechs Schritten um insgesamt 175 Basispunkte angehoben.¹⁾ Die kurzfristigen Zinsen folgten dieser Entwicklung sehr eng und stiegen am Beispiel des Drei-Monats-EURIBOR von 3,35% Anfang des Jahres 2000 auf rund 5% zu Jahresende. Alle Zinsschritte erfolgten in vorausschauender und vorbeugender Weise, um den Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität auf mittlere Sicht,

¹⁾ Zu den geldpolitischen Entscheidungen seit Bestehen des Eurosystems siehe auch Annex A.



die durch die Analyse der beiden Säulen der geldpolitischen Strategie des Eurosystems angezeigt wurden, entgegenzuwirken.

Anhebung der Leitzinsen im ersten Halbjahr 2000 um 125 Basispunkte

Im ersten Halbjahr des Jahres 2000 wiesen die Entwicklung von M3 und des Kreditwachstums auf eine reichliche Liquiditätsversorgung im Euroraum hin. Der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt des jährlichen M3-Wachstums bewegte sich seit Mitte des Jahres 1999 und auch zu Beginn des Jahres 2000 um die 6-Prozent-Marke¹⁾ und wick damit signifikant vom Referenzwert von 4½% ab. In der Periode März bis Mai erhöhte sich der Drei-Monats-Durchschnitt auf seinen Höchstwert von 6,4%. Auch das anhaltend hohe Wachstum der Kredite an den privaten Sektor, das über 10% lag, bestätigte diesen Trend.

Die zweite Säule wies ebenfalls auf ein Aufwärtsrisiko für die Preisstabilität hin. Die in den ersten Monaten verzeichneten Kostensteigerungen – einschließlich des Anstiegs der Öl-, Rohstoff- und Erzeugerpreise – fielen stärker und anhaltender als erwartet aus. Dies führte zu einer Beschleunigung der Inflationsrate, gemessen am HVPI, von 1,7% im Dezember 1999 auf 2,1% im März 2000, die damit erstmals seit dem Beginn der dritten Stufe der WWU die 2-Prozent-Marke übersprang. Zudem stiegen die Importpreise wechselkursbedingt markant an. Der nominell effektive Wechselkurs des Euro schwächte sich in den ersten Monaten des Jahres kontinuierlich ab und lag Mitte April rund 4% unter dem Wert zu Anfang des Jahres 2000 und rund 14% unter dem Niveau des ersten Quartals 1999. Auf Grund der Ölpreis- und Wechselkursentwicklung wurde zu diesem

¹ Wird im Text auf Daten Bezug genommen, so werden jene Daten herangezogen, die den Entscheidungen des EZB-Rats zu Grunde lagen. In manchen Fällen wurden sie in späterer Folge revidiert, womit aktuelle Zeitreihen von den hier verwendeten Daten abweichen können.

Zeitpunkt davon ausgegangen, dass die Inflationsraten auch in den kommenden Monaten weiterhin nahe oder leicht über der 2-Prozent-Marke liegen würden.

Zu Beginn des Jahres 2000 stand fest, dass das reale BIP im vierten Quartal 1999 kräftig expandierte. Dies wurde unter anderem durch die Entwicklung der Vertrauensindikatoren, eine sinkende Arbeitslosenquote und steigende langfristige Zinsen gestützt. Das Industriesowie das Konsumentenvertrauen lagen sehr nahe an den Höchstständen, die zuletzt Ende der Achtzigerjahre verzeichnet wurden. Die Wirtschaftsentwicklung im Euroraum sollte zudem von dem starken konjunkturellen Aufschwung der Weltwirtschaft profitieren, der auch in den Jahren 2001 und 2002 anhalten sollte. Die zu diesem Zeitpunkt verfügbaren Prognosen wiesen auf ein reales Wirtschaftswachstum von über 3% im Euroraum für das Jahr 2000 und die beiden folgenden Jahre hin. Im Kontext eines starken Konjunkturaufschwungs bestand daher das Risiko, dass sich die zuvor analysierten Preis- und Kostenentwicklungen über Zweitrundeneffekte dauerhaft auf die Inflation auswirken könnten. Zudem wurden die mittlerweile von einigen Instituten nach oben revidierten Inflationsprognosen vom EZB-Rat als ein klares Warnsignal für die mittelfristige Preisstabilität gewertet.

Dies veranlasste den EZB-Rat, die Leitzinsen in vier Schritten um insgesamt 125 Basispunkte zu erhöhen. Am 3. Februar, 16. März und 27. April 2000 wurden die drei Leitzinssätze um jeweils 25 Basispunkte angehoben. Am 8. Juni 2000 erfolgte eine Erhöhung der Zinssätze um weitere 50 Basispunkte. Insgesamt stieg der Zinssatz für die

Hauptrefinanzierungsgeschäfte von 3 auf 4,25% und der Satz der Einlagefazilität sowie jener der Spitzenrefinanzierungsfazilität von 2 auf 3,25% bzw. von 4 auf 5,25%.

Anhaltende Inflationsrisiken im zweiten Halbjahr 2000

Im Laufe des Sommers wiesen die Informationen aus der ersten Säule auf eine graduelle Verlangsamung des Wachstums der monetären Aggregate hin. Die Jahreswachstumsrate von M3 betrug für die Periode Mai bis Juli 2000 im Drei-Monats-Durchschnitt 5,5% und stellte damit eine Abschwächung gegenüber April bis Juni 2000 (+6,0%) dar. Die rückläufigen Wachstumsraten signalisierten zwar, dass sich die zuvor beschriebenen Zinsschritte allmählich auszuwirken begannen, sie lagen aber trotzdem noch rund 1 Prozentpunkt über dem Referenzwert von 4½%. Preisrisiken bestanden weiterhin durch das anhaltend hohe Wachstum der Kreditvergabe an den privaten Sektor.

Auch die zweite Säule signalisierte unverändert Gefahren für die Preisstabilität. Die Inflationsrate erhöhte sich im Juni und Juli 2000 sprunghaft auf 2,4% – nachdem sie im Mai noch 1,9% betragen hatte. Ausschlaggebend waren abermals der Ölpreisanstieg und der hohe US-Dollarkurs. Ende August lag der Preis für 1 Barrel Rohöl (der Sorte Brent) über 30 USD. Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar schwächte sich weiter ab und lag im Oktober rund 15% unter dem Wert vom Jahresbeginn, was die Importe weiter verteuerte. Neben den direkten Auswirkungen auf die Verbraucherpreise bestand für die mittelfristige Preisstabilität das Risiko in mögli-

chen Zweitrundeneffekten. Die verteuerten Importgüter gehen als Vorleistungen in den Produktionsprozess ein und führen – zeitverzögert – zu höheren Verbraucherpreisen.

Die Preisentwicklungen wurden auch vor dem Hintergrund eines starken Wirtschaftswachstums beurteilt: Nachdem das reale BIP im ersten Quartal 2000 um 3,5% gewachsen war, deuteten die meisten Konjunkturprognosen auf ein Anhalten der belebten Wirtschaftstätigkeit hin, womit infolge der verstärkten Nachfrage der mittelfristige Aufwärtsdruck auf die Preise weiter zunehmen könnte.

Die Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte, die Spitzen-

refinanzierungs- und die Einlagefazilität wurden in zwei weiteren Schritten am 31. August und am 5. Oktober um jeweils 25 Basispunkte angehoben. Der Satz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte betrug damit 4,75%; die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungs- und die Einlagefazilität wurden auf 5,75 bzw. 3,75% erhöht.

Die sechs Zinsschritte des Jahres 2000 sollten dafür sorgen, dass der hauptsächlich von den Ölpreisen und dem Eurowechselkurs ausgehende Druck auf die Verbraucherpreise – verstärkt durch ein über dem Potenzial liegendes Wirtschaftswachstum – nicht zu einer anhaltenden Inflationstendenz führt.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

für die geldpolitischen Entscheidungen im Euroraum

Erfolg der Geldpolitik des Eurosystems im Zusammenspiel mit anderen Wirtschaftspolitiken

Zur Erreichung des Ziels der Preisstabilität müssen neben der Geldpolitik auch alle anderen Bereiche der Wirtschaftspolitik ihren Beitrag leisten. Insbesondere in einer Phase robusten Wirtschaftswachstums ist es wichtig, dass die Lohnentwicklung mit dem Ziel der Preisstabilität im Einklang steht. Eine moderate Lohnentwicklung – wie sie im Jahr 2000 überwiegend zu verzeichnen war – in Verbindung mit strukturellen Reformen auf den Güter- und Faktormärkten ist für die Aufrechterhaltung eines inflationsfreien Wachstums und für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von größter Bedeutung. Dazu tragen auch solide öffentliche Finanzen bei. Insbeson-

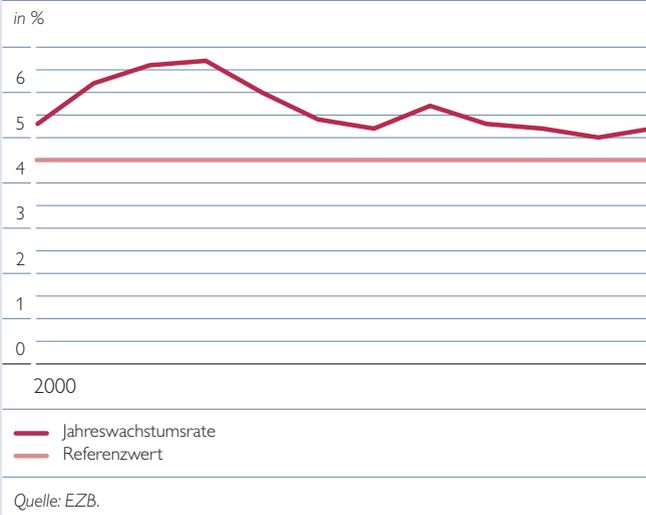
dere ein striktes Einhalten der im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegten Ziele eines ausgeglichenen Staatshaushalts oder eines Budgetüberschusses sowie Maßnahmen zur nachhaltigen Konsolidierung der öffentlichen Finanzen stärken das Vertrauen der Unternehmen und Konsumenten in die langfristige Tragfähigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung und der gewählten Wirtschaftspolitik. Auch die Strukturpolitik kann wichtige Impulse für die Preisstabilität liefern, wie die positiven Effekte der Liberalisierung der Telekommunikationsmärkte auf die Verbraucherpreise zeigen.

M3-Wachstum deutlich über dem Referenzwert

Die Wachstumsrate von M3 lag im Jahresdurchschnitt 2000 bei 5,7% und damit in etwa auf dem Vor-

Geldmengenwachstum über dem Referenzwert. Zinsanstieg und flachere Zinsstrukturkurve. Ölpreise und Wechselkurs des Euro bewirken Inflationsanstieg. Dynamische Konjunktur, getragen durch Außenwirtschaft und Binnen- nachfrage. Rückgang der Arbeitslosenquote. Verbesserung der Budgetlage.

Geldmengenwachstum von M3 im Euroraum



jahresniveau. Der laufende Drei-Monats-Durchschnitt sank jedoch im Verlauf des zweiten Halbjahres sukzessive auf 5,1% (Oktober bis Dezember). Die Analyse der Untergruppen von M3 zeigt, dass im Jahresverlauf zu längerfristigen Veranlagungsformen umgeschichtet wurde. So fiel die Wachstumsrate der in der Geldmenge M1 zusammengefassten kurzfristigen Einlagen kontinuierlich von 10,0% im ersten Quartal auf 5,6% im vierten Quartal. Im Berichtszeitraum ist die Dynamik von M3 hauptsächlich auf das Wachstum der längerfristigen Einlagen zurückzuführen.

Verflachung der Zinsstrukturkurve

Die Zinsentwicklung auf dem Geldmarkt war in hohem Maße von der Geldpolitik des Eurosystems geprägt. So blieben die Drei-Monats-Zinssätze im Euroraum zunächst bis März 2000 relativ konstant, um dann als Folge der Leitzinsanhebungen kontinuierlich um bis zu 180 Basispunkte anzusteigen. Betrug die Zinsen am kurzen Ende zu Jahresbeginn noch 3,3%, so lagen sie zu Ende Oktober 2000 bei 5,1%.

Ab Anfang November hat sich dieser Trend umgekehrt. Die Märkte gingen davon aus, dass die Konjunktur im Euroraum ihren vorläufigen Höhepunkt bereits Mitte des Jahres 2000 überschritten hatte.

Der Zehn-Jahres-Zinssatz, der seit Jänner 2000 relativ konstant um 5,4% schwankte, zeigte seit Anfang November ebenfalls einen leichten Abwärtstrend. Der Abstand zwischen den Zehn-Jahres-Zinsen in den USA und im Euroraum blieb in der ersten Hälfte 2000 in etwa konstant und verringerte sich in der zweiten Hälfte 2000 laufend.

Die Zinsstrukturkurve hat sich somit im Verlauf des Jahres 2000 kontinuierlich und rasch verflacht. Der Abstand zwischen den Zehn-Jahres-Zinsen und den Drei-Monats-Zinsen sank von 220 Basispunkten zu Jahresanfang auf rund 10 bis 20 Basispunkte zu Jahresende.

Zinsentwicklung im Euroraum im Jahr 2000



Volatile Aktienmärkte

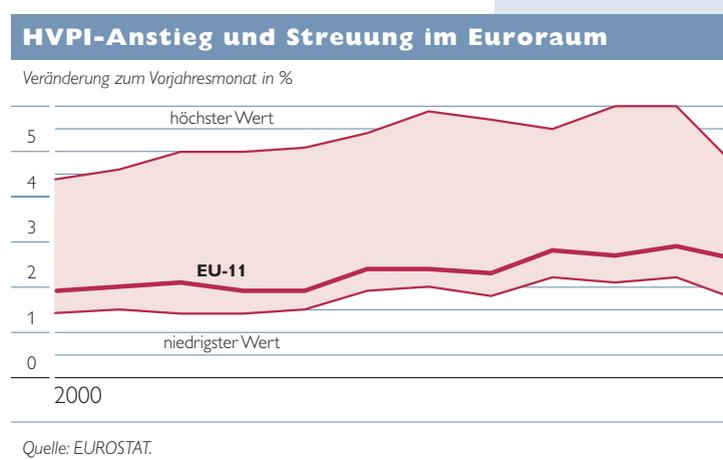
Die dynamische US-Konjunktur der letzten Jahre beeinflusste das Klima an den Aktienbörsen sehr positiv. Überdies lagen die Gewinne der Unternehmen häufig über den Erwartungen. Diese Faktoren führten teilweise zu rasanten Kursanstiegen.

Im Jahresverlauf 2000 kam es jedoch zu einem Rückgang der realisierten und erwarteten Unternehmensgewinne. Außerdem verschlechterten sich die Konjunkturerwartungen in den USA. Beginnend mit März 2000 kam es auf den US-amerikanischen Aktienmärkten zu deutlichen Kursrückgängen. Der NASDAQ verlor im Jahresverlauf 38% seines Werts, der Dow Jones Index 5%. In Japan nahm der Nikkei 225 Index um 27% ab.

Die europäischen Aktienmärkte zeigten sich im Jahr 2000 sehr volatil. Im ersten Quartal verstärkte sich die optimistische Stimmung der letzten Jahre weiter. Insbesondere die Technologiewerte gewannen stark an Wert. So stieg der Aktienindex des Neuen Marktes (NEMAX) in den ersten drei Monaten um fast 90% auf einen neuen Höchstwert von 9.632 Punkten. Danach kam es zu einer abrupten Trendumkehr. Bis Ende des Jahres verzeichneten die Aktienindizes Rückgänge. Besonders ausgeprägt war der Einbruch bei den Technologiewerten. Der NEMAX fiel deutlich auf 2.869 Punkte und damit auf weniger als ein Drittel seines Höchstwerts. Hingegen verzeichnete der breitere EURO STOXX eine wesentlich stabilere Entwicklung. Zu Jahresende 2000 lag der Index nur um rund 5% unter seinem Wert zu Jahresbeginn.

Rohölpreisanstieg erhöht Inflationsrate

Die am HVPI gemessene Inflationsrate betrug im Euroraum im Jahr 2000 durchschnittlich 2,4%. Im Jahresverlauf stieg sie von knapp unter 2 auf 2,9% im November an, um im Dezember wieder leicht auf 2,6% zurückzugehen. Für diese als temporär einzustufende Teuerung



waren vor allem die Energiepreise ausschlaggebend. Der Preis für Rohöl der Marke Brent lag im Jahresdurchschnitt bei rund 28 USD/Barrel und damit um 10 USD oder 58% über dem des Vorjahres. Diese Entwicklung schlug sich im Preisanstieg der Güter nieder, der 2,7% betrug. Hingegen lag die Inflationsrate bei den Dienstleistungen mit 1,7% nur leicht über jener des Vorjahres. Der Auftrieb der Lohnstückkosten war im Jahr 2000 etwas geringer als im Vorjahr und dämpfte dadurch die Inflationsentwicklung.

Die regionale Streuung der Inflationsraten war im Jahresdurchschnitt 2000 größer als im Vorjahr. Der Abstand zwischen der niedrigsten (Frankreich: 1,8%) und der höchsten (Irland: 5,3%) nationalen Teuerungsrate innerhalb des Euro-raums betrug im Jahr 2000 3,5 Prozentpunkte. Die Differenzen in der Preisentwicklung ergeben sich nicht nur aus dem unterschiedlich starken Wirtschaftswachstum, sondern auch aus strukturellen Faktoren, wie dem Liberalisierungsgrad bei wichtigen Branchen, der unterschiedlichen Exponiertheit gegenüber der Ölpreis- und der Wechselkursentwicklung sowie dem technologischen Aufholprozess in Mitgliedsländern mit niedrigem Einkommen.

Anhaltend hohes Wachstum im Euroraum

Die Konjunktur im Euroraum entwickelte sich im Jahr 2000 äußerst dynamisch. Die Wachstumsrate des realen BIP auf Jahresbasis lag bei 3,4% und damit um rund 1 Prozentpunkt über jener des Jahres 1999. Die tragenden Kräfte des Wirtschaftswachstums waren der private Konsum, die Bruttoanlageinvestitionen sowie die Exporte.

Zur Jahresmitte 2000 wurde jedoch der Höhepunkt dieses Konjunkturzyklus erreicht. Die Wachstumsraten des dritten und vierten Quartals zeigten sich mit 3,3 und 3,0% gegenüber jener des zweiten Quartals (+3,7%) bereits leicht abgeschwächt. Die Hauptursache ist die Verringerung der Wachstumsdynamik bei den Konsumausgaben der privaten Haushalte. Vor allem der Anstieg der Rohölpreise dürfte die Konsumenten verunsichert und sich damit wachstumshemmend ausgewirkt haben. Auch die Konjunkturumfrage der EK bestätigte das Bild einer leicht nachlassenden Wachstumsdynamik. Seit August setzte der aggregierte Vertrauensindikator seinen Aufwärtstrend nicht mehr fort. Sowohl das Vertrauen der Industrie und der Bauwirtschaft als auch das Stimmungsbild der Konsumenten stabilisierten sich allerdings auf historisch sehr hohem Niveau.

Innerhalb des Euroraums haben alle Länder deutlich vom Wirtschaftsaufschwung profitiert. Dennoch zeigen sich Unterschiede in der Positionierung im Konjunkturzyklus. Während insbesondere Deutschland und Italien erst relativ spät an die Wachstumsdynamik des restlichen Euroraums angeschlossen haben (BIP-Wachstumsraten im Jahr 2000 von rund 3%) war Frankreich

im Konjunkturzyklus schon ziemlich weit vorgerückt. Besonders dynamisch entwickelten sich vor allem kleinere Staaten. Die höchsten Wachstumsraten des realen BIP wiesen Irland, Luxemburg und Finnland auf (10,5, 7,8 bzw. 5,7%).

Auf dem Arbeitsmarkt kam es im Jahr 2000 auf Grund der guten Konjunkturlage zu einem Anstieg der Gesamtbeschäftigung um 1,9% und einem weiteren Rückgang der Arbeitslosenquote auf 9,1% (1999: 10,0%). Aber auch die arbeitsmarktpolitischen Anstrengungen im Rahmen des Luxemburger Prozesses (siehe dazu auch das Kapitel „Intensive Einbindung der OeNB in internationalen Organisationen“) zeigten Wirkung.

Geringes Leistungsbilanzdefizit

Die Leistungsbilanz des Euroraums war im Jahr 2000 mit etwa -0,2% des BIP leicht negativ. Das im Vergleich zum Jahr 1999 vergrößerte Leistungsbilanzdefizit (im zweiten Quartal 1999 gab es noch einen Leistungsbilanzüberschuss) war hauptsächlich auf eine Zunahme der Wareneinfuhren bei gleichzeitig hohen Ölpreisen und niedrigem Eurowechselkurs zurückzuführen (siehe Kasten 3).

Deutliche Verbesserung der Budgetlage

Im Jahr 2000 wurde für den Euroraum ein aggregierter Budgetüberschuss von 0,3% des BIP verzeichnet (1999: Budgetdefizit von 1,2% des BIP). Das Ziel der Stabilitätsprogramme (aggregierte Defizitquote von 1,1%) konnte damit übertroffen werden. Ein großer Teil der Verbesserung in diesem Jahr ist jedoch auf die Einnahmen aus der Versteigerung der UMTS¹-Mobilfunk-

¹ Universal Mobile Telecommunication System.

Wechselkursentwicklung des Euro zum US-Dollar

Der Eurowechselkurs ist für die Geldpolitik insofern relevant, da er im Falle eines deutlichen Kursrückgangs gegenüber anderen wichtigen Währungen über einen Anstieg der Importpreise zur Erhöhung der Inflation im Euroraum beiträgt. Er ist daher einer der Indikatoren, die in der zweiten Säule der geldpolitischen Strategie des Eurosystems genau analysiert werden. Das Jahr 2000 war durch eine deutliche Abwertung des Euro gekennzeichnet, die jedoch im Widerspruch zur positiven fundamentalen Wirtschaftslage des Euroraums stand. Erst gegen Ende des Jahres erholte sich der Euro gegenüber dem US-Dollar teilweise wieder.

Der Wechselkurs betrug zu Jahresanfang 2000 1,01 USD/EUR und schloss zu Jahresende bei 0,93 USD/EUR (Referenzkurse der EZB). Diese Abwärtsbewegung verlief mit erheblichen Schwankungen. Der US-Dollar war am 6. Jänner 2000 mit 1,04 USD/EUR am schwächsten, der Höchstkurs wurde am 26. Oktober 2000 mit 0,83 USD/EUR verzeichnet. Ab diesem Zeitpunkt erholte sich der Euro bis zum Jahresende. Zu Beginn 2001 setzte sich der Anstieg des Euro fort, um sich in weiterer Folge bei etwa 0,90 USD/EUR zu stabilisieren.

Der Kursanstieg des US-Dollar im Verlauf des Jahres 2000 erfolgte trotz hohem US-Leistungsbilanzdefizit sowie eines sich deutlich verringernden Zinsabstands zwischen den 10-jährigen Bundesanleihen der USA und Deutschlands (Jahresanfang: 100, Jahresende: 25 Basispunkte).

Wechselkurs der D-Mark zum US-Dollar

1971 bis 2001

DEM/USD (Tageswerte)



Quelle: Federal Reserve Statistical Release H.10.

Kapitalabflüsse aus dem Eurowährungsgebiet stärken den US-Dollar

Ein wesentlicher Grund für die Stärke des US-Dollar waren Kapitalabflüsse aus dem Euroraum in die USA. Diese erfolgten über Portfoliotransaktionen (z. B. Aktien) und Direktinvestitionen. Der Zufluss an Direktinvestitionen in die USA aus dem Euroraum im Jahr 2000 war von regen M & A¹-Aktivitäten gekennzeichnet, die vor allem im IT-Bereich, aber auch im Finanzbereich stattgefunden haben. Dies und die Ölpreishausse in der zweiten Hälfte des Jahres – Öl wird weltweit in US-Dollar gehandelt – stärkten die US-Währung.

Fundamentalgründe bewirken Meinungsumschwung

Eine häufig angeführte Begründung für den starken US-Dollar war die über weite Phasen des Jahres 2000 höhere Dynamik der US-Wirtschaft gegenüber jener im Euroraum. Daher verlief die Wechselkursentwicklung des Euro im Jahr 2000 nicht im Einklang mit den günstigen wirtschaftlichen Fundamentaldaten im Euroraum. Diesbezügliche Hinweise des Eurosystems und anderer wirtschaftspolitischer Funktionsträger wurden von den Märkten nicht entsprechend gewürdigt. Erst gegen Jahresende

Wechselkursentwicklung des Euro zum US-Dollar (Forts.)

war ein Umschwung der Marktstimmung festzustellen. Die schwächeren US-Wirtschaftsdaten, eine Eintrübung des Optimismus der Wirtschaftstreibenden sowie Gewinnwarnungen US-amerikanischer Unternehmen verstärkten die Sorge einer „harten Landung“ der US-Wirtschaft. Damit gingen deutliche Kursgewinne des Euro gegenüber dem US-Dollar einher.

Volatilität des US-Dollar zur D-Mark

1971 bis 2000¹⁾



Quelle: OeNB.

¹⁾ Ab 1999: Volatilität des US-Dollar zum Euro.

²⁾ Durchschnitt 1971 bis 2000.

Wechselkursvolatilität im Jahr 2000

nur leicht über dem langjährigen Durchschnitt

Die jährliche Volatilität des US-Dollar zur D-Mark (als Referenzwährung für die Zeit vor der Einführung des Euro) zwischen 1971 und 1998 zeigt im Vergleich mit den Volatilitäten des Euro zum US-Dollar in den Jahren 1999 und 2000 keine signifikanten Unterschiede. Im Zeitraum 1971 bis 1998 gab es wiederholt Jahre, in denen die Volatilität höher war.

Überdies verdeutlicht die Relation der jeweiligen Jahresendkurse, dass der in den Jahren 1999 und 2000 aufgetretene Kursrückgang des Euro zum US-Dollar gegenüber synthetisch gerechneten Euro/US-Dollar-Kursen in den Jahren davor keineswegs herausragend stark ausgefallen ist. So wurden beispielsweise Anfang der Achtzigerjahre stärkere Kursrückgänge beobachtet.

¹⁾ Mergers and Acquisition (Fusionen, Firmenkäufe, -übernahmen etc.).

Lizenzen in einigen Staaten zurückzuführen, die als Einmalmaßnahme zu werten sind. Insbesondere in Deutschland erbrachte der Erlös der UMTS-Lizenzen (2,5% des BIP) eine starke Verbesserung des Budgetsaldos. Ohne die UMTS-Einnahmen würde sich für den

Euroraum weiterhin ein Defizit ergeben, das aber immer noch unter dem Zielwert der Stabilitätsprogramme liegt. Das – gegenüber den Annahmen der Stabilitätsprogramme – günstigere BIP-Wachstum trug maßgeblich zur Verbesserung der Budgetsalden im

Euroraum bei. In allen Ländern des Euroraums war die Brutto-staatsverschuldung gemessen am BIP rückläufig. Die aggregierte Schuldenquote des Euroraums ging von 72,0% (1999) auf 69,7% (2000) des BIP zurück.

Uneinheitliche Wirtschaftsentwicklung in den EU-Staaten außerhalb des Euroraums

Während in Dänemark und im Vereinigten Königreich das Wirtschaftswachstum schwächer als im Euroraum ausfiel, lag es in Griechenland und Schweden höher. Wie in den Ländern des Euroraums beschleunigte sich das Wachstum des realen BIP gegenüber dem Jahr 1999, lediglich in Schweden ging es etwas zurück.

Griechenland wurde am 1. Jänner 2001 der zwölfte Mitgliedstaat des Euroraums. In den vergangenen zwei Jahren konnte es große Fortschritte bei den Konvergenzkriterien erzielen. Bei sinkender Tendenz der Staatsverschuldung im Jahr 2000 auf 103,9% des BIP, betrug das Budgetdefizit nur mehr 0,9% des BIP und lag damit deutlich unter dem für die Teilnahme an der WWU festgelegten Kriterium von 3%. Für 2002 sind bereits Budgetüberschüsse geplant. Nach einer

Inflationsrate von noch 20% im Jahr 1990 sank sie bis zum Jahr 1999 auf 2,1%, um im Jahr 2000 – entsprechend der Entwicklung in der EU – wieder auf 2,9% anzusteigen.

Am 15. Jänner 2000 wurde der Leitkurs der griechischen Drachme um 3,5% nach oben angepasst und damit dem Marktkurs angenähert. Der neue Leitkurs und damit auch der unwiderruflich fixierte Umrechnungskurs zum Euro beträgt 340,750 GRD/EUR. Die griechische Notenbank senkte den Leitzins für 14-tägige Einlagen in neun Schritten um insgesamt 600 Basispunkte von 10,75% auf den gegen Jahresende 2000 geltenden Leitzinssatz des Euroraums von 4,75%. Durch den Beitritt Griechenlands stieg die Bevölkerungszahl im Euroraum um 3,4%, das nominelle BIP erhöhte sich um 1,9%.

Die dänische Zentralbank hat nach dem negativen Ausgang des Referendums über einen Beitritt zur WWU angekündigt, die fixe Wechselkursanbindung an den Euro weiter zu verfolgen. Die dänische Krone bewegte sich im gesamten Jahresverlauf innerhalb der angekündigten Bandbreite von $\pm 2,25\%$ zum Euroleitkurs. Die Zentralbank hat im Jahr 2000 in sechs Schritten und zeitlich synchron mit dem Eurosystem ihren Diskontsatz von 3,0 auf

Wechselkursentwicklung des Euro gegenüber US-Dollar und Yen



Quelle: OeNB.

Strukturelle Kennziffern

		EU-11	EU-15	USA	Japan
Bevölkerung 1999	<i>in Mio</i>	287	370	273	127
Wirtschaftliche Performance 2000					
nominelles BIP	<i>in Mrd EUR</i>	6.417,5	8.494	10.807	5.153
reales BIP-Wachstum	<i>in %</i>	+3,4	+3,3	+5,0	+ 1,2
BIP 1999	<i>in % des Welt-BIP</i>	15,8	20,3	21,9	7,6
Arbeitslosenquote (insgesamt)	<i>in % der Erwerbspers.</i>	9,0	8,3	4,0	4,7
Inflationsrate (HVPI; USA, Japan: VPI)	<i>in %</i>	+2,3	+2,1	+3,4	- 0,6
Wirtschaftssektoren 1998¹⁾					
Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei	<i>in % des BIP</i>	2,5	2,4	1,7	1,7
Industrie (inkl. Bauwirtschaft)	<i>in % des BIP</i>	28,9	28,5	26,2	35,6
Dienstleistungen	<i>in % des BIP</i>	68,7	69,1	76,3	62,7
Außenwirtschaft 2000					
Exporte i. w. S.	<i>in % des BIP</i>	36,9	35,3	11,0	10,8
Importe i. w. S.	<i>in % des BIP</i>	35,8	34,8	14,7	9,3
Leistungsbilanzsaldo (Außenbeitrag)	<i>in % des BIP</i>	+1,0	+0,6	-3,7	+ 1,4
Staatshaushalt 2000					
Ausgaben, insgesamt ²⁾	<i>in % des BIP</i>	47,1	45,8	31,7	33,0
Einnahmen, insgesamt	<i>in % des BIP</i>	46,2	45,8	33,6	30,5
Budgetsaldo	<i>in % des BIP</i>	+0,3	+1,2	+2,3	- 8,6
Bruttoverschuldung	<i>in % des BIP</i>	69,7	64,2	59,5	112,3
Finanzmärkte 2000					
kurzfristige Zinsen	<i>in %</i>	4,39	4,75	6,53	0,28
langfristige Zinsen	<i>in %</i>	5,44	5,42	6,03	1,76
M3-Wachstum	<i>in %</i>	+5,7	+6,9	+9,4	+ 1,0
Nettoemissionen von Schuldverschreibungen ³⁾	<i>in Mrd EUR</i>	446,2	628,4	461,9	-18,1
davon: in EUR denominiert	<i>in Mrd EUR</i>	315,8	373,2	48,0	- 0,6
in USD denominiert	<i>in Mrd EUR</i>	154,0	154,0	371,7	- 4,7
Börsenkapitalisierung	<i>in Mrd EUR</i>	5.661	9.138	16.143	5.866
Bankeinlagen ⁴⁾	<i>in Mrd EUR</i>	5.098	x	6.082	5.952
	<i>in % des BIP</i>	79,4	x	56,3	115,5

Quelle: EUROSTAT, EZB, IWF, OECD, BIZ, OeNB.

¹⁾ EU-11 und EU-15: ohne Österreich, Irland und Luxemburg; USA und Japan: Daten 1997.

²⁾ EU-11 und EU-15: beinhalten UMTS-Einnahmen (ca. 1,2% des BIP), die mit Minus eingebucht wurden.

³⁾ Deviseninländer.

⁴⁾ USA, Japan: drittes Quartal 2000.

4,75% erhöht. Dänemark wies im Jahr 2000 erneut Budgetüberschüsse aus. Die Teuerungsrate gemessen am HVPI lag bei 2,7%.

Im ersten Quartal 2000 erhöhte die Bank of England ihren Repo-Satz in zwei Schritten von 5,5% zu Jahresbeginn auf 6,0%. Der schwedische Repo-Satz wurde ebenfalls in zwei Schritten Anfang bzw. Ende des Jahres von 3,25 auf 4,0% angehoben. Während die Wechselkursstabilität der dänischen Krone und der griechischen Drachme explizite Zwischenziele der jeweiligen Zen-

tralbanken waren, vollzog sich die Zinspolitik im Vereinigten Königreich und in Schweden vor dem Hintergrund eines direkten Inflationsziels. Die schwedische Krone setzte zunächst in der ersten Jahreshälfte ihre Aufwertungstendenz fort. Anfang Mai, als die Zinsdifferenz gegenüber dem Euroraum negativ wurde, kehrte sich der Trend um. Das Pfund Sterling schwankte im Jahr 2000 mit großer Volatilität um einen mittleren Kurs von 0,61 GBP/EUR. Das Vereinigte Königreich und Schweden wiesen Infla-

tionsraten von 0·8 bzw. 1·3% auf. Beide Staaten erzielten im Jahr 2000 deutliche Budgetüberschüsse.

USA, Japan und ausgewählte aufstrebende Märkte

USA

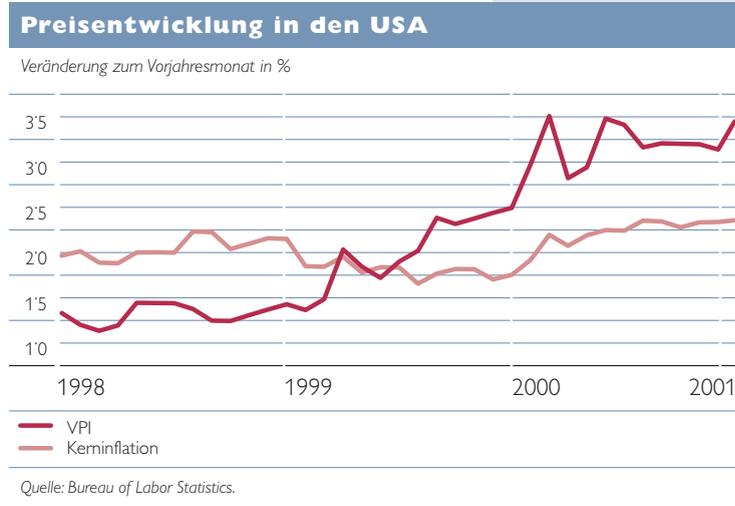
Das Expansionstempo der US-Wirtschaft hat sich – nach einem realen BIP-Wachstum von über 5% im ersten Halbjahr 2000 – in der zweiten Jahreshälfte etwas verlangsamt. Dennoch lag das Wirtschaftswachstum für das Jahr 2000 mit 5·0% knapp über jenem des Vorjahres (1999: +4·2%).

Prognosen erwarten für das Jahr 2001 eine Abschwächung der Wachstumsdynamik auf etwa 2%. Für die US-Wirtschaft, die seit der Rezession 1991 eine kontinuierliche Expansion von durchschnittlich 3·6% pro Jahr aufwies und deren Potenzialwachstum auf 3½ bis 4% geschätzt wird, ist dies eine deutliche Verschlechterung.

Das Wachstum der Industrieproduktion, das im Jahr 2000 mit 5·7% zwar etwas stärker als im Vorjahr (+4·2%) war, verringerte sich gegen Ende des Jahres. Die Kapazitätsauslastung ging auf 80·9% Ende des Jahres (Durchschnitt 2000: 81·3%) zurück. Der Anstieg der Lagerbestände war ein weiteres Anzeichen für die Konjunkturabschwächung.

Auf Grund der dynamischen Konjunktorentwicklung in der ersten Jahreshälfte erhöhte sich der Index der Verbraucherpreise im Jahr 2000 mit 3·4% deutlich stärker als im Vorjahr (+2·2%). Das ist die stärkste Inflationsrate seit 1990, wofür hauptsächlich die deutlich höheren Energiepreise ausschlaggebend waren. Die Kerninflation rate nahm auf 2·6% (1999: +1·9%) zu.

Abschwächung der Konjunktur in den USA gegen Jahresende. Verhaltene Wirtschaftsdaten machen Erholung in Japan nach wie vor unsicher. Wirtschaftsaufschwung in Asien und in Lateinamerika. Krisen in der Türkei und in Argentinien durch internationale Hilfsprogramme teilweise abgefedert.



Nach – seit Mitte Mai 2000¹⁾ – bestehenden stabilen Leitzinsen senkte die US-Notenbank am 3. Jänner 2001 unerwartet zwischen zwei Sitzungen des FOMC den Zielsatz für die Federal Funds Rate um 50 Basispunkte auf 6% und den Diskontsatz²⁾ um 25 Basispunkte auf zunächst 5·75% und am 4. Jänner 2001 um weitere 25 Basispunkte auf 5·5%. In der Sitzung vom 30./31. Jänner 2001 verringerte das FOMC die Leitzinsen erneut um 50 Basispunkte auf 5·5% (Federal Funds Rate) bzw. 5% (Diskontsatz). Am 18. April 2001 folgte eine weitere Zinssenkung um 50 Basispunkte auf 5·0 bzw. 4·5%. Diese Entscheidungen erfolgten unter dem Eindruck eines stärker als erwarteten Konjunkturreinbruchs. Das FOMC verwies darauf, dass auch nach den Zinssenkungen den Risiken einer konjunkturellen Abschwächung höhere Aufmerksamkeit als der Inflationsgefahr geschenkt werden müsse.

Der US-Arbeitsmarkt hat sich als relativ robust erwiesen. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote betrug im Jahr 2000 4%. Einige Indikatoren wiesen darauf hin, dass sich die angespannte Arbeitsmarkt-

1 Um drohenden Inflationsgefahren zu begegnen, wurden zwischen 30. Juni 1999 und Mitte Mai 2000 die Leitzinsen sechsmal um insgesamt 175 Basispunkte auf 6·5% angehoben.

2 Der Diskontsatz hat eher einen symbolhaften Charakter, da die Mitgliedsbanken im FED das „Diskontfenster“ nur im Notfall beanspruchen.

lage der vergangenen Jahre etwas zu lockern beginnt. So entstanden in den USA im Jahr 2000 mit insgesamt 1,9 Mio neuen Arbeitsplätzen um 1 Mio weniger als im Jahr davor. Weiters stiegen die Anträge auf Arbeitslosenunterstützung Ende des Jahres gegenüber der ersten Jahreshälfte. Während die durchschnittlichen Stundenlöhne 1999 um 3,5% zunahmen, erhöhten sich diese im Jahr 2000 um 4,2% auf knapp über 14 USD. Dies war für die US-Notenbank ein Indikator dafür, dass vom Arbeitsmarkt ein Inflationsdruck ausgeht.

Im Fiskaljahr 2000, das am 30. September endete, erwirtschafteten die USA einen Haushaltsüberschuss von rund 230 Mrd USD (2,4% des BIP); dies ist der dritte aufeinander folgende Überschuss.

Japan

Nach Schätzungen des IWF ist im Kalenderjahr 2000 das durch Privatinvestitionen getragene reale BIP um 1,7% gestiegen. Die japanische Regierung geht hingegen für das Fiskaljahr 2000 (bis Ende März 2001) – auf Basis der neuen Berechnungsmethode der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (System of National Accounts 93) – von einem 1,2-prozentigen Wachstum aus. Die Hoffnung auf eine binnenwirtschaftlich getragene Erholung hat sich jedoch auch im Jahr 2000 nicht erfüllt, da der Konsum im gesamten Jahr rückläufig war. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich wegen der Umstrukturierungen bei Großunternehmen im Jahresdurchschnitt auf 4,8% (1999: 4,7%) leicht. Die Verbraucherpreise sind gegenüber dem Vorjahr um 0,6% neuerlich zurückgegangen (1999: –0,3%). Erstmals seit drei Jahren verzeichnete der Großhandelspreisindex im Jahr

2000 mit 0,1% wieder eine geringfügige Zunahme. In den beiden Jahren zuvor war der Index um je 1,5% zurückgegangen; zuletzt war er 1997 gestiegen, als die Regierung eine umstrittene Erhöhung der Konsumsteuer von 3 auf 5% verabschiedet hatte. Im Jahr 2000 ist der Anstieg des Index auf die erhöhten Erdölpreise zurückzuführen; Landwirtschafts- und Fischereiprodukte verzeichneten hingegen weiterhin Preisrückgänge. Der Index für Großhandelspreise bei Exportprodukten verminderte sich wegen der Stärke des japanischen Yen gegenüber dem US-Dollar und dem Euro im Jahr 2000 um 4,5%.

Am 11. August 2000 erhöhte die Bank of Japan (BoJ) den Zielsatz für das Taggeld auf rund 0,25%. Ende Februar 2001 wurde dieser Leitzins um 10 Basispunkte auf 0,15% gesenkt. Damit nahm die BoJ ihre Entscheidung zumindest teilweise zurück, sich von der seit Februar 1999 betriebenen Null-Zins-Politik abzuwenden. Der Diskontsatz lag seit September 1995 bei 0,5%. Dieser wurde im Februar 2001 in zwei Schritten auf 0,25% gesenkt. Nach der Aufgabe der Null-Zins-Politik ist die Benchmarkrendite für 10-jährige Staatsanleihen kurzfristig um über 20 Basispunkte auf mehr als 2% gestiegen, fiel jedoch danach unter das Ausgangsniveau. Am 19. März 2001 beschloss die BoJ eine De-facto-Rückkehr zur Null-Zins-Politik, die in engem Zusammenhang mit der Zuspitzung der Krise im japanischen Finanzsystem zu sehen ist.

Das Geldmengenwachstum von M2 lag auch im Jahr 2000 mit 2,1% unter dem Wachstum des Vorjahres (1999: +3,6%). Auf Grund der fallenden Preise und des schwachen realen Wirtschaftswachstums wirkte

die Geldpolitik damit expansiv. Die BoJ kündigte an, die Liquiditätszufuhr an die Banken noch vor Ablauf des Fiskaljahres zu erhöhen.

Im Vergleich zum Vorjahr fiel im Dezember 2000 das Volumen der ausstehenden Kredite japanischer Banken um 3,8%. Es war dies das dritte Jahr in Folge mit einem Rückgang.

Der Wechselkurs des japanischen Yen war im Jahr 2000 zum Euro und zum US-Dollar volatil. Im Februar erreichte der Euro gegenüber dem japanischen Yen mit 107,6 JPY/EUR seinen niedrigsten, im Oktober seinen höchsten Wert. Im Dezember lag er bei 100,6 JPY/EUR.

Für das Fiskaljahr 2000 wurde ein Anstieg des Budgetdefizits auf 9,2% des BIP veranschlagt. Die Bruttostaatsverschuldung hat sich seit Beginn der Neunzigerjahre auf 125% des BIP mehr als verdoppelt. Japan weist damit die höchste Quote unter den großen Industriestaaten auf. Antizyklische Stimulierungspakete finden in der Bevölkerung keine Akzeptanz mehr. Im November 2000 wurde ein Nachtragshaushalt in Höhe von knapp 1% des BIP verabschiedet, um die Konjunktur (unter anderem den IT-Bereich) zu stützen. Der Budgetvoranschlag 2001 markiert eine Wegscheide der japanischen Fiskalpolitik. Er liegt um 2,7% unter dem ursprünglich verabschiedeten Etat für 2000; dies wäre der erste Rückgang seit sechs Jahren. Die Neuverschuldung soll um 3 Prozentpunkte auf 6½% des BIP sinken. Dennoch konnte – konjunkturbedingt – noch nicht mit der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen begonnen werden. Der Stand der Bruttoschulden wird weiter auf 128,5% des BIP ansteigen.

Aufstrebende Märkte

EU-Beitrittskandidaten¹⁾ – Türkei

Die Türkei gehört seit Dezember 1999 zum Kreis der EU-Beitrittsländer, allerdings werden derzeit keine Beitrittsverhandlungen geführt. Das Land soll weiterhin das Funktionieren seiner Wirtschaft (Wettbewerbsfähigkeit) verbessern.

Das reale BIP der türkischen Wirtschaft wuchs im Jahr 2000 um 7,2% (1999: –4,7%). Die ab Jahresbeginn gesunkenen Realzinsen haben sich im November wieder stark erhöht, was den Abbau des hohen Budgetdefizits erschwerte, das Bankensystem belastete sowie die Anfälligkeit für globale Wirtschaftsschocks erhöhte. Die Inflationsrate konnte im Jahr 2000 zwar um 10 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr auf rund 55% gesenkt werden, blieb jedoch die höchste unter den OECD-Ländern.

Im Rahmen der aktiven Stabilitätspolitik wurde seit Jahresbeginn 2000 eine Politik des realen Wechselkursankers verfolgt.

Während die meisten großen Privatbanken des Landes eine solide Basis aufweisen, verringerte sich die Ertragslage der kleinen Banken im Jahr 2000. Im Interbankenhandel kam es daraufhin zu einer Kürzung der Kreditlinien, wodurch die Zinsen anstiegen. Befürchtungen ausländischer Investoren über die Stabilität der türkischen Banken, die schleppende Privatisierung und das hohe Leistungsbilanzdefizit (rund 4% des BIP) veranlasste diese, ihre Gelder abzuziehen. Eine aktive Kreditverknappung an türkische Unternehmen und öffentliche Stellen löste im November 2000 eine Liquiditätskrise aus.

Mitte Dezember 2000 wurde dem Land eine umfangreiche internationale Finanzhilfe gewährt.

¹⁾ Siehe ausführlicher das Kapitel „Anerkannte Brücke zwischen Ost und West“.

Neben dem IWF (siehe das Kapitel „Intensive Einbindung der OeNB in internationalen Organisationen“) hat auch die Weltbank ihre Kredite aufgestockt. Darüber hinaus gewährten zehn Geschäftsbanken einen syndizierten Kredit über 1 Mrd USD. Trotzdem konnte sich der Finanzsektor nicht stabilisieren und gegen Ende Februar 2001 wertete – infolge von Kapitalabflüssen – der Wechselkurs der türkischen Lira stark ab. Im April 2001 legte der türkische Wirtschaftsminister ein neues Stabilisierungsprogramm vor.

Asien

Die dynamische Erholung der einzelnen Wirtschaften Asiens war insbesondere auf einen deutlichen Rückgang der Sparquote, gestiegene Konsumausgaben sowie eine expansive Fiskal- und Geldpolitik zurückzuführen. Auch der globale Aufschwung, insbesondere die starke Nachfrage aus den USA, unterstützten das Wachstum. Allerdings wiesen die asiatischen Krisenländer im Jahr 2000 eine unterschiedliche Konjunkturdynamik auf. Der IWF schätzt für die ASEAN-4-Länder Indonesien, Malaysia, die Philippinen und Thailand ein reales BIP-Wachstum von 4½% (1999: +2,6%), während jenes in den Ländern Asiens insgesamt auf 6½% geschätzt wird. Die Leistungsbilanzüberschüsse der ASEAN-4-Länder fielen hingegen niedriger aus als 1999, da sich die Wechselkurse wieder auf einem höheren Niveau bewegten und die Importnachfrage stieg. Die verbesserten Fundamentaldaten sowie die Fortschritte bei der Neustrukturierung der Auslandsverschuldung führten zu einer Stabilisierung der Kapitalströme. Auch die kurzfristigen Zinsen – ausgenommen jene Indonesiens – lagen

deutlich unter dem Niveau vor der Asienkrise. Das Hauptproblem in Südostasien sind die stark rückläufigen ausländischen Direktinvestitionen, die sich in den letzten fünf Jahren halbiert haben (1996: rund 30 Mrd USD). Diese wurden in Länder mit attraktiveren Standortbedingungen umgeleitet, vor allem nach Südkorea (bedingt durch den OECD-Beitritt) und nach China (unter anderem wegen der Aussichten auf einen WTO-Beitritt Mitte 2001). Südkorea und China hatten zudem mit jeweils über 8% die höchsten Wachstumsraten zu verzeichnen.

Lateinamerika

Nach der Rezession im Jahr 1999 erzielte die Region im Jahr 2000 wieder eine Expansion des realen BIP um mehr als 4%, bedingt vor allem durch eine in vielen Ländern günstigere Haushaltslage, sinkende Inflationsraten sowie eine Verbesserung der Leistungsbilanzsalden. Insgesamt wirkte sich der Ölpreisanstieg auf Lateinamerikas Handelsbilanz positiv aus. Von den sieben großen Volkswirtschaften sind vier – Argentinien, Kolumbien, Mexiko und Venezuela – Nettoexporteure von Erdöl.

Auf Grund politischer bzw. wirtschaftlicher Krisen in einigen Ländern sowie der Wachstumsverlangsamung in den USA wird für 2001 eine Abschwächung des Wirtschaftswachstums auf unter 4% prognostiziert.

Der Renditenabstand der Anleihen der aufstrebenden Märkte zum US-Markt hat sich zu Ende des Jahres 2000 auf hohem Niveau stabilisiert. Die Stimmung für lateinamerikanische Staatsanleihen hat sich seit Anfang 2001 deutlich verbessert, wobei die Leitzins-

senkungen der US-Notenbank wesentlich zu dieser Entwicklung beigetragen haben.

Die positive wirtschaftliche Entwicklung Brasiliens profitierte von der Privatisierung und der Öffnung staatlich gelenkter Wirtschaftszweige. Die Privatisierungseinnahmen der letzten Dekade von über 100 Mrd USD leisteten einen wesentlichen Beitrag zum Abbau des Haushaltsdefizits, zur Eindämmung der Inflation und zur Modernisierung der Infrastruktur.

Der brasilianische Aufschwung wurde nur wenig von den für das Land negativen externen Faktoren (Ölpreis, Wirtschaftsentwicklung in Argentinien) beeinträchtigt. Der Wechselkurs gab nach und der Zinsrückgang wurde unterbrochen, die Konjunkturindikatoren und die Stimmung in der Bevölkerung verbesserten sich jedoch. Der Fehlbetrag in der Leistungsbilanz ging nicht in dem erwarteten Ausmaß zurück, wurde jedoch problemlos durch Zuflüsse von ausländischen Direktinvestitionen finanziert. Die In- und Auslandsschuld in Relation zum BIP sind rückläufig. Das reale BIP-Wachstum betrug im Jahr 2000 4,2% und dürfte sich im Jahr 2001 auf 4,5% beschleunigen.

Problematisch, vor allem auf Grund seiner regionalen Bedeutung, präsentierte sich Ende des Jahres 2000 die Lage in Argentinien. Das Land befindet sich seit über zwei Jahren in einer Rezession, die Zinsen sind hoch und das Vertrauen der internationalen Finanzmärkte ist stark gesunken; die Kreditwürdigkeit des Landes wurde herabgestuft. Der größte Anleiheemittent Lateinamerikas in fremder Währung benötigte multilaterale Unterstützung, um im Jahr 2001 seinem Schuldendienst von rund 21 Mrd USD nachkommen zu können. Mitte Jänner 2001 wurde ein internationales Hilfspaket multilateraler und privater Kreditgeber über rund 35 Mrd USD unter Führung des IWF verabschiedet (siehe das Kapitel „Intensive Einbindung der OeNB in internationalen Organisationen“).

Die Landeswährung ist im Rahmen eines Currency Board an den US-Dollar gebunden. Der seit März 2001 amtierende neue Wirtschaftsminister erwägt jedoch das Currency Board um den Euro zu erweitern, allerdings erst dann, wenn der Euro die Parität zum US-Dollar erreicht hat.

Effiziente Durchführung der Geldpolitik

Geldpolitische Instrumente

Übergang vom Mengen-
zum Zinstender.
Goldverkäufe der OeNB
im Rahmen der gemein-
samen Erklärung der
Zentralbanken bezüglich
Goldverkäufen. Weitere
Innovationen bei den
Zahlungsverkehrs-
systemen TARGET
und ARTIS.
Regelungen zu den
monetären Einkünften.

Übergang vom Mengen- zum Zinstender

Am 8. Juni 2000 beschloss der EZB-Rat, dass – beginnend mit 28. Juni 2000 – die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems mit wöchentlicher Ausschreibung und 14-tägiger Laufzeit als Zinstender mit amerikanischer Zuteilungsmethode an Stelle des Mengentenders durchgeführt werden. Während bei einem Mengentender der Zinssatz für die Gebote der Banken fixiert ist, sind die Institute beim Zinstenderverfahren angehalten, Zins- und Mengengebote abzugeben. Diese Zuteilungsform wurde davor bereits bei den längerfristigen Refinanzierungsgeschäften mit monatlicher Ausschreibung und dreimonatiger Laufzeit angewandt.

Im Unterschied zu den längerfristigen Refinanzierungsgeschäften wird beim Hauptrefinanzierungstender das Volumen nicht vorher bekannt gegeben, die EZB gibt allerdings im Sinne einer geldpolitischen Signalfunktion einen Mindestbietungssatz vor. Um die Institute bei der Abgabe ihrer Gebote zu unterstützen, werden diesen seit der Umstellung Schätzungen über den gesamten Liquiditätsbedarf des Bankensystems resultierend aus Mindestreserve-Erfordernissen und so genannten autonomen Faktoren (z. B. Banknotenumlauf) zur Verfügung gestellt. Dies dient als Anhaltspunkt für die wahrscheinliche Zuteilungsmenge beim folgenden Hauptrefinanzierungsgeschäft.

Die Umstellung des Tenderverfahrens ist keineswegs als Änderung des geldpolitischen Kurses zu verstehen. Vielmehr übernimmt der angekündigte Mindestbietungs-

satz die geldpolitische Signalfunktion, die bislang dem Zinssatz für Mengentender zukam.

Die Umstellung auf den Zinstender wurde deshalb vorgenommen, weil es beim Mengentenderverfahren zu massiven Überbietungen kam. Die Vorgangsweise beim Mengentender implizierte, dass die Banken die aus dem Verfahren resultierende Zuteilungsquote antizipieren mussten. Dies führte gerade in einer längeren Periode steigender Zinserwartungen dazu, dass sich die Teilnehmer am Tender gegenseitig hinsichtlich der Bietungsmenge hoch lizitierten. Während die Zuteilungsquoten zu Beginn des Eurosystems im Durchschnitt bei etwa 10% lagen, fiel die Quote bei den letzten Mengentendern unter 1%, und die abgegebenen Gebote überstiegen bereits das Gesamtausmaß aller verfügbaren refinanzierungsfähigen Sicherheiten. Mit dem neuen Verfahren wurden bisher folgende Erfahrungen gemacht:

- Die Zahl der an den Hauptrefinanzierungsgeschäften teilnehmenden Institute ist zunächst zurückgegangen; dies deshalb, weil der Zinstender eine professionellere Vorgangsweise bei der Gebotsstellung erfordert. Die österreichischen Banken hatten damit keine nennenswerten Probleme.
- In den ersten Monaten kam es zu einer leichten Verlagerung der Tenderzuteilungen zu den kleineren Mitgliedstaaten.
- Insbesondere kleinere Institute konnten durch etwas höhere Gebotslegung ihre Liquiditätsbedürfnisse besser abdecken.

Weitere Änderungen beim geldpolitischen Instrumentarium

Der EZB-Rat hat am 31. August 2000 eine überarbeitete Version der „Allgemeinen Rahmenbedingungen für geldpolitische Geschäfte und Verfahren“¹⁾ beschlossen, die am 1. Jänner 2001 Gültigkeit erlangte. Die wesentlichen Änderungen gegenüber der Fassung vom September 1998 sind:

- Refinanzierungsfähige Sicherheiten: Eine Neuerung ist durch die Segmentierung in Liquiditätsklassen im Kategorie-2-Bereich gegeben. Weiters wurden höhere Abschläge für die inversen „floating rate notes“, das sind variabel verzinsliche Wertpapiere, deren Kupon sich einer Veränderung des Referenzzinssatzes gegenläufig anpasst, definiert sowie Anpassungen im Bereich der grenzüberschreitenden Nutzung von Sicherheiten vorgenommen.
- Mögliche Sanktionen gegen Geschäftspartner im Fall von Regelverstößen, wobei Spezifikationen erfolgten.

Kategorie-2-Sicherheiten

Mit Wirkung vom 30. Juni 2000 wurde der Wechsel als Kategorie-2-Sicherheit auf Grund der schwachen Inanspruchnahme und des hohen Arbeitsaufwands abgeschafft. Als eingereichte Sicherheiten werden somit lediglich Bankforderungen gegen bonitätsmäßig einwandfreie Unternehmen mit einer maximalen Laufzeit von zwei Jahren akzeptiert. Trotzdem war auch die Nutzung dieser Sicherheitenkategorie im Jahr 2000 gering. Sie stellte sich im Jahr 2000 zum jeweiligen Quartalsende folgendermaßen dar:

	<i>in Mio EUR</i>
2000	
März	137,8
Juni	146,0
September	104,2
Dezember	122,2

Die vom Eurosystem festgelegten „Richtlinien und Kriterien für das interne Risikomanagement“ wurden von der OeNB wieder problemlos erfüllt. Diese Richtlinien stellen eine wichtige Vorarbeit für die Beurteilung von internen Ratings durch die Bankenaufsicht zu den erweiterten Kapitaladäquanz-Vorschriften dar.

Deviseninterventionen

Im Jahr 2000 kam es zum erstmaligen Einsatz von Deviseninterventionen des Eurosystems. Die ersten Operationen zur Beeinflussung des Eurowechselkurses erfolgten im September, weitere im November 2000. Sie dienten zur Vorbeugung möglicher negativer Auswirkungen auf die internationale Wirtschaftsentwicklung sowie auf die Preisstabilität im Euroraum. Es handelte sich um mit den G-7 abgestimmte konzertierte Operationen, an denen sich die EZB, die Federal Reserve Bank of New York, die Bank of England, die Bank of Canada und die Bank of Japan beteiligten.

Management der Währungsreserven

Die OeNB verwaltet den ihr zukommenden Teil der an die EZB übertragenen Währungsreserven gemäß den von der EZB vorgegebenen Sicherheits- und Liquiditätskriterien. Die Einhaltung dieser Vorgaben wird von der EZB laufend kontrolliert, dies umfasst auch eine monatliche Erfolgsrechnung. Ferner verwaltet die OeNB auch die Eigenreserven ebenfalls nach einheitlichen

¹ EZB (1998). *General Documentation on Eurosystem monetary policy instruments and procedures.*

Richtlinien, aber mit einem breiteren Spielraum. Diese Eigenreserven sind – ebenso wie die an die EZB übertragenen Bestände – Reserven des Eurosystems.

Bei Devisenoperationen, wie sie im Jahr 2000 stattfanden, werden die zu Anfang des Jahres 1999 an die EZB übertragenen Währungsreserven der einzelnen NZBen eingesetzt.

Gemeinsame Vereinbarung der Zentralbanken bezüglich Goldverkäufen

Am 26. September 1999 haben die EZB und die 14 NZBen, darunter auch die OeNB, vereinbart, für die Dauer von fünf Jahren ihre Goldverkäufe freiwillig auf ein gewisses

Ausmaß zu beschränken und ihre sonstigen Goldgeschäfte (vor allem Veranlagungen) nicht auszuweiten. In diesem Rahmen reduzierte die OeNB im Jahr 2000 ihre Goldbestände um 30 t. In den verbleibenden Jahren sind weitere Verkäufe von bis zu 60 t geplant. Trotz der erfolgten und noch geplanten Reduktionen wird die OeNB weiterhin Gold als Reservemedium und Wertanlage behalten.

Ein großer Teil der verbleibenden Goldbestände wird von der OeNB aktiv verwaltet, mit dem Ziel, zusätzliches Einkommen zu erwirtschaften, aber auch um ein entsprechendes Marktwissen und eine ausreichende Flexibilität zu gewährleisten.

Zahlungsverkehr

Zahlungsverkehrssysteme TARGET/ARTIS

Das Jahr 2000 wurde vorwiegend für die Konsolidierung und weitere Verbesserungen des europäischen Real-time Gross Settlement (RTGS) Systems TARGET (Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer) sowie den Informationsaustausch mit Kunden genutzt.

In Österreich wurde im Jahr 2000 eine kontinuierliche Zunahme der TARGET-Aufträge verzeichnet. Lagen diese im Tagesdurchschnitt im Jahr 1999 bei 8 Mrd EUR, stiegen sie im Jahr 2000 auf 10 Mrd EUR.

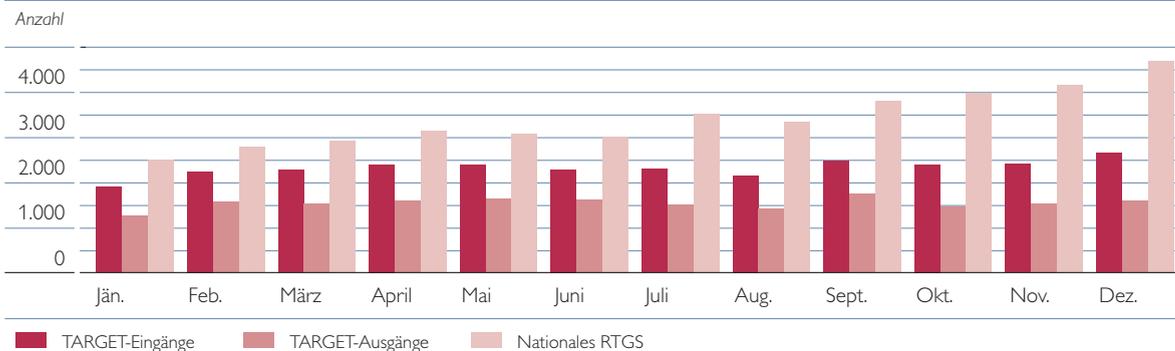
Im zweiten Halbjahr 2000 ist es durch eine Prozessoptimierung im Zahlungsverkehr und entsprechenden Verbesserungen im EDV-System gelungen, die Verfügbarkeit des nationalen RTGS-Systems ARTIS

(Austrian Real-Time Interbank Settlement) auf 100% zu erhöhen.

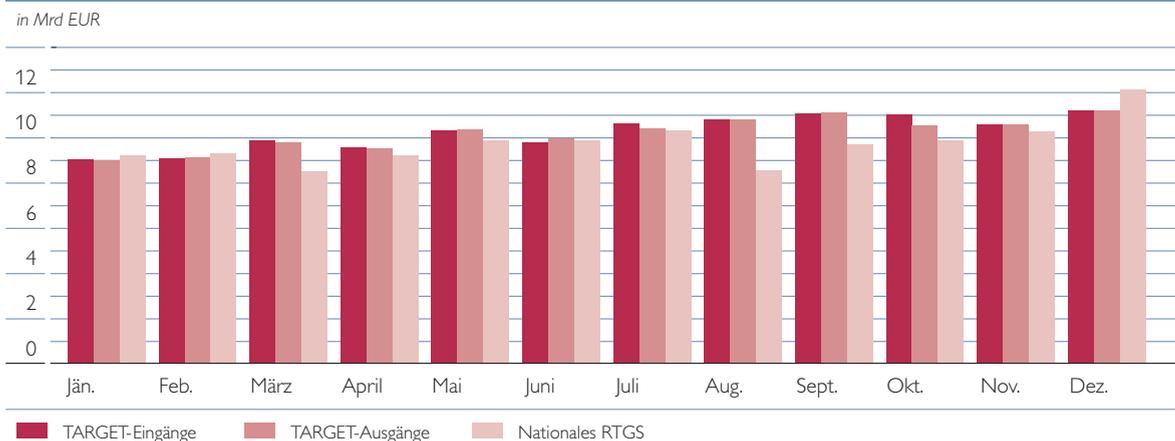
Die Entwicklung neuer Technologien, die Änderungen bei den Abwicklungssystemen und die zusätzlichen Anforderungen der Banken waren Anlass, die derzeitige TARGET-Architektur zu überdenken. Dies führte zu einem weiteren Ausbau der Ausfalllösungen. Mit dem In-Kraft-Treten der TARGET-Richtlinie der EZB mit 1. Jänner 2001 wurde das Verfahren für Ausgleichszahlungen (Reimbursement Scheme) eingesetzt. Diese Richtlinie regelt verbindlich den Schadenersatz von Zahlungen, die, bedingt durch Systemausfälle, nicht taggleich durchgeführt werden konnten.

Die „multilateral triangulations“, die zur Reduzierung der TARGET-Salden auf den Konten der NZBen dienten, wurden ab 1. November

Anzahl der ARTIS- bzw. TARGET-Transaktionen im Tagesdurchschnitt 2000



Gesamtumsätze der ARTIS- bzw. TARGET-Transaktionen im Tagesdurchschnitt 2000



2000 durch den Prozess „netting by novation“ ersetzt. Dabei werden die täglichen TARGET-Salden der NZBen untereinander auf ein Konto der jeweiligen NZB gegenüber der EZB übertragen. Dadurch werden aus Sicht der einzelnen NZBen alle bilateralen TARGET-Salden auf jeweils eine einzige Position gegenüber der EZB konsolidiert und somit Bilanzverlängerungen vermieden.

Im Herbst 2001 soll die CLS Bank (Continuous Linked Settlement Bank) ihren Betrieb aufnehmen. Aufgabe dieser Bank ist die Abwicklung von Devisenhandelsgeschäften auf Basis Zahlung gegen Zahlung. Der periodische Zahlungs-

ausgleich der CLS-Salden soll über TARGET abgewickelt werden. TARGET garantiert in diesem Zusammenhang eine hohe Verfügbarkeit. Seit Mitte 2000 wird in enger Zusammenarbeit mit den CLS-Abwicklungsbanken ein Notfall- bzw. Ausfallplan entwickelt und umgesetzt, falls TARGET kurzfristig nicht verfügbar ist.

Mit November 2000 wurde ein neuer Nachrichtentyp (MT 103 – Kundenzahlung mit normierter Detailinformation) im TARGET zur Verfügung gestellt. Europaweit werden bereits 10% aller Kundenaufträge in diesem Format abgewickelt.

Zahlungsverkehrsstudien

Neben der Erfüllung operativer Aufgaben beschäftigt sich die OeNB laufend mit neuen Anforderungen beim Zahlungsverkehr und erstellt dazu diverse Studien. Die F & E-Aktivitäten verfolgen das Ziel, die Sicherheit und Effizienz aller Formen des elektronischen Zahlungsverkehrs zu analysieren und im Sinne geldpolitischer Grundsätze zu gestalten. Die Ergebnisse von Studien dienen als Grundlage für den inhaltlichen Diskurs innerhalb der OeNB sowie für die Zusammenarbeit mit relevanten Partnern. Dabei wird zum jeweiligen Thema die aktuelle österreichische und internationale Situation beleuchtet und auf dieser Basis eine Aussage hinsichtlich ihres Entwicklungspotenzials formuliert. Diese internen Studien hatten die Rolle der NZBen im Bereich des Zahlungsverkehrs und der Zahlungssysteme, eine aktuelle Analyse des kartenbasierten Zahlungsverkehrs sowie die Mobilkommunikation als Basis zukünftiger Entwicklungen im Zahlungsverkehr zum Inhalt. Ergänzend wurden mögliche Aufgaben der OeNB im Zusammenhang mit dem im Aufbau befindlichen Abwicklungssystem der CLS Bank untersucht.

Projekt ARTIS

Die Erweiterungen von ARTIS basieren auf Konzepten des ESZB sowie auf Anforderungen der österreichischen Kreditinstitute. Schwerpunkt im Jahr 2000 war die Einführung des Nachrichtentyps MT 103 bei S.W.I.F.T. (Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication). Dieser Kundenauftrag unterstützt eine vollautomatische Abwicklung und soll den derzeit verwendeten Nach-

richtentyp MT 100 ablösen. Zentrale Themen stellen ebenso die Zugangswege zu ARTIS dar. Auf Beschluss der STUZZA (Studien-gesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr) wird die Elektronische Bankenkommunikation (EBK) der APSS (Austrian Payments System Services) nicht weiterentwickelt und durch die verstärkte Nutzung von S.W.I.F.T. sowie durch die Realisierung eines Internet-Zugangs abgelöst. Für einen neuen Anwenderkreis wurde mit ARTIS Online ein einfacher und kostengünstiger Zugang auf PC-Basis geschaffen.

Die monetären Einkünfte im Eurosystem

Der Begriff der monetären Einkünfte gemäß Art. 32 ESZB/EZB-Statuten umfasst jenen Teil der Erträge der am Eurosystem teilnehmenden NZBen, der ihnen aus der Erfüllung der währungspolitischen Aufgaben im Eurosystem zufließt. Der Betrag der monetären Einkünfte einer NZB im Sinne des ESZB/EZB-Statuts entspricht ihren jährlichen Einkünften aus jenen Vermögenswerten, die sie als Gegenposten zum Bargeldumlauf und ihren Verbindlichkeiten aus Einlagen der Kreditinstitute (man spricht in diesem Zusammenhang von der monetären Basis) hält. Für diesen Teil der Einkünfte ist eine gesonderte Erfassung bzw. die Umverteilung auf Ebene der NZBen gemäß den vom EZB-Rat zu erlassenden Richtlinien (Art. 32.2 des ESZB/EZB-Statuts) vorgesehen (direkte Methode zur Ermittlung der monetären Einkünfte).

Neben den Nettoerträgen sind auch jene Aufwände, die im Zuge des Einsatzes der liquiditätsabsorbierenden geldpolitischen Instrumente anfallen, von Relevanz. Insbesondere hat die Regelung der Mindestreserve im Eurosystem wesentlichen Einfluss auf die Berechnung der monetären Einkünfte, da die seitens der NZBen an Kreditinstitute gezahlten Zinsen auf Mindestreserve-Einlagen von den kumulierten Erträgen in Abzug gebracht werden können.

Der Leitgedanke der Umverteilungsbestimmungen liegt in einer fairen Verteilung jener – aus dem Einsatz der geldpolitischen Instrumente – für die gemeinsame Geldpolitik resultierenden Einkünfte. Diese werden unabhängig davon, wo sie im Euroraum tatsächlich anfallen, nach einem einheitlichen Schlüssel den teilnehmenden NZBen zugeteilt. Die Rückverteilung der gepoolten monetären Einkünfte erfolgt daher im Verhältnis des Schlüssels für die Zeichnung der am Eurosystem teilnehmenden NZBen am EZB-Kapital.

Die derzeitige Lösung

Auf Grund der zum Zeitpunkt des Eintritts in die dritte Stufe der WWU sehr unterschiedlichen Bilanzstrukturen der teilnehmenden NZBen hat sich der EZB-Rat am 3. November 1998 vorerst für die ersten drei Jahre auf die Anwendung eines im ESZB/EZB-Statut im Art. 32.3 vorgesehenen Alternativverfahrens geeinigt. Konkret sieht dieses für den Zeitraum bis Ende 2001 die Berechnung nach der so genannten indirekten Methode¹⁾ vor. Dabei wird ein Standardertrag durch Multiplikation der monetären Basis mit einem fixierten Referenzzinssatz, das ist der für alle teilnehmenden NZBen gleichermaßen gültige marginale Zinssatz der Hauptrefinanzierungsfazilität, ermittelt.

Da der Banknotenumlauf in den Jahren 1999 bis 2001 keine Eurobanknoten enthält, sieht die derzeitige Lösung weiters die Eliminierung des nationalen Banknotenumlaufs aus der monetären Basis vor. Damit wird die monetäre Basis auf die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beschränkt. Im Hinblick auf die Abzugsfähigkeit der Verzinsung²⁾ dieser Einlagen bleibt das Gesamtvolumen der monetären Einkünfte des Eurosystems gering.

Aus der bisherigen Erfahrung lässt sich prognostizieren, dass für die OeNB die voraussichtlichen Nettozahlungen³⁾ aus den monetären Einkünften in den ersten drei Jahren insgesamt sehr gering sein werden, da der aus den genannten Komponenten errechnete Ertrag annähernd den abzugsfähigen Mindestreserve-Zinsen entspricht.

Ausblick auf Lösungen für den Zeitraum nach 2001

Die Integration des Eurobanknotenumlaufs ab dem Jahr 2002 erfordert eine umfassende längerfristige Lösung. In diesem Zusammenhang werden Maßnahmen hinsichtlich der Umverteilungskonsequenzen für die einzelnen NZBen diskutiert.

¹⁾ Der Rat des Europäischen Währungsinstituts entschied am 5. November 1996, dass die indirekte Methode für die ersten fünf Jahre der WWU zur Anwendung kommen soll, da das dafür notwendige „asset earmarking“ in den Bilanzen der NZBen nicht möglich ist. Weiters beschloss er am 5. Mai 1998 den Ausschluss der Umverteilung jenes Anteils der monetären Einkünfte, der aus dem nationalen Banknotenumlauf resultiert. Die Beschlüsse wurden durch den EZB-Rat im November 1998 bestätigt.

²⁾ Der Zinssatz für die Verzinsung der Mindestreserve-Guthaben und jener für die Berechnung der monetären Einkünfte sind seit Beginn des Eurosystems ident.

³⁾ Da der Anteil der Einlagen der Kreditinstitute (ebenso wie ihr Banknotenumlauf) derzeit bei der OeNB tendenziell über ihrem fixierten EZB-Kapitalanteil liegt, ergibt sich aus der Umverteilung im Eurosystem eine Nettozahlung für die OeNB.

Offene Kommunikation und Transparenz

Zahlreiche
Veranstaltungen,
Konferenzen, Seminare
und Publikationen.
Rund 100 Presse-
aussendungen.
40.000 Internet-Seiten
der OeNB mit rund
17 Mio Abfragen
frequentiert.
Umfangreiche
Informationsaktivitäten
im Vorfeld
der Eurobargeld-
umstellung
bis Februar 2002.

Die Aufgabe der OeNB ist es, die österreichische Bevölkerung und die Wirtschaft über die aktuelle Geldpolitik des Eurosystems zu informieren. Die Umsetzung der vom Eurosystem verfolgten Preisstabilität kann nur erfolgreich sein, wenn sie allgemein akzeptiert und zum Bestandteil der täglichen wirtschaftlichen Entscheidungen der Politik, der Wirtschaft, der Unternehmen und der Haushalte wird. Aus Anlass der bevorstehenden Einführung des neuen Eurobargelds stellt die OeNB Informationen über Eurobanknoten und -münzen in den Vordergrund, um der Bevölkerung und der Wirtschaft den Umtausch von Schilling in Euro bewusst zu machen, zu erleichtern sowie den sicheren Umgang mit dem neuen Bargeld zu fördern.

Die Schwerpunkte der Öffentlichkeitsarbeit der OeNB im Jahr 2000 lagen daher in der Bereitstellung von Informationen für die Bevölkerung, die mediale Öffentlichkeit und die Fachöffentlichkeit zu den Themenbereichen stabilitätsorientierte Geldpolitik und der Euro, die Rolle und Aufgaben der OeNB im Rahmen des Eurosystems sowie die Einführung des Eurobargelds. Im Dezember 2000 startete die Informationskampagne von OeNB und EZB zur Eurobargeldumstellung, die bis Februar 2002 laufen wird. Zentrale Themen dabei sind das Aussehen und die Sicherheitsmerkmale der neuen Zahlungsmittel sowie die Zeitabfolge und die Vorgangsweise beim Bargeldtausch in Österreich (siehe Kasten 5). Damit setzt die OeNB ihre dialogorientierte und mit dem Eurosystem abgestimmte Informationspolitik fort. Darüber hinaus berichten – dem NBG § 32 (5) entsprechend – der Gouverneur und die Vize-Gouver-

neurin dem Finanzausschuss des Nationalrats halbjährlich über die erfolgten geld- und währungspolitischen Maßnahmen des Eurosystems.

Trotz der anhaltenden Stärke des US-Dollar gegenüber dem Euro zeigten Meinungsumfragen des ersten Quartals des Jahres 2001 eine wieder zunehmende Akzeptanz des Euro durch die Bevölkerung und eine Mehrheit bei den Befürwortern der neuen Währung. Mehrheitlich wurde die Verantwortung für das Gelingen des Geldumtausches der OeNB zugeschrieben. Das Vertrauen in die OeNB bewegt sich weiterhin auf einem im Vergleich zu anderen öffentlichen Instituti-

Kasten 5

Information der OeNB

und der EZB zur Eurobargeldeinführung

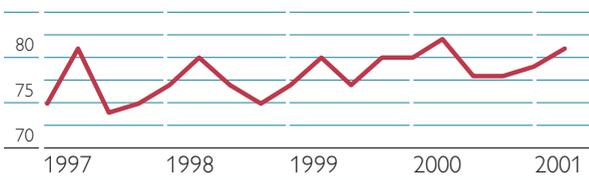
Die Euro-2002-Informationskampagne, die zusammen mit der EZB¹⁾ durchgeführt und sich bis Februar 2002 erstrecken wird, hat folgende Zielsetzungen:

- Bereitstellung von Informationsmaterial direkt und zusammen mit anderen Institutionen, die eine wichtige Rolle bei der Information der Öffentlichkeit über die Eurobargeldeinführung spielen;
 - Maximierung des Multiplikatoreffekts dieser Einrichtungen, das heißt optimale Nutzung von Institutionen und Berufsgruppen, die auf Grund ihrer Tätigkeit Meinungsbildner sind;
 - Sicherstellung der effizienten Verteilung von Informationsmaterial, in dem das endgültige Aussehen von Eurobanknoten und -münzen beschrieben wird und
 - Beitrag zur sachlichen Richtigkeit von Informationen, die von den Kooperationspartnern bereitgestellt werden.
- Die OeNB selbst kommt dieser Aufgabenstellung mit umfangreichen Aktivitäten nach. Die Schwerpunkte sind
- gezielte Informationen zum Erscheinungsbild von Eurobanknoten und -münzen sowie zur zeitlichen, technischen und logistischen Bargeldumstellung; spezielles Trainingsmaterial für Banknotensicherheitsexperten und Kassiere;
 - Prospekte, Poster, Zeitungsinserte, Informationspakete für Medien und Kooperationspartner sowie für spezifische Bevölkerungsgruppen;
 - zahlreiche Radio-, TV-Sendungen und -Spots, breites Internet-Service, Telefon-Hotline;
 - umfangreiches Veranstaltungsprogramm (Vorträge, Pressekonferenzen und -gespräche, Informationstage, Messestände etc.).

¹⁾ Siehe dazu EZB (2001). Die externe Kommunikation der Europäischen Zentralbank. Monatsheft, Februar, Seiten 67 bis 74.

Generelles Vertrauen in die OeNB

in %



Quelle: IFES.

onen hohen Niveau und ist hinsichtlich des Ziels, bei der Einführung des Euro die Preisstabilität zu sichern, weiter gestiegen.

Information der Bevölkerung

Im Jahr 2000 wurden Journalisten von Fach- und Publikumsmedien bei 37 Pressegesprächen und Pressekonferenzen sowie mit rund 100 OeNB- und 160 EZB-Presseaussendungen informiert. Auch fand erstmals im Jahr 2000 ein von der OeNB veranstaltetes Journalistenseminar mit Besuch bei der EZB statt, bei dem die Bankleitung den Journalisten die Aufgaben des ESZB und das Funktionieren des Eurosystems näher brachte. Weiters erläuterte die Bankleitung bei öffentlichen Auftritten die geldpolitischen Entscheidungen des Eurosystems und bereitete die Medien auf die Euro bargeldumstellung vor.

Die Bevölkerung wurde mit einer breit gestreuten Anzeigenserie zum Thema Euro informiert. Im Frühjahr und Herbst 2000 liefen vier Sujets flächendeckend in den österreichischen Printmedien. Thematische Schwerpunkte waren die Funktion der OeNB im ESZB, der Euro als Währung einer neuen Generation und die Euro bargeldumstellung. Ergänzt wurde die Anzeigenserie durch Plakate mit den Inserateninhalten für Schulen und andere Öffentlichkeitsarbeitsaktivitäten. Der Informations-

prospekt „Auf dem Weg zum Euro-Bargeld“ wurde im Dezember 2000 fertig gestellt und als Auftakt des Informationsprogramms von OeNB und EZB zur Euro bargeldeinführung, begleitet von einer Presseaussendung, den Entscheidungsträgern und Meinungsbildnern übermittelt. Weiters wurde der Prospekt unter anderem Banken, Postämtern, Schulen, öffentlichen Stellen und touristischen Einrichtungen kostenlos zur Verteilung angeboten. In den ersten vier Monaten des Jahres 2001 wurden rund 3 von 4,5 Mio Prospekten ausgeliefert. Ferner wurden Plakate mit Abbildungen der Euro banknoten und -münzen zur Verfügung gestellt. Weiters wurde mit der Euro-Initiative der Bundesregierung und dem ORF eine Informationskooperation hergestellt. Darüber hinaus produzieren die OeNB und die EZB für Entscheidungsträger, Experten, Meinungsbildner und die Bevölkerung Informationsmaterialien über den Euro.

Neben den Informationen zum aktuellen Thema Euro und dem vorliegenden Geschäftsbericht sind regelmäßig erscheinende Publikationen der OeNB öffentlich zugänglich: die „Statistischen Monatshefte“ (deutsch, in Englisch im Internet abrufbar), die quartalsweise erscheinenden „Berichte und Studien“, der ebenfalls viermal jährlich erscheinende „Focus on Austria“, die Halbjahrespublikation „Focus on Transition“, der Dokumentationsband über die Volkswirtschaftliche Tagung sowie die jährlich erscheinende Publikation „The Austrian Financial Markets – A Survey of Austria’s Capital Markets – Facts and Figures“ (siehe Annex C).

Bei 401 Veranstaltungen und Vorträgen der OeNB und ihren Zweiganstalten wurden rund 27.000

Personen über die Euroeinführung und verwandte Themen informiert. Bei Besuchen in der OeNB erhielten 73 Personengruppen Einblick in die Aufgaben der Bank. Auch auf den wichtigsten österreichischen Messen war die OeNB mit einem Informationsstand vertreten.

Mit der Beantwortung zahlreicher telefonischer, schriftlicher und elektronischer Anfragen konnte die OeNB ihren Status als Informationsdienstleister ausbauen. Die Zugriffe auf die OeNB-Homepage, die nunmehr 40.000 Seiten umfasst, verdoppelten sich im Jahr 2000 auf mehr als 17 Mio. Weiters erreichten die OeNB 19.250 Anfragen über Telefon sowie 3.200 Anfragen über e-mail. Generell wurde dabei ein Trend zu komplexeren Fragestellungen festgestellt.

Seit Februar 2000 gibt es auf der OeNB-Homepage auch Informationen zum Geldmuseum; es konnten über 1 Mio Zugriffe verzeichnet werden. Die Sanierungsmaßnahmen, die für den bestimmungsgerechten Erhalt geldhistorischer Sammelstücke notwendig sind, wurden fortgeführt und die elektronische Erfassung der Münzen sowie Sammelstücke wurde vorangetrieben. Weiters kam es auf musealem Gebiet im Jahr 2000 zu einer intensiveren Kooperation mit anderen Notenbanken.

Die Bildungsaktivitäten im Schulbereich wurden fortgesetzt. Eine Mailing-Aktion mit dem OeNB-Unterrichtspaket stieß auf so starkes Interesse, dass Teile der Unterlagen nachproduziert wurden. In Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum veranstaltete die OeNB 80 Vorträge zu aktuellen Geld-, OeNB- und Eurothemen, an denen insgesamt 2.700 Personen

(davon 1.400 Schüler) teilnahmen. Darüber hinaus wurden bei ca. 820 Vorträgen – begleitet von zwei österreichweit eingesetzten Wanderausstellungen – an Schulen insgesamt rund 18.000 Schüler über den Euro und die wirtschaftlichen Zusammenhänge informiert. In Zusammenarbeit mit der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft Österreich führte die OeNB in Wien und in den Bundesländern 6 Fortbildungsveranstaltungen für Lehrer, 15 Veranstaltungen für sonstige Ausbilder sowie 35 Schülerveranstaltungen durch.

Der Gouverneur der OeNB fungierte als Schirmherr der Initiative „Euro-Welt – Europa malt für krebskranke Kinder“, bei der in den Ländern des Euroraums 1.000 große Kunststoffscheiben zu Gunsten krebskranker Kinder als Euro-münzen künstlerisch gestaltet wurden. Gemeinsam mit der Euro-Initiative der Bundesregierung, der EU und dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur unterstützte die OeNB im Schuljahr 1999/2000 das Projekt Eurotrain, das die kreative Auseinandersetzung von Schulen mit dem Euro fördert.

Information der Fachöffentlichkeit

Die OeNB unterstützt die interessierte Fachöffentlichkeit sowie den Finanzsektor mit Informationsmaterialien. Für professionelle Geldverwender erstellte die OeNB Fachpublikationen. Im August 2000 wurde das im Rahmen der STUZZA erarbeitete Handbuch zur Euro-bargeldeinführung (siehe das Kapitel „Zügige Vorbereitung des Euro-bargeldumtausches 2001/02“) vorgestellt, an dessen Erstellung unter anderem die OeNB mitarbeitete.

Darüber hinaus wurde die Fachöffentlichkeit in Seminaren, Workshops und Vortragsveranstaltungen zu Themen der Währungs- und Wirtschaftspolitik sowie zur Finanzmarktstabilität informiert.

Die 28. Volkswirtschaftliche Tagung zum Thema „Das neue Millennium – Zeit für ein neues ökonomisches Paradigma?“ fand im Juni 2000 unter Teilnahme prominenter in- und ausländischer Experten statt. Schwerpunkte waren die Herausforderungen für die Geldpolitik im Zusammenhang mit den wirtschaftspolitischen Voraussetzungen und dem technologischen Wandel. Die Tagung wurde ebenso wie ein Workshop zum Lohnfindungsprozess im Oktober 2000 über das Internet kommuniziert und fand großes Interesse bei den Teilnehmern sowie breite mediale Resonanz (siehe dazu auch das Kapitel „Kompetenter Dialogpartner zwischen Eurosystem und Österreich“).

An der im November 2000 mit dem Joint Vienna Institute (JVI) in Wien abgehaltenen Ost-West-Konferenz über „Completing Transition – The Main Challenges“ (siehe Kasten 17) nahmen neben den Spitzenrepräsentanten des IWF, der WTO und der EBRD eine große Zahl international renommierter Wirtschaftspolitiker und Wirtschaftswissenschaftler teil. Diese Veranstaltung fand großes Echo in der Fachöffentlichkeit. Auch mit weiteren Aktivitäten, z. B. in Kooperation mit dem JVI oder als Gastgeber für die Präsentationen der UNCTAD- und der EBRD-Jahresberichte, unterstützte die OeNB die MOEL im Übergang. Bei dem im Dezember 2000 in Wien zusammen mit der EZB abgehaltenen „Wiener Seminar zum EU-Erweiterungsprozess“ (siehe Kasten 19) kam es

zu einem regen Meinungs- und Informationsaustausch.

Das von der OeNB mitorganisierte 22. Kolloquium von SUERF¹⁾ im April 2000 an der Universität Wien setzte sich mit dem Thema „Adapting to Financial Globalisation“ auseinander. Ferner organisierte die OeNB – zusammen mit dem Staatsschuldenausschuss – im Mai 2000 einen Workshop zum Thema „Fiskalpolitik und Wachstum“ sowie diverse Presseveranstaltungen.

Koordination mit anderen an der Eurobargeldeinführung mitwirkenden Institutionen

Im Zuge der Vorarbeiten zur Einführung des Eurobargelds fand unter der Leitung der Euro-Initiative der Bundesregierung und der OeNB im Rahmen der Arbeitsgruppe Euro-Informationsarbeit ein intensiver Informations- und Meinungsaustausch der mit dem Thema befassten Institutionen und Organisationen statt. Mit den Banken wurden die Aktivitäten zur Eurobargeldeinführung über die Bundessektion Bank und Versicherung der Wirtschaftskammer Österreich und über die STUZZA koordiniert.

Ferner pflegte die OeNB den Informationsaustausch mit den an der Eurobargeldeinführung beteiligten Partnern, insbesondere der Vertretung der EK in Österreich, der Euro-Initiative der Bundesregierung und den Sozialpartnern.

Auf der Ebene der EZB wirkte die OeNB in den Arbeitsgruppen „External Communications Committee“ und „Network Advisory Team“ zur Gestaltung und Koordination der Öffentlichkeitsarbeit des Eurosystems im Hinblick auf die Einführung des Eurobargelds mit.

¹ Siehe auch das Kapitel „Geldpolitik des Eurosystems sichert Preisstabilität“.

Zügige Vorbereitung des Eurobargeldumtausches 2001/02

Die Eurobargeldeinführung¹⁾ ist für Österreich eine große Herausforderung, wobei die OeNB beim Umstellungsprozess die zentrale Rolle innehat. Nach den medialen Aktivi-

täten, die im Kapitel „Offene Kommunikation und Transparenz“ ausführlich dargestellt wurden, wird hier der technische und logistische Ablauf abgebildet.

Geldversorgung, Qualität und Sicherheit des Bargeldumlaufs

Rund 360 Mio Stück Eurobanknoten für Umtausch Anfang 2002 vorbereitet, dazu 1,5 Mrd Stück Euro- und Centmünzen. Exakter Terminplan und detaillierte Logistikkette. Umfangreiches Angebot an begleitenden Bargeldserviceaktivitäten. Bargeldbearbeitung durch GELDSERVICE AUSTRIA.

Die Produktion und Ausgabe der Eurobanknoten erfolgt im Einklang mit den Rahmenbedingungen und Sicherheitsanforderungen des ESZB in Österreich durch die OeNB und ihre Beteiligungsunternehmen.

Hoher Qualitätsstandard bei Banknoten

Im Jahr 2000 wurden rund 92 Mio Stück gebrauchte Schillingbanknoten mit einem Nominalwert von 1,9 Mrd EUR eingezogen, die nicht mehr dem vorgegebenen Qualitätsstandard entsprachen.

Trotz strenger Kriterien ist die Lebensdauer der österreichischen Banknoten mit durchschnittlich 3,3 Jahren im internationalen Vergleich hoch. Die laufende Qualitätskontrolle erfolgt durch die Tochtergesellschaft der OeNB, die GELDSERVICE AUSTRIA (GSA). Diese setzt modernste Maschinen mit spezieller Prüftechnologie zur Erkennung von Fälschungen ein und sichert damit im Auftrag der OeNB die Qualität des Bargeldumlaufs in Österreich (siehe Kasten 6).

Kasten 6

Rolle der GSA in der Banknotenlogistik

Durch den Erwerb der Geldservice Gesellschaft (GSG) bzw. die Gründung der GSA ist die OeNB in den Bargeldbearbeitungsprozess der Banken stärker eingebunden. Dadurch wurde einerseits eine gesellschaftsrechtliche Basis der Bargeldbearbeitung geschaffen, andererseits wurden die Voraussetzungen für den Eurotausch substantiell erweitert. Die Dienstleistungspalette der GSA – sie hat Standorte in sieben Bundesländern – umfasst nunmehr die Banknoten- und Münzenbearbeitung, die Nachttresore und die Großkundenbearbeitung sowie die Valutenbearbeitung. Somit erbringt die GSA Dienstleistungen für die OeNB, die Banken bzw. die österreichische Post AG gegen Verrechnung. Die GSA ist nicht gewinnorientiert. Durch die Beteiligung der Banken an der GSA entstehen deutliche kostenreduzierende Effekte in der Bargeldver- und -entsorgung für die Banken und die OeNB.

Für die Qualitätskontrolle des Bargeldumlaufs behält sich die OeNB jedoch bestimmte Aufgaben im Bereich der Bargeldbearbeitung vor. Dazu zählen die österreichweite Barschaftsdisposition, die Steuerung des Bargeldumlaufs durch Vorgaben an die GSA, die Bargeldausgabefunktion durch die Barschaftsergänzung, der Informationsaustausch und die Erstellung von Analysen zum Bargeldumlauf. Weiters gehört die Bearbeitung beschädigter Banknoten sowie von Fälskaten, die Entgegennahme präkludierter Banknoten aus obsoleten Serien sowie die Qualitätskontrolle und -prüfung (ISO 9001) und die Revision der GSA zu den Aufgaben der Banknoten- und Münzenkasse. Den OeNB-Zweiganstalten kommt eine koordinierende Funktion zu, sie fungieren als Schnittstelle zwischen regionalen GSA- und OeNB-Standorten.

¹⁾ Siehe dazu auch STUZZA (2000). Der Euro – unser neues Bargeld – Handbuch zur Euro-Bargeldeinführung in Österreich am 1. Jänner 2002. September. Internet-Adresse: <http://www.stuzza.at>.

Bargeldumtausch 2001/02

Erstbedarf: 360 Mio Stück Eurobanknoten

Das Berichtsjahr stand im Zeichen der zügigen Vorbereitungen für den Eurobargeldumtausch, deren Intensität und Umfang sich im Jahr 2001 noch erheblich ausweiten wird. Dafür wurden bereits alle notwendigen Vorbereitungen getroffen, die neben dem Erstbedarf auch eine Reserve bei den Eurobanknoten und -münzen umfasst.

Der von der Oesterreichischen Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH (OeBS) zu produzierende Erstbedarf an Eurobanknoten liegt für Österreich bei 360 Mio Stück (zuzüglich 30 bis 40% Reserve). Zum Vergleich: Im gesamten Euroraum werden rund 15 Mrd Stück Eurobanknoten benötigt. Der österreichische Initialbedarf an Euro- und Centmünzen wird in der Münze

Österreich AG geprägt. Insgesamt werden bis zu Beginn des Jahres 2002 rund 1,5 Mrd Stück Münzen mit einem Gesamtgewicht von 8.000 t zur Verfügung stehen.

Für die Bewältigung der mit dem Währungstausch verbundenen logistischen Herausforderungen wurde eine gemeinsame Projektstruktur mit den Banken und der Wirtschaft aufgebaut. Ziel des Geldlogistikprojekts ist sowohl die Umsetzung einer Reorganisation der Bargeldlogistik in Österreich als auch die Vorbereitung für einen reibungslosen Umtausch des Schillings gegen den Euro.¹⁾ Während der intensiven Phase des Eurobargeldumtausches (siehe Kasten 7) wird ein spezielles Euro-Cockpit vom 1. September 2001 bis 28. Februar 2002 die Steuerung der Aktivitäten in der OeNB wahr-

¹ Der Projektverlauf ist auf der OeNB-Homepage (<http://www.oenb.co.at>) unter dem Stichwort Eurotausch abrufbar.

Schillingbargeldumlauf in Österreich

Stand am 31. Dezember 2000

	Banknotenumlauf	
	in Stück	in Mio ATS
Banknoten mit gesetzlicher Zahlkraft		
5000 S/I. Form	13,967.348	69.837
1000 S/V. Form	86,385.908	86.386
500 S/IV. Form	23,685.972	11.843
100 S/VI. Form	147,179.868	14.718
50 S/IV. Form	48,582.509	2.429
20 S/V. Form	118,037.950	2.361
Zur Präklusion aufgerufene Banknoten	23,072.615	5.524
Banknotenumlauf insgesamt	460,912.170	193.098
Scheidemünzen mit gesetzlicher Zahlkraft		
Goldmünzen	9,950.869	12.390
Silbermünzen	143,629.519	16.293 ¹⁾
Münzen aus unedlen Metallen	6.553,905.151	8.350
Scheidemünzenumlauf insgesamt	6.707,485.539	37.033

Quelle: OeNB.
¹⁾ Inklusive Bimetallmünzen.

Eurobargeld

	in Mio Stück	in % des Initialbedarfs
Eurobanknoten (Initialbedarf)		
500 Euro	10	3
200 Euro	10	3
100 Euro	70	19
50 Euro	40	11
20 Euro	30	8
10 Euro	100	28
5 Euro	100	28
Insgesamt	360	100
Euromünzen (Gesamtbedarf)		
2 Euro	200	10
1 Euro	268	13
50 Cent	200	10
20 Cent	133	7
10 Cent	533	27
5 Cent	133	7
2 Cent	133	7
1 Cent	400	20
Insgesamt	2.000	100

Quelle: OeNB.

Kasten 7

Terminplan für die Eurobargeldumstellung

Gemäß der Vorgaben der EU und der EZB gelten folgende Termine für den Schilling/Eurobargeldtausch.

30. April 2001	Verbindliche Bestellung von Euro bei der OeNB für die Vorverteilung durch die Banken,
1. September 2001	Beginn der Vorverteilung von Euro an die Kreditwirtschaft,
1. September 2001	Beginn der Subvorverteilung von Euro an Unternehmen durch die Banken,
1. Dezember 2001	Beginn der Subvorverteilung an Standorte und Töchter im Euroausland durch die Banken,
15. Dezember 2001	Beginn der Subvorverteilung der Startpakete Münzen an Konsumenten durch die Banken,
1. Jänner 2002	Beginn der dualen Phase – Schilling und Euro als gültige Zahlungsmittel,
28. Februar 2002	Ende der dualen Phase – nur noch Euro als gültiges Zahlungsmittel,
1. März 2002	zeitlich unbegrenzter Tausch Schilling gegen Euro nur noch in den OeNB-Standorten, Tausch der Schillingmünzen auch bei der Münze Österreich AG,
31. März 2002	Ende des Valutentausches (Banknoten, die auf nationale Währungseinheiten der anderen Länder des Euroraums lauten) in den OeNB-Standorten.

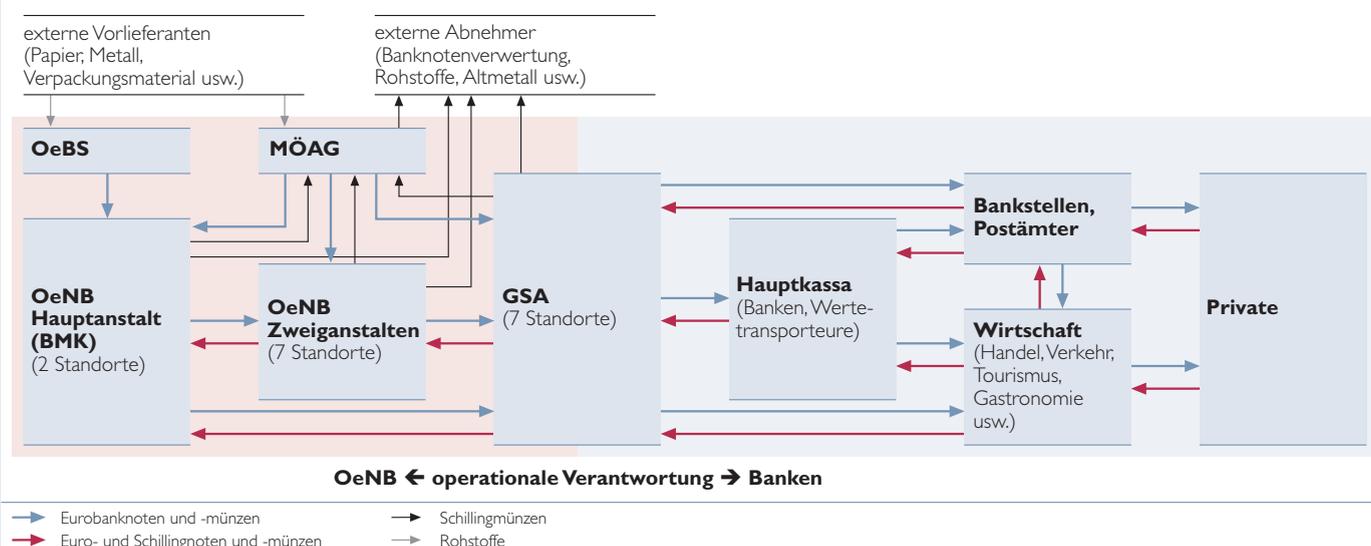
Aufgabenspezifische Logistikkette sichert reibungslose Umstellung

Den Banken und der Wirtschaft werden laufend Basisdaten vom Projekt Geldlogistik zur Verfügung gestellt. Damit wird eine Gesamtschau der Abläufe sichergestellt.

Bereits Mitte 2000 wurde mit dem Transport der Euromünzen von der Münze Österreich AG zur OeNB und zu den Zweiganstalten begonnen. Die Euromünzen werden in der OeNB, aber auch in eigenen angemieteten Lagerstellen (Münzlogistikzentrum der Münze Österreich AG) zwischengelagert, und bis zur Verteilung kommissioniert (portioniert). Die GSA übernimmt an ihren Standorten einen Teil der Kommissionierung der Münzen und den Großteil der Kommissionierung der Banknoten. Von der OeNB erhält die GSA die zu portionierenden Eurobanknoten und -münzen und gibt die kundenfertigen Packstücke an Wertetransporteure weiter. Dies alles verläuft unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen.

nehmen. Damit kann rasch reagiert und permanent Verbindung mit allen anderen beteiligten Partnern gehalten werden.

Logistikkette Österreich: operationale Verantwortung



Erstversorgung mit Eurobargeld durch Startpakete

Bereits ab 1. September 2001 werden an die Banken Eurobanknoten und -münzen geliefert. Von diesen wurden bereits rund 5,5 Mio Stück Münzstartpakete für Konsumenten und rund 560.000 Stück Startpakete für Handelsunternehmen bestellt. Eurobargeld im Gegenwert von mehr als 100 Mrd ATS soll im Rahmen der Vorverteilung an die Banken gelangen. Gleichzeitig können auch die österreichischen Unternehmen von den Banken mit Eurobargeld versorgt werden.

Ab Mitte Dezember 2001 werden für die Konsumenten von den Banken und auch an den Schaltern der OeNB Euromünzstartpakete im Gegenwert von 200 ATS ausgegeben. Die vollständige Versorgung der Bevölkerung mit Banknoten wird dann primär durch die fast 7.000 Geldausgabeautomaten und Bankomaten ab 1. Jänner 2002 erfolgen. Zum 1. Dezember 2001 werden auch die Auslandsniederlassungen von österreichischen Banken in den Nachbarländern des Nichteuroraums Eurobargeld erhalten, damit der Euro auch dort sofort zur Verfügung steht und keine unnötigen Belastungen in den Grenzregionen entstehen. Das vorverteilte Eurobargeld darf nicht vor dem 1. Jänner 2002 in Umlauf gebracht werden. Dazu verpflichten sich alle Partner in der Logistikkette auch vertraglich.

Am 28. Februar 2002 endet die duale Phase, und der Rücktausch des Schillings kann nur noch bei den Standorten der OeNB (für Münzen auch bei der Münze Österreich AG) – jedoch ohne Ablauffrist – erfolgen.

Breite Bargeldservice- aktivitäten bei der Euromstellung

Durch die Gründung der GSA sind die Serviceaktivitäten gegenüber den Banken weitgehend an die GSA übertragen. An den Bargeldschaltern der Hauptanstalt und der Zweiganstalten bietet die OeNB weiterhin die Möglichkeit, Banknoten der früheren Serien gegen solche mit gesetzlicher Zahlkraft einzutauschen. Weiters können beschädigte Banknoten unter bestimmten Voraussetzungen gegen neue eingewechselt werden. Schließlich können auch fälschungsverdächtige Banknoten zur Begutachtung eingereicht werden.

Als Service für die Bevölkerung hat die OeNB Bankomaten an zwei Standorten in Wien (OeNB I, Schwarzspanierstraße und OeNB II, Garnisongasse) installiert. Weitere Standorte in den Bundesländern sind geplant. Ferner werden Münztauschautomaten zur Verfügung gestellt.

Gemäß Art. 52 ESZB/EZB-Statut wird der Bevölkerung die Möglichkeit geboten, Banknoten, die aus Teilnehmerländern der WWU stammen, kostenlos in Landeswährung umzutauschen. Diese Dienstleistung wird der Bevölkerung in der Hauptanstalt der OeNB und allen Zweiganstalten bis 31. März 2002 angeboten. Dabei wurden im Jahr 1999 rund 62.000 Stück Banknoten mit einem Schillinggegenwert von rund 73 Mio EUR angekauft. Im Jahr 2000 stieg der Valutenankauf auf rund 93.000 Stück mit einem Gegenwert von 116 Mio EUR.

Kompetenter Dialogpartner zwischen Eurosystem und Österreich

**Informations- und Kompetenzzentrum
für die österreichische Wirtschaftspolitik**

Informationsdrehscheibe
zwischen Eurosystem
und nationaler
Wirtschaftspolitik.
In Österreich höchstes
Wirtschaftswachstum
und niedrigste
Arbeitslosenquote
seit Beginn
der Neunzigerjahre.
Inflationsrate
lag bei 2%. Deutliche
Budgetkonsolidierungs-
fortschritte.

Die OeNB ist Kommunikator und Schnittstelle zwischen der einheitlichen Geldpolitik im Eurosystem sowie der Wirtschaftspolitik in Österreich. Wie jede andere Zentralbank hat sich auch das Eurosystem zur Aufgabe gemacht, die Öffentlichkeit laufend über ihre Strategie und die Motive ihrer geldpolitischen Maßnahmen zu informieren. Damit soll sichergestellt werden, dass die Politik, die Wirtschaft und die Bevölkerung diese Geldpolitik auch verstehen, unterstützen und mittragen. Den NBZen kommt in diesem Zusammenhang aus mehreren Gründen eine zentrale Aufgabe zu: Sie kennen die neuralgischen Punkte und Sensitivitäten in ihren Ländern und genießen das langjährige Vertrauen der Bevölkerung. Sie verfügen zudem über ein dichtes Netz an Kontakten und Kommunikationskanälen.

Ein weiterer zentraler Aspekt der Schnittstellenfunktion betrifft die Kommunikation mit den Trägern der nationalen Wirtschaftspolitik, da in einer Währungsunion regional unterschiedlichen Wirtschaftsentwicklungen und allfälligen Strukturproblemen durch andere Instrumente der Wirtschaftspolitik, wie z. B. durch die nach wie vor in der nationalen Autonomie verbliebenen Fiskal-, Einkommens- oder Strukturpolitik, zu begegnen ist.

Obwohl dies Bereiche der Wirtschaftspolitik sind, die außerhalb der Kompetenz der Zentralbanken liegen, fällt es in deren Verantwortung, die nationalen Träger der Wirtschaftspolitik und die Bevölkerung auf wichtige wirtschaftliche Anpassungserfordernisse hinzuweisen.

Damit ist sichergestellt, dass die Teilnehmer die Vorteile der Währungsunion ausschöpfen können. Auf dem Gebiet der gemeinsamen Währung ist daher eine Koordination der Wirtschaftspolitik, die konsequente Fortführung der Konsolidierung der Staatshaushalte gemäß den Vereinbarungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts sowie die weitere Flexibilisierung der Wirtschaftsstrukturen unerlässlich. Auf Grund ihrer wirtschaftspolitischen Expertise leistet die OeNB den Entscheidungsträgern der Wirtschaftspolitik Unterstützung für notwendige Reformen. Entsprechend ihrer Unabhängigkeit tritt sie – wenn notwendig – dabei auch als Mahner auf.

Eine weitere Aufgabe besteht darin, Wirtschaftsprognosen über Österreich als Beitrag für die Projektionen des Eurosystems für den Euroraum zu erstellen (siehe Kasten 8). Um im intensivierten Wettbewerb des Eurosystems bestehen zu können, verfolgt die OeNB eine primär auf geldpolitische Fragen konzentrierte Forschungsstrategie. Diese definiert auch ihre Rolle im wissenschaftlichen Diskurs, die Funktion als Bindeglied zu den Universitäten und Forschungsinstituten sowie als Datenproduzent.

Die intensive Auseinandersetzung mit komplexen Themen hat die OeNB zu einem Kompetenzzentrum gemacht, das von nationalen und internationalen Wirtschaftsinstitutionen anerkannt wird. Die aktive Teilnahme in vielen Fachgremien forciert und stärkt die Rolle der OeNB als Dialogpartner für die nationale Wirtschaftspolitik einerseits und andererseits zwischen

Gesamtwirtschaftliche Prognosen der OeNB

In der geldpolitischen Strategie des Eurosystems spielen realwirtschaftliche und monetäre Prognosen eine wichtige Rolle. Bei noch nicht konvergierten Konjunkturzyklen ist eine möglichst genaue Kenntnis der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung in den einzelnen Ländern besonders wichtig. Die OeNB wirkt bei der Broad Forecasting Exercise (BFE), die zweimal im Jahr (Frühjahr und Herbst) durchgeführt wird, sowie bei der Narrow Forecasting Exercise (NFE, kurzfristige Inflationsprognose), mit. Beim BFE werden makroökonomische Aggregate für den gesamten Euroraum, beruhend auf den Länderprognosen, erstellt. Der Horizont erstreckt sich über das jeweils laufende und die zwei darauf folgenden Jahre, wobei Quartalsdaten zur Wachstums- und Inflationsentwicklung unter Zugrundelegung von Annahmen bezüglich der Entwicklung des Eurowechselfurses, der kurz- und langfristigen Zinsen des Euroraums, des Ölpreises und der Weltwirtschaft prognostiziert werden.

Die OeNB-Prognose zur Entwicklung der österreichischen Wirtschaft basiert auf einem makroökonomischen Modell, ergänzt um Experteneinschätzungen.

Grundsätzlich resultieren aus der Beteiligung am BFE drei Aufgabenbereiche für die OeNB:

- Konstruktion, Wartung und Weiterentwicklung des makroökonomischen Modells für die österreichische Volkswirtschaft,
- halbjährliche Erstellung der Prognose und
- Vertretung der OeNB in den entsprechenden Arbeitsgruppen des ESZB.

Der Prognoseprozess des BFE erstreckt sich insgesamt über sechs bis acht Wochen. Zunächst werden die Annahmen über die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen festgelegt, die für die partizipierenden NZBen verbindlich sind. Davon ausgehend erstellen die NZBen eine vorläufige Länderprognose, die in der „Working Group on Forecast“ analysiert und auf Konsistenz und Plausibilität geprüft wird. Zudem wird festgestellt, ob auf Grund neuer Entwicklungen im Euroraum ein Revisionsbedarf gegeben ist. Unter Berücksichtigung von eventuellen Veränderungen in den externen Annahmen (z. B. Ölpreis- oder Wechselkursänderungen) oder inzwischen erfolgten Zinsschritten des Eurosystems wird nach einem dritten Meeting der Prognoseprozess abgeschlossen.

Die Prognoseaktivität stellt ein typisches Beispiel für die Dialogfunktion der OeNB dar: Einerseits trägt sie zur Aufgabenerfüllung des Eurosystems bei, andererseits liefert sie einen Beitrag für die wirtschaftspolitische Diskussion in Österreich.

der Geldpolitik des supranationalen Eurosystems und der nationalen Wirtschaftspolitik.

Die wirtschaftspolitische Dialogfunktion nimmt die OeNB mit ihrem Mitarbeiterstab in unterschiedlichster Weise wahr: Das Spektrum reicht von periodischen Wirtschaftsanalysen in diversen Publikationen¹⁾, Forschungsberichten, volkswirtschaftlichen Tagungen, Seminaren mit geldpolitischen Inhalten, Fachgesprächen, Vorträgen, Fernsehfilmen bis hin zu

Pressekonferenzen sowie der aktiven Teilnahme an Diskussionen zu aktuellen Wirtschaftsthemen. Beispielfür das Jahr 2000 erwähnt seien ein Workshop zum Lohnfindungsprozess im Euroraum (siehe Kasten 9) und die Ost-West-Konferenz (siehe Kasten 17). Bei der Volkswirtschaftlichen Tagung 2000 der OeNB diskutierten auf breiter europäischer Ebene Wissenschaftler, Politiker und Notenbanker über Aspekte der New Economy (siehe Kasten 10).

¹ Siehe dazu das Kapitel „Offene Kommunikation und Transparenz“ und den Annex C.

Währungsunion und Lohnpolitik

Die WWU hat nicht nur tief greifende Änderungen auf den europäischen Geld- und Finanzmärkten nach sich gezogen, sie könnte auch – nach Auffassung zahlreicher Ökonomen – weit reichende Auswirkungen auf die Organisation und Funktionsweise des europäischen Arbeitsmarktes haben. Ein international besetzter Workshop der OeNB zu „Wage-Bargaining within the EMU“ im Oktober 2000 hat sich mit dieser Fragestellung auseinandergesetzt. Die Beiträge und Ergebnisse werden in einer speziellen Ausgabe der Zeitschrift *Empirica* im Herbst 2001 publiziert.

Es wurde unter anderem argumentiert, dass sich die mittel- bzw. langfristigen Anreize im Lohnbildungsprozess innerhalb der Währungsunion voneinander unterscheiden. Mittelfristig bestehen in der WWU Anreize für eine verstärkte Koordination im Lohnsetzungsprozess auf nationaler Ebene. Langfristig betrachtet könnten die zunehmende Dezentralisierung von Lohnverhandlungen, die voranschreitende Integration der Produktmärkte und die hohen Transaktionskosten länderübergreifender Koordinierung aber dazu führen, dass die Lohnsetzungsprozesse auf Firmenebene verlagert werden. Die makroökonomischen Konsequenzen dieser Dezentralisierung wären theoretisch vorteilhaft, wenn die verstärkten Möglichkeiten zu einer anreizorientierten Lohngestaltung bzw. einer größeren Anpassungsfähigkeit bei Schocks ausgenutzt werden.

Betrachtet wurde die Thematik auch unter dem Blickwinkel der strategischen Interaktion zwischen geldpolitischen und lohnsetzenden Akteuren. Hinreichend zentralisierte Tarifpartner – so die Argumentation – internalisieren bei ihren Lohnabschlüssen nämlich die Auswirkungen ihrer Entscheidungen auf die aggregierte Güternachfrage, auf die zu erwartende geldpolitische Reaktion der Notenbank sowie auf die Höhe der Inflation und des Reallohns. Das realwirtschaftliche Ergebnis hängt dann vom Zusammenspiel zwischen einer akkommodierenden bzw. nicht akkommodierenden (konservativen) Notenbank auf der einen Seite und einer dezentral bzw. zentral erfolgenden Lohnsetzung auf der anderen Seite ab. Ferner wurde auch die Frage aufgeworfen, welche realwirtschaftlichen Folgen die Einrichtung der WWU haben könnte, wobei auf möglicherweise negative Konsequenzen hingewiesen wurde. In der strategischen Interaktion mit der einheitlichen Geldpolitik des Eurosystems sinkt die Bedeutung der einzelnen nationalen Gewerkschaften. Berücksichtigt nun eine Gewerkschaft, dass ihre Lohnforderungen nur geringe Auswirkungen auf die Inflationsrate des Euroraums haben kann und zieht sie daraus den Schluss, dass die Zentralbank nicht auf überzogene Lohnabschlüsse reagieren wird, so könnten diese – durch die Währungsunion neu geschaffenen – Anreize für die Gewerkschaften zu aggressiveren Lohnforderungen und zu höherer Arbeitslosigkeit führen.

In diesem neuen Forschungsgebiet sind jedoch zahlreiche Fragen offen und die Ergebnisse stark von der Art der Modellierung und der getroffenen Annahmen abhängig. Üblicherweise wird angenommen, dass die eine Währungsunion bildenden Länder geschlossene Volkswirtschaften sind. Neue Forschungsarbeiten der OeNB zeigen, dass die Auswirkungen der WWU geringer sein können, wenn im Modell kleine offene Volkswirtschaften zu Grunde gelegt werden. In diesen wird die Lohnsetzung maßgeblich von der Rücksichtnahme auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit (das heißt letztlich auf das internationale Lohnsetzungsverhalten) beeinflusst, während gleichzeitig auch die ausländischen Preisbewegungen in der Entwicklung des inländischen Preisniveaus ihren Niederschlag finden (importierte Inflation). Dies könnte dazu führen, dass die Anreizstruktur und die Art der strategischen Interaktion durch den Eintritt in eine Währungsunion kaum bzw. – unter bestimmten Annahmen – gar nicht verändert wird.

Europa auf dem Weg in eine New Economy?

Die 28. Volkswirtschaftliche Tagung der OeNB, die im Juni 2000 stattfand, widmete sich dem Thema „Das neue Millennium – Zeit für ein neues ökonomisches Paradigma?“¹⁾ Ausgangspunkt der Überlegungen war, dass Europa im letzten Jahrzehnt erhebliche Strukturreformen durchgeführt hat, um international wettbewerbsfähiger zu werden und sein Wachstumspotenzial zu stärken. Diese Bemühungen umfassen das Binnenmarktprogramm, weit reichende Maßnahmen zur Liberalisierung der Kapital-, Güter- und Dienstleistungsmärkte, die Schaffung der WWU sowie die kontinuierliche Erweiterung der EU. So bedeutsam diese Schritte zweifellos sind, erscheinen sie angesichts der Revolution im IT-Bereich – die häufig mit der Vorstellung einer New Economy und eines neuen ökonomischen Paradigmas gleichgesetzt wird – nicht ausreichend. Die unterschiedliche Dynamik der europäischen und der amerikanischen Ökonomien wird während des letzten Jahrzehnts häufig mit eben diesen Umwälzungen im IT-Bereich in Verbindung gebracht.

In diesem Zusammenhang stellen sich jedoch viele Fragen: Gibt es überhaupt eine New Economy, wie wäre sie zu definieren, und wie aussagekräftig sind die für empirische Belege herangezogenen Statistiken? Ist die Produktivitätsbeschleunigung infolge der Aufrüstung im IT-Bereich eine vorübergehende Erscheinung oder von länger andauernder Natur? Während in den USA eine Reihe von Ökonomen durchaus eine New Economy diagnostizieren zu können glaubt, sind in Europa bisher nur bescheidene Anzeichen erkennbar. Ein weiterer Aspekt betrifft daher eventuelle strukturelle Unterschiede zwischen den USA und Europa: Inwieweit begünstigen diese die New Economy in den USA und blockieren sie in Europa, und kann Europa bei entsprechendem Abbau von Rigiditäten nachziehen und in welchem Zeitraum? Schließlich ist auch die Rolle der Wirtschaftspolitik von Interesse: Wie kann sie unterstützend und wachstumsfördernd wirken? Welche Rolle spielt insbesondere eine stabilitätsorientierte Makropolitik, und wie soll die Geldpolitik in dieser neuen Umwelt gestaltet werden?

Während die Frage nach Existenz oder Nichtexistenz einer New Economy weitgehend offen blieb, ergab sich jedoch eine Reihe wesentlicher wirtschaftspolitischer Überlegungen und Empfehlungen. Offenbar steht die europäische Wirtschaftspolitik vor großen Herausforderungen: Die Möglichkeit, dass auch in Europa eine anhaltende Aufschwungphase einsetzen kann, ist vorhanden, doch erscheinen die dafür erforderlichen Rahmenbedingungen noch nicht voll gegeben. Unter anderem ist die Integration des europäischen Marktes noch nicht fortgeschritten genug, ein effizienter Markt für Risikokapital ist noch zu entwickeln, ein europäisches Netzwerk für Technologie und Wissenschaft existiert nicht, die Investitionen in den Aufbau einer wissensbasierten Wirtschaft sind zu gering. Was die monetäre Politik betrifft, so ist zu berücksichtigen, dass die Unsicherheiten – insbesondere auch über die Aussagekraft gewisser ökonomischer Variablen – im Zuge dieser Entwicklungen zweifellos zugenommen haben. Deutlich zum Ausdruck kam jedoch, dass die Geldpolitik des Eurosystems mit ihrer Zwei-Säulen-Strategie, die die Beobachtung eines breiten Spektrums an Parametern und damit ein flexibles Reagieren ermöglicht, eventuell veränderten Anforderungen gegenüber gut positioniert erscheint.

¹⁾ Siehe dazu OeNB (2000). Das neue Millennium – Zeit für ein neues ökonomische Paradigma? Tagungsband der 28. Volkswirtschaftlichen Tagung der OeNB.

Wirtschaftliche Entwicklung in Österreich

Starkes M3-Wachstum durch lebhaft Kreditnachfrage

Bei der Entwicklung des österreichischen Beitrags zu M3 kam es im Jahr 2000 wegen des geänderten wirtschaftlichen Umfelds zu einer Verlagerung der Anlegerinteressen. Steigende Inflationsraten und Einlagezinsen führten zu höheren Opportunitätskosten bei der Liquiditätshaltung. Als Reaktion darauf wurde Geldvermögen verstärkt in Einlagen mit einer vereinbarten Laufzeit von bis zu zwei Jahren und Schuldverschreibungen bis zwei Jahre angelegt. Im Dezember 2000 verzeichnete der österreichische Beitrag zu M3 eine Jahreswachstumsrate von 5,6%. Ausschlaggebend für das M3-Wachstum war die lebhaftere Kreditnachfrage. Hohe Einkommenszuwächse und eine steigende Beschäftigung im Jahr 2000 begünstigten die Verschuldungsbereitschaft der Österreicher. Kontraktiven Einfluss auf die Entwicklung des österreichischen Geldmengenbeitrags übten die längerfristigen Verbindlichkeiten bei den MFIs aus. Hier waren es vor allem die Schuldverschreibungen von über zwei Jahren, die von den Anlegern verstärkt in ihr Geldvermögen aufgenommen wurden.

Langfristige Zinsen rückläufig

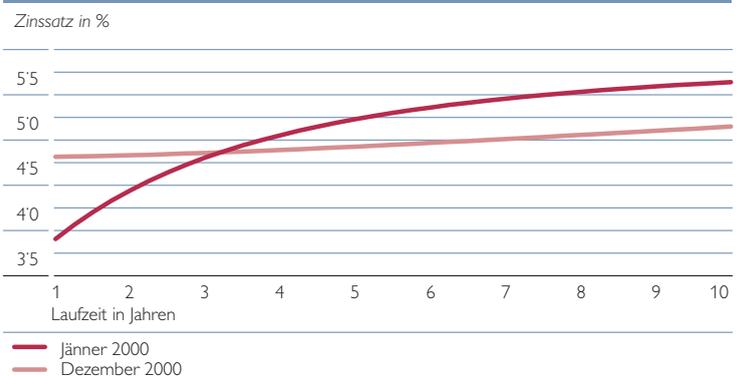
Die österreichische Benchmarkrendite für 10-jährige Staatsanleihen ist im Jahr 2000 von 5,75 auf 5,21% gefallen. Zu Beginn des Jahres 2001 setzte sich diese, im gesamten Eurogebiet zu beobachtende, Entwicklung fort. Am 17. April 2001 lag

die österreichische Benchmarkrendite bei 5,17%.

Deutschland hat im 10-jährigen Laufzeitensegment seinen Benchmarkstatus gehalten. In Österreich weitete sich der Zinsabstand gegenüber Deutschland im Jahr 2000 leicht aus und lag am 28. Dezember 2000 bei 31 Basispunkten. Bis zum 12. April 2001 erhöhte sich der Zinsabstand wieder leicht auf 33 Basispunkte. Das Zinsdifferenzial der Länder des Eurowährungsgebiets gegenüber Deutschland lag am 28. Dezember 2000 zwischen 9 und 41 Basispunkten. Der Rückgang der Benchmarkrenditen im Euroraum ist zum einen auf die im Jahr 2000 erfolgten sechs Zins-schritte des Eurosystems und die dadurch verringerten Inflationserwartungen zurückzuführen.

Im Jahr 2000 verringerte sich der positive Zinsabstand im 10-jährigen Bereich zwischen den USA und den Ländern des Euroraums markant.

Zinsstrukturkurve österreichischer Bundesanleihen



Quelle: OeNB.

Geldvermögen in Österreich

Die Teilnahme Österreichs an der EU und an der WWU hat die Veranlagungsmöglichkeiten für österreichische Anleger entscheidend verändert. Dies zeigt sich in einer Verschiebung der Gewichte zwischen den einzelnen Anlageformen bei den privaten Haushalten, die eine nachhaltige Strukturänderung im Geldvermögen hervorgerufen hat.

Generell verlieren bei den Anlegern Standardprodukte zunehmend an Attraktivität. Das Ertragsbewusstsein tritt bei der Geldvermögensbildung stärker in den Vordergrund und führt zu einer Verdrängung einfacher Finanzprodukte aus dem Portefeuille der Anleger. Der Liquiditätsgrad des Vermögens nimmt dabei zunehmend ab, während die Veranlagung in längerfristige Vermögenstitel an Bedeutung gewinnt.

Im Jahr 1999 belief sich das Geldvermögen¹⁾ der privaten Haushalte auf 261 Mrd EUR, was gegenüber 1995 eine Steigerung um 47 Mrd EUR bedeutet. Die geringere Liquiditätsneigung zeigt sich in einem fallenden Anteil von Bargeld und Einlagen am finanziellen Vermögen der Haushalte. Während 1995 noch 62,4% des Geldvermögens in diesen Finanzierungsinstrumenten gehalten wurden, reduzierte sich der Anteil bis 1999 stetig auf 57,0%. Obwohl das Einlagensparen in der Anlegergunst stark zurückgefallen ist, bleibt das Bankensystem weiterhin eine bedeutende Anlaufstelle von Finanzmitteln bzw. ein Vermittler zwischen den kapitalsuchenden Sektoren.

Trotz des verstärkten Beteiligungserwerbs blieb das Aktienportefeuille der privaten Haushalte mit einem Vermögensanteil von 4,5% im Jahr 1999 immer noch niedrig. Die geringe Markttiefe des österreichischen Kapitalmarktes war mit ein Grund für das geringe Interesse für Aktien unter den Anlegern in Österreich.

Der eindeutige Schwerpunkt der Veranlagung der Haushalte konzentrierte sich im beobachteten Zeitraum auf Investmentzertifikate. Deren Wachstum lag in der Beobachtungsperiode deutlich über jenem des Geldvermögens. Der Portefeuilleanteil der Investmentzertifikate erhöhte sich von 4,5 auf 11,3% im Jahr 1999. Die positive Resonanz, die diese Anlageform in Österreich findet, liegt in ihren spezifischen Charakteristika begründet. Gegenüber traditionellen Sparformen weisen sie eine höhere Ertragsperformance auf und kommen damit der stärkeren Ertragsorientierung der Anleger entgegen. Zusätzlich eröffnen Investmentfonds den Haushalten mit kleineren Vermögen den Zugang zu einem professionellen Portfoliomanagement und einem diversifizierten Portefeuille, das sich gleichzeitig durch einen hohen Liquiditätsgrad auszeichnet.

¹⁾ Siehe auch Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung gemäß ESVG 95. Geldvermögens- und Verpflichtungsstände der österreichischen Volkswirtschaft, Statistisches Monatsheft der OeNB: Erste Ergebnisse für die Jahre 1995 bis 1997 (Heft 9/1999), Ergebnisse für das Jahr 1998 (Heft 1/2000), Ergebnisse für das Jahr 1999 (Heft 9/2000); Berichte und Studien der OeNB: Geldvermögens- und Verpflichtungsstände der Unternehmen und privaten Haushalte in den Jahren 1995 bis 1997 (Heft 1/1999).

Struktur des Geldvermögens der privaten Haushalte

	1995	1999
in Mio EUR		
Geldvermögen insgesamt	214.866	261.452
Anteil in %		
Bargeld und Einlagen	62,4	57,0
Wertpapiere		
(ohne Anteilsrechte) und Finanzderivate	15,1	6,8
Anteilsrechte	6,2	15,8
Anteilsrechte ohne Investmentzertifikate	2,1	4,5
Investmentzertifikate	4,1	11,3
Versicherungstechnische Rückstellungen	16,3	20,3
Sonstige Forderungen	0,0	0,0

Quelle: OeNB.

Die österreichische Fristenstruktur der Kassazinssätze ist im Jahresverlauf 2000 parallel zu jener des Euroraums deutlich flacher geworden. Im einjährigen Laufzeitensegment betrug die Verschiebung +74 Basispunkte, während sie

sich im 10-jährigen Laufzeitensegment um 33 Basispunkte nach unten bewegte. Die flacher gewordene Zinsstruktur ist teilweise auf Sonderfaktoren zurückzuführen (Privatisierungserlöse), aber auch ein Indikator für die auf Grund der

sechs Zinserhöhungen des Eurosystems (um insgesamt 175 Basispunkte) gedämpften Inflationserwartungen.

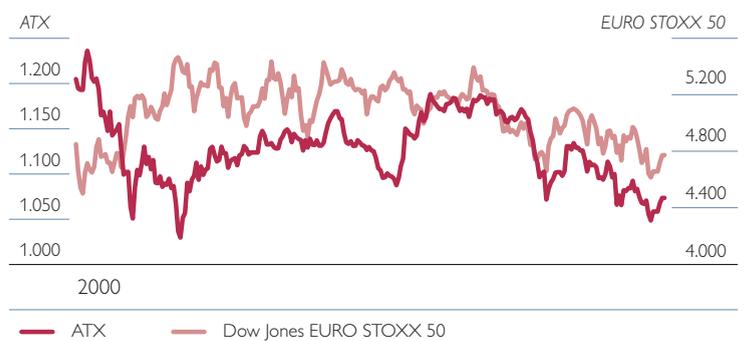
Im Jahr 2000 waren auf dem österreichischen Rentenmarkt Wertpapiere von 157,9 Mrd EUR in Umlauf, wovon 89,4 Mrd EUR auf Anleihen des Bundes und 62,4 Mrd EUR auf Anleihen, die von Kreditinstituten begeben wurden, entfielen. Der Umlauf von Unternehmensanleihen betrug dagegen (ohne öffentliche Rechtsträger) lediglich rund 3,4 Mrd EUR. Das gesamte Umlaufvolumen auf dem österreichischen Rentenmarkt stieg in den letzten zehn Jahren mit einer durchschnittlichen Jahreswachstumsrate von 9,5%.

Bemerkenswert war in den letzten Jahren das starke Liquiditätswachstum des Marktes für österreichische Bankschuldverschreibungen. Von 1996 bis Ende 1998 hat sich der Nominalwert der eigenen Emissionen inländischer Kreditinstitute um 17,7% (+13,5 Mrd EUR) ausgeweitet. Von Anfang 1999 bis Ende 2000 betrug die Steigerungsrate der Bankschuldverschreibungen 37,3% (+33,3 Mrd EUR) und damit mehr als das Doppelte der drei Jahre zuvor. Diese akzentuierte Entwicklung wurde vor allem vom Wachstum der Auslandsemissionen getragen. Diese erhöhten sich von 1996 bis 1999 um 49,1% (+12,0 Mrd EUR), während die Inlandsemissionen mit lediglich 2,9% (+1,5 Mrd EUR) deutlich schwächer zunahmen. Auch nach dem Start der WWU blieb der Anstieg der Inlandsemissionen (+23,5% oder +12,4 Mrd EUR) deutlich hinter dem der Auslandsemissionen (+57,3% oder +20,8 Mrd EUR) zurück.

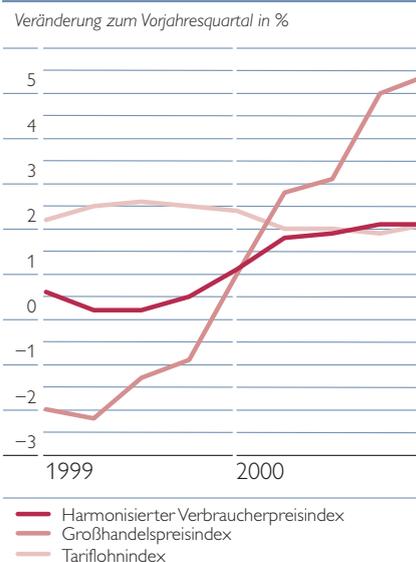
Abwärtsbewegung auf dem Aktienmarkt

Der Wiener Aktienmarkt entwickelte sich während des Jahres 2000 äußerst verhalten. Der ATX fiel um 10,9% (von 1.204,88 auf 1.073,3 Punkte), der EURO STOXX 50 um 1,6% (von 4.849,22 auf 4.772,39 Punkte). Der fallende Trend der langfristigen Anleiherenditen im Euroraum konnte die Stimmung auf den europäischen Aktienmärkten nicht aufhellen.

ATX und Dow Jones EURO STOXX 50



Inflationsindikatoren



Ölpreise und indirekte Steuern wirkten inflationserhöhend

Der Preisauftrieb hat sich im Verlauf des Jahres 2000 erheblich beschleunigt. Dennoch blieb die österreichische Inflationsrate – gemessen am HVPI – im Jahr 2000 eine der niedrigsten im Euroraum. Nach dem Sprung auf 2,4% im Juni 2000, flachte die Preissteigerung wieder leicht ab, im Jahresdurchschnitt betrug die Inflationsrate 2,0%. Für den gegenüber den Vorjahren stärkeren Preisdruck spielen zwei Einflüsse eine wichtige Rolle: Zum einen hat die Ölpreishaussage signifikante primäre Preisimpulse bei energetischen Produkten auf der

Verbraucherebene ausgelöst, zum anderen war es die Anhebung bei den indirekten Steuern, Gebühren und Tarifen. Bereinigt um die stark volatilen Energiepreise, lag die Inflationsrate in Österreich nur bei rund 1%. Ausschlaggebend für die geringe Kerninflation waren neben der verhaltenen Preisentwicklung bei Industrieerzeugnissen auch die preisdämpfenden Deregulierungseffekte auf wichtigen Märkten, darunter besonders im Telekommunikationssektor (siehe Kasten 12). Überdies haben die stabilitäts- und wettbewerbsorientierten niedrigen Lohnerhöhungen das günstige Preisklima wesentlich gestützt.

Kasten 12

Sinkende Preise durch die Liberalisierung wichtiger Märkte

Durch die EU-Teilnahme kam es in Österreich zu einer Öffnung der Märkte, der Beseitigung von staatlichen Monopolen und der Umsetzung weit reichender Umstrukturierungsmaßnahmen. Im Zuge der Liberalisierung – die von der EU etappenweise vorgesehen ist – wurden neue gesetzliche Grundlagen geschaffen, es entstand ein intensiver Wettbewerb. Der Öffnungsgrad der Märkte ist sowohl auf europäischer Ebene als auch in Österreich unterschiedlich. Vollständiger Wettbewerb besteht im Telekommunikationssektor seit 1998. Auf dem Strommarkt gab es in Österreich im Jahr 2000 einen Liberalisierungsgrad von 32%, mit Oktober 2001 ist die 100-prozentige Öffnung geplant. Österreich gehört dann neben Deutschland, Finnland, Schweden und dem Vereinigten Königreich zu jenen fünf EU-Ländern, die eine vollständige Öffnung realisiert haben. Auf dem Gasmarkt erfolgte in Österreich im Jahr 2000 der erste Liberalisierungsschritt, womit eine 50-prozentige Marktöffnung erreicht werden konnte. Die vollständige Deregulierung ist für Oktober 2002 vorgesehen. Österreich wird zu diesem Zeitpunkt eines von drei EU-Ländern (neben Deutschland und dem Vereinigten Königreich) sein, die wesentlich früher als der Zeitplan es auf europäischer Ebene vorsieht, den Gasmarkt vollkommen liberalisiert haben.

Die Liberalisierungseffekte auf die Endverbraucherpreise sind derzeit noch schwer quantifizierbar, da zwischen direkten Effekten auf die Produzentenpreise (und Sekundäreffekten auf die Verbraucherpreise) und primären Auswirkungen auf die Endverbraucherpreise zu differenzieren ist. Während es auf Ebene der Produzenten schwierig ist, können im Haushaltsbereich diese Effekte mit Hilfe des (H)VPI – wenn auch mit Verzerrungen infolge von Messproblemen – evaluiert werden. Telekommunikation (2,56%), Strom (1,92%) und Gas (0,65%) haben im HVPI im Jahr 2001 zusammen ein Gewicht von 5,13%.

In Österreich wirkte bislang vor allem die Liberalisierung des Telekommunikations-, aber auch des Strommarktes inflationsmindernd. Der Einfluss war 1998 noch gering, wurde aber infolge einiger Preisreformen im Telekommunikationssektor sowie der schrittweisen Öffnung des Strommarktes deutlich stärker und erreichte schließlich mit 0,3 Prozentpunkten im ersten Quartal 2000 seinen bisher höchsten Wert. Der inflationsenkende Beitrag der niedrigeren Strompreise machte sich erstmals im September 1999 bemerkbar und verstärkte sich daraufhin etwas. Mit Juni 2000 ließ der Einfluss wieder nach, was einerseits auf die Anhebung der Stromabgabe und andererseits auf das Ansteigen der Gaspreise (Indexierung an den Ölpreisen) zurückzuführen ist.

Unter der Annahme, dass nach der vollständigen Liberalisierung aller drei Märkte die Preise um 15 bis 20% nachgeben werden, könnte sich der inflationsdämpfende Effekt der Marktöffnung insgesamt zwischen 0,8 und 1,2 Prozentpunkten bewegen.

Die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten stagnierten im Jahr 2000 auf Vorjahresniveau. Im Sachgüterbereich waren sie abermals kräftig rückläufig, sodass sich die relativen Lohnstückkosten – die preisliche Wettbewerbsfähigkeit – gegenüber den Haupthandelspartnern im Zeitraum 1997 bis 2000 um rund 11% verbesserten. Durch die relativ moderaten nominellen Einkommenszuwächse und die gestiegenen Preise konnten die Haushalte nur marginale Realeinkommenssteigerungen verzeichnen. Auf Grund der guten Beschäftigungsentwicklung sowie der Steuerreform und des Familienpakets zogen die Nettomasseneinkommen dennoch kräftig an und stärkten die Kaufkraft der Haushalte. Das nachhaltige Budgetkonsolidierungspaket, das mit Juni 2000 wirksam wurde, schwächte diese Effekte wieder ab.

Infolge des besseren Wirtschaftswachstums, der guten Produktivitätsentwicklung und der höheren Inflationsrate lagen die Tarifabschlüsse der Lohnrunde 2000 – speziell im Metallsektor – etwas über dem Niveau von 1999. Die teilweise vereinbarte Optionsklausel in einzelnen Branchen ermöglichte neuerlich flexiblere innerbetriebliche Lohnanpassungen.

Der Höhepunkt der Inflationsrate wird von allen Prognoseinstitutionen im Jahr 2000 gesehen, 2001 und 2002 wird der Preisauftrieb wieder schwächer erwartet. Ursachen dafür sind der Wegfall des Basiseffekts fiskalischer Belastungen ab der Jahresmitte 2001, durchschnittlich niedrigere Rohölpreise, eine erwartete Erholung des Eurowechselkurses sowie eine Abflachung des Wirtschaftswachstums. Aber auch die Aktualisierung des Warenkorbs zur Indexberechnung

– die mit Jänner 2001 erfolgte – wirkte sich bei analogen Umstellungen in der Vergangenheit immer leicht preisdämpfend aus.

Höchstes Wirtschaftswachstum seit zehn Jahren

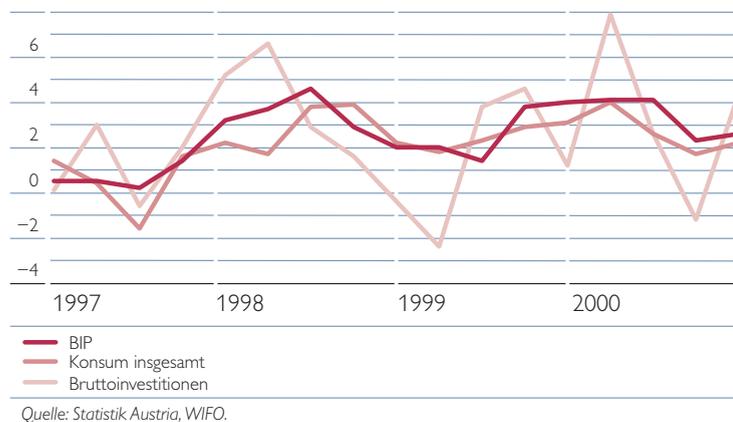
Die österreichische Konjunktur zeigte sich im ersten Halbjahr 2000 sehr dynamisch und wies ein jährliches Wirtschaftswachstum von knapp 4% auf. Wachstumsträger waren die kräftige Auslandsnachfrage, die rege Investitionstätigkeit und die hohe Kaufkraft der Konsumenten, die zu beträchtlichen Produktionssteigerungen beitrugen und mit der Sachgüterproduktion einen wesentlichen Motor der österreichischen Wirtschaft in Schwung hielten.

Im zweiten Halbjahr 2000 kam es aber – wie auch in anderen Ländern – zu einer merklichen Wachstumsverlangsamung. Ein wesentlicher Einflussfaktor dafür war der hohe Ölpreis, der die Nachfrage nach Vorleistungsprodukten bremste, die Inflationsrate erhöhte und die verfügbaren realen Einkommen der Haushalte dämpfte. Aber auch die wachstumsbremsenden Effekte der Budgetsanierung kamen ab Jahresmitte zum Tragen.

Im gesamten Jahr 2000 erreichte Österreich ein Wirtschaftswachstum von 3,2%, womit der Durchschnitt des Euroraums fast erreicht wurde und nach 1998 neuerlich ein kräftiges Wachstum konstatiert werden konnte. Die hohe preisliche Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie (günstiger Eurowechselkurs, relativ bessere Lohnstückkostenposition) und die international florierende Konjunktur erwiesen sich als die treibenden Kräfte für die dynamische Exportnachfrage, von der wesentliche Wachstumsimpulse für die öster-

Entwicklung volkswirtschaftlicher Aggregate

reale Veränderung zum Vorjahresquartal in %



Quelle: Statistik Austria, WIFO.

reichische Wirtschaft ausgingen. Österreich profitierte dabei auch von seiner europäischen Brückenstellung zwischen West und Ost. Die Außenhandelsaktivitäten mit den Drittländern wiesen eine wesentlich stärkere Expansion als mit dem EU-Raum auf, wenngleich unverändert rund zwei Drittel der Gütertransaktionen auf die EU-Länder konzentriert waren.

Im Sog des Wirtschaftswachstums entwickelte sich der Arbeitsmarkt positiv. Die Zahl der unselbstständig Beschäftigten erreichte mit rund 3,14 Mio einen neuen Höchststand, das Wachstum war mit rund 1% p. a. kräftig. Die Arbeitslosigkeit ging stark zurück, gleichzeitig weitete sich das Stellenangebot aus. Die gemäß EU-Kriterien definierte Arbeitslosenquote fiel im Jahres-

durchschnitt 2000 auf 3,7% (1999: 4,0%). Diese günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt konnte durch mehrere Faktoren erreicht werden: Das robuste Wirtschaftswachstum schaffte eine kräftige Beschäftigtennachfrage, besonders dynamisch in den IT-Sektoren; das Arbeitskräfteangebot war knapper als in den Vorjahren und die intensiveren arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen bewirkten eine deutliche Verbesserung der (Wieder)Beschäftigungschancen.

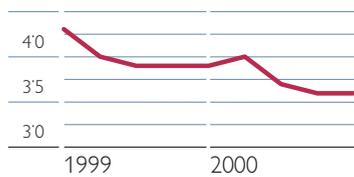
Leistungsbilanzdefizit verharnte bei 3% des BIP

Die österreichische Leistungsbilanz zeigte im Jahr 2000 mit -5,88 Mrd EUR (-81 Mrd ATS) ein um 0,33 Mrd EUR (4½ Mrd ATS) geringeres Defizit als im Jahr 1999. Gemessen am BIP betrug es wie in den vergangenen Jahren rund 3%. Die Verbesserung der Leistungsbilanz ergab sich aus geringeren negativen Salden bei Einkommen und Transfers. Demgegenüber ist das Ergebnis der Güter- und Dienstleistungsbilanz stärker defizitär geworden.

Die österreichischen Güter- und Dienstleistungsexporte und -importe wuchsen im Jahr 2000 um jeweils 13% bzw. um jeweils 11½ Mrd EUR. Diese Dynamik war auf die gute konjunkturelle Entwicklung im gesamten Euroraum zurückzuführen, wobei der Anstieg der Importzahlungen durch Preis- und Wechselkurseffekte verstärkt wurde. Der Reiseverkehr als eine wichtige Komponente der Güter- und Dienstleistungsbilanz wies im Vorjahresvergleich einen um 0,21 Mrd EUR geringeren Überschuss auf; die Reiseverkehrsausgaben der Österreicher im Ausland wuchsen im Jahr 2000 mit 7%

Arbeitslosenquote¹⁾

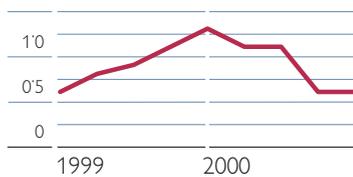
Quartalsdurchschnitt in %



Quelle: EUROSTAT, Arbeitsmarktservice Österreich.
1) Laut EU-Konzept.

Beschäftigtenstand

Veränderung zum Vorjahresquartal in %



Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

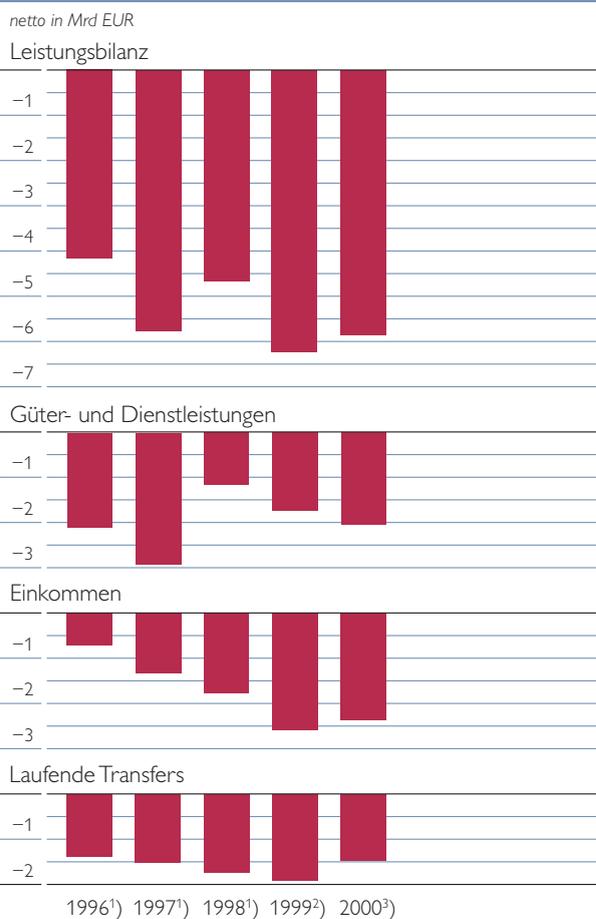
deutlich stärker als die Einnahmen (+4%).

Das im Jahr 1999 stark angewachsene Defizit in der Teilbilanz Einkommen reduzierte sich im Berichtszeitraum um 0,21 auf –2,37 Mrd EUR. Stärkste Einflussgröße für diese Entwicklung waren die um 0,25 Mrd EUR höheren Nettozuflüsse der Einkommen aus Sonstigen Investitionen. Auch die Position Vermögenseinkommen aus Direktinvestitionen trug durch das geringere Defizit zur Entlastung bei. Die Einkommen der inländischen Investoren aus Portfolioinvestitionen betragen im Berichtszeitraum 4,65

nach 3,23 Mrd EUR im Jahr 1999; dies spiegelt den im Jahr 1999 erfolgten starken Aufbau der inländischen Portefeuilles mit ausländischen Wertpapieren wider. Gleichzeitig waren auch die Wertpapiererträge ausländischer Anleger höher als 1999 (7,33 gegenüber 5,83 Mrd EUR).

Der negative Saldo aus laufenden Transfers war mit –1,46 Mrd EUR wegen geringerer Nettoabflüsse aus öffentlichen und aus privaten Transfers ebenfalls (um 0,44 Mrd EUR) niedriger als 1999. Der Saldo der Vermögensübertragungen betrug –0,49 gegenüber –0,25 Mrd EUR im Jahr 1999.

Beitrag zur Leistungsbilanzentwicklung



Quelle: OeNB, Statistik Austria.
¹⁾ Endgültige Daten.
²⁾ Revidierte Daten.
³⁾ Provisorische Daten.

Kapitalbilanz

Die Verflechtung Österreichs mit den Weltfinanzmärkten ist – ausgelöst durch die Währungsunion – deutlich angestiegen.

Die österreichische Kapitalbilanz schloss im Jahr 2000 mit einem Kapitalimport in Höhe von 5,14 Mrd EUR. Die grenzüberschreitenden Investitionen Österreichs stiegen – so wie schon von 1998 auf 1999 – im Beobachtungszeitraum neuerlich stark an. Österreichs Neuinvestitionen im Ausland erreichten einen Nettowert von 47,15 Mrd EUR (+39% gegenüber 1999), jene des Auslands in Österreich 52,29 Mrd EUR (+30%).

Eine regionale Analyse der österreichischen Kapitalbilanz zeigt, dass Österreich im Jahr 2000 per saldo einen Zufluss von Kapital aus dem Euroraum von 16,80 Mrd EUR verzeichnete, deutlich mehr als im Jahr 1999. Das stark gesteigerte Interesse der Anleger aus dem Euroraum – unter anderem die Fusion der Bank Austria AG mit der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank AG

und die verstärkten Käufe von österreichischen Wertpapieren durch Länder des Euroraums – führte in der Berichtsperiode zu einem sichtbar erhöhten Transaktionsvolumen von 47,36 Mrd EUR (+137%). Gleichzeitig wuchsen die Investitionen Österreichs in Ländern des Euroraums um +75% und erreichten ein Transaktionsvolumen von 30,56 Mrd EUR.

Gegenüber den Ländern außerhalb des Euroraums drehte der Nettokapitalzufluss des Jahres 1999 in einen Nettokapitalabfluss in Höhe von 11,66 Mrd EUR in der Berichtsperiode. Zurückzuführen ist dies im Wesentlichen auf spürbar niedrigere Investitionen des Extra-Euroraums in Österreich (4,94 gegenüber 20,27 Mrd EUR im Jahr 1999) bei gleichzeitig anhaltenden Kapitalabflüssen österreichischer Investoren in Länder außerhalb des Euroraums (16,59 Mrd EUR).

Die einzelnen Teilbilanzen zeigen folgende Ergebnisse:

Der Saldo der Teilbilanz Portfolioinvestitionen ergab im Jahr 2000 Nettokapitalzuflüsse von 1,06 Mrd EUR (1999: Nettokapitalabflüsse in Höhe von 2,94 Mrd EUR). Ausländische Anleger erwarben mit 29,52 Mrd EUR ein um 5,25 Mrd EUR höheres Volumen an inländischen Wertpapieren. Insbesondere wurden wesentlich mehr österreichische Rentenwertpapiere nachgefragt. Dagegen waren die Kapitalabflüsse aus dem Erwerb von ausländischen Wertpapieren nur mäßig höher (2000: 28,46 Mrd EUR, 1999: 27,21 Mrd EUR). Während die Käufe von ausländischen Wertpapieren durch österreichische Anleger stark anstiegen, nahm das Interesse für ausländische langfristige festverzinsliche Wertpapiere deutlich ab.

Die Teilbilanz Direktinvestitionen zeigt einen Nettokapitalexport aus österreichischen Investitionen im Ausland in Höhe von 3,46 Mrd EUR und erreichte damit den höchsten bisher verzeichneten Wert. Der Kapitalzufluss aus ausländischen Direktinvestitionen nach Österreich nahm um 7,21 auf 9,93 Mrd EUR zu, darin enthalten ist die größte Transaktion des Jahres 2000, nämlich die 100-prozentige Beteiligung der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank AG an der Bank Austria AG (siehe auch das Kapitel „Wahrung der Finanzmarktstabilität“).

Die Sonstigen Investitionen drehten von einem Nettokapitalimport von 7,94 Mrd EUR im Jahr 1999 auf einen Nettokapitalexport in Höhe von 2,81 Mrd EUR im Jahr 2000. Bei weiterhin generell sehr hohen Umsätzen bestimmten insbesondere die Transaktionen des Bankensystems in Form von Krediten sowie Sicht- und Termineinlagen das Ergebnis.

Sonstiger Sektor im Ausland stark engagiert

Für die Analyse von grenzüberschreitenden Kapitalströmen ist die Strukturierung nach volkswirtschaftlichen Sektoren von besonderem Interesse. Auf diese Weise können zum Beispiel sektoral abgegrenzte Gruppen von Finanzmarktakteuren sichtbar gemacht und mit hypothetischen Veranlagungsverhaltensmustern konfrontiert werden. Eine besondere Rolle spielt die Sektorstrukturierung auch im Rahmen der auf Euroraumebene analysierten Gegenposten zur Geldmenge, für die die nationalen Zahlungsbilanzen einen wichtigen Beitrag liefern.

Die aktuelle Strukturbeschreibung nach volkswirtschaftlichen

Sektoren zeigt für die österreichische Kapitalbilanz im Beobachtungszeitraum einen Kapitalimport des Bankensystems (OeNB und Banken) von 18,12 Mrd EUR und einen Kapitalexport des Nichtbankensystems (Staat und sonstige Sektoren) von 12,98 Mrd EUR. Der österreichische Staat hat im Jahr 2000 deutlich mehr im Ausland veranlagt als in früheren Vergleichsperioden, gleichzeitig war der Anstieg seiner Auslandsverpflichtungen niedriger als im Vergleichszeitraum 1999; per saldo importierte der österreichische Staat Kapital in Höhe von 8,71 Mrd EUR. Das Engagement des Sonstigen Sektors (Sonstige Finanzinstitute, Versicherungsunternehmen, Pensionskassen, Unternehmen und private Haushalte) im Ausland ergab einen Anstieg der Forderungen gegenüber dem Ausland um 27,01 Mrd EUR und der Verpflichtungen um 5,32 Mrd EUR.

Öffentliche Finanzen

Die verzögerte Regierungsbildung nach den Nationalratswahlen im Oktober 1999 ließ eine rechtzeitige Einbringung und Verabschiedung des Voranschlags für das Bundesbudget 2000 nicht zu. Mit dem Bundesvoranschlag 2000, der Anfang Juni verabschiedet wurde, intensivierte die Bundesregierung auf Basis des Regierungsprogramms die Budgetkonsolidierung, um den im Stabilitätsprogramm vom März veröffentlichten Wert von 1,7% des BIP für das öffentliche Defizit des Gesamtstaats zu erreichen. Erschwert wurde dies durch mehrere Faktoren:

- Die mit 1. Jänner 2000 in Kraft getretene Steuerreform und das Familienpaket führten zu deutlichen Mindereinnahmen.

- In den ersten fünf Monaten des Jahres 2000 war ein Budgetprovisorium in Geltung, das den Spielraum für die Budgetpolitik einengte.
- Die zur Erreichung des Zielwerts für den Bund notwendigen Steuer- und Gebührenerhöhungen wurden erst in der zweiten Jahreshälfte wirksam.

Begünstigt wurde die Budgetkonsolidierung jedoch durch die günstige Wirtschaftslage.

Vorläufiger Erfolg 2000¹⁾ besser als veranschlagt

Im Vollzug waren die Einnahmen um 2,5 Mrd EUR bzw. 4,8% höher als veranschlagt. Bei den Ausgaben ergab sich gegenüber dem Präliminare eine Überschreitung von 1,4 Mrd EUR (+2,5%). Insgesamt konnte somit das veranschlagte Netto-defizit des Bundes von 4,0 Mrd EUR (2,0% des BIP) um 1,1 Mrd EUR unterschritten werden. Gemäß vorläufigem Gebarungserfolg beträgt es 2,9 Mrd EUR oder 1,4% des BIP.

Bei den Ausgaben ergaben sich gegenüber dem Voranschlag vor allem folgende wesentliche Abweichungen: Aufstockung der Kapitalbeteiligungen bei den ÖBB und der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG); bei den Zahlungen an die Länder und Gemeinden (z. B. für Bedarfszuweisungen, Landeslehrer); beim Pensionsaufwand infolge von Vorzieheffekten im Zusammenhang mit der ab 2001 wirksam werdenden Pensionsreform und beim budgetierten Zinsaufwand.

Die im Zuge der Konsolidierungsbemühungen ab dem Jahr 2000 geplante Reduktion des Personalstands führte im Jahr 2000 zu einer Verminderung des Aktivitätsaufwands um 0,1 Mrd EUR. Der sons-

¹⁾ Das vorläufige Ergebnis ist mit dem Voranschlag nur bedingt vergleichbar, da sich durch eine Reihe von (saldoneutralen) Bilanzverlängerungen (z. B. Durchführung von Währungstauschverträgen, EU-Rückflüssen, die weiter gegeben wurden, Überweisungen zwischen Dienststellen) sowie durch eine verrechnungstechnische Umstellung des Gesundheits- und Sozialbeihilfengesetzes der ursprüngliche Bundesvoranschlag einnahmen- und ausgabenseitig um jeweils rund 0,5 Mrd EUR erhöht hat.

Bundshaushalt

	Bundes- rechnungs- abschluss 1999 <i>in Mio EUR</i>	Bundes- voranschlag 2000	Vorläufiger Gebarungser- folg 2000	Unterschied vorläufiger Gebarungserfolg 2000 gegenüber			
				BRA 1999		BVA 2000	
				<i>in %</i>	<i>in Mio EUR</i>	<i>in %</i>	
Allgemeiner Haushalt							
Ausgaben ¹⁾	57.249	56.791	58.209	+ 960	+ 1'7	+ 1.418	+ 2'5
Einnahmen ¹⁾	52.293	52.819	55.356	+ 3.063	+ 5'9	+ 2.537	+ 4'8
Abgang	4.956	3.971	2.854	- 2.102	- 42'4	- 1.117	- 28'1
Ausgleichshaushalt							
Ausgaben ¹⁾ , ²⁾ , ³⁾	30.655	36.046	63.418	+32.763	+106'9	+27.372	+75'9
Einnahmen ¹⁾ , ²⁾ , ³⁾	35.611	40.018	66.272	+30.661	+ 86'1	+26.254	+65'6
Überschuss	-4.956	-3.971	-2.854	+ 2.102	- 42'4	+ 1.117	-28'1

Quelle: BMF.

¹⁾ Währungstauschverträge in Bruttodarstellung.

²⁾ Davon für Kassenverwaltungsoperationen: BRA 1999: Ausgaben 11.078 Mio EUR und Einnahmen 11.089 Mio EUR; BVA 2000: Ausgaben 20.348 EUR und Einnahmen 20.348 EUR; vorläufiger Gebarungserfolg 2000: Ausgaben 39.234 Mio EUR und Einnahmen 39.234 Mio EUR.

³⁾ Inklusive 4.737 Mio EUR (1999) bzw. 6.427 Mio EUR (2000), die für öffentliche Rechtsträger (z. B. Schieneninfrastrukturgesellschaft) aufgenommen wurden (saldoneutral).

tige Finanzschuldenaufwand wurde um 0'4 Mrd EUR unterschritten.

Das Primärdefizit erreichte im Jahr 2000 eine Höhe von 3'9 Mrd EUR (1999: 1'7 Mrd EUR). Gesamtstaatlich wurde im Jahr 2000 ein Primärüberschuss von 5'0 Mrd EUR (1999: 2'8 Mrd EUR) erzielt.

Bei den öffentlichen Abgaben (brutto, das heißt vor Überweisung der Ertragsanteile an Fonds, Länder und Gemeinden bzw. des Mitgliedsbeitrags an die EU) wurde der für das Jahr 2000 laut Voranschlag geschätzte Ertrag um 0'6 Mrd EUR übertroffen (Mehreinnahmen vor allem bei Lohn- und Körperschaftsteuer). Auf Grund der verrechnungstechnischen Umstellung der Ausgaben im Rahmen des Gesundheits- und Sozialbeihilfengesetzes lag der budgetrelevante Nettoabgabenerfolg unter dem Voranschlag. Nach der alten Darstellung hätte sich ein Anstieg von 0'8 Mrd EUR ergeben. Davon sind rund 0'5 Mrd EUR konjunkturell bedingt.

Die sonstigen Einnahmen übertrafen das Präliminare um 2'8 Mrd EUR. Abgesehen von den saldoneutralen Mehreinnahmen

waren vor allem die Versteigerungserlöse der UMTS-Lizenzen, die ÖIAG-Rückzahlungen sowie die Zinseinnahmen höher als erwartet.

Die Bundesschuld betrug zu Ende des Jahres 2000 (abzüglich des Eigenbesitzes an Bundstiteln in Höhe von 6'3 Mrd EUR) 120'7 Mrd EUR (gegenüber 1999: +2'7 Mrd EUR). Das niedrige Zinsniveau führte wie in den Vorjahren zu einer weiteren Erhöhung der Anleihefinanzierung mit fixer Verzinsung. Der Bruttoschuldenstand reduzierte sich von 59'9% (1999) auf 58'5% (2000) des BIP.

Unter Berücksichtigung der Verbindlichkeiten und Forderungen aus Währungstauschverträgen betrug die Fremdwährungsschuld abzüglich des Eigenbesitzes an Bundstiteln 16'7 Mrd EUR (1999: 16'8 Mrd EUR).¹⁾ Der Anteil der Fremdwährungsschuld an der gesamten Bundesschuld verminderte sich gegenüber 1999 von 14'2 auf 13'9%. Wechselkursbedingt ergaben sich zu Ende des Jahres 2000 per saldo (buchmäßige) Kursverluste von insgesamt nur 0'1 Mrd EUR.

¹⁾ Da ab 1999 die Denominierung nur mehr in Euro erfolgte, umfasst die Fremdwährungsschuld ab diesem Jahr nur mehr Schulden, die in Währungen außerhalb des Euroraums denominiert sind.

Erfüllung des Stabilitäts- und Wachstumspakts

Neben den schon im Jahr 2000 wirksam gewordenen Maßnahmen sind vor allem mit dem geplanten weiteren Personalabbau und der beschlossenen Pensionsreform die Weichen für eine nachhaltige Konsolidierung in den Folgejahren gestellt worden. In Reaktion auf die Kritik der EK, aber auch anderer internationaler Organisationen (wie z. B. OECD und IWF), beschloss die österreichische Bundesregierung im Sommer 2000, den Konsolidierungsprozess zu beschleunigen. Mit dem Budgetbegleitgesetz 2000 wurden die erforderlichen Rahmenbedingungen festgelegt. Ferner werden die Länder und die Gemeinden beim neuen Finanzausgleich und revidierten nationalen Stabilitätspakt stärker eingebunden bzw. leisten einen höheren Beitrag zur Budgetkonsolidierung.

Das am 19. Dezember 2000 veröffentlichte österreichische Stabilitätsprogramm¹⁾ sieht vor, die Maastricht-Defizitquote von 1,4% des BIP im Jahr 2000²⁾ auf 0,75% im Jahr 2001 zu senken. Ab dem Jahr 2002 ist ein ausgeglichenes Staatsbudget geplant. Der Überschuss der Länder, Gemeinden, Kammern und Sozialversicherungsträger soll in den Jahren 2001 bis 2004 insgesamt jeweils 0,75% des BIP betragen. Ab 2002 wird dadurch das Defizit des Bundessektors zur Gänze ausgeglichen.

Die gesamtstaatliche Schuldenquote sinkt im Normalszenario von 63,1 (2000) auf 59,1% (2002) und danach weiter auf 57,2 (2003) bzw. 55,3% (2004) des BIP. Der abwärts gerichtete Trend bleibt auch im unteren Wachstumsszenario bei einem um 0,6 Prozentpunkte niedrigeren realen BIP-Wachstum bestehen.

Wie in der Stellungnahme des ECOFIN-Rats unter Berücksichtigung der Einschätzung der EK betont wurde, erfüllt das aktualisierte österreichische Stabilitätsprogramm die Zielsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Kritisch wurde allerdings in der Ratsstellungnahme vermerkt, dass der Defizitabbau in den ersten Programmjahren überwiegend auf einnahmenseitigen Maßnahmen beruht. Um bis zum Jahr 2002 ein ausgeglichenes Budget zu erreichen, muss der Budgetvollzug auf allen Ebenen strikt gehandhabt werden.

Die österreichischen Stabilitätsprogramme vom März und Dezember 2000

		2000	2001	2002	2003	2004
		in % des BIP				
Normalszenario						
Reales BIP-Wachstum	März 2000	2,8	2,8	2,5	1,9	x
	Dezember 2000	3,5	2,8	2,7	2,3	2,5
	Veränderung in Prozentpunkten ¹⁾	+ 0,7	–	+ 0,2	+ 0,4	x
Defizitquote	März 2000	– 1,7	– 1,5	– 1,4	– 1,3	x
	Dezember 2000	– 1,4	– 0,8	–	–	x
	Veränderung in Prozentpunkten ¹⁾	+ 0,3	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,3	x
Schuldenquote	März 2000	64,1	62,7	61,9	61,2	x
	Dezember 2000	63,1	61,4	59,1	57,2	55,3
	Veränderung in Prozentpunkten ¹⁾	– 1,0	– 1,3	– 2,8	– 4,0	x
Oberes Wachstumsszenario						
Reales BIP-Wachstum	März 2000	3,3	3,3	3,1	2,6	x
	Dezember 2000	3,5	3,4	3,3	2,9	3,1
	Veränderung in Prozentpunkten ¹⁾	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	x
Defizitquote	März 2000	– 1,5	– 1,2	– 0,9	– 0,6	x
	Dezember 2000	– 1,4	– 0,6	0,3	0,5	0,6
	Veränderung in Prozentpunkten ¹⁾	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,2	+ 1,1	x
Schuldenquote	März 2000	63,7	61,7	60,1	58,5	x
	Dezember 2000	63,1	61,0	58,1	55,5	52,7
	Veränderung in Prozentpunkten ¹⁾	– 0,6	– 0,7	– 2,0	– 3,0	x
Unteres Wachstumsszenario						
Reales BIP-Wachstum	März 2000	2,3	2,2	1,9	1,4	x
	Dezember 2000	3,5	2,3	2,1	1,7	1,9
	Veränderung in Prozentpunkten ¹⁾	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	x
Defizitquote	März 2000	– 1,8	– 1,7	– 1,9	– 2,0	x
	Dezember 2000	– 1,4	– 0,9	– 0,3	– 0,5	– 0,6
	Veränderung in Prozentpunkten ¹⁾	+ 0,4	+ 0,8	+ 1,6	+ 1,5	x
Schuldenquote	März 2000	64,5	63,8	63,7	64,0	x
	Dezember 2000	63,1	61,8	60,1	58,9	57,9
	Veränderung in Prozentpunkten ¹⁾	– 1,4	– 2,0	– 3,6	– 5,1	x

Quelle: BMF Statistik Austria, WIFO, OeNB.

¹⁾ Gegenüber dem März-Programm.

¹⁾ Annahme: reales BIP-Wachstum von 3,5% (2000), 2,8% (2001), 2,7% (2002), 2,3% (2003), 2,5% (2004) – jeweils Normalszenario.

²⁾ Nach den derzeit vorliegenden Ergebnissen ist die Defizitquote 2000 auf 1,1% des BIP gesunken.

Internationale Finanzarchitektur

Intensive Anstrengungen auf internationaler und nationaler Ebene zur Stärkung der Finanzarchitektur. Geplante neue Eigenmittelbestimmungen. Weitere strukturelle Anpassungsmaßnahmen und Internationalisierung des österreichischen Bankwesens. Aktive Mitwirkung der OeNB bei der Erstellung der Memoranda of Understanding mit Drittstaaten. Verbesserung der Großkreditevidenz und der Aufsichtsstatistik.

Finanzmarktstabilität als globales wirtschaftspolitisches Ziel

Die grenzüberschreitenden Auswirkungen der Finanzmarktkrisen haben die maßgeblichen Organisationen auf internationaler und europäischer Ebene veranlasst, vermehrte Anstrengungen zur Stärkung der internationalen Finanzarchitektur und Verbesserung der institutionellen Rahmenbedingungen zu unternehmen. Zum Erreichen dieser Ziele haben vor allem der IWF, die BIZ sowie der bei ihr angesiedelte Basler Ausschuss für Bankenaufsicht und das Forum für Finanzmarktstabilität ihre Aktivitäten fortgesetzt.

Auf europäischer Ebene haben insbesondere der Wirtschafts- und Finanzausschuss, der Beratende Bankenausschuss (BAC) in der EK und der Ausschuss für Bankenaufsicht (BSC) in der EZB sowie zahlreiche Untergruppen dieser Ausschüsse an der Verbesserung der Finanzarchitektur weitergearbeitet.

Internationale Zusammenarbeit in der Finanzmarkt-aufsicht – Mitarbeit der OeNB in relevanten internationalen Gremien

Die OeNB nimmt – gemeinsam mit dem BMF – Mitgestaltungsrechte in den erwähnten Gremien sowie deren Untergruppen wahr. Die Hauptaktivitäten der einzelnen Arbeitsgruppen¹⁾ waren:

Banking Supervision Committee (BSC): Die Analysen des BSC konzentrieren sich in erster Linie auf den strukturellen Wandel im Bankgeschäft und auf seine Auswirkungen

auf die Stabilität des Finanzsystems (makroprudenzielle Analyse). Im Rahmen der dezentral organisierten Bankenaufsicht in Europa stellt das BSC ein wichtiges Gremium für eine multilaterale Kooperation aller mit der Bankenaufsicht befassten Instanzen in der EU dar.

Banking Advisory Committee (BAC): Dieses berät die EK bei der Erarbeitung von Richtlinien auf dem Gebiet europäischer Bankrechtsregelungen und stellt die Umsetzung und Anwendung bereits verabschiedeter Richtlinien in den Mitgliedstaaten sicher. Das Komitee wird dabei von der „Groupe de Contact“, das ist ein international besetztes Forum von Bankenauffsehern, unterstützt.

Basle Committee on Banking Supervision: Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht hat neben konkreten Anregungen für das Risikomanagement der Banken allgemeine aufsichtliche Prinzipien (Kernprinzipien) sowie anlassbezogene Analysen publiziert. Im Basler Ausschuss – und parallel dazu in Brüssel – findet derzeit ein Abstimmungsprozess statt, dessen Resultat neue Eigenkapitalbestimmungen, Aufsichtsverfahren und Veröffentlichungspflichten für Banken sein werden (Basel II, siehe Abschnitt: Verstärkte Serviceeinrichtungen der OeNB für die österreichischen Finanzmärkte).

Wirtschafts- und Finanzausschuss (WFA): Eine Aufgabe der vom WFA eingesetzten Ad-hoc Working Group on Financial Stability war die Bestandsaufnahme über die derzeitige Verteilung der Zuständigkeiten für Krisenvorbeugung sowie für vorhandene Informationskanäle zwischen den NZBen,

¹ Siehe dazu den Geschäftsbericht 1999, Annex A. Da im Jahr 2000 keine weiteren wesentlichen Arbeitsgruppen gebildet wurden – vielmehr hat sich die Jahr-2000-Arbeitsgruppe des ESZB/Eurosystems (COCO) aufgelöst – gilt die dargestellte Struktur weiter.

Finanzministerien und Aufsichtsbehörden. Daraus geht hervor, dass die derzeit bestehende Struktur der europäischen Bankenaufsicht ihren Aufgaben ohne Einschränkungen gerecht wird.

Kompetenz Finanzmarktstabilität

Die gewaltigen Steigerungen der grenzüberschreitenden Finanztransaktionen in den letzten Jahren signalisieren eine steigende Dynamik auf den Finanzmärkten. Auf Grund der Veränderungen in der Risikosituation der Finanzintermediäre kommt der Stärkung der Finanzmarktaufsicht eine Schlüsselrolle zu. Ziel ist, ein stabiles und für die Marktteilnehmer berechenbares aufsichtsrechtliches Rahmenwerk für die Finanzmärkte aufzubauen. Dabei sind vor allem die vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht 1997 festgehaltenen „Core Principles of Effective Supervision“ einzuhalten.

Der institutionelle Rahmen der Finanzmarktaufsicht beruht innerhalb der EU weitgehend auf nationalen Regelungen, die sich bezüglich der Organisationsform der Aufsicht voneinander unterscheiden. Die enge Einbindung der NZBen in die Aufgaben der Bankenaufsicht ist – wenn auch in unterschiedlicher Intensität – ein gemeinsames Merkmal der Organisation der Finanzmarktaufsicht im Euroraum (siehe dazu Kasten 14). Dies lässt sich aus der im EG-V verankerten Verantwortung ableiten, die den NZBen im Zusammenhang mit der Sicherung der Finanzmarktstabilität zukommt.

Neben dem für Systemsicherheit des Finanzmarktes zentralen Bankensektor müssen auch andere Sektoren wie der Versicherungs-, Wertpapier- und Zahlungsverkehrs-

bereich einer Aufsicht unter Einhaltung bestimmter Mindestanforderungen unterzogen werden. Als Richtschnur dienen dabei neben den EU-Richtlinien vermehrt Grundsätze, die von entsprechenden internationalen Organisationen erstellt wurden.¹⁾

Kasten 14

Organisatorische Aspekte der Finanzmarktaufsicht in ausgewählten EU-Ländern

Die Aufsicht ist innerhalb Europas unterschiedlich organisiert:

- Die Bankenaufsicht ist im Euroraum mehrheitlich bei den NZBen angesiedelt. Damit kann das Eurosystem die Erfüllung der aus dem Art. 105 EG-V erwachsenden Aufgaben bezüglich der Sicherung der Finanzmarktstabilität gewährleisten.
- In Spanien, Irland, Italien, den Niederlanden, Portugal und Griechenland sind die NZBen allein für die Bankenaufsicht zuständig.
- In Frankreich, Deutschland und Österreich arbeiten die Aufsichtsbehörden eng mit den NZBen zusammen. In Finnland und Frankreich besteht die Einbindung, indem der Vorsitz der Aufsichtsbehörde von einem Vertreter der jeweiligen NZBen gestellt wird.
- In Österreich obliegt die Bankenaufsicht dem Bundesminister für Finanzen (§ 69 des BWG), wobei die fachlichen Kompetenzen der OeNB genutzt werden, indem ihr wichtige Aufgaben übertragen sind. Diese umfassen: Informationsrechte und -verpflichtungen, Beratungs-, Prüfungs- und Dienstleistungsaufgaben (inklusive umfangreicher Statistiken) sowie Anhörungsrechte. Die OeNB führt im Auftrag des BMF die Vor-Ort-Prüfungen bei den Banken durch und erstellt Gutachten über die internen Risikomodelle der österreichischen Banken. Der Wertpapiersektor wird in Österreich von einer eigenen Behörde – der Bundes-Wertpapieraufsicht – und der Versicherungsbereich vom BMF beaufsichtigt.
- Das Vereinigte Königreich, Schweden und Dänemark haben die Banken-, Wertpapier- und Versicherungsaufsicht in einer einzigen Behörde zusammengefasst.

¹ Association of Insurance Supervisors – IAIS (October 2000): „Insurance Core Principles“; International Organisation of Securities Commissions – IOSCO (September 1998): „Objectives and Principles of Securities Regulation“; Committee on Payment and Settlement Systems – CPSS (July 2000): „Core Principles for Systemically Important Payment Systems“.

Österreichische Finanzmärkte

Strukturbereinigung und Internationalisierung des Bankensystems

Seit der Einführung des Euro hat sich in Europa die Verflechtung zwischen den nationalen Finanzmärkten weiter fortgesetzt bzw. noch beschleunigt. Dies führt zu immer stärker werdenden wechselseitigen Abhängigkeiten der einzelnen Finanzmärkte. Die Integration der Teilmärkte verläuft unterschiedlich und ist vor allem im Investmentbanking und im Großkundengeschäft schon weit fortgeschritten. In anderen Teilmärkten, wie z. B. dem Kleinkundengeschäft, hat die Einführung des Euro bisher noch deutlich geringere Auswirkungen.

Jedenfalls haben sich die grenzüberschreitenden Aktivitäten deutlich erhöht und die Abgrenzungen zwischen den nationalen Banken-

systemen werden zunehmend aufgeweicht. Der Wettbewerb im Bankensektor im Euroraum hat nichts an Intensität eingebüßt; die geografischen Expansionsbestrebungen sind auch im letzten Jahr hoch geblieben und die technologischen Entwicklungen üben Druck auf die Reduzierung von Überschusskapazitäten aus.

Die strukturellen Anpassungsmaßnahmen im österreichischen Bankensektor haben sich im Jahr 2000 weiter fortgesetzt (siehe Kasten 15). Der Strukturbereinigungsprozess bei den Filialen ging insbesondere in den mehrstufigen Sektoren durch innersektorale Übernahmen weiter. Im internationalen Vergleich gehört Österreich zu den Ländern mit einem sehr dichten Filialnetz; der Umbau von Filialen mit der Errichtung von Selbst-

Kasten 15

Internationalisierung des österreichischen Bankensystems

- Die Banken sind die weitaus bedeutendsten Finanzintermediäre, wenngleich ihr relativer Stellenwert in den letzten Jahren durch das dynamische Wachstum der heimischen Investment- und Pensionsfonds leicht abgenommen hat.
- Das Bilanzsummenwachstum 2000 war zu einem großen Teil auf Zuwächse im Auslandsgeschäft zurückzuführen.
- Die internationale Verflechtung steigt, das zeigt sich an einer Zunahme von ausländischen Anteilseignern an österreichischen Banken, aber auch an einer verstärkten Akquisitionstätigkeit der österreichischen Banken in den MOEL.
- Die strukturellen Anpassungsmaßnahmen setzten sich im Jahr 2000 fort. Der Konzentrationsgrad der fünf größten Banken, gemessen an der Bilanzsumme, stieg auch im Jahr 2000 weiter und liegt nun bei 53,2%. Neben dem innersektoralen Strukturbereinigungsprozess gab es in Österreich zwei große sektorübergreifende Fusionen: Den Zusammenschluss der Bank-Austria-Gruppe und der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank AG zur drittgrößten Bank Europas und fünftgrößten Bank weltweit und den Verkauf der Österreichischen Postsparkasse AG (P.S.K.) an die Bank für Arbeit und Wirtschaft AG (BAWAG). Mit Letzterer entsteht in Österreich hinter der Bank-Austria-Gruppe und der Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG die drittgrößte Bankengruppe.
- Die Geschäftstätigkeit wird internationaler und die Aktivitäten in den MOEL haben sich weiter verstärkt. Die österreichischen Kommerzbanken weisen insbesondere in der Tschechischen Republik, der Slowakischen Republik, Ungarn und Polen eine gute Positionierung auf: Die Bank Austria AG (mit den Tochterbanken der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank AG), die Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG sowie die Raiffeisen Zentralbank Österreich Aktiengesellschaft (RZB) zählen zu den größten Auslandsbanken in den mittel- und osteuropäischen Ländern. So hat sich die Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG im Jahr 2000 mehrheitlich an der Ceska Sporitelna (Tschechische Republik) sowie der Slovenska Sporitelna (Slowakische Republik) beteiligt.

bedienungszonen beschleunigte sich aber weiter. Umfassende IT-Investitionen sind geplant, zahlreiche Projekte im e-banking und Internet-Banking sind im Laufen.

Umsetzung der Geldwäsche-Richtlinie

Die Aufhebung der Sparbuchanonymität stellte einen wichtigen Schritt zur Umsetzung einer FATF-Forderung¹⁾ dar. Mit der Neuregelung wurden einerseits die Interessen der Sparer berücksichtigt, andererseits auch auf die technische Machbarkeit der Umsetzung Bedacht genommen. Die Aufhebung der Sparbuchanonymität in Österreich wurde daher nicht nur von einer Novellierung des BWG begleitet, sondern ist darüber hinaus auch durch eine Reihe weiterer gesetzlicher Maßnahmen flankiert. Der Einlegerschutz wurde mit einer Präzisierung der Bestimmungen zum Bankgeheimnis sichergestellt.

Vorbereitende Arbeiten im Zusammenhang mit den geplanten neuen Eigenmittelbestimmungen²⁾

Nach der Ergänzung der Vorschriften um Marktrisikoelemente (Basler Marktrisikopapier 1995 sowie Kapitaladäquanz-Richtlinie 1996) und mehr als zehnjährigem Bestehen sollen die Bestimmungen zur Ermittlung der von den Banken für Aufsichtszwecke zu haltenden Eigenmittel grundlegend reformiert werden. Der neue Capital Accord aus Basel bzw. die Adaptionen der EU-Richtlinien sollen die Aufsichtsbestimmungen näher an das ökonomische Kapital, also jenes, das zur Abdeckung der Risiken tatsächlich erforderlich ist, heranbringen und neue Regelungen für die rasanten Entwicklungen der letzten Jahre

formulieren. Sowohl der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht als auch die EK haben je ein Konsultationspapier veröffentlicht. Das Jahr 2000 war von umfangreichen Konsultationen mit der österreichischen Kreditwirtschaft, aber auch mit anderen Aufsichtsorganisationen und Zentralbanken geprägt.

In beiden Konsultationspapieren wird ein Drei-Säulen-Ansatz vorgestellt. Die erste Säule beschreibt die neuen Mindestkapitalerfordernisse. Der Standardansatz als einfachste Stufe der Ermittlung der Kreditrisiken wird durch eine Erweiterung der Risikoklassen (von 0, 20, 50, 100 und 150%) sowie der Möglichkeit, externe Einstufungen zur Einordnung in diese Klassen zu verwenden, reformiert. Da nur eine sehr limitierte Anzahl der Banken und vor allem Kunden über ein nur für Kapitalmarktgeschäfte gedachte externe Einstufung verfügen, wurde ein gleichberechtigter interner Einstufungsansatz entworfen. In zwei Stufen (Foundation und Advanced Approach) werden die Erfahrungen der Banken bei der Kreditnehmerbeurteilung genutzt und in einen quantitativen Rahmen gebracht. Im einfachen Ansatz schätzen die Banken die Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default). Die Aufsicht übernimmt die Definition eines so genannten Aufsichtsvektors, der die anderen beiden Elemente, die Exposure at Default (die tatsächliche Kreditausnutzung im Risikofall) und den Loss Given Default (den tatsächlichen Verlust bei Ausfall unter Berücksichtigung etwaiger Sicherheiten) abdeckt. Im Advanced Approach berechnen einige wenige Institute alle Faktoren selbst, die von der zuständigen Aufsicht abgenommen werden. Die aufsichtliche

¹ *Financial Action Task Force on Money Laundering.*

² *Siehe dazu OeNB (2000). Neue Eigenmittelbestimmungen in Basel und Brüssel, Berichte und Studien, Heft 3.*

Drei-Säulen-Konzept

Mindestkapital	Supervisory Review	Public Disclosure Transparenz
Kreditrisiko Standardansatz inkl. externer Ratings Interner-Rating- Ansatz (Foundation/Advanced) Risikominimierende Techniken Operationale Risiken	<ul style="list-style-type: none"> – Vergleich des individuellen Risikoprofils der Banken mit dem ökonomischen Kapital – Individuelle Eigenmittelfestsetzung möglich – Einschreiten der Behörde bei absinkenden Eigenmitteln 	<ul style="list-style-type: none"> – Kapitallage des Instituts – Sound Practices – Eigenmittel-Ratios, die durch die Aufsicht festgesetzt wurden – Aufsichtsmethoden

Quelle: OeNB.

Anerkennung von Kreditrisikomodellen ist in den Konsultationspapieren noch nicht vorgesehen.

Da der Versuch der Quantifizierung nicht unumstritten ist und Ausfallwahrscheinlichkeiten nur bei einem bestimmten Volumen sinnvoll berechnet werden können, wurde von Österreich ein Alternativvorschlag entwickelt. Um die bestehende Erfahrung der Banken bei der risikoadäquaten Einschätzung ihrer Kunden für Aufsichtszwecke nutzen zu können, sollten Banken auch eine ordinale Einstufung durchführen können. Eine Ex-post-Analyse könnte sicherstellen, dass die Einordnung in Einstufungsklassen korrekt durchgeführt wurde.

Eine Erweiterung der bisherigen Praxis findet sich auch bei der Anerkennung von risikominimierenden Techniken. Dabei werden auch Finanzaktiva und Garantien (bei einer Einstufung besser als A) unter bestimmten Voraussetzungen als risiko- und damit kapitalminimierend anerkannt.

In den Konsultationspapieren wurden erstmals Vorschriften für die Unterlegung der anderen Risiken formuliert. Die zur Diskussion

stehenden Vorschriften haben sich im Jahr 2000 neben der Ausgestaltung der internen Einstufungen am stärksten verändert. War in den ersten Konsultationspapieren nur eine vage Absichtserklärung zu finden, die so genannten anderen Risiken mit Kapital zu unterlegen, so finden sich in der zweiten Auflage der Konsultationspapiere neben einem Definitionsvorschlag für operationale Risiken (eine leichter quantifizierbare Unterkategorie der anderen Risiken) auch ein dreistufiger Ansatz zur Ermittlung der Kapitalhöhe. Neben einem Basisindikatoransatz findet sich ein Geschäftsfeldansatz, der in einem einfacheren Standardansatz und einem komplexeren bankinternen Messansatz unterteilt ist. Weiterhin in Diskussion und Konsultation sind die Vorschriften zur Behandlung des Zinsänderungsrisikos im Bankbuch.

Der zu Grunde liegende Gedanke des Supervisory Review (zweite Säule) ist, dass kein noch so umfangreicher Katalog von Standardregelungen zur Berechnung der Mindesteigenmittelanforderungen ausreichen kann, um alle Risiken – denen eine Bank, vor allem eine komplexe Bankengruppe – ausgesetzt ist, adäquat abzudecken. Der Supervisory Review soll primär ein praktisches Instrument der Aufsicht und keinesfalls ein Schattenmanagement durch die Bankenaufsicht sein.

Die Bestimmungen der dritten Säule enthalten Elemente der Marktdisziplin, die die Überprüfung der Eigenmittelstandards durch den Markt selbst ermöglichen sollen. Die Entwicklungen in anderen Gremien, die sich mit Fragen der Offenlegung beschäftigen, werden ebenfalls in die endgültige Ausgestaltung der dritten Säule einfließen.

Aufsichtsaktivitäten der OeNB

Die OeNB ist im Rahmen der Bankenaufsicht, die unter der legislativen und operativen Verantwortung des BMF steht, in folgende Aufgabengebiete eingebunden: Erhebung statistischer Daten, Vor-Ort-Prüfungen und Finanzmarktanalyse. Darüber hinaus wirkt die OeNB an der internationalen Zusammenarbeit in der Bankenaufsicht mit und beteiligt sich an der Erstellung von Memoranda of Understanding mit Drittstaaten.

Statistik

Die Aufsichtsstatistik (wie z. B. bankaufsichtlicher Prüfungsbericht, Stille-Reserven-Meldung, Bankstammdaten etc.) stellt eine Basis für den Analyse- und Prüfungsbereich der Bankenaufsicht dar und bildet damit eine unabdingbare Voraussetzung für eine effektive Aufsichtstätigkeit. Die OeNB fungiert gegenüber dem Bankensektor als Adressat für alle diesbezüglichen statistischen Meldungen relevanter Finanzdaten, die in weiterer Folge von der OeNB verarbeitet und aufbereitet werden.

Die derzeit für die Bankenaufsicht zur Verfügung stehenden Statistiken werden dem international wachsenden Informationsbedarf über die Finanzmärkte nicht mehr gerecht. Im Laufe des Jahres 2000 wurde daher ein Memorandum mit Bankenvertretern ausgearbeitet, das neue Statistiken bzw. Meldungen inhaltlich definiert und mögliche Umsetzungswege und -termine evaluierte. Der verbesserte Erhebungsmodus soll ab 2001 schrittweise implementiert werden. Die neuen Meldungen sollen die Entwicklung moderner Risikoinformationssysteme unterstützen.

Die Informationen werden in die bestehenden Analysesysteme integriert, um automatisationsunterstützt die relevanten Hinweise zu liefern. Insbesondere der Übergang vom Obligo zum Risiko soll den Informationsgehalt wesentlich verbessern. Die von der BIZ aufbereiteten Regionaldaten (dies betrifft vor allem die Einbeziehung des Letztschuldners) und die von der Großkreditevidenz national erhobenen Informationen sind eine wichtige Hilfestellung.

Vor-Ort-Prüfungen

Im Auftrag des BMF führt die OeNB bei den Banken Vor-Ort-Prüfungen gemäß § 70 BWG durch. Überprüfungen interner Risikomodelle sowie auch der Berechnungsmodalitäten nach dem alternativen Standardansatz stellen einen weiteren Aufgabenbereich im Rahmen der Vor-Ort-Prüfungen dar. Die im Zuge dieser Prüfungstätigkeit gewonnenen Erkenntnisse fließen in die Systemanalyse des Finanzmarktes durch die OeNB ein und tragen damit wesentlich zur Krisenprävention bei.

Finanzmarktanalyse

Bei der Systemanalyse des Finanzmarktes durch die OeNB werden insbesondere die Bilanzstruktur sowie die Ertrags- und Risikoentwicklung einzelner Kreditinstitute bzw. Kreditinstitutsgruppen und -sektoren beobachtet und bestimmte Trends festgestellt. Auffällige Entwicklungen einzelner Kreditinstitute bzw. vom allgemeinen Trend abweichende Tendenzen können somit rasch erkannt und notwendige Maßnahmen zur Sicherung des Gesamtsystems gesetzt werden.

Mitarbeit bei der Erstellung der Memoranda of Understanding mit Drittstaaten

Grundsätzlich erfolgt die Beaufsichtigung der Banken durch die Aufsichtsbehörde des Staats, in dem die Erlaubnis zum Anbieten von Dienstleistungen erteilt wurde (Heimatlandprinzip). Um den grenzüberschreitenden Aktivitäten Rechnung zu tragen, wird die bilaterale Kooperation zwischen den Heimat- und Gastlandaufsichtsbehörden mit so genannten Memoranda of Understanding (MoU) geregelt. Das sind Vereinbarungen zwischen den Bankaufsichtsbehörden, die die Heimatlandaufsicht von Kreditinstituten bzw. Kreditinstitutsgruppen auf konsolidierter Basis ermöglichen sollen. Typischerweise regeln MoU die bankaufsichtliche Kooperation der Vertragsteile, insbesondere den Austausch von Informationen sowie das Prozedere für Vor-Ort-Prüfungen der Aufsichtsbehörde des Heimatlandes im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsteils. Auf Grund einer Anregung der OeNB wurde das BWG novelliert, um dem Bundesminister für Finanzen den Abschluss von MoU mit Drittstaaten, das heißt Staaten, die nicht Mitgliedstaaten der EU sind, zu ermöglichen. Die wesentlichste Voraussetzung für den Abschluss eines MoU ist, dass im jeweiligen Drittstaat der Schutz der mitgeteilten Informationen durch das Berufsgeheimnis mindestens ebenso gewährleistet ist.

Verstärkte Serviceeinrichtungen der OeNB für die österreichischen Finanzmärkte Großkreditevidenz

Die Großkreditevidenz (GKE) der OeNB erfasst auf Grund der monatlichen Meldungen des Finanzsektors die Verschuldung von Kreditnehmern, wobei Kredite bzw. Kreditrahmen ab 5 Mio ATS (350.000 EUR) aufgenommen werden. Die Meldungen werden den Meldepflichtigen auf Anfrage in aggregierter Form zurückgemeldet; auf diese Weise wird die Kreditprüfung der meldenden Institute unterstützt. Zudem dient die GKE der Bankenaufsicht und leistet damit einen Beitrag zur Finanzmarktstabilität. Diese Funktion soll weiter ausgebaut und die Infrastruktur der GKE mittelfristig für die Zwecke der Genehmigung und der laufenden Überwachung von internen Einstufungssystemen der Banken gemäß Kapitaladäquanz-Richtlinien (Basel II) eingesetzt werden. Zur Erhöhung der Aussagekraft der GKE erfolgt eine stärkere Konzentration auf grenzüberschreitende Kreditaufnahmen.

Ferner wurde die Zusammenarbeit der sieben, in den Ländern des Euroraums bestehenden, GKE im Rahmen der „ECB-Working Group on Credit Registers“ verbessert. Der Datenbestand soll mit Obligo-Daten nationaler Firmen/Personen aus den anderen Quellen aufgestockt werden.

Zahlungssystemaufsicht

Im Juni 2000 wurde vom ESZB eine umfassende Darstellung über seine Rolle als Aufseher über die Zahlungssysteme des gemeinsamen Währungsgebiets kommuniziert.¹⁾

¹ Siehe dazu EZB (2000).
*Statement on the Role
of the Eurosystem in the Field
of Payment Systems Oversight.*
Presseaussendung vom 21. Juni.

Darin wurden insbesondere die Ziele und Prinzipien der Zahlungssystemaufsicht ausführlich dargestellt, denen die NZBen des Eurosystems unter Berücksichtigung des jeweiligen nationalen Umfelds Rechnung zu tragen haben.

Die dabei zu treffenden Vorkehrungen zielen auf das reibungslose Funktionieren sowie auf die Stabilität und die Effizienz der zum Einsatz kommenden Zahlungssysteme und -mittel ab, um dadurch den aus Zentralbanksicht notwendigen Beitrag sowohl zur Absicherung des geldpolitischen Transmissionskanals als auch des öffentlichen Vertrauens in die Währung zu leisten.

Im Massenzahlungsverkehr ist bei grenzüberschreitenden Überweisungen hinsichtlich Effizienz und Gebührenniveau erheblicher Nachholbedarf gegenüber Binnenüberweisungen gegeben. Dies, obwohl das Eurosystem bereits 1999 den Kommerzbanken empfohlen hatte, spätestens zum Zeitpunkt der Einführung des Eurobargelds auch im unbaren Massenzahlungsverkehr effiziente Überweisungssysteme zur Verfügung zu stellen. Die Überprüfung der Umsetzung dazu wird sowohl vom ESZB als auch der EK im Jahr 2001 intensiviert.

Das Blue Book des ESZB bietet eine umfassende Darstellung der wichtigsten Zahlungsverkehrs- und Wertpapierabrechnungssysteme, die in den EU-Mitgliedstaaten sowohl auf nationaler als auch auf grenzüberschreitender Ebene in Verwendung stehen. Dieses wurde im Jahr 2000 vollständig überarbeitet und soll im ersten Halbjahr 2001 veröffentlicht werden.

Nach rund zweijähriger Vorbereitungszeit wurde die Richtlinie zur Regulierung von mit der Ausgabe von e-Geld befassten Institu-

ten¹⁾ verabschiedet. Sie trat mit der Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften vom 27. Oktober 2000 in Kraft und ist bis 27. April 2002 national umzusetzen.

Die OeNB hat im Jahr 2000 die entsprechenden Maßnahmen für die Erfüllung der Aufsichtsfunktion vorangetrieben und auf den auch auf nationaler Ebene erforderlichen legislativen Handlungsbedarf hingewiesen, da Österreich das einzige Land in der WWU ist, das keine diesbezügliche Regelung hat. Insbesondere wurde die Entwicklung von Aufsichtsgrundsätzen und -statistiken aufgenommen, die den Rahmenvorgaben des ESZB, aber auch Forderungen des IWF²⁾ und der BIZ³⁾ Rechnung tragen. Diese Arbeiten werden 2001 im Rahmen des ESZB und unter geeigneter Einbeziehung der Marktteilnehmer fortgesetzt.

Wesentlich für die Wahrnehmung der Zahlungssystemaufsicht war die Tätigkeit des Zentrums für sichere Informationstechnologie – Austria (A-SIT). Im Jahr 2000 war A-SIT unter anderem in die Entwicklung der Aufsichtsgrundsätze (geforderte Sicherheitsniveaus bei elektronischen Zahlungssystemen) eingebunden. Weiters wurde das österreichische RTGS-System ARTIS hinsichtlich seiner Zugangsmechanismen evaluiert.

Aufsicht über Wertpapierabwicklungssysteme

Die Beurteilung der Eignung von nationalen Wertpapierabwicklungssystemen für die Abwicklung geldpolitischer Transaktionen wurde im Jahr 2000 aktualisiert.

Eine reibungslose Abwicklung gewinnt sowohl für die Geldpolitik als auch für die Zahlungssysteme an

- 1 *European Parliament and Council Directive on the Taking Up, the Pursuit and the Prudential Supervision of the Business of Electronic Money Institutions, 2000/46/EG.*
- 2 *Code of Good Practises on Transparency in Monetary and Financial Policies, März 2000.*
- 3 *Core Principles for Systemically Important Payment Systems, Jänner 2001.*

Bedeutung. Daher erfordert die wachsende Zahl grenzüberschreitender Abwicklungen sowie die fortschreitende Konsolidierung bei den Wertpapierabwicklern¹⁾ Anpassungen an eine effiziente und abgestimmte Beaufsichtigung und Systemaufsicht.

Die ursprüngliche Intention der vom ESZB festgelegten Mindestanforderungen bestand darin, das Eurosystem gegenüber möglichen Verlusten abzusichern. Inzwischen erlangten die ESZB-Standards jedoch eine weiter reichende Verbreitung und werden von den Marktteilnehmern in einem breiteren finanzmarktpolitischen Kontext gesehen. Die Harmonisierung der Standards wird über eine verbesserte Koordination mit den Institutionen, die sich ebenfalls mit Standards beschäftigen, z. B. der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht sowie das Committee on Payment and Settlement Systems (CPSS) vorangetrieben. Das Korrespondenz-zentralbanken-Modell wurde auch im Jahr 2000 von Banken für die grenzüberschreitende Abwicklung von Sicherheiten verwendet.

Die in der Vereinigung der Europäischen Wertpapiersammelbanken vertretenen Wertpapiersammelbanken setzten die Einrichtung von wechselseitigen Verbindungen fort. Die neuen Schnittstellen zwischen den nationalen Wertpapierabwicklungssystemen wurden hinsichtlich der Erfüllung von Mindeststandards durch die jeweiligen NZBen und die EZB evaluiert. Ende 2000 waren bereits mehr als 60 grenzüberschreitende Verbindungen evaluiert. Das österreichische Wertpapierabwicklungssystem in der OeKB, das mit sechs Wertpapierabwicklungssystemen im Euroraum verknüpft ist, erfüllt dazu alle Kriterien.

Die OeNB als Behörde für die Anerkennung von Zahlungs- und Wertpapierabwicklungssystemen

Gemäß dem Finalitätsgesetz 1999 hat die OeNB mit Bescheid Zahlungs- und Wertpapierabwicklungssysteme anzuerkennen,

- die ohne Mitrechnung einer etwaigen Verrechnungsstelle, zentralen Vertragspartei oder eines etwaigen indirekten Teilnehmers mindestens drei Teilnehmer umfassen,
- die dem Recht eines von den Teilnehmern gewählten Vertragsstaats des EWR-Abkommens, in dem mindestens einer der Teilnehmer seine Hauptverwaltung hat, unterliegen und
- deren Regeln zweckdienlich sind.

Im Jahr 2000 wurden von der OeNB ein Zahlungssystem (ARTIS) sowie ein Wertpapierabwicklungssystem, nämlich das von der Wiener Börse AG betriebene Abwicklungs- und Clearingsystem für den Handel in Optionen und Finanzterminkontrakten, bescheidmäßig anerkannt.

Die Wiener Börse im internationalen Wettbewerb

Mit dem Zusammenschluss der Börsen von Paris, Brüssel und Amsterdam zu EURONEXT und den (letztlich gescheiterten) Fusionsaktivitäten der Deutschen Börse AG und der London Stock Exchange ist die europäische Börsenlandschaft in Bewegung gekommen. Darüber hinaus bewirkte die beschleunigte Integration der Kapitalmärkte seit der Euroeinführung eine höhere Liquidität und einen Druck auf eine effizientere Preisgestaltung. Auch die technologischen Entwicklungen und der wachsende Stellenwert von

¹ Siehe dazu EZB (2000). Monatsbericht, Februar, Seiten 55 bis 62.

elektronischen Handelssystemen bedeuten neue Herausforderungen.

Die Fusionen und Kooperationen im Börsenbereich sowie die Veränderungen auf den europäischen Wertpapiermärkten haben auch Auswirkungen auf den österreichischen Finanzplatz. Wie andere Börsen ist auch die Wiener Börse als mittel- und osteuropäische Regionalbörse mit wachsendem Konkurrenzdruck konfrontiert. Zahlreiche neu gegründete Wachstumsbörsen haben den österreichischen Unternehmen neue Möglichkeiten zur Eigenkapitalaufnahme auch über ausländische Börsen eröffnet.

Zweifellos besteht auch in Österreich erhebliches Interesse an Risikokapital – sowohl emittenten- als auch investorenseitig. Auch die zunehmende Internationalisierung dürfte die finanziellen Erfordernisse der Unternehmen verändern. Der insgesamt beachtliche Anstieg von Risikokapitalfinanzierungen in Österreich in den letzten Jahren wurde durch eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung und Förderung der Rahmenbedingungen für Risikokapital und Beteiligungskapital nachhaltig unterstützt.

Die Funktion einer Regionalbörse hat in den letzten Jahren auch durch die Parallelmärkte und die Wachstumsbörsen einen Bedeutungswandel erfahren. Die Regionalorientierung verliert infolge der „industriespartenbezogenen“ Investitionen institutioneller Anleger zunehmend an Bedeutung. Auf Grund dieses Trends sinkt die Nachfrage nach Aktien eines bestimmten Landes zu Gunsten der Nachfrage nach Aktien einer bestimmten Branche. Das österreichische Wachstumssegment AGM (Austrian Growth Market) ist bisher schwach geblieben und einige innovative öster-

reichische Unternehmen sind mit Börsengängen an die Wachstumsbörsen in Frankfurt oder Brüssel ausgewichen.

Eine wesentliche Ursache für die geringe Liquidität der Wiener Börse liegt im niedrigen Streubesitz. Im Jahr 1999 lag der Streubesitzfaktor der ATX-Werte bei 45%, im europäischen Durchschnitt betrug er 75%. Die kürzlich erfolgten Privatisierungen (unter anderem Teilprivatisierung der Telekom Austria im Herbst 2000) sowie die noch geplanten Privatisierungsschritte sollen zu einer weiteren Belebung der Wiener Börse beitragen. Im Zusammenhang mit der neuen Marktbetreuung und Marktsegmentierung wurde der „specialist“ geschaffen, der in Ergänzung zum derzeit bestehenden Market-Maker-System eine Betreuungsfunktion ausübt und damit dem Markt zusätzliche Liquidität bringen soll. Weiters wurde im letzten Jahr der ViDX (Vienna Dynamic Index) für die wachstums- und technologieorientierten Unternehmen, die an der Wiener Börse notieren, eingeführt. Am 3. November 2000 hat die NEWEX (New Europe Exchange), eine Kooperation der Wiener Börse AG mit der Deutschen Börse AG mit Sitz in Wien, den Kassamarkthandel für osteuropäische Werte aufgenommen. Der Handel erfolgt über XETRA und die Abwicklung über Clearstream.

Entwicklung der Kreditinstitute

Rückläufige Zahl der Kreditinstitute

Im Jahr 2000 verringerte sich die Zahl der selbstständigen Kreditinstitute und Niederlassungen gegenüber 1999 um 48, womit die Bankstellendichte weitgehend unverändert blieb. Der Bestand an

Anzahl der Kreditinstitute und Bankstellendichte

	Hauptanstalten	Zweigstellen	Bankstellen insgesamt	Bankstellendichte ¹⁾
1985	1.241	4.090	5.331	1.419
1990	1.210	4.497	5.707	1.360
1995	1.041	4.686	5.727	1.406
1996	1.019	4.694	5.713	1.412
1997	995	4.691	5.686	1.422
1998	971	4.576	5.547	1.457
1999	951	4.576	5.527	1.466
2000	923	4.556	5.479	1.478 ²⁾

Quelle: OeNB.
¹⁾ Einwohner pro Bankstelle.
²⁾ Vorläufiger Wert.

österreichischen Auslandsfilialen erhöhte sich von 22 auf 24, davon waren 13 in der EU (1999: 10). Mehrheitlich im Besitz von ausländischen Kreditinstituten waren Ende 2000 in Österreich 29 (1999: 28) Banken. Davon stammten 13 zur Gänze aus der EU, bei 2 weiteren bestanden Beteiligungen von Banken aus dem EU-Raum. Zusätzlich wurden 16 (1999: 15) Zweigstellen – 15 aus der EU – und 30 (1999: 30) Repräsentanzen von ausländischen Kreditinstituten betrieben.

Der Trend zur Umwandlung bisher rechtlich selbstständiger Tochtergesellschaften von ausländischen Banken aus dem EWR in un-selbstständige Zweigniederlassungen schwächte sich im Jahr 2000 ab.

Geschäftsentwicklung

Die in Österreich tätigen Kreditinstitute erzielten im Jahr 2000 einen Bilanzsummenzuwachs um 38,2 Mrd EUR oder 7,3% (1999: 9,1%). Dieses Ergebnis wurde sehr stark durch den Strukturveränderungsprozess beeinflusst.

Die Nachfrage nach Direktkrediten erhöhte sich im Jahr 2000 um 6,7% (1999: 5,2%). Dieser Zuwachs war – in absoluten Zahlen betrachtet – der höchste seit Beginn der Achtzigerjahre. Während der Kreditzuwachs 1999 zu einem Großteil von den Fremdwährungsausleihungen getragen worden war, konnten im Jahr 2000 die Eurokredite mit +4,3% wieder deutlich stärker zulegen.¹⁾ Rund 61% aller Fremdwährungsausleihungen lauteten aber dennoch auf Schweizer Franken, der Anteil der Kredite in japanischen Yen erhöhte sich auf Grund sehr starker Inanspruchnahmen im Jahr 2000 auf 33,9% (1999: 21,7%). Die Relation Eurodirektkredite zu Fremdwährungsdirektkrediten betrug zum 31. Dezember 2000 rund 5 zu 1.

Die Entwicklung der verbrieften Kredite verlief konträr zu den Direktkrediten. In diesem Segment verminderten die in Österreich

Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute

	1999		2000	
	Stand in Mrd EUR	Veränderung in %	Stand in Mrd EUR	Veränderung in %
Bilanzsumme	524,64	+ 9,1	562,8	+ 7,3
Aktiva				
Direktkredite an inländische Nichtbanken	210,8	+ 5,2	224,9	+ 6,7
Auslandsaktiva	131,38	+18,6	157,79	+20,2
Passiva				
Einlagen von inländischen Nichtbanken	171,83	+ 3,1	175,78	+ 2,3
Auslandspassiva	147,24	+16,0	174,08	+18,2

Quelle: OeNB.

¹⁾ Der Kreditzuwachs wurde 2000 nur mehr zu rund 45% von den Fremdwährungskrediten verursacht.

tätigen Kreditinstitute ihr Portefeuille um 3,3%.

Im Vergleich zu 1999 war der Einlagenbestand mit einem Zuwachs von 2,3% schwächer. Die Sichteinlagen in Euro stiegen im Jahr 2000 um 14,4% und damit nur geringfügig schwächer als 1999. Auch bei den Termineinlagen in Euro konnten die Kreditinstitute noch Zuwächse lukrieren. Obwohl sich die Zinsen für Spareinlagen seit Beginn des Jahres 2000 in einem Aufwärtstrend befanden,¹⁾ sank der Stand der Spareinlagen um 2,6 Mrd EUR oder 2,2%. Im Jahr 1999 war eine Steigerung etwa im selben Ausmaß erzielt worden. Die privaten Haushalte reagierten auf die Abschaffung der Sparbuchanonymität, indem sie Sparbücher über 500.000 ATS auflösten und einerseits in alternative Anlageformen investierten, andererseits aber Sparkonten mit Beträgen bis zu 500.000 ATS²⁾ – wenn auch in geringerem Ausmaß – neu dotierten.

Das Volumen der Derivatgeschäfte stieg mit 19,9% im Jahr 2000 nicht mehr so stark wie 1999. Mit Stand Dezember 2000 lag somit das Verhältnis der Derivatgeschäfte zur Bilanzsumme bei 139,8%.

Ertragslage

Im Jahr 2000 betrug das vorläufige Betriebsergebnis³⁾ 4,52 Mrd EUR und lag mit 27,4% deutlich über dem Wert des Jahres 1999. Dabei stiegen die Betriebsaufwendungen deutlich schwächer als die Betriebserträge. Das Verhältnis Aufwand zu Ertrag betrug 66,6% und hat sich gegenüber 1999 um 4,1 Prozentpunkte verbessert.

Der Nettozinsertrag lag mit 7,1% über jenem des Jahres 1999. Der Anteil an den gesamten

Betriebserträgen hingegen sank auf 49,8% und lag erstmals unter der 50-Prozent-Marke (1999: 52,0%). Die Zinserträge – der weitaus größte Ertragsbestandteil – sind in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen. Im zinsabhängigen aktivseitigen Kundengeschäft erhöhte sich in den letzten zwölf Monaten die Verzinsung von 4,99 auf 5,42%, im vergleichbaren Passivgeschäft stieg sie von 2,76 auf 3,05% an. Die Nettozinserspanne stieg daher um 14 Basispunkte.

Die Erträge aus dem Wertpapier- und Beteiligungsgeschäft lagen um 33,9% höher als im Jahr 1999. Der Anstieg wurde fast ausschließlich von Erträgen aus Anteilen an verbundenen Unternehmen⁴⁾ getragen. Der positive Saldo aus dem Provisionsgeschäft verbesserte sich im Jahr 2000 mit +17,4% besonders kräftig, wobei sich insbesondere die Provisionserträge aus dem Wertpapierbereich dynamisch entwickelten. Somit ergab sich aus der Umschichtung von Spareinlagen in höher rentierende Veranlagungsformen ein Wachstumspotenzial, das das Provisionsergebnis deutlich verbesserte. Die Relation Saldo aus dem Provisionsgeschäft zu den Betriebserträgen betrug im Jahr 2000 23,5% (1999: 22,4%). Auch der positive Saldo aus Finanzgeschäften stützte die Ertragsentwicklung spürbar.

Die Personalaufwendungen stiegen moderat. Ihr Anteil an den gesamten Betriebsaufwendungen sank im Jahr 2000 auf 49,7% (1999: 51,5%). Der Sachaufwand hingegen erhöhte sich im Jahr 2000 kräftig. Er trägt mittlerweile mit 32,5% (1999: 31,6%) zu den gesamten Betriebsaufwendungen bei. Die Anpassungen in der Finanzbranche an

1 So stieg z. B. der durchschnittliche Zinssatz für Spareinlagen über zwölf Monate Laufzeit um 1,04 Prozentpunkte auf 3,6%.

2 Bis zu einem Betrag von 200.000 ATS können Sparbücher als „Losungswortsparbücher“ geführt werden. Die Datenerhebungsgrenzen liegen derzeit bei 100.000 bzw. 500.000 ATS.

3 Laut Quartalsberichtsmeldung der Kreditinstitute zum Dezember 2000, auf unkonsolidierter Basis. Nach Beendigung der Jahresabschlussprüfung werden im Zuge des fünften Quartalsberichts endgültige Jahresabschlusswerte an die OeNB übermittelt.

4 Zum Großteil aus Bankverflechtungen. Trotz Abzug der Doppelzählungen deutliche Steigerung des Betriebsergebnisses und des Jahresüberschusses.

Zinserträge und Zinsaufwendungen

im Nichtbankengeschäft

	1999	2000
Forderungen an Kunden		
Erträge in Mrd EUR	12'54	14'71
Durchschnittsstand in Mrd EUR	251'21	271'35
Durchschnittliche Verzinsung in % p. a.	4'99	5'42
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Aufwendungen in Mrd EUR	5'37	6'14
Durchschnittsstand in Mrd EUR	194'53	200'98
Durchschnittliche Verzinsung in % p. a.	2'76	3'05
Zinsspanne im Nichtbankengeschäft in %	2'23	2'37

Quelle: OeNB.

den technologischen Fortschritt erfordern hohe Investitionen der Banken im IT-Bereich. Die geplanten Einsparungen konnten großteils noch nicht realisiert werden, hingegen schlugen die hohen Entwicklungs- und Investitionskosten bereits zu Buche.

Der erwartete Wertberichtigungsbedarf im Kreditbereich wurde mit 1'94 Mrd EUR angesetzt (+7'5% gegenüber dem geschätzten Wert des Jahres 1999). Bei Wertpapieren und Beteiligungen wurden neuerlich mehr Wertberichtigungen aufgelöst als gebildet. Unter Berücksichtigung der Risikokosten und der Bewertungsmaßnahmen ergibt sich ein erwartetes Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von 2'88 Mrd EUR (bzw. +46'3% gegenüber 1999). Unter Einrechnung des erwarteten außerordentlichen Aufwands und der gegenüber dem Vorjahr höher erwarteten Steuerzahlungen wird mit einem aggregierten Jahresüberschuss von 2'34 Mrd EUR (1999: 1'65 Mrd EUR) bzw. einer signifikanten Steigerung um 41'4% gerechnet.

Die Eigenkapitalrentabilität, das ist der Jahresüberschuss gemessen am Kernkapital, betrug vorläufig zum Berichtszeitpunkt 9'5% und

konnte gegenüber der Vergleichsperiode 1999 um 2'5 Prozentpunkte gesteigert werden.

Versicherungen, Pensionskassen, Investmentfonds¹⁾

Versicherungen

Im Jahresverlauf 2000 reduzierte sich die Anzahl der Vertragsversicherungsunternehmen um 2 Institute auf 68.

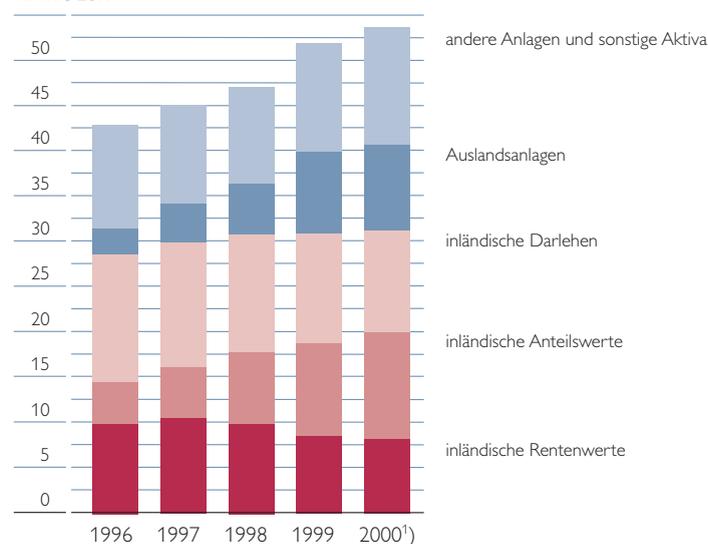
Die gesamten Vermögensanlagen der heimischen Versicherungswirtschaft erreichten Ende 2000 ein Volumen von 53'7 Mrd EUR (gegenüber 1999: +3'3%).

Der größte Zuwachs ergab sich im Bereich der Auslandsaktiva (+23'1%). In der Kategorie Anteilswerte und sonstige inländische Wertpapiere setzte sich die Aufwärtsentwicklung der letzten Jahre mit +14'8% gegenüber 1999 fort. Rückgänge waren bei den Rentenwertpapieren (-4'0%) und den Darlehen (-6'9%) festzustellen, bei den inländischen Beteiligungen war

Vermögensbestand

der Vertragsversicherungsunternehmen

in Mrd EUR



Quelle: OeNB.
¹⁾ Schätzwerte.

1 Siehe dazu auch Kasten 11.

ein leichter Anstieg (+12·1%) zu verzeichnen.

In der Geschäftssparte Leben nahmen die Rückstellungen um +10·0% – ähnlich wie im Vorjahr – zu. Kontinuierlich ansteigend (2000: +6·5%, 1999: +7·6%, 1998: +7·4%, 1997: +8·6%) zeigten sich die Rückstellungen in der Geschäftssparte Krankenversicherung. Zu einem deutlichen Zuwachs kam es mit +9·7% bei den Rückstellungen der Geschäftssparte Schaden- und Unfallversicherung.

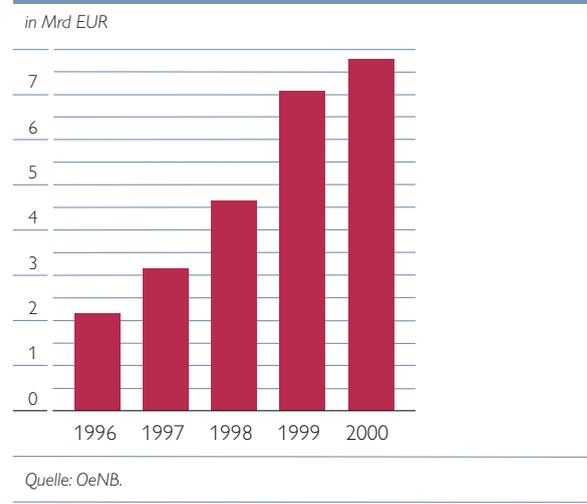
Das Grundkapital und die Rücklagen nahmen gegenüber 1999 um +2·2% auf 4·5 Mrd EUR zu.

Pensionskassen

Im Jahr 2000 erhöhte sich der Melderkreis der Pensionskassen um 2 betriebliche Pensionskassen auf 19. Der Vermögensbestand der inländischen Pensionskassen betrug zum Jahresende 7·8 Mrd EUR, wobei im vierten Quartal 2000 eine drastische Verlangsamung im Wachstum des Vermögensbestands beobachtet wurde. Diese, im Vergleich zu den Vorjahren atypische Entwicklung, war großteils auf einen Rückgang in den Kategorien „Investmentzertifikate inländischer und ausländischer Emittenten“ sowie auf eine starke Abnahme bei Fremdwährungsveranlagungen zurückzuführen.

Insbesondere der seit Beginn des Jahres 2000 anhaltende Anteilswachstums der Investmentzertifikate inländischer Emittenten erfuhr im vierten Quartal 2000 erstmals eine Trendwende und sank auf 89·6% (im Vergleich zum Höchststand von 90·4% im dritten Quartal 2000). Dennoch wurden mit Ende 2000 insgesamt 95·7% des Vermögens der inländischen Pensionskassen durch Portfoliomanager von Kapital-

Vermögensbestand der Pensionskassen

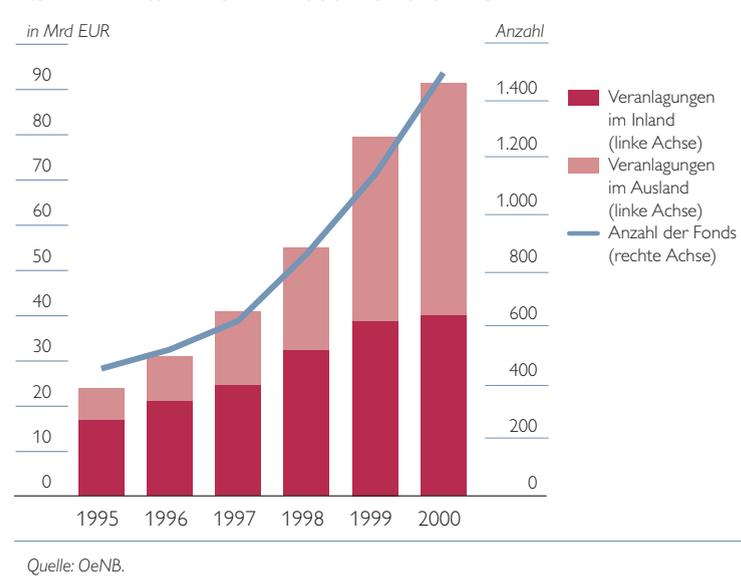


anlagegesellschaften verwaltet, womit sich Investmentzertifikate wiederum als Hauptveranlagungsform behaupten konnten.

Investmentfonds

Nach den seit 1995 zu beobachtenden außergewöhnlich hohen Jahreszuwachsraten (30 bis 44%) des Vermögensbestands der inländischen Investmentfonds fiel im Jahr 2000 der Anstieg mit 14·5% (11·6 Mrd

Vermögensbestand und Anzahl der Investmentfonds



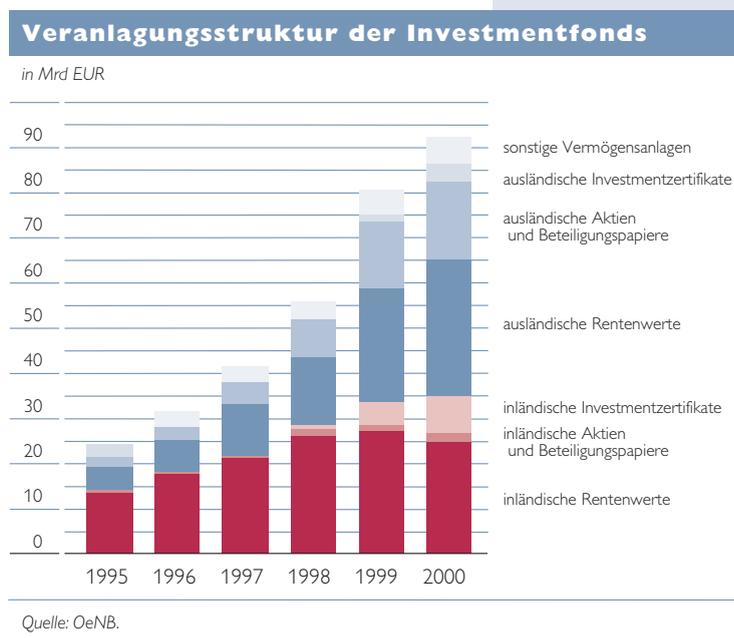
EUR) schwächer aus. Im vierten Quartal zeigte sich sogar eine Abnahme von 2,7%, diese war zuletzt im vierten Quartal 1990 zu beobachten.

Ende 2000 verwalteten die 24 österreichischen Kapitalanlagegesellschaften mit ihren 1.506 aufgelegten Investmentfonds einen Vermögensbestand von 92,0 Mrd EUR.

Vom gesamten Vermögenszuwachs entfielen im Jahr 2000 51% (5,9 Mrd EUR) auf Investmentzertifikate, 25% (2,8 Mrd EUR) auf Rentenwerte und 22% (2,5 Mrd EUR) auf Aktien und Beteiligungspapiere.

Die ungünstige Börsenentwicklung im vierten Quartal 2000 hat den bis September 2000 erzielten Volumenzuwachs bei den Aktien und Beteiligungspapieren nahezu halbiert. Damit setzte sich die seit Jahren zu beobachtende Tendenz des steigenden Aktienanteils am Veranlagungsportfolio der Investmentfonds im Jahr 2000 nicht fort. Der Anteil der Aktienveranlagung am Gesamtvermögensbestand blieb mit 20,5% gegenüber Dezember 1999 nahezu unverändert. Auch bei den Veranlagungen in Rentenwerten zeigte sich eine geringfügige Abnahme gegenüber dem Vorquartal. Diese Entwicklung verstärkte die bereits in den Vorjahren zu beobachtende Tendenz des sinkenden Anteils der Rentenwerte am Gesamtveranlagungsvolumen der Investmentfonds. Nach 65% im Dezember 1999 (Dezember 1998: 74%) erreichten die Rentenwerte im Dezember 2000 einen Anteil von nur mehr 60%.

Wie in den Vorjahren, setzte sich auch im Jahr 2000 der Trend von Inlands- zu Auslandsveranlagungen fort. Wurde mit Dezember 1999 erstmals mehr im Ausland als



im Inland veranlagt, so hat sich dies im Berichtsjahr verstärkt. Vor allem die ausländischen Rentenwerte nahmen um 5,2 Mrd EUR zu und erhöhten damit den Anstieg der Auslandsveranlagung um rund 25%, während die Inlandsveranlagungen um 5,8% abnahmen. Das Verhältnis Inlands- zu Auslandsveranlagungen betrug im Dezember 2000 38 zu 62 (Dezember 1999: 45 zu 55).

Bausparkassen

Die österreichischen Bausparkassen verzeichneten im Jahr 2000 eine Konsolidierung. Bedingt durch die aktivseitige Zinssenkung zu Beginn des dritten Quartals 1999 und des wieder ansteigenden Zinsniveaus anderer Finanzierungsinstrumente konnte die ungünstige Entwicklung des Jahres 1999 im Laufe des Jahres 2000 nicht nur gestoppt, sondern in Teilbereichen sogar umgekehrt werden.

Die Gesamtzahl an Bausparverträgen erreichte mit 5,7 Mio zwar noch nicht die Vergleichswerte der vergangenen Jahre, dennoch

erhöhte sich die Gesamtvertrags-
summe auf 103,5 Mrd EUR.

Das Verhältnis zwischen Ver-
trägen im Anspar- bzw. Ausleihungs-
stadium verschob sich von 75 zu 25
(1997) auf 80 zu 20 (2000).

Die Finanzierungsleistung er-
reichte 2000 mit 3,6 Mrd EUR
ein Rekordniveau (1999: 2,1 Mrd

EUR). Auf Grund des niedrigen
Zinsniveaus 1999 war in diesem Jahr
die Nachfrage nach Bauspardarlehen
schwächer. Mit den steigenden
Zinsen gewannen die Bauspardarle-
hen im Vergleich zu anderen Finan-
zierungsinstrumenten wiederum an
Attraktivität.

Anerkannte Brücke zwischen Ost und West

Spektrum der Kooperation der OeNB

mit mittel- und osteuropäischen Reformländern

OeNB-Expertise im ESZB für den Prozess der EU-Erweiterung. Kooperation mit den Zentralbanken der Reformländer intensiviert. Ökonomien der zentraleuropäischen Reformländer expandierten. Preisauftrieb verharrte überwiegend auf relativ hohem Niveau, daher Straffung der Geldpolitik. Zunehmende politische Stabilisierung und wirtschaftliche Erholung Russlands. Wende der BR Jugoslawien zur Demokratie, jedoch Verbesserung der Wirtschaftslage notwendig.

Die von der OeNB 1997 initiierte Serie von Fachseminaren für MOEL-Zentralbanken wurde im Jahr 2000 mit vier einwöchigen Veranstaltungen fortgesetzt. Die Seminare befassten sich mit den Themen „Österreichs EU-Beitritt und WWU-Teilnahme – Erfahrungen aus Notenbanksicht“, „Buchhaltung in einer Notenbank im Rahmen des ESZB“, „Euro-Umstellung: Geldpolitik und Devisenmanagement“ sowie „Zahlungsverkehrsfragen im Rahmen des ESZB“.

Darüber hinaus hielt die OeNB eine Reihe von bilateralen Workshops bei den MOEL-Zentralbanken ab, wobei jeweils von der betroffenen Zentralbank spezifisch angefragte Themenstellungen behandelt wurden.

Die Unterstützung der OeNB für das Joint Vienna Institute (JVI) wurde im Jahr 2000 mit unvermindertem Einsatz weitergeführt, und zwar nicht nur durch finanzielle Beiträge, sondern auch durch aktive Mitwirkung am Lehrprogramm des Instituts. Daher wurden von der OeNB gemeinsam mit dem BMF im Jahr 2000 zwei einwöchige Seminare zu den Themen „Rolle der öffentlichen Hand bei Wirtschaftsreformen“ sowie „Ausländische Direktinvestitionen und Privatisierungspolitik“ abgehalten. Im Rahmen des zweimal jährlich stattfindenden Hauptkurses des JVI („Applied Economic Policy Course“) wurde von der OeNB und dem BMF jeweils ein Österreich-Segment gestaltet, das sich aus einem Vortragsteil zu Spezifika des österreichischen Wirtschaftssystems sowie einer dreitägigen Studienreise zusammen-

setzte. Ihre Ostexpertise im Rahmen des ESZB unterstrich die OeNB als Mitveranstalter der „Ost-West-Konferenz“ (siehe Kasten 17) und des „Wiener Seminars zum EU-Erweiterungsprozess“ (siehe Kasten 19).

Auf multilateraler Ebene ist die OeNB seit Jahren aktiv in internationale Koordinationsgremien für Notenbanken im Bereich technische Kooperation eingebunden, so etwa ist sie seit 1990 Mitglied der BIZ-Koordinatorengruppe und nimmt seit dem Jahr 2000 an dem neu etablierten Koordinationsmechanismus für Zentralbanken im Rahmen des Eurosystems teil.

Kasten 16

Das Joint Vienna Institut

als Ausbildungszentrum für Reformländer

Das JVI ist ein Ausbildungsinstitut speziell für Beamte und Finanzexperten aus Reformländern, für die wirtschaftspolitische Seminare veranstaltet werden. Fünf internationale Organisationen – die BIZ, die EBRD, die Weltbank, der IWF und die OECD – gründeten das JVI 1992 zusammen mit dem österreichischen BMF und der OeNB. Die WTO trat 1999 als sechste Trägerorganisation hinzu.

Das Schulungsangebot des JVI ist auf Grund seiner Praxisorientierung konkurrenzlos – die Vortragenden kommen aus den internationalen und österreichischen Trägerorganisationen und vermitteln Erfahrung aus erster Hand bei der Konzeption und Umsetzung von wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen. Bis Mitte 2000 besuchten mehr als 12.000 Personen diese Kurse und verbesserten damit ihre Qualifikation.

Seit Gründung des JVI gibt es eine intensive Zusammenarbeit mit den österreichischen Trägerorganisationen, die einen jährlichen Beitrag von rund 1 Mio USD leisten.

Das Mandat des JVI wurde bis 2004 verlängert, da einer IWF-Studie zufolge weiterhin ein erheblicher Ausbildungsbedarf aus den Reformländern besteht, und deswegen auch eine Weiterführung des JVI über das Jahr 2004 hinaus gerechtfertigt ist. Österreich wird daher das JVI auch zukünftig unterstützen und sich für einen schnellen Beschluss über die langfristige Investitionsstrategie und das Ausbildungsprogramm einsetzen.

Wirtschaftsentwicklung in ausgewählten Reformländern**Günstige makro-
ökonomische Entwicklung**

Vom Wirtschaftswachstum in der EU und in Russland begünstigt sowie von der steigenden inländischen Nachfrage vorangetrieben, expandierten die Ökonomien aller fünf beobachteten Länder (Polen, die Tschechische Republik, die Slowakische Republik, Ungarn und Slowenien) im Jahr 2000. Polen, Ungarn und Slowenien wiesen relativ robuste Wachstumsraten des realen BIP auf (4 bis 6%). Demgegenüber expandierten die Tschechische Republik – nach einer Rezession – und die Slowakische Republik, die noch unter den Wirkungen eines Austeritätsprogramms stand, etwas schwächer (2 bis 3%). Die meisten Übergangsländer verzeichneten die günstigste Wirtschaftslage seit der Wende vor über zehn Jahren.

Die Arbeitslosenquoten gingen in den meisten beobachteten Ländern trotz des Wirtschaftsaufschwungs kaum zurück, nicht zuletzt wegen des dynamischen Strukturwandels, der von Arbeitskräftefreisetzungen begleitet wird. Vor allem auf Grund steigender Ölpreise erhöhte sich die Inflation (Jahresdurchschnittsrate) in allen Ländern außer Ungarn, wo sie auf relativ hohem Niveau stagnierte. Bestimmte strukturelle Aufhol-effekte gegenüber hoch entwickelten Marktwirtschaften (wie relative Preisveränderungen, Anpassungen administrierter Preise, unterschiedliche Produktivitätsentwicklungen) spielten für die in den meisten Ländern nach wie vor hohen Teuerungsraten (2000: 9 bis 12%) eine Rolle. Nur die Tschechische Republik wies mit etwa 4% eine geringere Inflationsrate auf.

Die weitere Budgetkonsolidierung gelang im Jahr 2000 in unterschiedlichem Maß. Die meisten Länder zeichneten sich durch eine gewisse Lockerung der Fiskalpolitik (gegenüber den Budgetplänen) aus. In der Tschechischen Republik ist das gesamtstaatliche Defizit nach wie vor sehr hoch, in Ungarn kam die robuste Wirtschaftsexpansion dem Budgetsaldo zugute, nur die Slowakische Republik setzte ihre restriktive Budgetpolitik fort.

Auch die außenwirtschaftliche Entwicklung war uneinheitlich. Alle beobachteten Länder wiesen Handels- und Leistungsbilanzdefizite aus. Besonders hoch war der Leistungsbilanzfehlbetrag Polens, der sich im Jahr 2000 nach 1999 das zweite Mal auf geschätzte 6 bis 7% des BIP belief und auf hohe Importüberschüsse zurückging. Nur die Slowakische Republik und Slowenien konnten eine substanzielle Verringerung ihrer außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte vermelden. Anzumerken ist, dass in einigen Ländern hohe Kapitalgüterimporte für die Defizite mitverantwortlich sind; darin spiegeln sich fortlaufende Modernisierungsprozesse wider, die bereits zu einem deutlich höheren Anteil kapitalintensiver Güter an den Ausfuhren geführt haben. Nur in Ungarn und vor allem in der Tschechischen Republik haben in den letzten Jahren ausländische Direktinvestitionen Leistungsbilanzfehlbeträge überkompensiert, in den anderen beobachteten Ländern wurden nur Bruchteile der Defizite abgedeckt.

Unterschiedlich entwickelte sich ferner die Bruttoauslandsverschuldung im Verlauf des Jahres

2000. In Polen, Slowenien und der Slowakischen Republik nahm sie zu, in der Tschechischen Republik ging sie zurück, die Verbindlichkeiten Ungarns blieben in etwa stabil. Im Verhältnis zum BIP ist die Bruttoauslandsschuld Ungarns mit etwa 60% nach wie vor die höchste. Der Stand der Währungsreserven war in den meisten Ländern stabil. In Importmonaten ausgedrückt, wies Polen die höchste und Slowenien die niedrigste Importdeckung aus.

Nach der Erholung von den Auswirkungen der Russlandkrise 1998/99 erreichten die meisten Aktienindizes im Frühjahr 2000 einen Höhepunkt, gaben aber anschließend wieder leicht nach. Eine Ausnahme bildete die Börse von Bratislava, die im Sommer 2000 eine starke Hausse mit einem Höhepunkt im Herbst verzeichnete. Die slowakische Krone, der ungarische Forint und der slowenische Tolar werteten gegenüber dem Euro nominell über das Jahr 2000 leicht ab, während die tschechische Krone und der polnische Zloty tendenziell aufwerteten. Gegenüber dem US-Dollar werteten alle Währungen ab, und sie waren volatil, da die meisten Länder ihre Wechselkurspolitik auf den Euro ausrichten.

Wegen der Inflationsgefahren wurde die Geldpolitik in den meisten beobachteten Ländern gestrafft. Eine Ausnahme war die Slowakische Republik, die ein Geldmengenzwischenziel (M2), daneben ein Inflationsziel (Kerninflation) verfolgt und ferner auch der Wechselkursentwicklung Bedeutung beimisst. Hier sanken die monatlichen Inflationsraten im Jahresverlauf, weil die – überwiegend Mitte 1999 – einsetzenden steuerbedingten Preischübe ausklangen. Im Februar 2000 führte die slowakische Zentralbank

Repo-Sätze ein, die im Laufe des Jahres mehrfach gesenkt wurden. Anfang Jänner 2001 nahm die Währungsbehörde den Mindestreserve-Satz von 6,5 auf 5,0% zurück.

Polen, das ein direktes Inflationsziel verfolgt, konnte dieses trotz wiederholter Erhöhungen der Schlüsselzinssätze um insgesamt 250 Basispunkte nicht erreichen. Das Land wies das von allen beobachteten Ländern mit Abstand höchste Realzinsniveau aus. Ein direktes Inflationsziel (Kerninflation) wird auch von der tschechischen Notenbank verfolgt, das – ungeachtet des allgemeinen Preisauftriebs 2000 – eingehalten wurde. Der zweiwöchige Repo-Satz (Leitzins) blieb seit Ende 1999 konstant (5,25%). Die ungarische Notenbank nahm vor allem zur Abwehr spekulativer Kapitalzuflüsse während des ersten Halbjahres 2000 mehrere Zinssenkungen (im Umfang von insgesamt 325 Basispunkten) vor. Der Mindestreserve-Satz wurde im Juli von 12 auf 11% herabgesetzt. Der steigende Inflationsdruck veranlasste die Währungsbehörde im Oktober aber zu einer starken Zinserhöhung. So wurde der Leitzins, der 14-tägige Einlagezinssatz, um 1 Prozentpunkt auf 11,75% hinaufgesetzt. Im Jänner und Februar 2001 erfolgten wieder zwei leichte Leitzinssenkungen auf 11,25% und der Mindestreserve-Satz wurde stark herabgesetzt. Die slowenische Geldpolitik bedient sich eines Geldmengenzwischenziels (M3) und beachtet auch Wechselkursentwicklungen. Um Preisauftriebstendenzen zu bekämpfen, wurden im Juni 2000 der Diskontsatz von 8 auf 9% und der Lombardsatz von 9 auf 10% und im Dezember neuerlich um je 1 Prozentpunkt auf 10 bzw. 11% angehoben.

	Inflationsrate (VPI)			Budgetsaldo ¹⁾			Leistungsbilanzsaldo ²⁾		
	1998	1999	2000 ³⁾	1998	1999	2000 ³⁾	1998	1999	2000 ³⁾
	Jahresdurchschnitt in %			zu Jahresende in % des BIP			zu Jahresende in Mrd USD		
Polen	+11'8	+7'3	+10'1	-2'4	-2'0	-2'2	-6'81	-11'57	-9'98
Slowakei	+6'7	+10'6	+12'0	-2'4	-1'8	-3'1	-2'06	-1'15	-0'60
Slowenien	+8'6	+6'6	+8'9	-0'8	-0'6	-1'4	-0'15	-0'78	-0'59
Tschechien	+10'7	+2'1	+3'9	-1'6	-1'6	-2'4	-1'34	-1'57	-2'37
Ungarn	+14'3	+10'0	+9'8	-3'7	-3'0	-2'8	-2'30	-1'98	-1'77

Quelle: WIIW, nationale Statistiken.

¹⁾ Die Budgetsalden sind nur bedingt vergleichbar, da die Berechnungsmethoden von Land zu Land deutlich unterschiedlich sind. Slowenien: Defizit des gesamten öffentlichen Sektors.

²⁾ Zahlungsbilanzdaten.

³⁾ Vorläufig bzw. Schätzungen.

Am 12. April 2000 wurde der Wechselkurs des polnischen Zloty freigegeben. Bis dahin galt ein Crawling-Peg-Regime mit Fluktuationsbändern ($\pm 15\%$). Dieser Regimewechsel soll helfen, für die polnische Währung einen Gleichgewichtskurs zu finden, bevor Polen – nach dem EU-Beitritt – im Rahmen des WKM II eine fixe Wechselkursanbindung zum Euro eingeht. Zudem soll damit die Ausrichtung der Geldpolitik auf das Inflationsziel erleichtert werden. Der Regimewechsel war von den Marktteilnehmern erwartet worden und hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf die Wechselkursentwicklung. Ungarn behielt sein Crawling-Peg-Regime bei ($\pm 2,25\%$). Der automatische monatliche Abwertungssatz wurde im April 2000 von 0,4 auf 0,3% gesenkt. Im Dezember 2000 wurde beschlossen, diesen im April 2001 weiter auf 0,2% zu reduzieren. Anfang 2000 ging Ungarn im

Rahmen dieses Regimes zu einer vollständigen Anbindung an den Euro über. Der Wechselkurs des Forint ist bisher auf oder nahe dem oberen Limit des Fluktuationsbands zu liegen gekommen. Vorschläge der Notenbank, das Band substantiell auszuweiten, um mehr Spielraum für die Geldpolitik zu schaffen, wurden von der Regierung abgelehnt, da Befürchtungen wachstumshemmender Wirkungen einer Forintaufwertung gegeben waren. Die Tschechische Republik, die Slowakische Republik und Slowenien behielten ihre Managed-Float-Regime bei.

Weitere Strukturreformen erforderlich

Die strategische Zielrichtung struktureller und institutioneller Reformen ist in allen beobachteten Ländern klar auf einen EU-Beitritt und damit auf die Anpassung der bestehenden Rechtsnormen an EU-Richtlinien ausgerichtet. In den meisten Ländern ist die Privatisierung des Unternehmenssektors vorangekommen, sodass die Aufmerksamkeit nun auf einzelne Betriebe oder Zweige (z. B. Fernmeldewesen, Eisenbahn-, Energiesektor) gerichtet ist. In fast allen Ländern wurden im Jahr 2000 neue Telekommunikationsgesetze im Sinne einer Liberalisierung der Märkte beschlossen

	Bruttoinlandsprodukt real			Arbeitslosenquote ¹⁾		
	1998	1999	2000 ²⁾	1998	1999	2000 ²⁾
	Veränderung zum Vorjahr in %			zu Jahresende in %		
Polen	+4'8	+4'1	+4'1	10'4	13'0	15'0
Slowakei	+4'1	+1'9	+2'2	15'6	19'2	17'9
Slowenien	+3'8	+5'0	+4'8	14'6	13'0	11'9
Tschechien	-2'2	-0'8	+3'1	7'5	9'4	8'8
Ungarn	+4'9	+4'4	+5'2	9'6	9'6	8'9

Quelle: Nationale Statistiken.

¹⁾ Registrierte Arbeitslose.

²⁾ Vorläufig bzw. Schätzungen.

und/oder Teile öffentlicher Fernmeldeunternehmen an ausländische strategische Investoren verkauft. Neben diesen ersten Erfolgen gibt es weiteren erheblichen Struktur- anpassungsbedarf. In der Tschechischen Republik und in der Slowakischen Republik erfolgte die Unternehmensrestrukturierung schleppend, weil die Gerichte mit Konkursprozessen überlastet sind. Verbesserungen werden in beiden Ländern von den im Jahr 2000 verabschiedeten bzw. novellierten Insolvenzgesetzen erwartet. Die Sanierung der bedeutenden Kohle- und Stahlindustrie Polens erfolgt nur langsam. Umfangreicher Reformbedarf besteht auch in der Landwirtschaft.

Im Jahr 2000 verstärkten ausländische Investoren im Bankensektor in den meisten Ländern ihre strategischen Beteiligungen. In Slowenien verlief die Bankenprivatisierung stockend. In der Tschechischen Republik trat Anfang 2001 eine

Novellierung des Zentralbankgesetzes, die mit Implikationen für die Unabhängigkeit der Währungsbehörde verbunden sein könnte, in Kraft. Novelliert wurde auch das Bankwesengesetz, um es mit EU-Normen in Übereinstimmung zu bringen. Am 1. April 2000 nahm die ungarische Finanzaufsichtsinstitution, die aus der Fusion verschiedener bestehender Ämter entstand, ihre Tätigkeit auf. In der Slowakischen Republik wurde eine ähnliche Institution, das Finanzmarktamt, Anfang November ins Leben gerufen. Neue Versicherungsgesetze wurden im Jahr 2000 in Ungarn und Slowenien beschlossen, die die jeweiligen Märkte in Einklang mit EU-Regelungen bringen werden. Die Warschauer Börse hat sich mit einer Kapitalisierung von etwa 30 Mrd USD zum größten und zu einem der am besten regulierten mitteleuropäischen Wertpapiermärkte entwickelt.

Kasten 17

Ost-West-Konferenz der OeNB in Wien

Die von der OeNB und dem JVI veranstaltete Konferenz vom 5. bis 7. November 2000 hatte zum Thema „Completing Transition: The Main Challenges“. Als wichtigste Botschaften ergaben sich:

- Der Transformationsprozess ist auch in den erfolgreichsten Übergangswirtschaften noch nicht abgeschlossen; er dauert generell länger und erweist sich komplexer als ursprünglich angenommen.
- Die einzelnen Reformstaaten haben sehr unterschiedliche wirtschaftliche Fortschritte gemacht, was die schon ursprünglich bestehende Heterogenität unter den Reformländern noch verstärkt hat.
- Die makroökonomische Stabilisierung wurde nur teilweise durch mikroökonomische Veränderungen und eine entsprechende rechtsstaatliche Ordnung unterstützt.
- Die Entwicklung im Finanzsektor ist ein wesentlicher Schlüssel zum Erfolg, wobei die Rolle der Bankenaufsicht von großer Bedeutung ist. Sie soll unabhängig und finanziell ausreichend abgesichert sein. Unter dem Aspekt der Finanzmarktstabilität ist es vorteilhaft, wenn die Zentralbank in die Aufsicht aktiv involviert ist.
- Die Budgetkonsolidierung ist in den meisten Reformländern noch fortzusetzen.
- Die Ausgestaltung der Geld- und Wechselkurspolitik ist von den konkreten Charakteristika der jeweiligen Übergangswirtschaft abhängig.
- Sofern Stabilisierungs- und Reformstrategien mit den internationalen Finanzinstitutionen gemeinsam festgelegt werden, sind die Übergangswirtschaften in adäquater Weise in die Konzeption dieser Strategien einzubinden („program ownership“).

Erstmals wurde der Olga-Radzyner-Award verliehen. Dieser wurde zum Gedenken an die 1999 bei einem tragischen Unfall ums Leben gekommene ehemalige Leiterin der Auslandsanalyseabteilung und die treibende Kraft für die Aktivitäten der OeNB auf dem Gebiet der Transformation geschaffen. Der Preis wurde an vier junge Wirtschaftswissenschaftler aus Rumänien, Lettland und der Tschechischen Republik verliehen.

In Polen trat im Jänner 2000 eine wichtige Steuerreform (zur Körperschaft- und Mehrwertsteuer) in Kraft. Die meisten der betrachteten Länder implementierten im Jahr 2000 Sozialversicherungsreformen, insbesondere zum Gesundheits- und Pensionswesen. Bei Letzteren geht es unter anderem darum, das Umlagesystem zu entlasten und durch ein Kapitaldeckungssystem zu ergänzen. Die Tschechische Republik und die Slowakische Republik haben bisher weitgehend an ihren bestehenden staatlichen Sozialsystemen festgehalten.

Exkurs: Neubeginn in der BR Jugoslawien

Der Wahlsieg der demokratischen Opposition im Dezember 2000 bestätigte nach dem Sturz des Milosevic-Regimes im Oktober 2000 den politischen Umschwung in der BR Jugoslawien. Dank der Auslandshilfe – die EU sagte 200 Mio EUR Soforthilfe zu – und der Rückkehr des Landes in die internationale Gemeinschaft wird der Wiederaufbau erleichtert.

Die Wirtschaft der BR Jugoslawien (Serbien und Montenegro) konnte sich im Jahr 2000 nur sehr langsam vom Kosovokonflikt erholen, die Wirtschaftsleistung wird auf die Hälfte des Niveaus von 1989 geschätzt. Die Arbeitslosenquote liegt bei rund 50%. Nach UNO-Schätzungen lebten 1999 etwa zwei Drittel der Bevölkerung in Armut.¹⁾ Trotz Wiederaufbaumaßnahmen können die Infrastruktur und die Industriekapazitäten nur bedingt eingesetzt oder verwendet werden. Energieengpässe werden durch humanitäre Hilfe gemildert. Das Land muss etwa 900.000 Kriegsflüchtlinge beherbergen.

Nach einer Kontraktion des realen BIP um etwa ein Fünftel im Jahr 1999 ist dieses, angetrieben vom Wiederaufbau, im Jahr 2000 um ca. 8 bis 10% expandiert. Das spiegelte sich vor allem in wachsenden Bauinvestitionen und steigender Industrieproduktion wider. Dagegen traf eine Dürre die landwirtschaftliche Erzeugung schwer. Der Einzelhandelsumsatz wuchs kräftig. Nach der Abschaffung der Preiskontrollen im Oktober 2000 stiegen die Einzelhandelspreise im Zeitraum Oktober bis November um 48% und die Inflation erreichte im Zwölf-Monats-Abstand im Dezember 115% (1999: 50%). Realeinkommensverluste der Bevölkerung waren die Folge. Hauptquelle des Inflationsdrucks war die Monetisierung der Verluste des öffentlichen Sektors.

Während in den vergangenen Jahren wiederholt hohe Budgetdefizite erwirtschaftet wurden, konnte im Jahr 2000 das Kassendefizit des Staatshaushalts durch starke Ausgabenkürzungen und die Anhäufung von Zahlungsrückständen – seit Jahren bediente der Staat keine Schulden – niedrig gehalten werden. Die Bruttoauslandsverschuldung stieg im Jahr 2000 auf 12,2 Mrd USD (rund 120% des BIP). Zu geringe Investitionen, die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmenssektors und wirtschaftliche Sanktionen haben in den letzten Jahren zu chronischen Handels- und Leistungsbilanzdefiziten beigetragen, die meist nur durch kurzfristige Kredite, Einkommens-transfers (Gastarbeiter- und Pensionsüberweisungen), Tauschgeschäfte und Zahlungsrückstände finanziert werden konnten. Der Zustrom von Direktinvestitionen blieb – ausgenommen der Verkauf von

¹ Als arm werden hier Personen mit einem monatlichen Einkommen von 60 USD oder weniger angesehen.

Entwicklungen im EU-Erweiterungsprozess

Die EU-Kandidatenländer machten im Jahr 2000 weitere Fortschritte in ihrer Annäherung an die EU. Der Beitrittsprozess besteht aus drei zentralen Elementen:

- den Beitrittsverhandlungen, die auch einen Monitoring-Prozess umfassen,
- der regelmäßigen Bewertung der von den Bewerberländern erzielten Fortschritte auf dem Weg zum EU-Beitritt (jährliche Fortschrittsberichte der EK) und
- der Heranführungsstrategie, bestehend aus verschiedenen Dimensionen (Europaabkommen; Beitrittspartnerschaften und nationale Programme zur Übernahme des EU-Acquis; Heranführungshilfe; Öffnung von Gemeinschaftsprogrammen und -agenturen für die Kandidatenländer; Acquis Screening). Im Rahmen der Heranführungsstrategie entwickelte die EU einen makroökonomischen Dialog mit den Beitrittsländern. Aufbauend darauf wurde im Jahr 2000 ein vertiefter makrofinanzieller Dialog eingeleitet. Auf Ebene der NZBen wird der Beitrittsprozess durch einen Dialog des ESZB mit den NZBen der Beitrittsländer ergänzt.

Im Folgenden wird auf wichtige Entwicklungen des Beitrittsprozesses sowie auf die aus Sicht des ESZB besonders relevanten Entwicklungen eingegangen. Dabei umfasst der Begriff „Beitrittsländer“ alle Kandidatenländer (ausgenommen der Türkei), die bereits Beitrittsverhandlungen führen.

Beitrittsverhandlungen und Fortschrittsberichte

Bei den sechs Beitrittskandidaten, mit denen die EU bereits im März 1998 Beitrittsverhandlungen aufgenommen hat (so genannte Luxemburg-Gruppe: Estland, Polen, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn, Zypern), wurden bis zum Sommer 2000 sämtliche Verhandlungskapitel (mit Ausnahme der Kapitel „Organe“ und „Sonstiges“) geöffnet, womit das Ziel der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft erreicht werden konnte. Unter französischer EU-Ratspräsidentschaft gelangen im zweiten Halbjahr 2000 Fortschritte in einigen wichtigen Kapiteln und im Dezember wurde ein „Gesamtüberblick über den Erweiterungsprozess“ vorgelegt.

Entsprechend den Schlussfolgerungen des Europäischen Rats in Helsinki (Dezember 1999) wurden im Februar 2000 mit weiteren sechs Beitrittskandidaten formell Verhandlungen aufgenommen (so genannte Helsinki-Gruppe: Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien, die Slowakische Republik). Gemessen an der Anzahl der eröffneten und inzwischen vorläufig abgeschlossenen Kapitel verlief das Verhandlungstempo ähnlich rasch wie mit der Luxemburg-Gruppe in der entsprechenden Anfangsphase.

Ende 2000 hatten Zypern 17, Estland 16 und die restlichen Länder der Luxemburg-Gruppe 13 bzw. 14 der 29 geöffneten Kapitel vorläufig abgeschlossen. In der Helsinki-Gruppe hatten Malta 12, die Slowakische Republik 10 und die restlichen Länder 6 bis 9 Kapitel vorläufig erledigt.

Die im November 2000 von der EK vorgelegten jährlichen Fortschrittsberichte für jedes Kandidatenland wiesen aus, dass die wirtschaftlichen Beitrittskriterien von Kopenhagen (Existenz einer funktionierenden Marktwirtschaft; dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften des Binnenmarktes standhalten können) gegenwärtig von Malta und Zypern am besten erfüllt werden, gefolgt von Ungarn, Estland und Polen, sodann von der Tschechischen Republik und Slowenien, weiters von Lettland, Litauen und der Slowakischen Republik und schließlich von Bulgarien und Rumänien. Gegenüber der Einstufung des Jahres 1999 konnten sich vor allem Estland, Ungarn und Polen sowie Litauen und die Slowakische Republik verbessern, wobei Estland in der relativen Rangordnung zu Ungarn und Polen aufschloss.

Strategiepapier der EK und Stellungnahme des EU-Rats

Gleichzeitig mit der Veröffentlichung der Fortschrittsberichte legte die EK ein Strategiepapier für den weiteren Verlauf der Beitrittsverhandlungen vor. Das Kernstück des EK-Strategiepapiers bildet die Vorgabe für jene Kapitel, die in den drei nächsten EU-Ratspräsidentschaften verhandelt werden sollen, und das Ziel die Verhandlungen im Laufe des Jahres 2002 abzuschließen. Aufbauend darauf zog der EU-Rat (Allgemeine Angelegenheiten) im Dezember 2000 die Schlussfolgerungen im „Gesamtüberblick über den Erweiterungsprozess“, in dem er den Verhandlungsfortschritt würdigte. Dabei wurde festgehalten, dass die Kandidatenländer um mehr als 500 Ausnahmeregelungen ersuchten. Vor diesem Hintergrund wurde das EK-Strategiepapier unterstützt, als flexibler Rahmen bezeichnet und das Prinzip der länderweisen Differenzierung nach dem Stand der individuellen Vorbereitung hervorgehoben. Der Helsinki-Gruppe wurde zugesichert, im Jahr 2001 alle Verhandlungskapitel zu öffnen. Für Übergangsregelungen gelten die von der EU definierten Kriterien¹) (Einzelfallprinzip).

Der Europäische Rat von Nizza (7. bis 9. Dezember 2000) billigte diese Schlussfolgerungen. Er vertrat die Ansicht, dass ab Ende 2002 entsprechend vorbereitete Beitrittsländer in die Gemeinschaft aufgenommen werden können und sich diese auch an den Wahlen zum EU-Parlament im Jahr 2004 beteiligen werden können. Dies basiert auf der EK-Strategie und dem Abschluss der Regierungskonferenz über die institutionelle Reform der Union (Ziel des Europäischen Rats in Helsinki).

Entwicklungen im EU-Erweiterungsprozess (Fortsetzung)

Makrofinanzieller Dialog und Wechselkurspolitische Strategien

Ende November 2000 legte der ECOFIN-Rat eine „Erklärung zur makroökonomischen und finanziellen Stabilität in den Beitrittsländern“ vor. Beginnend ab 2001 werden auf halbjährlich stattfindenden wirtschaftspolitischen Dialogtreffen folgende Dokumente präsentiert und diskutiert:

- die (mittelfristigen) „wirtschaftspolitischen Heranführungsprogramme“, die mit Haushaltsmitteilungen Elemente eines „fiskalischen Überwachungsverfahrens vor dem Beitritt“ sind, das an die Konvergenzprogramme des Stabilitäts- und Wachstumspakts angelehnt ist;
- die Bewertungen dieser wirtschaftlichen Heranführungsprogramme durch die EK sowie
- die Einschätzungen zur makroökonomischen und finanziellen Stabilität der Beitrittsländer, die die EK jährlich unterbreiten wird.

In einer weiteren Erklärung zu den „Wechselkursstrategien für die Beitrittsländer“ plädierte der ECOFIN-Rat dafür, dass diese in der Phase vor dem EU-Beitritt dazu beitragen sollten, die wirtschaftspolitischen Kriterien von Kopenhagen zu erfüllen und Fortschritte in Richtung realer Konvergenz und makroökonomischer Stabilität zu gewährleisten. Von den neuen EU-Mitgliedstaaten wird erwartet, dass sie einige Zeit nach dem EU-Beitritt dem WKM II beitreten, so weit allgemeines Einvernehmen über den zentralen Wechselkurs und die Schwankungsbreite hergestellt werden kann. In diesem Zusammenhang wurden folgende Wechselkursregime als mit dem WKM II eindeutig nicht vereinbar bestimmt: völlig frei schwankende Wechselkurse, flexible Wechselkursbindungen (Crawling Pegs) und Anbindungen an eine andere Ankerwährung als den Euro. Der Euro kann erst nach der Erfüllung aller einschlägigen Erfordernisse des EG-V (einschließlich der Maastrichter Konvergenzkriterien und insbesondere der Teilnahme am WKM II) eingeführt werden. Eine einseitige Einführung des Euro durch ein Beitrittsland wird ausdrücklich abgelehnt.

¹⁾ Ausnahmen müssen die vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes in ihrer Substanz unangetastet lassen, dürfen keine Wettbewerbsverzerrungen verursachen und sollen zeitlich und in ihrem Umfang begrenzt und mit einem klaren Acquis-Übernahmefahrplan verbunden sein.

49% der Telekom Srbija für etwa 1 Mrd USD im Jahr 1997 – schwach.

Im Dezember 2000 wurde der jugoslawische Dinar (YUM) von seinem seit 1998 gültigen Fixkurs von 6 YUM/DEM massiv auf 30 YUM/DEM abgewertet. Anfang Jänner 2001 wurde in Übereinstimmung mit dem IWF, dem die BR Jugoslawien am 20. Dezember 2000 beitrug, zu einem Managed-Float-Wechselkursregime übergegangen. Gleichzeitig mit dem Beitritt gewährte der IWF dem Land einen Emergency-Post-Conflict-Kredit von 117 Mio SZR. Die Währungsreserven beliefen sich Ende des Jahres 2000 auf etwa 0,5 Mrd USD. Im Oktober 2000 wurde die BR Jugoslawien Mitglied des Stabilitätspakts für Südosteuropa und im Jänner 2001 erfolgte der Beitritt zur EBRD. Eine mögliche Mitgliedschaft bei der Weltbank hängt von der

Begleichung überfälliger Schulden im Ausmaß von 1,7 Mrd USD gegenüber dieser Organisation ab.

Das Managed-Float-Wechselkursregime ist Bestandteil eines bis Ende März 2001 laufenden kurzfristigen Stabilisierungsprogramms. Mit restriktiven Geld- und Fiskalpolitiken soll die makroökonomische Situation stabilisiert und die im Herbst 2000 stark angezogene Inflation unter Kontrolle gebracht werden. Damit soll die Basis für ein umfassenderes und längerfristiges ökonomisches Programm gelegt werden, das die Unterstützung des IWF finden könnte.

Institutionelle und strukturelle Reformen wurden begonnen. Wie in anderen ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken spielt auch in Serbien und Montenegro das Erbe des „gesellschaftlichen Eigentums“ an den Produktionsmitteln und da-

mit ein traditionell starker Einfluss der Belegschaften auf das Unternehmensmanagement eine zentrale Rolle. Der Unternehmensbereich leidet unter Unterinvestition, an Überbesetzungen und ist überschuldet. Das Bankensystem kann seine Funktion als marktwirtschaftlicher Finanzintermediär nicht erfüllen. Da die Devisensparguthaben der Bevölkerung Anfang der Neunzigerjahre konfisziert wurden und das Land 1993/94 eine der höchsten Hyperinflationen der Weltgeschichte erlebte, ist das Vertrauen der Bevölkerung in den Finanzsektor nach wie vor erschüttert.

Den Teilrepubliken Serbien und Montenegro obliegt es, ihr Verhältnis zueinander zu klären. Die Ende 1997 gewählte reformorientierte Regierung Montenegros distanzierte sich vom Konfrontations- und Isolationskurs des Milosevic-Regimes und unternahm Schritte in Richtung Eigenständigkeit bzw. Unabhängigkeit. So wurde die Zoll- und Steuerverwaltung auf montenegrinischem Territorium von den republikanischen Behörden übernommen, die Überweisungen an das Bundesbudget stoppten. Belgrad stellte Überweisungen an montenegrinische Pensionsfonds ein. Die öffentlichen Finanzen Montenegros wurden somit vom Rest der BR Jugoslawien effektiv getrennt.

Nach der Einführung des Euro (in Form der D-Mark) als Parallelwährung zum Dinar im November 1999 in Montenegro wurde eine eigene montenegrinische Zentralbank etabliert und die D-Mark im November 2000 zum alleinigen gesetzlichen Zahlungsmittel in der Teilrepublik erklärt. Damit verlor die jugoslawische Nationalbank de facto ihre Autorität über Montene-

gro. Seit Juni 1999 wird die serbische Provinz Kosovo von den UN verwaltet. Im September 1999 schufen die UN-Behörden eine unabhängige Zollverwaltung und legalisierten den Gebrauch ausländischer Währungen, wobei die UN-Behörden selbst ihre Zahlungen in D-Mark leisten und sich die D-Mark faktisch als Zahlungsmittel im Kosovo weitgehend durchsetzte. Dadurch existieren heute auf dem Territorium der BR Jugoslawien drei getrennt administrierte Währungsgebiete.

Unterstützung bei Bankenaufsicht in den Reformländern durch EU-Experten

Die EU-Erweiterung wird auch erhebliche Konsequenzen für die Finanzdienstleistungsbranche nach sich ziehen. Vom Zeitpunkt des Beitritts an werden die Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Wertpapierhäuser der neuen Mitgliedstaaten in den Genuss eines europäischen Passes kommen, und damit in der Lage sein, auf der Grundlage der Beaufsichtigung durch die Aufsichtsbehörden des Herkunftslandes überall in der Gemeinschaft tätig zu werden.

Im Rahmen der EU wurde Einvernehmen erzielt, dass eine formale Umsetzung des so genannten Acquis Communautaire in das nationale Recht nicht als ausreichend erscheint. Vielmehr müssen Aufsichtsbehörden vorhanden sein, die ausreichende Verwaltungskapazitäten besitzen, um das nationale Recht in der Praxis anzuwenden. Darüber hinaus müssen die betreffenden Märkte über eine Infrastruktur (geordnete Märkte, verlässliche Rechnungsprüfungsinstitutionen, effiziente Zahlungsverkehrssysteme usw.) verfügen. Ferner muss das all-

gemeine Rechtsumfeld so gestaltet sein, dass die Sicherheit von Finanzgeschäften gewährleistet ist.

Die EK hat daher vorgeschlagen, so genannte Peer-Groups einzusetzen, das heißt gemischte Teams von nationalen Sachverständigen zu bilden, die die Einhaltung des Acquis Communautaire in der Praxis und die Effizienz der täglichen Aufsicht vor Ort zu prüfen haben. Die OeNB ist bestrebt, durch die Bereitstellung ihrer Aufsichtsexpertise den Intentionen der EU gerecht zu werden. Bei ersten Sitzungen der EK wurde vereinbart, dass die von internationalen Gremien entwickelten Standards herangezogen werden sollen, um die Effizienz der Aufsichtsstrukturen in den betreffenden Beitrittsstaaten zu evaluieren.

Kasten 19

Dialog zwischen dem Eurosystem und den Zentralbanken der Beitrittsländer

Der Ende 1999 mit dem Helsinki-Seminar begonnene Dialog zwischen dem Eurosystem und den Zentralbanken der Beitrittsländer wurde im Jahr 2000 fortgesetzt. Höhepunkt war das „Wiener Seminar zum EU-Erweiterungsprozess“ im Dezember 2000.

Im Mittelpunkt des Seminars stand eine eingehende Diskussion zum Thema „Preisdynamik in den Beitrittsländern“. Es wurde festgehalten, dass die Beitrittsländer in den nächsten Jahren bestrebt sein sollen, einen weiteren Inflationsrückgang zu erreichen, ohne die erforderlichen Anpassungen der relativen Preise zu vernachlässigen. Diese Preisanpassungen sind Teil des Reform- und des Aufholprozesses (reale Konvergenz). Nominelle und reale Konvergenz sollten parallel verfolgt werden, wobei die Geld- und Wechselkurspolitik Elemente einer ausgewogenen Wirtschaftspolitik bilden, die auch Fiskal-, Lohn- und Strukturpolitik umfassen. Voraussetzung für den Beitritt zum Euroraum wird die Erfüllung der Konvergenzkriterien sein, die laut EG-V strikt und nachhaltig zu erfüllen hat. Dabei werden an künftige Mitglieder dieselben Maßstäbe angelegt werden, die für die bereits dem Euroraum angehörenden Länder angewendet wurden.

Aspekte der Übernahme und Umsetzung des WWU-bezogenen Acquis (insbesondere hinsichtlich der Unabhängigkeit der Zentralbanken) und Fragen der technischen Zusammenarbeit, um eine reibungslose Eingliederung der Zentralbanken der Beitrittsländer in das ESZB und schließlich in das Eurosystem sicherzustellen, rundeten das Seminar ab. Dabei bekundete das Eurosystem die Bereitschaft, die Kooperation unter anderem in den Bereichen der Analyse, der Zahlungssysteme, der Statistik und der Rechtsfragen zu intensivieren.

Verbesserte politische und wirtschaftliche Lage in Russland, schleppende Strukturreformen

Das reale BIP wuchs im Jahr 2000 um etwa 7,7% (1999: 3,2%). Damit konnte Russland nicht nur das höchste jährliche Wirtschaftswachstum seit Jahrzehnten erzielen, es zählte in dieser Hinsicht erstmals auch zu den Spitzenreitern unter den Transformationsökonomien und aufstrebenden Wirtschaften. Die Expansion wurde vor allem von der Industrieproduktion getragen, die im Jahresabstand um 9% stieg.

Triebkräfte des Aufschwungs sind in erster Linie fortdauernde Effekte der starken Rubelabwertung von 1998 und Anfang 1999 sowie hohe Rohstoffpreise (vor allem Erdöl). Die Ausfuhren (gemessen in US-Dollar) wuchsen im Jahr 2000 um 36% im Jahresabstand, die Einfuhren um 18%. Das Leistungsbilanzaktivum expandierte im Jahr 2000 im Vorjahresabstand um fast 100% auf etwa 46 Mrd USD oder rund 19% des nominellen BIP.

Im Jahresverlauf erholte sich die Binnennachfrage auf breiter Basis. Durch hohe Unternehmensgewinne verzeichneten die Bruttoanlageinvestitionen einen Zuwachs im Jahresabstand von 17,7%. Die Realeinkommen nahmen um 9% zu (waren jedoch noch erheblich unter dem Niveau vor der Augustkrise 1998). Die Arbeitslosenquote fiel auf 9,6%. Vor dem Hintergrund der wachsenden Exporterlöse verringerten sich die Zahlungsrückstände und der Gebrauch von Tauschgeschäften und Geldsurrogaten nahm ab. Neben den oben erwähnten Faktoren spielten für den Aufschwung ein niedriges Lohnniveau sowie niedrig gehaltene inländische Energie- und Transport-

tarife eine Rolle. Dazu kommt das gestärkte Vertrauen in die politische Stabilität.

Die gewachsene Steuerbasis, das Anheben von Exportsteuern und die verbesserte Steuereintreibung trugen zu höheren Budgeteinnahmen bei. Trotzdem wurde die restriktive Ausgabenpolitik fortgesetzt. Es gelang zum ersten Mal seit dem Beginn der Reformen des Landes, einen föderalen Budgetüberschuss von 2,5% des BIP zu erwirtschaften (1999: Defizit von 1,7% des BIP). Dies trug zur Dämpfung des Preisauftriebs bei. Da auch die Regionen und extrabudgetären Fonds bei den Ausgaben Zurückhaltung übten, erwirtschaftete der Gesamtstaat ein Aktivum.

Der VPI erhöhte sich im Dezember 2000 um 20,2% im Jahresabstand (Dezember 1999: 36,5%). Der Refinanzierungszinssatz wurde im Laufe des Jahres 2000 in mehreren Schritten von 45 auf 25% gesenkt. Diese Entwicklung steht im Gegensatz zum starken Wachstum der Geldmenge. Die Geldbasis expandierte in den zwölf Monaten bis September 2000 um 69%, M2 um 66%. Dass die Teuerungsrate nicht stärker ausfiel, ist (außer auf das Wirtschaftswachstum und die restriktive fiskalische Position) auf die gewachsene Geldnachfrage zurückzuführen. Die Stabilisierung der Wirtschaftslage war von einer höheren Monetisierung der Ökonomie begleitet.

Zur Aufblähung der Geldmenge trug die umfangreiche Aufstockung der Zentralbankreserven bei. Die Devisenbestände (inklusive Gold) wuchsen seit Anfang 2000 von 12,5 Mrd USD bis Ende Jänner 2001 auf ein Rekordniveau von 28,6 Mrd USD. Neben dem Exportboom spielte hier die verbesserte

Finanzlage des Staats und damit geringere Beanspruchung der Devisenreserven für den Auslandsschuldendienst eine Rolle. Mit dem hohen Reservenaufrüstung konnte eine nominelle Aufwertung des Rubels verhindert werden. Der Zentralbank gelang es, den Wechselkurs des Rubels gegenüber dem US-Dollar im Jahr 2000 um etwa 28 RUB/USD stabil zu halten. Gegenüber dem Euro hingegen wertete der Rubel um 3% auf. Obwohl damit eine beachtliche reale Aufwertung erfolgte, lag der real-effektive Wechselkurs des Rubels Ende 2000 noch um rund ein Viertel unterhalb des Niveaus vor der Augustkrise 1998.

Die positive Wirtschaftslage und das Anwachsen der Devisenreserven sprechen dafür, dass die russische Regierung internationale Finanzhilfe für die Aufrechterhaltung ihres Schuldendienstes zurzeit nicht benötigt. Das könnte sich aber bei einem starken Ölpreisverfall oder sonstigen Veränderungen der makroökonomischen Rahmenbedingungen rasch ändern. Russland strebt die Streichung eines Teils der rund 48 Mrd USD staatlich garantierten Verbindlichkeiten gegenüber dem Pariser Club nach dem Muster der im Februar 2000 erzielten Vereinbarung mit dem Londoner Club an. Dies wird allerdings von der staatlichen Gläubigergemeinschaft abgelehnt. Das bestehende Umschuldungsabkommen mit dem Pariser Club – datiert von Mitte 1999 – lief Ende 2000 aus. Bislang gelang es Russland nicht, ein neues Übereinkommen mit dem IWF zu erzielen, das allerdings als Voraussetzung für die Aufnahme von Umschuldungsverhandlungen mit dem Pariser Club gilt. Bei einigen Schuldendienstzahlungsterminen an den Pariser Club im Jänner 2001

**Entwicklung ausgewählter Wirtschaftsdaten
in der Russischen Föderation**

	1998	1999	2000 ¹⁾
BIP real (Veränderung zum Vorjahr in %)	- 4,9	+ 3,5	+ 7,7
Arbeitslosenquote ²⁾ (zu Jahresende in %)	13,3	12,2	9,6
Inflationsrate (VPI; Jahresdurchschnitt in %)	+27,6	+85,7	+20,8
Budgetsaldo ³⁾ (in % des BIP)	- 5,0	- 1,7	+ 2,5
Leistungsbilanzsaldo ⁴⁾ in Mrd USD	+ 0,7	+25,3	+46,3

Quelle: Nationale Quellen, IWF, WIW.

¹⁾ Vorläufig bzw. Schätzungen.

²⁾ ILO-Methode.

³⁾ Bundesbudget; IWF-Definition.

⁴⁾ Zahlungsbilanzdaten.

wurde Russland säumig. Starke in- und ausländische Kritik bewogen die russische Regierung dann aber zum Einlenken, und Russland sagte die fristgerechte Bedienung seiner Verbindlichkeiten zu. Die Fälligkeiten an den Pariser Club belaufen sich im Gesamtjahr 2001 auf etwa 3,5 Mrd USD, der gesamte Auslandsschuldendienst liegt bei 12 Mrd USD. Die Bruttoauslandsschuld lag Ende 1999 bei 159 Mrd USD.

Die neue Regierung verstärkte die politische Stabilität und die Beziehungen zwischen Legislative und Exekutive. Damit konnten die institutionellen Voraussetzungen für dringend nötige Wirtschaftsreformen verbessert werden. Das Wirtschaftsreformprogramm von Ende Juni 2000 beinhaltet neben einer Langfriststrategie bis zum Jahr 2010 einen Plan für prioritäre Schritte bis Ende des Jahres 2001. Ziele sind unter anderem, ein durchschnittliches jährliches reales BIP-Wachstum von 5% zu erreichen, die Bundesfinanzen durch Steuerreformen zu stärken, Bankenreformen voranzutreiben, Eigentumsrechte zu schützen, den Wett-

bewerb zu fördern und Monopole aufzubrechen. Klare Zeitpläne für Einzelmaßnahmen sind jedoch nicht bekannt gegeben worden.

Die Wirtschaftspolitik der neuen Regierung war bisher vor allem in der Regional- und Steuerreform aktiv. Zum einen geht es darum, eine gewisse Rezentralisierung der politischen Machtausübung in Russland zu erreichen, zum anderen ist eine Rationalisierung des Steuersystems angestrebt. Anfang des Jahres 2001 trat eine Revision des Steuergesetzbuches in Kraft, die eine deutliche Rücknahme der Einkommensteuersätze auf einheitliche 13% (Flat Tax) und eine Vereinheitlichung der Sozialabgaben brachte. Von der Einkommensteuerreform erhofft sich die Regierung eine bessere Zahlungsmoral der Wirtschaftssubjekte und damit eine Zurückdrängung der Schattenwirtschaft. Die Privatisierungseinnahmen des Staats beliefen sich im Jahr 2000 auf etwa 1,1 Mrd USD.

Wichtige Strukturreformen, wie die Restrukturierung des Finanzsektors, der Monopole im Gas- und Energiesektor, die Sanierung bzw. Liquidierung großer verlustträchtiger Unternehmen und die Durchsetzung von Eigentums- und Gläubigerrechten sind seit Jahren notwendig. Dringende Verbesserungen im Bankensektor sind auch zweieinhalb Jahre nach der Krise nicht realisiert worden. Bisher vermochte die neue Administration trotz des größeren politischen Spielraums und der günstigen Wirtschaftslage nicht, essenzielle marktwirtschaftliche Reformmaßnahmen durchzuführen.

Intensive Einbindung der OeNB in internationalen Organisationen

**Aktive Teilnahme
in internationalen
Organisationen außer-
halb des ESZB
und Beobachtung der
Entwicklung spezieller
Ländergruppierungen.
EU-Institutionenreform
im Jahr 2000
zur Vorbereitung
auf die anstehende
EU-Erweiterung.
Reform des IWF
für effizientere
Krisenprävention.**

Neben der Rolle als integraler Bestandteil des ESZB und Schnittstelle zur österreichischen Wirtschaftspolitik wirkt die OeNB auf internationaler Ebene außerhalb des ESZB auch in verschiedenen Arbeitsgruppen, Komitees und Gremien im Interesse Österreichs mit.¹⁾ Sie bringt dort im Rahmen ihrer Kompetenzen Positionen ein bzw. nimmt an den Analysen der aktuellen ökonomischen und währungs- politisch relevanten Entwicklungen teil. Die Analysen, Studien und Entscheidungen der diversen internationalen Institutionen und Grup-

pierungen sind eine wesentliche Hilfestellung für die Expertisen der OeNB sowohl im ESZB als auch auf nationaler Ebene. Konkret nimmt die OeNB eine aktive Rolle in der EU, im IWF, in der BIZ und in der OECD wahr. In den Gruppierungen – wie G-7, G-10, G-20 – ist sie indirekt durch die Teilnahme des EZB-Präsidenten vertreten. Da die Grundsatzbeschlüsse dieser speziellen Ländergruppen zur Finanzarchitektur von den internationalen Finanzorganisationen umgesetzt werden, ist auch der österreichische Finanzmarkt davon betroffen.

Europäische Union

Regierungskonferenz über die institutionelle Reform der EU

Bereits während der Beratungen der letzten Regierungskonferenz stellte sich heraus, dass die in Amsterdam eingeleiteten Reformschritte für den Beitritt neuer Mitglieder nicht ausreichend sein würden und eine weiter gehende institutionelle Reform der EU unumgänglich ist. Das Protokoll von Amsterdam sieht zwar im Hinblick auf die EU-Erweiterung einen Reformprozess in zwei Etappen vor, doch sind diese Bestimmungen von den Ereignissen und dem beschleunigten Erweiterungsprozess überrollt worden.

Die notwendigen institutionellen Reformen mussten daher nach Abschluss einer einzigen Regierungskonferenz durchgeführt werden, und zwar bevor die Beitrittsverhandlungen mit den am weitesten fortgeschrittenen Kandidatenländern zum Abschluss gebracht werden können. Dies hat der Europäische Rat in Köln (2. bis 4. Juni 1999) auf seiner Tagung bestätigt

und eine Regierungskonferenz einberufen, um die in Amsterdam nicht geregelten institutionellen Fragen vor der anstehenden Erweiterung zu lösen.

Auf der Tagung in Helsinki (10./11. Dezember 1999) hat der Europäische Rat diesen Auftrag bestätigt und beschlossen, dass sich die Regierungskonferenz mit folgenden Themen befassen soll:

- Größe und Zusammensetzung der Kommission,
- Stimmgewichtung im Rat,
- mögliche Ausweitung der Abstimmung im Rat mit qualifizierter Mehrheit sowie
- weitere notwendige Vertragsänderungen, soweit sie sich im Zusammenhang mit den vorher genannten Fragestellungen und im Zuge der Umsetzung des Vertrags von Amsterdam ergeben.

Der Europäische Rat hat auf seiner Tagung in Feira (19./20. Juni 2000) den Bericht des Vorsitzes zur laufenden Regierungskonferenz zur Kenntnis genommen. Demnach soll-

¹ Siehe dazu Geschäftsbericht 1999, Annex A. Da im Jahr 2000 keine weiteren wesentlichen Arbeitsgruppen gebildet wurden (nur die Jahr-2000-Arbeitsgruppe des ESZB/Eurosystems – COCO – hat sich aufgelöst), gilt die dargestellte Struktur weiter.

ten sich die Arbeiten der Regierungskonferenz auch auf den Bereich der verstärkten Zusammenarbeit erstrecken, wobei der in einer erweiterten Union erforderlichen Kohärenz und Solidarität Rechnung zu tragen ist. Der Europäische Rat hat bekräftigt, dass im Dezember 2000 in Nizza entsprechend dem vom Europäischen Rat in Köln und Helsinki festgelegten Zeitplan ein umfassendes Einvernehmen erzielt werden soll.

Folgende Punkte der Regierungskonferenz wurden vom Europäischen Rat in Nizza (7. bis 9. Dezember 2000) zum Abschluss gebracht:

Größe und Zusammensetzung der EK

Die großen EU-Mitgliedstaaten (MS) werden bei der Bestellung der nächsten Kommission im Jahr 2005 auf ihren zweiten Kommissar verzichten. Nach dem Abschluss der Erweiterung auf 27 Staaten soll ein gleichberechtigtes Rotationsmodell zur Verkleinerung der Kommission beschlossen werden.

Der EK-Präsident und die übrigen Kommissionsmitglieder werden künftig nicht mehr einstimmig, sondern mit qualifizierter Mehrheit (QM) ernannt. Die Position des EK-Präsidenten wurde gestärkt. Im Falle einer Krise (wie 1999) muss nicht mehr die gesamte Kommission zurücktreten, sondern es können einzelne Kommissare entlassen werden.

Stimmgewichtung im Rat

In einer erweiterten Union wird die Stimmgewichtung wie folgt aussehen:

Die bisherige Bandbreite von 2 bis 10 Stimmen wurde auf 3 bis 29 Stimmen ausgeweitet. Die 4 großen Staaten Deutschland,

Frankreich, Italien und das Vereinigte Königreich erhalten jeweils 29 Stimmen, Österreich bekommt 10 Stimmen.

Für das Zustandekommen eines Beschlusses mit QM müssen in einer erweiterten Union (EU-27) folgende Bedingungen erfüllt sein: Es muss die Schwelle von 258 der insgesamt 345 Stimmen erreicht werden.

- Ab dem 1. Jänner 2005 entspricht die QM einem Prozentsatz der Stimmen, der unter dem derzeitigen Niveau von 71,26% liegt. Dann steigt er bis zu einem Maximum von 73,4% an. Wenn alle angeführten Kandidaten beigetreten sind, steigt die Sperrminorität von 88 auf 91 Stimmen.
- Die Mehrheit der MS bzw. zwei Drittel, wenn der Beschluss nicht auf Basis eines EK-Vorschlags gefasst wird, muss einem Beschluss zustimmen.
- Schließlich kann ein MS bei der Annahme eines Beschlusses mit QM eine Überprüfung der Frage fordern, ob die MS aus denen sich die QM zusammensetzt, zumindest 62% der Bevölkerung auf sich vereinen. Wenn diese Bedingung nicht erfüllt ist, kommt der Beschluss nicht zu Stande.

Anpassung der Zahl der Abgeordneten im Europäischen Parlament (EP)

Die Zahl der Abgeordneten des EP erhöht sich auf 732. Österreich wird im neu gewählten Parlament mit 17 statt bisher 21 Abgeordneten vertreten sein.

**Ausweitung der Abstimmungen
mit qualifizierter Mehrheit im Rat**

Österreich stand einer Ausdehnung der Mehrheitsentscheidungen grundsätzlich positiv gegenüber. Die aus österreichischer Sicht besonders sensiblen Bereiche, wie Wasserressourcen, Raumordnung, Bodennutzung und Wahl des Energieträgers unterliegen weiterhin der Einstimmigkeit. Diese gilt auch weiterhin unter anderem in der Asyl- und Einwanderungspolitik, bei Steuerfragen, im Außenhandel und in der Strukturpolitik.

Im Kapitel Wirtschafts- und Währungspolitik wurde für folgende vier das WWU-Kapitel des EG-V betreffende Bestimmungen der Übergang zu einer QM beschlossen: Art. 100 (1) Versorgungsschwierigkeiten, Art. 100 (2) finanzieller Beistand, Art. 111 (4) Außenvertretung und Art. 123 (4) Maßnahmen zur Euroeinführung.

Post-Nizza-Prozess

Auf deutschen Wunsch wurde für das Jahr 2004 eine neue Regierungskonferenz vereinbart. Geplante Themen sind:

- eine präzisere Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen der EU und den Mitgliedstaaten, dem Grundsatz der Subsidiarität entsprechend,
- die Frage der Neugestaltung, das heißt die Vereinfachung der Verträge,
- der Status der Grundrechtscharta, das heißt die Frage von deren Übernahme in das Primärrecht und
- die Rolle der nationalen Parlamente in der Architektur Europas.

**Chronologie weiterer
wichtiger Entscheidungen
in der EU**

- Die EU hat am 14. Februar 2000 ihre Erweiterungsverhandlungen von sechs auf zwölf Beitrittskandidaten ausgedehnt. Sie eröffnete formell die Verhandlungen mit Rumänien, Bulgarien, Lettland, Litauen, der Slowakischen Republik und Malta.
- Beim Europäischen Rat in Feira am 19./20. Juni 2000 wurde der Beitritt Griechenlands zum Eurosystem mit 1. Jänner 2001 beschlossen. Der unwiderrufliche Umrechnungskurs beträgt 340,75 GRD/EUR. Bezüglich der Besteuerung von Zins-einkünften einigten sich die EU-Staats- und -Regierungschefs im Wesentlichen auf ein Informationsaustauschsystem zwischen Banken und Finanzämtern über die Zinsguthaben von EU-Ausländern, das nach einer Übergangsfrist von sieben Jahren verwirklicht werden soll.
- Dänemark hat sich am 28. September 2000 mit deutlicher Mehrheit (53,1% zu 46,9%) gegen die Teilnahme an der gemeinsamen Währung ausgesprochen.
- Bei der Tagung des ECOFIN-Rats am 29. September 2000 wurde politische Einigung über die erweiterte Geldwäsche-Richtlinie erzielt.
- Bei der Sitzung des ECOFIN-Rats am 27. November 2000 wurde Einigung zum Steuerpaket erzielt. Vorgesehen ist, dass am Ende einer mehrjährigen Übergangsperiode (ab 2010) ein allgemeiner Informationsaustausch hinsichtlich der Zins-einkünfte von Nichtgebietsansässigen in allen EU-Mitglied-

- staaten eingeführt werden soll. Die aktualisierten Stabilitätsprogramme von Deutschland, Finnland und den Niederlanden für 2000 bis 2004 wurden angenommen.
- Neben den Beschlüssen zur Regierungskonferenz¹⁾ traf der Europäische Rat bei seiner Tagung in Nizza vom 7. bis 9. Dezember 2000 folgende Entscheidungen:
 - Ab Ende 2002 können neue Mitgliedstaaten, die entsprechend vorbereitet sind, aufgenommen werden. Der nächste Fortschrittsbericht wird dem Rat in Göteborg (Juni 2001) vorgelegt.
 - Eine Liste von relevanten Strukturindikatoren für die Bereiche Wachstum, Beschäftigung und soziale Integration zur Evaluierung der Fortschritte in den verschiedenen EU-Mitgliedstaaten wurde angenommen. Bis zur Tagung des Europäischen Rats in Stockholm am 23./24. März 2001 wird der Rat eine begrenzte Anzahl von Indikatoren auswählen.
 - Die ersten Feststellungen des Lamfalussy-Berichts über die Regulierung der europäischen Wertpapiermärkte und des Aktionsplans der Kommission wurden akzeptiert. Ein endgültiger Bericht wird für Stockholm vorbereitet.
 - Die Fortschritte der Vorbereitungen zur Einführung der Euromünzen und -banknoten wurden zur Kenntnis genommen und sollen beschleunigt werden. Eine Koordination der Termine
- im Rahmen der Aufklärungskampagne wird vorgenommen.
- Die Grundrechtscharta wurde von allen Teilnehmern begrüßt und feierlich beschlossen.
 - Der Rat von Nizza beschließt die Aufnahme einer Ermächtigungsklausel („enabling clause“) in Art. 10 (enthält Bestimmungen über die Zusammensetzung des EZB-Rats und die Stimmrechte der Mitglieder des EZB-Rats) der ESZB/EZB-Satzung. Der neue Abs. 6 sieht vor, dass „der Rat in der Zusammensetzung der Staats- und Regierungschefs, entweder auf Empfehlung der EZB nach Anhörung des EP und der EK, oder auf Empfehlung der EK nach Anhörung des EP und der EZB, die Bestimmungen des Abs. 2 einstimmig abändern kann“. Dies ermöglicht es, bereits vor der Aufnahme neuer Mitglieder in die WWU die Abstimmungsregelungen des Art. 10.2 abzuändern. Diese Ergänzung des Art. 10 ESZB/EZB-Satzung ist im Zusammenhang mit den Überlegungen über die institutionelle Anpassung des Eurosystems an eine wesentlich höhere Mitgliederzahl in der WWU zu sehen.

¹⁾ Siehe auch den Abschnitt
Regierungskonferenz über die
institutionelle Reform der EU.

Finanz- und Wirtschaftsorganisationen

Internationaler Währungsfonds (IWF)

Die Vertretung Österreichs im IWF-Gouverneursrat wird durch die OeNB vom Gouverneur und von der Vize-Gouverneurin gewährleistet. Der Gouverneursrat des IWF ist im Jahr 2000 anlässlich der Frühjahrs- und der Jahrestagung der Bretton-Woods-Institutionen (IWF und Weltbank) zweimal zusammengetreten.

Wichtige institutionelle Veränderungen

Die Gesamtquote der IWF-Länder beträgt derzeit 210 Mrd SZR, die Österreichs 1'87 Mrd SZR. Die Ziehungen der IWF-Mitgliedstaaten aus dem Allgemeinen Konto (ohne Reservetranchoperationen) erreichten im Geschäftsjahr – 1. Mai 1999 bis 30. April 2000 – ein Volumen von 6'3 Mrd SZR. Die Poverty Reduction and Growth Facility – vormals Enhanced Structural Adjustment Facility – wurde mit 0'5 Mrd SZR beansprucht. Die Rückzahlungen betragen 23'5 Mrd SZR. Insgesamt belief sich im abgelaufenen Geschäftsjahr das Gesamtvolumen der ausstehenden Fondskredite auf 50'4 Mrd SZR.

Am 23. März 2000 wurde der Deutsche Horst Köhler zum neuen Geschäftsführenden Direktor des IWF ernannt.

Der SZR-Korb wurde am 1. Jänner 2001 neu festgesetzt, wobei vom alten, auf Staaten basierenden System, auf ein neues, das sich an den vier wichtigsten Währungen orientiert (US-Dollar: 45%, Euro: 29%, japanischer Yen: 15%, Pfund Sterling: 11%), umgestellt.

Am 15. November 2000 hat der IWF die EZB als „sonstigen Inhaber“ von SZR akzeptiert. Neben den Zentralbanken der IWF-Mitgliedstaaten, gibt es nunmehr noch 16 weitere Institutionen, die SZR halten dürfen.

Krisenbekämpfung

Mitte November 2000 ist in Argentinien, unter anderem ausgelöst durch die Währungsbindung an den starken US-Dollar, eine Wirtschaftskrise ausgebrochen. Sorgen haben vor allem die hohe Staatsverschuldung und das niedrige Wirtschaftswachstum bereitet. Wegen des Vertrauensschwunds sind die Kurse argentinischer Anleihen stark gefallen, sodass Argentinien nur noch zu hohen Zinssätzen auf den internationalen Märkten Kapital aufnehmen konnte.

Argentinien erhielt im Jänner 2001 ein Hilfspaket im Ausmaß von 35 Mrd USD von der internationalen Gemeinschaft. Dieses setzt sich aus 16 Mrd USD (12'43 Mrd SZR) vom IWF, je 2 Mrd USD von der Weltbank und der Inter-amerikanischen Entwicklungsbank, 1 Mrd USD von Spanien, 10 Mrd USD von lokalen Banken sowie 3 Mrd USD von Pensionsfonds zusammen. Das Kreditpaket für die kommenden zwei Jahre soll das Vertrauen internationaler Anleger in die Zahlungsfähigkeit des Landes wiederherstellen. Angesichts der Wirtschaftskrise, hoher US-Dollar-Zinsen und eines zu geringen Steueraufkommens galt es vor dem Hilfspaket als fraglich, ob Argentinien im Jahr 2001 die rund 24 Mrd USD für die Bedienung der Auslandsschulden von insgesamt

140 Mrd USD aufbringen hätte können.

Der IWF hat am 21. Dezember 2000 ein Unterstützungspaket für die Türkei beschlossen. Das bereits bestehende Programm soll um 5,8 Mrd SZR aus der Supplementary Reserve Facility angereichert werden. Insgesamt wird die Türkei dann ca. 7,5 Mrd SZR vom IWF erhalten haben. Weitere 2,2 Mrd SZR sind zugesagt, aber noch nicht ausbezahlt.

Auch im Jahr 2000 war im IWF die Diskussion über die internationale Finanzarchitektur ein zentrales Thema, wobei die Bedeutung von „good governance“ hervorgehoben wurde. Der IWF hat auch begonnen, seine verschiedenen Fähigkeiten und eine Reihe von Kreditlinien zu reorganisieren bzw. abzuschaffen. Des Weiteren hat der Fonds ein Evaluierungsbüro eingerichtet und Maßnahmen ergriffen, um ein „misreporting“ (das heißt unzureichende, inkonsistente oder unplausible Datenmeldungen) zu verhindern.

Special Data Dissemination Standard (SDDS)

Der IWF sieht im Rahmen des SDDS vor, dass jeder Teilnehmerstaat für insgesamt 20 ausgewählte Statistiken aus den vier großen Bereichen „Realwirtschaft“, „öffentliche Haushalte“, „Finanzwirtschaft“ und „Außenwirtschaft“ so genannte „Metadaten“ über das Internet zur Verfügung stellt. Neben der Beschreibung der Statistiken und der Bekanntgabe eines Veröffentlichungskalenders verlangt der IWF auch die Publikation der aktuellen Daten auf der National Summary Data Page. Von den insgesamt 47 SDDS-Teilnehmerstaaten – darunter auch Österreich – publizieren be-

reits 38 Staaten Echt Daten, wie z. B. quartalsweise die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR), den Schuldenstand des Zentralstaats, die Bankenstatistik, die Bilanz der Notenbank oder die Zahlungsbilanz. Die Aktualisierung der Daten für Österreich erfolgte im Jahr 2000 einmal pro Woche, für 2001 ist die Umstellung auf eine tägliche Aktualisierung vorgesehen.

Besonderes Augenmerk legt der IWF auf das Konzept von Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten. Diese Informationen, die weit über den Bereich der nationalen Währungsreserven hinausgehen, werden seit Jahresmitte 2000 äußerst detailliert auf dem so genannten Template¹) veröffentlicht. Fast alle SDDS-Teilnehmer, nämlich 45, publizieren diese Informationen im Internet. Österreich veröffentlicht einmal pro Monat nicht nur die Fremdwährungspositionen der Währungsbehörde, das heißt der OeNB, sondern auch die entsprechenden Fremdwährungspositionen des Sektors „Zentralstaat“, das heißt des Bundes.

Für Österreich hat es die OeNB übernommen, die Koordination zwischen IWF und Datenlieferanten durchzuführen. Über das Internet-Angebot der OeNB können unter http://www.oenb.at/sdds/imf_p.htm die Metadaten sowie die entsprechenden Echt Daten (National Summary Data Page und Template) abgerufen werden.

Weltbankgruppe

Während im Geschäftsjahr 2000 (bis 30. Juni 2000) die Finanzierungszusagen der Weltbank ein Volumen von 10,9 Mrd USD erreichten, waren die Bruttoauszahlungen mit 13,3 Mrd USD im Jahresvergleich rückläufig.

¹ Data Template on International Reserves and Foreign Currency Liquidity.

Bei der Weltbanktochter IDA (International Development Association), die Kredite zu Entwicklungshilfekonditionen zur Verfügung stellt, gingen die neuen Kreditzusagen auf 4,4 Mrd USD zurück, die Bruttoauszahlungen betragen 5,2 Mrd USD.

HIPC-Initiative des IWF und der Weltbank

Die 1996 vom IWF und der Weltbank ins Leben gerufene Initiative, die dazu beitragen soll, dass auch die ärmsten Länder der Welt nachhaltig am Aufschwung und Wohlstand der Weltwirtschaft teilnehmen können, war sehr erfolgreich. Das Ziel der Initiative ist es, die Schulden der ärmsten Länder auf ein selbsttragendes Niveau zu reduzieren, damit ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum ermöglicht wird. Die G-7 haben bei ihrem Gipfel in Köln 1999 einer Ausweitung der HIPC-Initiative zugestimmt und als weiteres Ziel die Armutsbekämpfung in den hoch verschuldeten, ärmsten Ländern definiert. Um sicherzustellen, dass die durch den Schuldennachlass frei gewordenen Mittel tatsächlich in die Armutsbekämpfung fließen, müssen die berechtigten Länder strenge Wirtschaftsprogramme und Strukturreformen unter Aufsicht des IWF und der Weltbank durchführen. Die mit der Neufassung der Initiative verbundenen Kosten sind von 12,5 Mrd USD zum Gegenwartswert auf mehr als 28 Mrd USD angestiegen. Die Kosten verteilen sich etwa gleichmäßig auf bilaterale und multilaterale Gläubiger. Die OeNB hat nach Verabschiedung eines Bundesgesetzes im November 2000 ihren Anteil zur Initiative in Höhe von 9,56 Mio SZR dem IWF übertragen.

Laut Schätzungen wird der Nettobarwert der öffentlichen Schuld in den für die HIPC-Initiative in Betracht kommenden 33 Ländern (ungefähr 90 Mrd USD) – nach Anwendung der HIPC-Initiative und herkömmlichen Mechanismen der Schuldenerleichterung – um etwa die Hälfte reduziert werden.

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)

Die außerordentliche Generalversammlung der BIZ hat auf Vorschlag des Verwaltungsrats am 8. Jänner 2001 beschlossen, dass sämtliche derzeit von Privataktionären gehaltenen BIZ-Aktien gegen Zahlung einer Entschädigung von 16.000 SFR/Aktie zurückgenommen werden. BIZ-Aktien sind nun nicht mehr handelbar.

Welthandelsorganisation (WTO)

Nach dem Scheitern des Versuchs, in Seattle im November 1999 eine neue Welthandelsrunde zu lancieren, beschränkte sich die Arbeit der WTO im Jahr 2000 darauf, einen Mechanismus zu Implementierungsfragen bereits bestehender Verhandlungsergebnisse zu installieren und mit den vereinbarten Verhandlungen über Landwirtschaft und Dienstleistungen zu beginnen. Als neue Mitglieder wurden Jordanien, Georgien, Albanien, Oman und Kroatien aufgenommen; die Beitrittsverhandlungen mit China schritten fort.

**Organisation
für wirtschaftliche
Zusammenarbeit
und Entwicklung (OECD)**

Die Slowakische Republik wurde am 28. Juli 2000 eingeladen, 30. Mitgliedsland der OECD zu werden. Der jährliche Ministerrat (26./27. Juni 2000) zum Thema „shaping globalisation“ strich die Notwendigkeit einer „good governance“ in allen Bereichen (Staat, Unternehmen) hervor und verabschiedete eine Neufassung der Richtlinien für multinationale Unternehmen. Gegenüber der Letztfassung von 1976 wurden zwei neue Kapitel (Korruptionsbekämpfung und Konsumentenschutz) aufgenommen. Die Richtlinien bleiben unverbindlich.

Die FATF verabschiedete am 22. Juni 2000 einen Bericht über 29 Länder und Territorien, deren Verhalten als nicht kooperativ eingestuft wird. Die von Österreich im Frühjahr gesetzten Schritte zur Aufhebung der Anonymität von Sparbüchern wurden in dem Bericht lobend hervorgehoben. Zuvor war Österreich im Februar eine letzte Frist gesetzt worden, um der Aussetzung der Mitgliedschaft in der Gruppe zu entgehen.

**Beobachtung
der Entscheidungen
G-7, G-10, G-20**

In diesen Gruppen¹⁾ ist Österreich bzw. die OeNB nicht vertreten. Das Eurosystem ist in den Entscheidungsprozess durch den EZB-Präsidenten eingebunden. Die entsprechenden Informationen werden üblicherweise im Wege des IRC²⁾ des ESZB an die NZBen – also auch an die OeNB – weitergeleitet.

Bei dem Finanzministertreffen anlässlich der Jahrestagung des IWF diskutierten die G-7 über die Entwicklungen der Weltwirtschaft, die Reform der internationalen Finanzinstitutionen, wie z. B. IWF und Weltbank sowie über den Fortschritt der HIPC-Initiative. Weitere Schwerpunkte im Jahr 2000 waren Maßnahmen zur Bekämpfung der internationalen Geldwäsche. Die Gruppe der G-7 stuft weltweit 42 Länder als Steuerparadiese ein.

Die Finanzminister der G-20, die im Jahr 2000 ihr zweites Treffen seit Gründung abhielten, diskutierten vor allem die Effekte der Globalisierung und Maßnahmen für eine Stärkung des weltweiten Finanzsystems.

1 G-7-Teilnehmer: USA, Japan, Kanada, Deutschland, Frankreich, Italien, das Vereinigte Königreich und Russland.
G-10-Teilnehmer: G-7 sowie Belgien, die Niederlande, Schweden und die Schweiz.
G-20-Teilnehmer: G-7, Argentinien, Australien, Brasilien, China, Indien, Indonesien, Korea, Mexiko, Saudi-Arabien, Südafrika und die Türkei. Ferner nehmen unter anderem daran teil: die EU-Präsidentschaft, der EZB-Präsident, der Generaldirektor des IWF und der Weltbankpräsident.

2 International Relations Committee.

Die OeNB als dynamisches Unternehmen

Optimierung
der Organisation und
der Führungsstrukturen.
Einsatz zukunfts-
weisender Informations-
technologien.
Neues Personal-
managementkonzept.
EMAS-Zertifizierung
der OeNB und OeBS.
Verstärkte Förderung
der Wirtschaftswissenschaften.

Unternehmensstrategie und Schwerpunktthemen

Für das Jahr 2000 wurden im Sinne eines strategischen Controllings in Abstimmung mit den Strategien des ESZB nachstehende Schwerpunktthemen formuliert und die Unternehmensressourcen darauf ausgerichtet:

- Vorbereitung der Anfang 2002 stattfindenden Eurobargeldeinführung,
- wirkungsvolle Kommunikationspolitik in Ausübung der Mittlerrolle zwischen ESZB und der Öffentlichkeit in Österreich, Volkswirtschaft und Statistik, unter anderem der Ausbau der Aktivitäten im Bereich der volkswirtschaftlichen Prognose und Ökonometrie,
- Europakompetenz, insbesondere in Bezug auf die Brückenkopffunktion der OeNB zwischen dem ESZB und den mittel- und osteuropäischen Zentralbanken,
- effizienter Einsatz von Informationstechnologien, unter anderem zur reibungslosen Abwicklung des Zahlungsverkehrs und der Geldmarktgeschäfte,
- aktive Einflussnahme auf die weiteren Entwicklungen im Bereich der Bankenaufsicht und
- Qualitätsverbesserung der internen Dienstleistungen, vor allem durch den Einsatz eines innovativen und flexiblen Personalmanagementsystems.

Im Sinne einer zukunftsgerichteten unternehmerischen Orientierung arbeitet die OeNB als aktiver Partner im ESZB an der Erstellung von strategischen Vorschlägen zur Weiterentwicklung des Eurosystems, seiner effizienten Strukturierung und einer entsprechenden Aufgabenteilung mit.

Optimierung der Organisation, der Führungsstrukturen und des betriebs- wirtschaftlichen Instrumentariums

Die Organisationsprozesse der OeNB wurden durch Organisationsanalysen weiter optimiert, unter anderem lag der Fokus im Jahr 2000 bei den Geschäftsbereichen „Bargeldlogistik“ unter Einbeziehung der Zweiganstalten sowie „Statistik und Volkswirtschaft“.

Die Umgestaltung der OeNB in ein modernes Dienstleistungsunternehmen wurde weiter vorangetrieben. Im Mittelpunkt stand die konsequente Ausrichtung des Produktportfolios. Innerbetrieblich wurde vor allem die Dezentralisierung (hoher Grad an Delegation und erhöhte Eigenverantwortung der Abteilungen) forciert. Dadurch soll die Flexibilität erhöht und die Effizienz der Unternehmenssteuerung weiter gesteigert werden. Die Weiterentwicklung schlanker Führungsstrukturen in allen Unternehmensbereichen wurde von organisatorischen Maßnahmen begleitet (z. B. Modernisierung der Projektsteuerung, Kompetenzregelung für Gruppenleiter).

Das betriebswirtschaftliche Instrumentarium wurde ebenfalls erweitert und unter anderem ein Prozess zur Neukonzeption der Steuerung der Beteiligungsunternehmen gestartet.

Einsatz zukunftsweisender Informationstechnologien

Die OeNB hat die Nutzung von Internet-Technologie zur Unterstützung der Geschäfts- und Verwaltungsbereiche sowie der internen und externen Kommunikationsfunktionen ausgebaut. Unter

anderem ist es damit möglich, statistische Meldungen der Banken an die OeNB über das Internet abzuwickeln.

Im Jahr 2000 zeigte eine Bestandsaufnahme der Internet-Aktivitäten der OeNB und ausgewählter Beteiligungsgesellschaften künftige Potenziale im Bereich e-business auf. Weiterführende konkrete Maßnahmen sollen die Position der OeNB und der relevanten Beteiligungen im globalen Wettbewerb sowie die e-business-Kompetenz des Konzerns stärken.

Der Einsatz moderner Kommunikationsstrukturen erhöhte die Reaktionsgeschwindigkeit und Effektivität der IT-Unterstützung – insbesondere für zeitkritische Business-Prozesse. Die IT-Strategie und der darauf aufbauende IT-Architekturprozess tragen den rascher werdenden Veränderungen in den Geschäftsprozessen, den kürzeren Entscheidungszyklen und dem raschen technischen Fortschritt durch den Einsatz einer flexibel adaptierbaren IT-Infrastruktur Rechnung. Der von der OeNB eingeleitete technologische Modernisierungsprozess soll unter verstärkter Einbeziehung der betroffenen Geschäftsbereiche die Unternehmensziele der OeNB nachhaltig unterstützen.

Im Jahr 2000 wurde begonnen, das Qualitätsmanagement-System im IT-Bereich im Sinne der ISO 9000 neu zu gestalten.

Neues Personalmanagementkonzept

Auf die sich ändernden Rahmenbedingungen, z. B. Teilnahme am ESZB und höhere Qualifikationsanforderungen, entwickelte die OeNB ein neues Personalmanagementkonzept. Ziel ist,

- den Einsatz der Personalressourcen im Hinblick auf die Unternehmensziele zu optimieren,
- das Personalmanagementsystem an die neuen Anforderungen des Unternehmens anzupassen,
- die Vernetzung zwischen den Personalmanagementfunktionen darzulegen,
- Verantwortlichkeiten und Instrumente des Personalmanagements für die Mitarbeiter der OeNB transparent darzustellen und
- verbindliche Umsetzungsregeln festzulegen.

Das neue Personalmanagementkonzept richtet sich an alle Mitarbeiter der OeNB und ist dezentral organisiert. Es baut auf schlanken und vernetzten Instrumenten auf. Ein richtungsweisendes intranetgestütztes Personalmanagementhandbuch verdeutlicht die hohe Transparenz. Insgesamt liefert das Konzept einen wichtigen Beitrag zur Modernisierung des Unternehmens.

Mitarbeitern, die für die Ausübung ihrer Tätigkeit außerordentlich hohes Fachwissen benötigen, aber keine Führungsaufgaben wahrnehmen, steht mit diesem Personalmanagementkonzept eine „Fachkarriere“ offen. Damit werden außerhalb einer möglichen Führungslaufbahn Karrierechancen geschaffen.

Weitgehend unveränderte Beteiligungen

Zum 31. Dezember 2000 verfügte die OeNB über zwölf direkte inländische Beteiligungen. Davon sind sechs Unternehmen zu 100% im Eigentum der OeNB, und zwar die Münze Österreich AG, die Austria Card – Plastikkarten und Ausweissysteme GmbH, die IG Immobilien GmbH, die Oesterreichische Bank-

noten- und Sicherheitsdruck GmbH, die BLM Betriebs-Liegenschafts-Management GmbH sowie die HV Hotelverwaltung GmbH. An der GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination Ges.m.b.H. (GSA) ist die OeNB zu 96,4% beteiligt. An der „CARD SOLUTIONS“ – Chipkartensysteme-, Entwicklungs- und Beratungsges.m.b.H. hält die OeNB eine Zwei-Drittel-Mehrheit.

Bei den restlichen vier inländischen Unternehmen (STUZZA, APSS, RVG sowie A-Trust¹) bestehen Minderheitsbeteiligungen von unter 50%. Im Konkreten ist die OeNB an der STUZZA zu 25%, an der RVG zu 20% (indirekt über die HV Hotelverwaltung GmbH jedoch 100%) und an der APSS sowie an der A-Trust zu 10% beteiligt.

Letztere Gesellschaft wurde im Jahr 2000 mit Gesellschaftsvertrag vom 17. Februar 2000 gegründet und betätigt sich als Zertifizierungsdiensteanbieter im Zusammenhang mit elektronischen Signaturen.

Veränderungen im Beteiligungsstand gegenüber dem Jahr 1999 erfolgten durch Abtretung von GSA-Gesellschaftsanteilen an eine Reihe von Banken sowie an die Österreichische Post AG.

Hoher Umweltmanagementstandard

Das im Jahr 1999 eingeführte Umweltmanagementsystem der OeNB und ihres Tochterunternehmens der OeBS gemäß EMAS-Verordnung² der EU wurde im Jahr 2000 validiert. Die Zertifikate wurden unter der Betonung der Bedeutung des Systems für den Umweltschutz durch den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Gewässerschutz und der Umwelt offiziell

überreicht. OeNB und OeBS gehören zu 238 österreichischen Unternehmen im EMAS-Standortregister. Österreich nimmt in der EU die zweite Stelle hinter Deutschland, auf die Bevölkerungsanzahl umgelegt sogar die erste Stelle, ein. Gemäß laufendem EMAS-Umweltprogramm werden bei den Bauvorhaben der OeNB und im Konzern ökologische Anforderungen umgesetzt.

Förderung von Wissenschaft und Forschung sowie Kultur

Der Jubiläumsfonds der OeNB zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft stellte seit seiner Gründung im Jahr 1966 für nahezu 7.000 wissenschaftliche Projekte rund 423 Mio EUR sowohl der Grundlagenforschung als auch der angewandten Forschung zur Verfügung. Er hat sich damit zu einem unverzichtbaren Baustein zur Zukunftssicherung der heimischen Wissenschaft und Forschung etabliert.

Im Jahr 2000 wurde die Dotation des Jubiläumsfonds aus dem Reingewinn der Bank auf 65,4 Mio EUR erhöht. Die Erhöhung wurde praktisch zur Gänze der wirtschaftsorientierten Forschung gewidmet. In diesem Bereich kam im Jahr 2000 ein Betrag von 67,8 Mio EUR zur Ausschüttung, in dem auch Zinserträge sowie ein Restbetrag aus der vorjährigen Dotation enthalten waren. Diese Mittel wurden unter anderem für die Refinanzierung von insgesamt 189 wirtschaftsorientierten Forschungsprojekten im Wege des Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft und des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung bereitgestellt. Darüber hinaus wurden

1 STUZZA: Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr (STUZZA) GmbH; APSS: Austrian Payment System Services (APSS) GmbH; RVG: Realitäten-Verwertungs-GmbH; A-Trust: A-Trust Gesellschaft für Sicherheitssysteme im elektronischen Datenverkehr GmbH.

2 Environmental Management and Audit Scheme.

im Jahr 2000 zusätzlich sieben K-plus-Kompetenzzentren über die Technologie Impulse Ges.m.b.H. und ein Christian-Doppler-Laboratorium der Christian-Doppler-Forschungsgesellschaft unterstützt.

Im Bereich der von der OeNB direkt vergebenen Mittel wurden 275 Forschungsprojekte mit 10,6 Mio EUR aus den Bereichen Wirtschaftswissenschaften, Medizin, Sozialwissenschaften und Geisteswissenschaften gefördert. Besonderes Gewicht wurde auf eine verstärkte Förderung der Wirtschaftswissenschaften gelegt. Im Rahmen des „Forums Jubiläumsfonds“ werden nunmehr interessante Projektergebnisse einer Fachöffentlichkeit präsentiert.

Durch diese Förderungen hat die OeNB einen erheblichen positiven

Beitrag zur Innovationsförderung, Technologieentwicklung, Standortattraktivität sowie zur Erhöhung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Wirtschaft geleistet.

Wie viele andere Unternehmen auch, widmet die OeNB der Kulturförderung ein besonderes Augenmerk. Die OeNB-Sammlung besteht aus 27 wertvollen alten Streichinstrumenten, die an junge österreichische Geigenvirtuosen und österreichische Kammermusikensembles verliehen werden. Im Rahmen eines Konzertzyklus unter dem Titel „Stradivari & Co“ in Zusammenarbeit mit dem ORF im RadioKulturhaus wurden die wertvollen Streichinstrumente im Jahr 2000 einer breiten Öffentlichkeit präsentiert.

A. Chronik der geldpolitischen Entscheidungen des Eurosystems

Datum der Bekanntgabe	Geldpolitische Maßnahmen
22. Dezember 1998	Der EZB-Rat beschließt, dass das erste Hauptrefinanzierungsgeschäft des Eurosystems am 5. Jänner 1999 stattfinden und in Form eines Mengentenders zu einem Zinssatz von 3·0% durchgeführt werden soll. Der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität wird mit 4·5% und der Zinssatz für die Einlagefazilität mit 2·0% festgesetzt. Als Übergangsregelung für die Zeit vom 4. bis 21. Jänner 1999 wird der Zinskorridor etwas verengt, der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität wird auf 3·25% und der für die Einlagefazilität auf 2·75% geändert.
31. Dezember 1998	Gemäß Art. 109 I Abs. 4 des EG-V verabschiedet der EU-Rat, auf Vorschlag der Europäischen Kommission und nach Anhörung der EZB, die unwiderflichen Umrechnungskurse für den Euro mit Wirkung vom 1. Jänner 1999. Weiters legen die Minister der Mitgliedstaaten des Eurogebiets, die EZB und die Minister und Zentralbankpräsidenten von Dänemark und Griechenland, in einem gemeinsamen Verfahren unter Einbeziehung der EK und nach Anhörung des Währungsausschusses, die Leitkurse innerhalb des WKM II fest. Die obligatorischen Interventionspunkte für die dänische Krone befinden sich bei $\pm 2\cdot25\%$ um den Leitkurs, die der griechischen Drachme bei $\pm 15\%$.
8. April 1999	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte, beginnend mit dem am 14. April 1999 abzuwickelnden Geschäft, um 0·5 Prozentpunkte auf 2·5% zu senken. Gleichzeitig beschließt der Rat mit Wirkung vom 9. April 1999, den Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität um 1 Prozentpunkt auf 3·5% und den Zinssatz für die Einlagefazilität um 0·5 Prozentpunkte auf 1·5% zu senken.
4. November 1999	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte mit Wirkung von dem am 10. November 1999 abzuwickelnden Geschäft um 0·5 Prozentpunkte auf 3·0% anzuheben. Außerdem beschließt er, die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität mit Wirkung vom 5. November 1999 um jeweils 0·5 Prozentpunkte auf 4·0 bzw. 2·0% anzuheben.

2. Dezember 1999 Der EZB-Rat bestätigt den Referenzwert für das Wachstum der Geldmenge M3 und belässt ihn bei 4½%. Ausschlaggebend dafür war, dass die der Ableitung des Referenzwerts zu Grunde liegenden Komponenten, nämlich die Definition des Eurosystems von Preisstabilität (ein Anstieg des HVPI für das Eurogebiet von unter 2% gegenüber dem Vorjahr), die Annahme für das Trendwachstum des realen BIP (2 bis 2½% p. a.) und der trendmäßige Rückgang der Umlaufgeschwindigkeit von M3 (½ bis 1% p. a.), unverändert geblieben sind. Wie bisher wird der EZB-Rat die monetäre Entwicklung anhand des gleitenden Drei-Monats-Durchschnitts der Jahreswachstumsraten von M3 in Relation zum Referenzwert beurteilen. Außerdem beschließt der EZB-Rat, den Referenzwert künftig in jährlichen Abständen zu überprüfen. Die nächste Überprüfung wird im Dezember 2000 stattfinden.
15. Jänner 2000 Auf Ersuchen der griechischen Behörden beschließen die Minister der Mitgliedstaaten des Eurogebiets, die EZB und die Minister und Zentralbankpräsidenten von Dänemark und Griechenland in einem gemeinsamen Verfahren, den Leitkurs der griechischen Drachme im WKM II mit Wirkung vom 17. Jänner 2000 um 3·5% anzuheben.
3. Februar 2000 Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte – beginnend mit dem am 9. Februar 2000 abzuwickelnden Geschäft – um 0·25 Prozentpunkte auf 3·25% anzuheben. Er beschließt ferner, die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität mit Wirkung vom 4. Februar 2000 um 0·25 Prozentpunkte auf 4·25 bzw. 2·25% zu erhöhen.
16. März 2000 Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte mit Wirkung von dem am 22. März 2000 abzuwickelnden Geschäft um 0·25 Prozentpunkte auf 3·5% anzuheben. Außerdem beschließt er, die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität mit Wirkung vom 17. März 2000 um jeweils 0·25 Prozentpunkte auf 4·5 bzw. 2·5% anzuheben.
27. April 2000 Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte – beginnend mit dem am 4. Mai 2000 abzuwickelnden Geschäft – um 0·25 Prozentpunkte auf 3·75% anzuheben. Weiters beschließt er, die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität mit Wirkung vom 28. April 2000 um jeweils 0·25 Prozentpunkte auf 4·75 bzw. 2·75% zu erhöhen.

8. Juni 2000 Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte um 0,5 Prozentpunkte auf 4,25% anzuheben und diesen Satz auf die beiden am 15. Juni und 21. Juni 2000 abzuwickelnden Geschäfte (die als Mengentender durchgeführt werden) anzuwenden. Außerdem beschließt er, die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität mit Wirkung vom 9. Juni 2000 um jeweils 0,50 Prozentpunkte auf 5,25 bzw. 3,25% zu erhöhen.
- Weiters kündigt er an, dass die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems erstmals mit dem am 28. Juni 2000 abzuwickelnden Geschäft als Zinstender nach dem amerikanischen Verfahren durchgeführt werden. Der EZB-Rat beschließt, für diese Geschäfte einen Mindestbietungssatz von 4,25% festzulegen. Die Umstellung auf einen Zinstender bei den Hauptrefinanzierungsgeschäften ist nicht als eine Änderung des geldpolitischen Kurses des Eurosystems zu verstehen, sondern als eine Reaktion auf die massiven Überbietungen, die sich im Rahmen des bisherigen Mengentenderverfahrens ergeben haben.
19. Juni 2000 Gemäß Art. 122 Abs. 2 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft beschließt der ECOFIN-Rat, dass Griechenland auf Basis der Kriterien des Art. 121 Abs. 1 die notwendigen Voraussetzungen zum Beitritt in die Währungsunion erfüllt, und hebt die Ausnahmeregelung für Griechenland mit Wirkung vom 1. Jänner 2001 auf. Der ECOFIN-Rat trifft seine Entscheidung unter Berücksichtigung der Berichte der Europäischen Kommission und der EZB, inwieweit Griechenland bei der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion seinen Verpflichtungen bereits nachgekommen ist, nach Anhörung des Europäischen Parlaments und nach Erörterung im EU-Rat in der Zusammensetzung der Staats- und Regierungschefs. Außerdem legt der ECOFIN-Rat nach einstimmigem Beschluss der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, für die keine Ausnahmeregelung gilt, und des betroffenen Mitgliedstaats, auf Vorschlag der Europäischen Kommission und nach Konsultation der EZB den unwiderruflichen Umrechnungskurs der griechischen Drachme zum Euro mit Wirkung vom 1. Jänner 2001 fest.
31. August 2000 Der EZB-Rat beschließt, den Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems mit Wirkung von dem am 6. September

- 2000 abzuwickelnden Geschäft um 0,25 Prozentpunkte auf 4,5% anzuheben. Er beschließt ferner, die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität mit Wirkung vom 1. September 2000 um jeweils 0,25 Prozentpunkte auf 5,5 bzw. 3,5% zu erhöhen.
5. Oktober 2000 Der EZB-Rat beschließt, den Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems – beginnend mit dem am 11. Oktober 2000 abzuwickelnden Geschäft – um 0,25 Prozentpunkte auf 4,75% anzuheben. Weiters beschließt er, die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität mit Wirkung vom 6. Oktober 2000 um jeweils 0,25 Prozentpunkte auf 5,75 bzw. 3,75% zu erhöhen.
16. November 2000 Der EZB-Rat entscheidet, die von Experten des Eurosystems erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen für das Eurowährungsgebiet in Zukunft zu veröffentlichen. Diese Entscheidung soll dazu beitragen, die Transparenz des Eurosystems zu erhöhen und das Verständnis der geldpolitischen Entscheidungen in der Öffentlichkeit zu verbessern. Die Projektionen werden erstmals im Dezember 2000 im Monatsbericht der EZB erscheinen.
14. Dezember 2000 Der EZB-Rat bestätigt den Referenzwert für das Wachstum der Geldmenge M3 und belässt ihn bei 4½%. Diese Entscheidung basiert auf der empirischen Evidenz, dass die zu Grunde liegenden Annahmen zum Trendwachstum von 2 bis 2½% und zur Abnahme der Umlaufgeschwindigkeit im Ausmaß von ½ bis 1% weiterhin gültig sind. Der Rat weist aber auch darauf hin, dass die Unsicherheit vor allem in Bezug auf die Annahme zum Trendwachstum zugenommen hat. Durch Fortschritte im Bereich struktureller Reformen besteht die Möglichkeit eines Anstiegs der Trendwachstumsrate. Die nächste Überprüfung des Referenzwerts wird im Dezember 2001 stattfinden.
2. Jänner 2001 Mit 1. Jänner 2001 tritt Griechenland der Währungsunion bei und wird somit zum zwölften Mitglied des Eurosystems. Die griechische NZB ist ab sofort ein vollständiger Teil des Eurosystems mit den gleichen Rechten und Pflichten wie die bisherigen elf Mitglieder. Im Einklang mit dem Art. 49 des ESZB/EZB-Statuts hat die griechische NZB insbesondere den verbleibenden Teil des von ihr gezeichneten Anteils am Kapital der EZB sowie ihren Anteil an den Rücklagen der EZB eingezahlt bzw. ihren Beitrag zu den Währungsreserven der EZB übertragen.

B. Für den österreichischen Finanzsektor relevante Gesetze im Jahr 2000

Änderung des Bankwesengesetzes

Mit der Novelle des Bankwesengesetzes (BGBl. I Nr. 33/2000) wird die EU-Richtlinie 98/31/EG (CAD II) vom 22. Juni 1998 zur Änderung der EU-Richtlinie 93/6/EWG über die angemessene Eigenkapitalausstattung von Wertpapierfirmen und Kreditinstituten (CAD)¹⁾ umgesetzt. So wurde z. B. die Verpflichtung zur Deckung von Warenpositionsrisiken mit Eigenmitteln eingeführt. Außerdem müssen Positionen in Gold und goldunterlegten Derivaten in Bezug auf die Marktrisiko-Eigenkapitalanforderungen in ähnlicher Weise wie Währungspositionen behandelt werden.

Die Abschaffung der Sparbuchanonymität stellt einen weiteren Kernbereich dieser BWG-Novelle dar. Seit dem 1. November 2000 ist bei der Eröffnung von Sparkonten von den Banken zwingend die Identität der Kunden mittels Lichtbildausweis festzustellen und festzuhalten. Auch auf vor dem 1. November 2000 eröffneten Sparkonten darf, sofern sie noch nicht legitimiert sind, ab diesem Tag eine Bareinzahlung nur erfolgen, wenn sich der Kunde gleichzeitig dazu legitimiert. Behebungen sind von anonymen Sparbüchern auch ohne Identitätsfeststellung noch bis zum 30. Juni 2002 möglich. Die Schenkung von Sparbüchern ist in der Übergangsfrist von der Schenkungsteuer befreit, wobei jedoch Schenkungen an Stiftungen von dieser Regelung ausgenommen sind (BGBl. I Nr. 42/2000).

Weiters erfolgte durch die BWG-Novelle die Umsetzung der

EU-Richtlinie 98/7/EG zur Änderung der EU-Richtlinie 87/102/EWG über die Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über den Verbraucherkredit. Somit werden die Bestimmungen betreffend die Berechnung der Verzinsung der Spareinlagen und des effektiven Jahreszinssatzes bei Verbraucherkreditverträgen an die Novelle der Verbraucherkredit-Richtlinie angepasst und das Jahr mit 365 Tagen (statt bisher 360 Tagen) und das Monat mit 30⁴1666 Tagen (statt bisher mit 30 Tagen) berechnet.

Die BWG-Novelle trägt auch der Notwendigkeit der verbesserten Zusammenarbeit der Bankenaufsichtsbehörde mit den Bankenaufsichtsbehörden von Drittländern Rechnung, da nun die Aufsichtszusammenarbeit mit Drittländern auch dann ermöglicht wird, wenn keine Ratsabkommen mit dem betreffenden Drittland bestehen. Ferner ergeben sich Änderungen auf Grund der Umsetzung des Art. 4 der EU-Richtlinie 94/19/EG über Einlagensicherung und Art. 7 der EU-Richtlinie 97/9/EG über Anlegerentschädigung, die zur Beseitigung des so genannten Exportverbots betreffend den höheren Standard der Einlagensicherung und der Anlegerentschädigung führen.

Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes

Mit dem Bundesgesetz, mit dem das Versicherungsaufsichtsgesetz geändert wird (VAG-Novelle 2000), BGBl. I Nr. 117/2000, werden die EU-Richtlinie 98/78/EG über

¹ Abl. Nr. L 204
vom 21. Juli 1998.

die zusätzliche Beaufsichtigung der einer Versicherungsgruppe angehörenden Versicherungsunternehmen¹⁾ umgesetzt sowie einige weitere autonome Änderungen des Versicherungsaufsichtsgesetzes vorgenommen. Wesentliches Ziel ist die Verhinderung der Umgehung oder Aushöhlung bestehender Eigenmittelvorschriften für Versicherungsunternehmen. Versicherungsunternehmen, die einer Unternehmensgruppe angehören, sollen dem Versicherten das gleiche Mindestmaß an finanzieller Sicherheit bieten, wie allein stehende Unternehmen und nicht auf Grund von Konzernstrukturen die Möglichkeit besitzen, gruppenintern Kapital zu schöpfen oder Eigenkapital mehrfach zu verwenden. Daher wurde nun eine zusätzliche Beaufsichtigung von drei Kategorien von inländischen Versicherungsunternehmen eingeführt, nämlich a) für Versicherungsunternehmen, die Beteiligungsunternehmen eines Versicherungsunternehmens oder eines Rückversicherungsunternehmens sind, b) für Versicherungsunternehmen, die untergeordnete Unternehmen einer Versicherungs-Holdinggesellschaft oder eines übergeordneten ausländischen Rückversicherungsunternehmens oder eines übergeordneten Rückversicherungsunternehmens mit Sitz außerhalb der Vertragsstaaten sind, und c) für untergeordnete Versicherungsunternehmen, deren übergeordnetes Unternehmen kein Versicherungsunternehmen ist.

Eurogesetz

Durch das Bundesgesetz, mit dem Maßnahmen auf dem Gebiet der Währung im Zusammenhang mit der Ausgabe der Eurobanknoten und -münzen erlassen werden

(Eurogesetz), BGBl. I Nr. 72/2000, wird die mit 1. Jänner 2002 beginnende Ausgabe des Eurobargelds vorbereitet. Die Phase des dualen Bargeldumlaufs (das heißt des gleichzeitigen Umlaufs von Eurobanknoten und -münzen sowie Schillingbanknoten und -münzen als gesetzliches Zahlungsmittel) wird auf zwei Monate, beginnend ab dem 1. Jänner 2002, verkürzt. Somit wird der Schilling mit Ablauf des 28. Februar 2002 seine Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel verlieren.

Weiters wird die Umstellung des Staatshaushalts und der anderen öffentlichen Haushalte, die bisher nach der Vorschrift des Schillinggesetzes in Schilling zu führen waren, auf Euro angeordnet. Ferner bringt dieses Gesetz die Änderung der mit dem EU-Recht in Widerspruch stehenden und die Aufhebung der obsolet gewordenen währungsrelevanten Vorschriften mit sich. Mit dem In-Kraft-Treten des Eurogesetzes am 1. Jänner 2002 werden somit – insbesondere aus Rechtsbereinigungsgründen – das Schillinggesetz und das Währungsschutzgesetz samt Begleitgesetzen formal außer Kraft gesetzt.

Änderung des Scheidemünzengesetzes

Mit der Novelle des Scheidemünzengesetzes (SchMG), BGBl. I Nr. 72/2000, wird die Rechtsgrundlage für die Prägung und Ausgabe von Euro- und Centmünzen durch die Münze Österreich AG (MÖAG) geschaffen sowie alle sonstigen auf Grund der EU-rechtlichen Vorgaben erforderlichen bzw. mit der Eurobargeldausgabe im Zusammenhang stehenden Rechtsanpassungen im Bereich des Scheidemünzengesetzes durchgeführt. Die

¹ Abl. Nr. I 330 vom 5. Dezember 1998.

MÖAG ist und bleibt ausschließlich berechtigt, in Österreich Scheidemünzen und Handelsmünzen (im Sinne des SchMG) zu prägen und Münzgeld in Österreich in Verkehr zu setzen und einzuziehen. Außer Kurs gesetzte Scheidemünzen können unbefristet bei der MÖAG und der OeNB gegen gesetzliche Zahlungsmittel umgewechselt werden.

Kapitalmarktoffensive-Gesetz

Durch das Bundesgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz 1988, das Körperschaftsteuergesetz 1988, das Erbschaft- und Schenkungsteuergesetz 1955, das Investmentfondsgesetz 1993, das Börsegesetz, das Bankwesengesetz, das Wertpapieraufsichtsgesetz, das Kapitalmarktgesetz, das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz und das Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz geändert wurden, kurz Kapitalmarktoffensive-Gesetz (KMOG), BGBl. I Nr. 2/2001, soll die Attraktivität des österreichischen Kapitalmarktes erhöht und die Förderung dieses Bereichs auf eine neue Grundlage gestellt werden.

Das KMOG sieht unter anderem im Bereich des Einkommensteuerrechts eine Verdoppelung des Freibetrags bei der Mitarbeiterbeteiligung auf 20.000 ATS pro Jahr und die Begünstigung von Stock-Options vor. Der Vorteil aus Optionen auf Beteiligung am Unternehmen wird für Arbeitnehmer bis zu 500.000 ATS steuer- und sozialversicherungsabgabenfrei gestellt. Ferner wird eine pauschalierte Erfassung der Spekulationserträge von Investmentfonds eingeführt. Erbschaften in- und ausländischer Anteile an Kapitalgesellschaften werden von der Erbschaftsteuer be-

freit, wenn der Erblasser zu weniger als 1% am Nennwert beteiligt ist.

Im Bereich Finanzmarkt sind folgende Änderungen noch wesentlich: Prospektveröffentlichungen werden auch via Internet und in englischer Sprache zugelassen. Die Emission von Eurowertpapieren wird erleichtert und die internationale Zusammenarbeit der Bundeswertpapieraufsicht auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. Der sonstige, bislang unregelte Wertpapierhandel erhält ein Mindestmaß an Aufsichtsstandards und wird in einen EU-konform geregelten Markt mit Zulassungsverfahren, Verbot des Insidertradings und Beaufsichtigung, jedoch ohne Anforderungen an den Emittenten wie Mindestbestandsdauer des Unternehmens und gesonderte Börsenprospektpflicht übergeführt. Neue Märkte in Form alternativer Handelssysteme werden zugelassen und nicht als Winkelbörsen verfolgt, sofern sie ordnungsgemäß unter staatlicher Aufsicht arbeiten.

C. Ausgewählte Publikationen der OeNB in den Jahren 1999 und 2000

Die Gesamtübersicht über die bisher erschienenen Veröffentlichungen der OeNB ist jeweils dem Heft 12 des „Statistischen Monatshefts“ bzw. dem Heft 4 der „Berichte und Studien“ zu entnehmen.

Dieses Verzeichnis informiert über ausgewählte Publikationen der OeNB. Die Publikationen werden vom Sekretariat des Direktoriums/ Öffentlichkeitsarbeit kostenlos an Interessenten abgegeben. Anfragen sind schriftlich (auch telefonisch) an die im Impressum angegebene Postanschrift zu richten.

Eine vollständige Liste der Publikationen der OeNB kann unter der Internet-Adresse <http://www.oenb.at> abgerufen werden.

Statistisches Monatsheft

Realwirtschaft

Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung gemäß ESVG 95 – Geldvermögens- und Verpflichtungs- stände der österreichischen Volkswirtschaft; erste Ergebnisse für die Jahre 1995 bis 1997	9/1999
Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung gemäß ESVG 95 – Geldvermögens- und Verpflichtungs- stände der österreichischen Volkswirtschaft; Ergebnisse für das Jahr 1998	1/2000
Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung gemäß ESVG 95 – Geldvermögens- und Verpflichtungs- stände der österreichischen Volkswirtschaft; Ergebnisse für das Jahr 1999	9/2000
Jahresabschlusskennzahlen österreichischer Fremdenverkehrsbetriebe	jährlich
Jahresabschlusskennzahlen österreichischer Gewerbebetriebe	jährlich
Jahresabschlusskennzahlen österreichischer Unternehmen der Sachgütererzeugung und des Bauwesens	jährlich

Außenwirtschaft

Österreichische Direktinvestitionen im Ausland und ausländische Direktinvestitionen in Österreich	6/jährlich
---	------------

Berichte und Studien (vierteljährlich)

WWU und EU

Berechnung effektiver Wechselkursindizes als Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit	1/1999
Das geldpolitische Instrument der Mindestreserve in der WWU	1/1999

Harmonisierte Verbraucherpreisindizes – Fortschritte und offene Probleme bei der Inflationsmessung	2/1999
Wirtschaftspolitische Kooperation in der WWU: Herausforderungen für die europäische Wirtschaftspolitik?	2/1999
Auswirkungen des Euro auf die Stabilität der österreichischen Banken	3/1999
Die österreichischen Banken zu Beginn der Währungsunion – Auswirkungen der Währungsunion auf das österreichische Bankensystem aus gesamtwirtschaftlicher Sicht	3/1999
Wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum und in der EU	vierteljährlich
Zusammenarbeit im ESZB und europäische Integration	vierteljährlich

OeNB

Die Zinsstruktur im internationalen Vergleich – Schätzungen mit dem OeNB-Modell	1/1999
Möglichkeiten und Grenzen der Geldpolitik – Ergebnisse der 27. Volkswirtschaftlichen Tagung der OeNB	3/1999
Das neue Millennium – Zeit für ein neues ökonomisches Paradigma? Ergebnisse der 28. Volkswirtschaftlichen Tagung der OeNB	3/2000
Reden des Präsidenten und des Gouverneurs anlässlich der Generalversammlung der Oesterreichischen Nationalbank	2/jährlich

Finanzinstitutionen

Das österreichische Bankenanalysesystem	1/2000
Gibt es einen Kreditkanal in Österreich?	1/2000
Venture Capital in Österreich	2/2000
Risikoanalyse eines internationalen Musterportefeuilles	2/2000
Berechnung der fusionskontrollrechtlichen Aufgriffsschwellen für Banken – die neue Rechtslage	2/2000
Großkreditevidenz Österreichs	jährlich
Geschäftstätigkeit der Kreditinstitute	vierteljährlich

Zinssätze

Die Zinsstruktur im internationalen Vergleich – Schätzungen mit dem OeNB-Modell	1/1999
---	--------

Kapitalmarkt

Rolle und Perspektiven des österreichischen Aktienmarktes	4/2000
---	--------

Realwirtschaft

Geldvermögens- und Verpflichtungsstände der Unternehmen und privaten Haushalte in den Jahren 1995 bis 1997	1/1999
Gesamtwirtschaftliche Prognose für Österreich 1999 bis 2001	2/1999
Gesamtwirtschaftliche Prognose für Österreich 1999 bis 2001 vom Herbst 1999	4/1999
Effekte des jüngsten Ölpreisanstiegs auf die Inflation in Österreich – ein Vergleich mit historischen Angebotsschocks	4/1999
Gesamtwirtschaftliche Prognose für Österreich 2000 bis 2002 vom Frühjahr 2000	2/2000
Gesamtwirtschaftliche Prognose für Österreich 2000 bis 2002 vom Herbst 2000	4/2000
Konjunkturelle Entwicklung in Österreich	1 und 3

Außenwirtschaft

Sondererhebung über die Regionalgliederung der ausländischen Wertpapiere im Besitz von Inländern per 31. Dezember 1997	1/1999
Neues Konzept der Erwerbsstatistik für aus- und inländische Wertpapiere	2/1999
Coordinated Portfolio Investment Survey (CPIS) 1997 – Ergebnisse aus der ersten weltweiten Erfassung von regionalgegliederten Wertpapierbeständen im Rahmen eines IWF-Statistikprojekts	4/1999
Neues Konzept der Statistik über die Portfolioposition für aus- und inländische Wertpapiere	4/2000
Internationale Vermögensposition Österreichs	jährlich
Entwicklung der Direktinvestitionen Österreichs	jährlich
Zahlungsbilanz	vierteljährlich

Internationale Wirtschaft

Die Brasilienkrise und ihre Auswirkungen	1/1999
Die HIPC-Initiative:	
Ein Weg der Dritten Welt aus der Verschuldung?	4/2000
Entwicklungen in ausgewählten Reformländern	1 und 3
Internationale Verschuldung und Emerging Markets	2 und 4
Entwicklungen in ausgewählten Industrieländern außerhalb der EU	vierteljährlich
Zusammenarbeit im internationalen Währungs- und Finanzsystem	vierteljährlich

Übersicht der Studien zu Schwerpunktthemen

Berichte und Studien, Heft 2/2000

Die Geldpolitik des Eurosystems

Geldpolitik und geldpolitische Strategie in Zeiten der Währungsunion:
veränderte Rahmenbedingungen – neue Herausforderungen
Glaubwürdigkeit des Eurosystems: Versuch einer Begriffsklärung
Geldmengenentwicklung im Übergang zur Währungsunion
Indikatoren zur Beurteilung der Preisentwicklung
Schätzung und Interpretation der Taylor-Regel für den Euroraum
Neue Strukturen des geldpolitischen Instrumentariums
und des österreichischen Geldmarktes seit Beginn der dritten Stufe
der Wirtschafts- und Währungsunion

Berichte und Studien, Heft 3/2000

Neue Eigenmittelbestimmungen in Basel und Brüssel

Die Eigenmittelanforderungen an österreichische Kreditinstitute
als Instrument der Bankenaufsicht im Wandel der Zeit
Supervisory Review
Kreditrisiko – Die Vorschläge des Basler Ausschusses
und der EU-Kommission zur Kapitalunterlegung von Kreditrisiken.
Aktueller Stand der Diskussion und mögliche Auswirkungen
auf das österreichische Bankwesen
Kritische Überlegungen zu den Vorschlägen des Basler Ausschusses
für Bankenaufsicht und der Europäischen Kommission zur Behandlung
der „anderen Risiken“ im Rahmen der Neugestaltung
der Eigenmittelvorschriften
Zinsrisiko im Bankbuch

Focus on Transition (halbjährlich)

Studien

Is Direct Disinflation Targeting
an Alternative for Central Europe?
The Case of the Czech Republic and Poland 1/1999
The Southeast European Nonassociated Countries –
Economic Developments, the Impact of the Kosovo Crisis
and Relations with the EU 1/1999
Increasing Integration of Applicant Countries
into International Financial Markets:
Implications for Monetary and Financial Stability 2/1999
Exchange Rate Regimes in Central and Eastern Europe:
A Brief Review of Recent Changes, Current Issues
and Future Challenges 2/1999
Special Report: Ukraine.
Macroeconomic Development and Economic Policy
in the First Eight Years of Independence 2/1999
Monetary Transmission and Asset-Liability Management
by Financial Institutions in Transitional Economies –
Implications for Czech Monetary Policy 1/2000

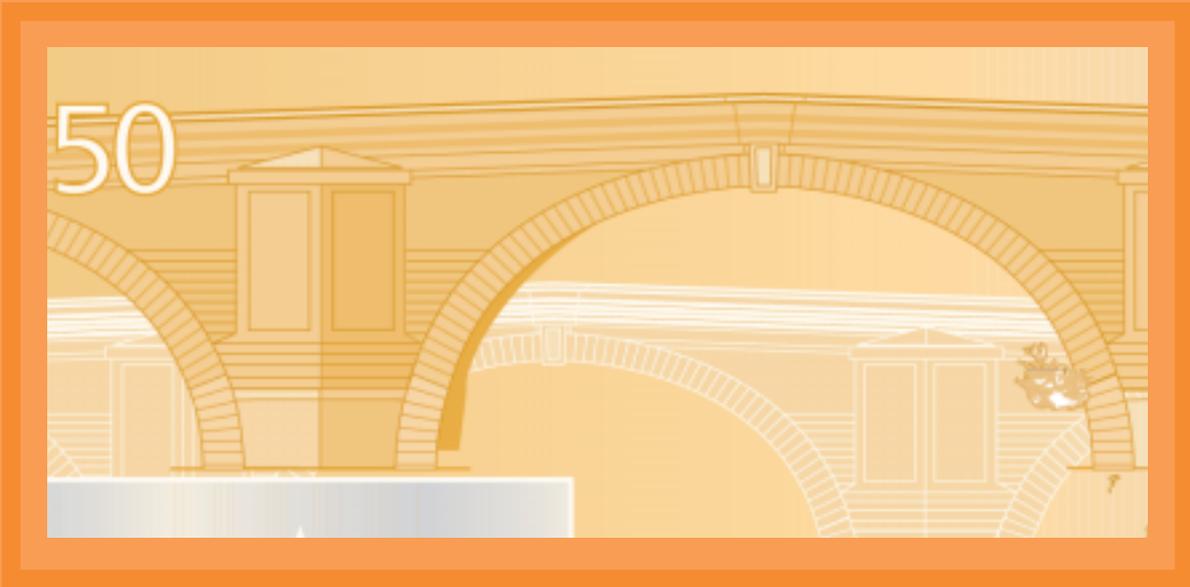
The Development of the Banking Sectors in Russia, Ukraine, Belarus and Kazakhstan since Independence	1/2000
The Effects of the EU's Eastern European Enlargement on Austria – Austria's Specific Position More „Pre-Ins“ Ante Portas?	1/2000
Euro Area Enlargement, Optimum Currency Area, and Nominal Convergence	2/2000
A Critical Review of Unilateral Euroization Proposals: The Case of Poland	2/2000
Measuring Central Bank Independence in Selected Transition Countries	2/2000
The Development of the Croatian Banking Sector since Independence	2/2000

Working Papers

Nr. 37 Estimation of the Term Structure of Interest Rates A Parametric Approach	1999
Nr. 38 On the Real Effects of Monetary Policy: A Central Banker's View	1999
Nr. 39 Democracy and Markets: The Case of Exchange Rates	1999
Nr. 40 Central Banks in European Emerging Market Economies in the 1990s	2000
Nr. 41 Is there a Credit Channel in Austria? The Impact of Monetary Policy on Firm's Investment Decision	2000
Nr. 42 Integration, Disintegration and Trade in Europe: Evolution of Trade Relations During the 1990s	2000
Nr. 43 The Bank, the States and the Market: An Austro-Hungarian Tale for Euroland, 1867–1914	2001

Sonstige Publikationen

Architektur des Geldes – Vom klassizistischen Palais zum zeitgenössischen Geldzentrum Möglichkeiten und Grenzen der Geldpolitik – Tagungsband der 27. Volkswirtschaftlichen Tagung der OeNB	
The Austrian Financial Markets – A Survey of Austria's Capital Markets – Facts and Figures Leitfaden zum Marktrisiko (sechsbändig)	
Das neue Millennium – Zeit für ein neues ökonomisches Paradigma? – Tagungsband der 28. Volkswirtschaftlichen Tagung der OeNB	





Jahresabschluss 2000
der Oesterreichischen Nationalbank

Bilanz

zum 31. Dezember 2000

Aktiva

	31. Dezember 2000 in Euro	31. Dezember 1999 in Tausend Euro
1. Gold und Goldforderungen	3.556,162.714'08	3,793.022
2. Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	15.062,227.984'50	14,970.487
2.1 Forderungen an den IWF	888,393.041'77	1,269.392
2.2 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva	14.173,834.942'73	13,701.095
3. Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	1.543,590.501'40	2,120.851
4. Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	1.860,162.390'22	3,351.499
4.1 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Kredite	1.860,162.390'22	3,351.499
4.2 Forderungen aus der Kreditfazitat im Rahmen des WKM II	—	—
5. Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet	6.970,764.744'—	5,472.248
5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte	4.843,970.690'—	2,764.743
5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	2.126,794.054'—	2,707.505
5.3 Feinsteuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	—	—
5.4 Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen	—	—
5.5 Spitzenrefinanzierungsfazität	—	—
5.6 Forderungen aus Margenausgleich	—	—
6. Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet	166,356.570'34	992.820
7. Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	1.381,551.936'48	1,744.060
8. Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte	255,644.384'50	221.424
9. Intra-Eurosystem-Forderungen	1.297,670.000'—	1,297.670
9.1 Beteiligung an der EZB	117,970.000'—	117.970
9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven	1.179,700.000'—	1,179.700
9.3 Forderungen aus Schuldverschreibungen zur Deckung der Emission von EZB-Schuldverschreibungen ¹⁾	×	×
9.4 Sonstige Intra-Eurosystem-Forderungen (netto)	—	—
10. Schwebende Verrechnungen	—	—
11. Sonstige Aktiva	4.091,433.515'89	3,881.870
11.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets	67,951.433'59	98.347
11.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	109,891.122'93	54.695
11.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen	2.432,098.313'47	2,387.399
11.4 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	41,598.284'98	385
11.5 Rechnungsabgrenzungsposten	399,075.911'29	305.880
11.6 Sonstiges	1.040,818.449'63	1,035.164
	36.185,564.741'41	37,845.951

¹⁾ Nur für den EZB-Jahresabschluss relevant.

Passiva

	31. Dezember 2000 in Euro	31. Dezember 1999 in Tausend Euro
1. Banknotenumlauf	13.933,755.136'11	13,328.056
2. Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet	3.402,808.903'32	3,250.536
2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)	3.402,808.903'32	3,235.186
2.2 Einlagefazilität	—	15.350
2.3 Termineinlagen	—	—
2.4 Feinsteuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	—	—
2.5 Verbindlichkeiten aus Margenausgleich	—	—
3. Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet	—	—
4. Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen¹⁾	x	x
5. Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	18,201.500'45	19.115
5.1 Einlagen von öffentlichen Haushalten	766.081'04	8.038
5.2 Sonstige Verbindlichkeiten	17,435.419'41	11.077
6. Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	7,176.741'20	237.317
7. Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	330,687.652'96	375.172
8. Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	900,889.207'44	1,339.702
8.1 Einlagen, Guthaben und sonstige Verbindlichkeiten	900,889.207'44	1,339.702
8.2 Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des VKM II	—	—
9. Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte	250,678.218'83	244.392
10. Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten	5,024,023.947'10	6,724.087
10.1 Verbindlichkeiten aus der Übertragung von Währungsreserven ¹⁾	x	x
10.2 Verbindlichkeiten aus Schuldverschreibungen zur Deckung der Emission von EZB-Schuldverschreibungen	—	—
10.3 Sonstige Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten (netto)	5,024,023.947'10	6,724.087
11. Schwebende Verrechnungen	—	—
12. Sonstige Passiva	1.101,311.694'59	887.821
12.1 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	3,975.845'—	23.697
12.2 Rechnungsabgrenzungsposten	79,671.367'74	59.207
12.3 Sonstiges	1,017,664.481'85	804.917
13. Rückstellungen	1,937,247.894'71	1,935.548
14. Ausgleichsposten aus Neubewertung	4,908,714.957'34	5,195.013
15. Kapital und Rücklagen	4,260,243.425'62	4,223.266
15.1 Kapital	12,000.000'—	12.000
15.2 Rücklagen	4,248,243.425'62	4,211.266
16. Bilanzgewinn	109,825.461'74	85.926
	<u>36,185,564.741'41</u>	<u>37,845.951</u>

¹⁾ Nur für den EZB-Jahresabschluss relevant.

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2000

	Geschäftsjahr 2000 in Euro	Geschäftsjahr 1999 in Tausend Euro
1.1 Zinserträge	1.584.887.939'87	1.148.537
1.2 Zinsaufwendungen	– 570.441.348'81	– 385.935
1. Netto-Zinsenergebnis	1.014.446.591'06	762.602
2.1 Realisierte Gewinne/Verluste aus Finanzoperationen	700.374.710'16	356.910
2.2 Abschreibungen auf Finanzanlagen und -positionen	– 97.846.732'39	– 212.261
2.3 Zuführung zu/Auflösung von Rückstellungen für allgemeine Währungs- und Preisrisiken	293.986.735'09	576.672
2. Netto-Ergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen	896.514.712'86	721.321
3.1 Erträge aus Gebühren und Provisionen	2.086.141'87	1.210
3.2 Aufwendungen aus Gebühren und Provisionen	– 1.703.371'45	– 1.837
3. Netto-Ergebnis aus Gebühren und Provisionen	382.770'42	– 627
4. Erträge aus Beteiligungen	6.268.546'99	36.665
5. Netto-Ergebnis aus monetären Einkünften	– 652.250'40	– 190
6. Sonstige Erträge	<u>7.036.340'02</u>	<u>76.370</u>
Nettoerträge insgesamt	1.923.996.710'95	1.596.141
7. Personalaufwendungen	– 88.191.757'12	– 169.057
8. Sachaufwendungen	– 89.265.008'06	– 67.213
9. Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	– 12.298.656'21	– 8.255
10. Aufwendungen für Banknoten	– 37.837.721'57	– 26.860
11. Sonstige Aufwendungen	<u>– 10.355.410'30</u>	<u>– 22.854</u>
	1.686.048.157'69	1.301.902
12. Körperschaftsteuer	<u>– 573.256.373'61</u>	<u>– 442.646</u>
	1.112.791.784'08	859.256
13. Satzungsgemäße Zuweisung an die Pensionsreserve und Gewinnanteil des Bundes	<u>– 1.002.966.322'34</u>	<u>– 773.330</u>
14. Bilanzgewinn	<u>109.825.461'74</u>	<u>85.926</u>

Anhang zum Jahresabschluss 2000

Generelle Bemerkungen zum Jahresabschluss

Allgemeine Bemerkungen und rechtliche Grundlagen

Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung sind gemäß der Bestimmung des § 67 Abs. 2 des Nationalbankgesetzes 1984 (NBG) in der geltenden Fassung unter Heranziehung der vom EZB-Rat gemäß Art. 26 Abs. 4 des ESZB/EZB-Statuts erlassenen Vorschriften aufzustellen. Die genannten Vorschriften wurden vom EZB-Rat als „Guideline of the ECB of 1 December 1998 on the Legal Framework for Accounting and Reporting in the European System of Central Banks as Amended on 15 December 1999 and 14 December 2000 (ECB/2000/18)“ beschlossen¹) und werden im vorliegenden Jahresabschluss der OeNB in ihrer Gesamtheit angewendet. Sofern die „Guidelines“ keine Vorgaben enthalten, ist auf die im § 67 Abs. 2 2. Satz NBG angesprochenen Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung zurückzugreifen.

Die übrigen für den Jahresabschluss der OeNB maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen der §§ 67 bis 69 und 72 Abs. 1 des NBG in der Fassung des BGBl. I Nr. 60/1998 sowie das Handelsgesetzbuch (HGB) in der geltenden Fassung sind gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben. Die Verpflichtung zur Erstellung eines Konzernabschlusses gemäß §§ 244 ff. HGB ist auf Grund der Bestimmungen des § 67 Abs. 3 NBG im Geschäftsjahr 2000 unverändert nicht gegeben.

Im vorliegenden Jahresabschluss resultieren gemäß der geänderten „Guidelines“ (ECB/2000/18) folgende Änderungen:

Der Aktivposten 5. „Forderungen in Euro an den Finanzsektor im Euro-Währungsgebiet“ wurde auf „Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet“ umbenannt.

Der Aktivposten 5.7 „Sonstige Forderungen“ entfällt, dafür wurde der neue Aktivposten 6. „Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet“ geschaffen.

Der Passivposten 2. „Verbindlichkeiten in Euro gegenüber dem Finanzsektor im Euro-Währungsgebiet“ lautet nunmehr „Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet“.

Neu geschaffen wurde der Passivposten 3. „Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet“.

Infolge der neu geschaffenen Aktiv- und Passivposten haben sich auch die entsprechenden Nummerierungen von Bilanzposten geändert.

Seit dem Beginn des Jahres 2000 stellt die Pensionsreserve der OeNB ein geschlossenes System dar, da für alle seit 1. Mai 1998 neu aufgenommenen Dienstnehmer neben der ASVG-Pension eine Pensionskassenvorsorge begründet wurde. Aus diesem Grund werden – erstmalig mit dem Jahresabschluss 2000 – sämtliche Pensionsaufwendungen aus der für diesen Zweck bilanzierten Pensionsreserve geleistet.

Im Zusammenhang mit der Neugestaltung der Verrechnung der Pensionsaufwendungen wird die Pensionsreserve nunmehr unter

¹ EZB-Ratsbeschluss vom 14. Dezember 2000.

dem Passivposten 13. „Rückstellungen“ (bisher Passivposten 14.2 „Rücklagen“) ausgewiesen.

Für die Abdeckung allfälliger künftig aus dem ESZB resultierender Verluste (monetäre Einkünfte, Verlustabdeckung der EZB, implizites Währungsrisiko aus den an die EZB übertragenen Währungsreserven), die von der OeNB ihrem Kapitalanteil an der EZB entsprechend zu tragen sind, sowie für jene aus Wertpapierkursverlusten aus Eigenveranlagungen wurde im Zuge des Jahresabschlusses 1999 ein Teil der „Freien Reserve“ in die zweckgebundene „Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken“ übertragen. Die für die Dotierung der Pensionsreserve in den vergangenen Jahren nicht benötigten Erträge wurden erfolgsmäßig verrechnet, wobei die nach der Gewinnverteilung daraus verbliebenen Beträge gesondert in der „Freien Reserve“ erfasst wurden. Für die Verlustabdeckung aus Wertpapierveranlagungen der Pensionsreserve wurden im Zuge des Jahresabschlusses 2000 diese Reserventeile durch Umwidmung aus der „Freien Reserve“ in die „Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken“ übertragen. Eine Verwendung im Sinne der vorher genannten Zielsetzungen unterliegt der jährlichen Entscheidung des Direktoriums.

Zukünftige Marktentwicklungen, das sind insbesondere Zins- und Kursentwicklungen und deren Volatilität, können auf Grund der für die OeNB und für die übrigen an der dritten Stufe der WWU teilnehmenden Zentralbanken bzw. die EZB seit 1. Jänner 1999 verbindlichen harmonisierten Bilanzierungsregeln zu erheblichen Gewinnchwankungen führen.

Da die „Reserve aus ERP-Zinsenüberschüssen“ ein für Sonderzwecke gebundenes Eigenkapital der Bank darstellt, wurde sie im vorliegenden Jahresabschluss in „Gebundenes ERP-Sondervermögen aus Zinsenüberschüssen“ umbenannt.

Bei der Darstellung der aus dem Zahlungsverkehr resultierenden TARGET-Salden haben sich im Jahresabschluss 2000 gegenüber dem Jahresabschluss 1999 folgende Änderungen ergeben:

Seit 30. November 2000 werden im Rahmen des Netting by Novation (Saldenübertragung auf Zessionsbasis) die einzelnen TARGET-Salden sowohl der am Eurosystem teilnehmenden als auch der nicht teilnehmenden Zentralbanken täglich auf das bilaterale Konto bei der EZB übertragen, sodass nur mehr ein Gesamtforderungs- bzw. Verbindlichkeitssaldo gegenüber der EZB in der Bilanz im Aktivposten 9.4 „Sonstige Intra-Eurosystem-Forderungen (netto)“ bzw. im Passivposten 10.3 „Sonstige Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten (netto)“ ausgewiesen wird.

Bisher wurden die TARGET-Salden gegenüber den teilnehmenden Zentralbanken per saldo entweder als „Sonstige Intra-ESZB Forderungen (Netto)“ oder als „Sonstige Intra-ESZB Verbindlichkeiten (Netto)“ dargestellt. Jene der nicht teilnehmenden Zentralbanken wurden nicht saldiert und damit einzeln getrennt entweder als „Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets/Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite“ (Aktivposten 4.1) oder als „Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets“ (Passivposten 5.) bilanziert.

Gemäß Verordnung (EG) Nr. 1478/2000 des Rats vom 19. Juni 2000 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2866/98 über die Umrechnungskurse zwischen dem Euro und den Währungen der Mitgliedstaaten, die den Euro einführen, wurde der Wechselkurs der griechischen Drachme gegenüber dem Euro mit 340'750 GRD/1 EUR unwiderruflich festgelegt. Diese Verordnung trat am 1. Jänner 2001 in Kraft.

Die Gliederung von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich im vorliegenden Jahresabschluss nach der im EZB-Rat beschlossenen Struktur.

Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze

Die von der OeNB für die Erstellung ihres Jahresabschlusses angewendeten Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze basieren auf den vom EZB-Rat¹⁾ festgelegten Regelungen. Diese Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze, die im gesamten Eurosystem Anwendung finden, richten sich nach mittels Gemeinschaftsrecht harmonisierten Rechnungslegungsprinzipien und international anerkannten Bilanzierungsstandards. Die wichtigsten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sind nachstehend zusammengefasst.

Der Jahresabschluss wurde nach folgenden Grundsätzen erstellt:

- Bilanzwahrheit und Bilanzklarheit,
- Bilanzvorsicht,
- Stichtagsbezogenheit,
- Wesentlichkeit,
- Unternehmensfortführung,
- Periodenabgrenzung,
- Stetigkeit und Vergleichbarkeit.

Für die Verbuchung von Finanztransaktionen ist der Zeitpunkt der Zahlung maßgeblich.

Fremdwährungstransaktionen ohne vereinbarten Wechselkurs zur Bilanzwährung werden mit dem jeweils aktuellen Eurokurs erfasst.

Zum Jahresende werden die Forderungen und Verbindlichkeiten zum aktuellen Mittelkurs bzw. Marktpreis neu bewertet. Dies gilt sowohl für die bilanzwirksamen Posten als auch für die unter dem Bilanzstrich erfassten Werte gleichermaßen. Bei Wertpapieranlagen erfolgt die Neubewertung dabei jeweils pro Wertpapierkennnummer, bei Fremdwährungsbeständen für jede Währung gesondert.

Realisierte Gewinne und Verluste werden erfolgswirksam gebucht. Dabei werden die aus Transaktionen resultierenden realisierten Kursgewinne bzw. Kursverluste bei den valutarischen Beständen nach der Tagesnettodurchschnittskostenmethode berechnet. Grundsätzlich werden dabei die Verkaufspreise jeder Transaktion den Durchschnittskosten der Ankäufe des jeweiligen Geschäftstags gegenübergestellt. Sind die Verkäufe jedoch höher als die Ankäufe, so wird hinsichtlich des Verkaufsüberhangs der Verkaufspreis mit den Durchschnittskosten des Vortags verglichen.

Die aus der Bewertung stammenden buchmäßigen Gewinne werden nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt, sondern auf einem Neubewertungskonto in der Bilanz passivseitig erfasst. Buchmäßige Verluste werden gegen Buchgewinne der Vorperioden auf dem entsprechenden Neubewertungskonto aufgerechnet, darüber hinausgehende Verluste in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt. Eine nachträgliche Reversierung durch buchmäßige Gewinne, die in Folgejahren erzielt

¹⁾ EZB-Ratsbeschluss vom 14. Dezember 2000 (EZB/2000/18).

werden, ist nicht möglich. Darüber hinausgehend wurde von den Gremien der Bank beschlossen, Kursverluste der Fremdwäurungsbewertung, die als Aufwand gebucht werden müssen, durch eine gleich hohe Auflösung der vor dem Jahr 1999 gebildeten „Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen“ abzudecken. Buchmäßige Verluste aus einem Wertpapier oder einer Währung werden nicht mit buchmäßigen Gewinnen aus anderen Wertpapieren oder anderen Währungen saldiert (Netting-Verbot).

Für die Ermittlung der Einstandspreise sowie für die Bewertung werden sämtliche Fremdwährungsbestände, die sich teilweise in unterschiedlichen Aktiv- bzw. Passivposten der Bilanz sowie in der Bilanz nicht ausgewiesenen Forderungen und Verbindlichkeiten wiederfinden, pro Währung in entsprechenden Währungspositionen zusammengefasst.

In Erfüllung der im § 69 Abs. 4 NBG enthaltenen Bestimmung, wonach sich die „Verpflichtung zur Bildung und zur Auflösung der Kursdifferenzenreserve nach der Risikoeinschätzung der valutarischen Bestände richtet“, wird für die Berechnung des Währungsrisikos der Value-at-Risk (VaR)-Ansatz herangezogen. Das Ergebnis des VaR stellt jene Währungsverlustgrenze dar, die bei einem gegebenen Gold- und Fremdwährungsbestand und einer gegebenen Währungstreuung mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (97,5%) innerhalb eines Zeithorizonts (1 Jahr) nicht überschritten wird. Zur Bedeckung des so ermittelten Verlustpotenzials werden die „Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen“ (Kursdifferenzenreserve) und der „Ausgleichsposten aus Neubewertung“

herangezogen. Reichen diese dafür in ihrer Gesamtheit nicht aus, ist eine „Rückstellung für allgemeine Währungsrisiken“ gewinnreduzierend zu dotieren. Nicht zur Risikodeckung benötigte Teile der Kursdifferenzenreserve werden gewinn erhöhend aufgelöst.

Bei unter oder über pari ausgegebenen bzw. erworbenen Wertpapieren wird der Differenzbetrag zum Nominalwert als Teil des Zinsenertrags berechnet und über die Restlaufzeit des Wertpapiers amortisiert.

Der Wertansatz von Beteiligungen richtet sich nach dem jeweiligen Substanzwert (= Eigenkapitalbasis) dieser Gesellschaft.

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten abzüglich Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen werden, beginnend mit dem auf die Anschaffung folgenden Quartal, linear über die erwartete wirtschaftliche Nutzungsdauer vorgenommen:

- EDV-Hardware und -Software, Fahrzeuge: 4 Jahre,
- Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Einrichtung: 10 Jahre,
- Gebäude: 25 Jahre.

Die betragliche Geringfügigkeitsgrenze für geringwertige Vermögensgegenstände ist mit 10.000– EUR festgelegt.

Bewertungsdifferenzen und deren Behandlung im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2000

	Realisierte Gewinne (Verrechnung über Gewinn- und Verlust- rechnung)	Realisierte Verluste (Verrechnung über Gewinn- und Verlust- rechnung)	Buchmäßige Verluste (Verrechnung über Gewinn- und Verlust- rechnung)	Buchmäßige Gewinne (Verrechnung über Neu- bewertungs- konten)
<i>in 1.000 EUR</i>				
Gold	209.481	0	–	763
Fremdwährungen	673.253	10.016	85.668 ¹⁾	55.609
Wertpapiere	48.946	39.721	11.964	141.547
Initial Valuation bei Wertpapieren	26.750	x	x	x
Eurobestände des IVF	–	208.319 ¹⁾	–	–
Beteiligungen	–	–	199	35.134
Außerbilanzielle Geschäfte	39	38	16	7.749
Insgesamt	958.469	258.094	97.847	240.802

¹⁾ Durch gleich hohe Auflösung der „Kursdifferenzenreserve“ erfolgsneutral gehalten.

Kapitalbewegungen

Entwicklung der Kapitalkonten im Jahr 2000

	31. 12. 1999	Zunahme	Abnahme	31. 12. 2000
<i>in 1.000 EUR</i>				
Ausgleichsposten aus Neubewertung				
Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen	2,539.545	x	464.308	2,075.237
Reserve aus Initial Valuation	372.617	x	62.792	309.825
Neubewertungskonten	2,282.851	240.802	–	2,523.653
Zusammen	5,195.013	240.802	527.100	4,908.715
Kapital	12.000	–	–	12.000
Rücklagen				
Allgemeiner Reservefonds	1,611.952	–	–	1,611.952
Freie Reserve	1,551.073	–	514.854	1,036.219
Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken	543.432	534.174	–	1,077.606
Gebundenes ERP-Sondervermögen aus Zinsenüberschüssen ¹⁾	497.542	17.657	–	515.199
Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft	7.267	–	–	7.267
Pensionsreserve ²⁾	1,765.789	–	1,765.789	–
Zusammen	5,977.055	551.831	2,280.643	4,248.243
Bilanzgewinn	85.926	109.825	85.926	109.825

¹⁾ Bis zum Jahresultimo 1999 als „Reserve aus ERP-Zinsenüberschüssen“ bezeichnet.

²⁾ Wird ab dem Jahresultimo 2000 unter dem Passivposten 13. „Rückstellungen“ ausgewiesen.

Hinsichtlich der Details zu den einzelnen Veränderungen wird auf die Erläuterungen des jeweiligen Bilanzpostens verwiesen.

Überblick über die Entwicklung der Währungspositionen der OeNB im Geschäftsjahr 2000

Nettowährungsposition (inkl. Gold)

	31. 12. 1999	31. 12. 2000	Veränderung	
	in 1.000 EUR			in %
Gold und Goldforderungen	3.793.022	3.556.163	-236.859	- 6,2
Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	16.469.559	17.009.068	+539.509	+ 3,3
Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	2.120.851	1.543.591	-577.260	-27,2
Sonstige Aktiva	24.052	37.968	+ 13.916	+57,9
abzüglich:				
Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	375.172	330.688	- 44.484	-11,9
Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	1.339.702	900.889	-438.813	-32,8
Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte	244.392	250.678	+ 6.286	+ 2,6
Ausgleichsposten aus Neubewertung	3.099	109.874	+106.775	x
Zusammen	20.445.119	20.554.661	+109.542	+ 0,5
In der Bilanz nicht ausgewiesen (per saldo)	- 363.548	- 659.070	-295.522	-81,3
Insgesamt	20.081.571	19.895.591	-185.980	- 0,9

Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz

Aktiva 1. Gold und Goldforderungen

Bilanzstand 31. 12. 2000	3.556.163 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 1999	3.793.022 Tsd EUR
Veränderung	- 236.859 Tsd EUR (-6,2%)

In diesem Posten ist der physische und nicht physische Bestand an Gold ausgewiesen. Dieser beläuft sich am 31. Dezember 2000 auf rund 377 t. Auf Basis des Bewertungspreises von 293.010 EUR/ozf (das sind 9.420.49 EUR/kgf) ergibt sich der ausgewiesene Bilanzwert von 3.556.163 Tsd EUR.

Die Veränderung im Jahr 2000 resultiert einerseits aus Verkäufen (30 t im Gegenwert von 278.191 Tsd EUR) und andererseits aus dem Bewertungsgewinn über 41.332 Tsd EUR.

Die Goldverkäufe wurden im Rahmen des im September 1999 von 14 europäischen Zentralbanken, darunter auch die OeNB, und der EZB geschlossenen „Goldabkommens“ über den Verkauf von insgesamt 2.000 t Gold innerhalb einer Fünfjahresperiode, durchgeführt.

2. Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets

Bilanzstand 31. 12. 2000	15.062.228 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 1999	14.970.487 Tsd EUR
Veränderung	+ 91.741 Tsd EUR (+0,6%)

Dieser Bilanzposten enthält neben dem Komplex „Internationaler Währungsfonds“ – bestehend aus der „Forderung aus der Beteiligung am IWF“, den „Sonderziehungs-

rechten“ (SZR) und den „Sonstigen Forderungen gegen den IWF“ – Fremdwährungsforderungen gegen Länder, die nicht an der Währungsunion teilnehmen. Der Sitz der Geschäftspartner befindet sich außerhalb des Eurowährungsraums.

Der gesamte IWF-Posten gliedert sich wie folgt:

	31. 12. 1999	31. 12. 2000	Veränderung	
	in 1.000 EUR		in %	
Forderung aus der Beteiligung am IWF	1.056.572	674.539	-382.033	-36,2
SZR im Rahmen des IWF	144.571	143.850	- 721	- 0,5
Sonstige Forderungen gegen den IWF	68.249	70.004	+ 1.755	+ 2,6
Insgesamt	1.269.392	888.393	-380.999	-30,0

Die **Forderung aus der Beteiligung am IWF¹⁾** hat durch Erläge von Mitgliedstaaten und durch die Neubewertung der Eurobestände durch den IWF um insgesamt 471.175 Tsd EUR abgenommen. Demgegenüber haben sich die Bewertung (+60.515 Tsd EUR) und Effekte aus realisierten Kursdifferenzen und Buchwertangleichungen (+5.220 Tsd EUR) bestands erhöhend ausgewirkt.

Der österreichische Anteil am Währungsfondskapital ist im Jahr 2000 mit 1.872,3 Mio SZR unverändert geblieben.

Die Verzinsung der IWF-Beteiligung erfolgt auf Grund der sich wöchentlich ändernden Remunerationrate, die sich im abgelaufenen Kalenderjahr – gleich hoch wie der SZR-Zinssatz – zwischen 3,8 und 4,9% p. a. bewegte.

Die **Sonderziehungsrechte²⁾** stehen zum 31. Dezember 2000 mit einem Gegenwert von 143.850 Tsd EUR, das entspricht 103 Mio SZR, zu Buche. Die im Jahr 2000 eingetretene Abnahme um per saldo 721 Tsd EUR ist auf SZR-Verkäufe

(-33.293 Tsd EUR) zurückzuführen, denen aus Zinsenabrechnungen – insbesondere aus der Remuneration der Beteiligung am IWF – eine Zunahme im Gegenwert von 28.029 Tsd EUR gegenübersteht.

Käufe auf Grund von Designierungen durch den IWF erfolgten im Jahr 2000 nicht. Eine Verpflichtung zur entgeltlichen Übernahme von SZR besteht den Fondsstatuten zufolge jedoch nach wie vor so lange, bis der SZR-Bestand das Dreifache der Gesamtzuteilung beträgt, wobei sich die aktuelle Gesamtzuteilung auf 179.045 Tsd SZR beläuft.

Sonstige Forderungen gegen den IWF fassen sämtliche übrige Beitragsleistungen der OeNB zu Sonderkreditaktionen des IWF zusammen. Im vorliegenden Jahresabschluss besteht dieser Posten ausschließlich aus Forderungen aus Beitragsleistungen (über 50 Mio SZR) im Zusammenhang mit der „Beteiligung an der Poverty Reduction and Growth Facility“ (PRGF). Die Sonderaktion PRGF unterstützt die Ziele des IWF durch Gewährung von sehr weichen Krediten an die ärmsten Entwicklungsländer, um damit Wirtschaftsprogramme zu finanzieren, die auf eine erhebliche und nachhaltige Stärkung der Zahlungsbilanzsituation und des Wachstums abzielen.

Die **Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva** stellen sich wie folgt dar:

	31. 12. 1999	31. 12. 2000	Veränderung	
	in 1.000 EUR		in %	
Guthaben bei Banken	4.514.768	3.794.482	- 720.286	-16,0
Wertpapiere	9.177.619	10.371.623	+1.194.004	+13,0
Kredite	1.991	537	- 1.454	-73,0
Sonstige Forderungen	6.717	7.193	+ 476	+ 7,1
Insgesamt	13.701.095	14.173.835	+ 472.740	+ 3,5

1 Die OeNB hat gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 309/1971 zur Gänze die Quote der Republik Österreich für eigene Rechnung übernommen.

2 Gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 440/1969 ist die OeNB ermächtigt, für eigene Rechnung, aber im Namen der Republik Österreich am System der Sonderziehungsrechte teilzunehmen und die unentgeltlich zuge teilten bzw. entgeltlich erworbenen Sonderziehungsrechte in ihre Aktiven einzustellen.

In den Guthaben bei Banken sind Fremdwährungsbestände auf Korrespondenzkonten, Festgelder und Taggeldanlagen enthalten. Die Wertpapiere wurden von Emittenten mit Sitz außerhalb des Eurowährungsraums begeben. Sämtliche Veranlagungen werden bei Partnern mit bester Bonität vorgenommen.

Unter den Krediten außerhalb des Eurowährungsraums wird zum Bilanzstichtag ein der türkischen Zentralbank im Jahr 1981 mit 15 Mio USD zur Verfügung gestellter Kredit mit einem restlichen Gesamtwert von 537 Tsd EUR ausgewiesen. Die ausgewiesene Abnahme ist im Wesentlichen auf planmäßige Tilgung über 1.593 Tsd EUR zurückzuführen, wobei anzumerken ist, dass ein zweiter (im Jahr 1980) gewährter Kredit, nunmehr zur Gänze getilgt worden ist. Die zum Bilanzstichtag 2000 aushaftende restliche Kreditforderung wird im Februar 2001 völlig getilgt. Die rechtliche Basis bilden für den ersten Türkeikredit das Bundesgesetz vom 21. Februar 1980, BGBl. Nr. 99, und für den zweiten Türkeikredit das Bundesgesetz vom 26. November 1980, BGBl. Nr. 556.

Die Sonstigen Forderungen außerhalb des Eurowährungsraums beinhalten Valuten (6.967 Tsd EUR) und zu refundierende Kapitalertragsteuern (226 Tsd EUR).

3. Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet

Die Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet beinhalten im Detail:

	31. 12. 1999	31. 12. 2000	Veränderung	
	in 1.000 EUR		in %	
Guthaben bei Banken	2,001.578	947.618	-1,053.960	- 527
Wertpapiere	119.273	595.973	+ 476.700	+3997
Insgesamt	2,120.851	1,543.591	- 577.260	- 272

4. Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets

In diesem Bilanzposten sind alle auf Euro lautenden Veranlagungen und Konten bei Geschäftspartnern, die ihren Sitz nicht im Euro-Währungsgebiet haben, enthalten. Die TARGET-Salden jener europäischen Zentralbanken, die nicht an der dritten Stufe der WWU teilgenommen haben, werden ab 30. November 2000 nicht mehr unter diesem Posten, sondern unter dem Passivposten 10.3 „Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten (netto)“ gemeinsam mit jenen gegenüber teilnehmenden Nationalen Zentralbanken (NZBen) ausgewiesen.

Zu den Bilanzstichtagen 1999 und 2000 setzt sich dieser Bilanzposten wie folgt zusammen:

	31. 12. 1999	31. 12. 2000	Veränderung	
	in 1.000 EUR		in %	
TARGET-Salden gegenüber den an der dritten Stufe der WWU nicht teilnehmenden Zentralbanken	1,661.756	-	-1,661.756	-1000
Wertpapier- und sonstige Veranlagungen	1,689.743	1,860.162	+ 170.419	+ 101
Insgesamt	3,351.499	1,860.162	-1,491.337	- 445

Die Erläuterungen zur Verzinsung der TARGET-Salden ist im Passivposten 10.3 „Sonstige Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten (netto)“ dargestellt.

5. Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet

In diesem Bilanzposten sind die im Zusammenhang mit der Liquiditätsbereitstellung durchgeführten Geschäfte dargestellt.

Die Zusammensetzung dieses Bilanzpostens zeigt folgendes Bild:

	31. 12. 1999	31. 12. 2000	Veränderung	
	in 1.000 EUR			in %
5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte	2,764.743	4,843.971	+2,079.228	+75,2
5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	2,707.505	2,126.794	- 580.711	-21,4
5.3 Feinsteuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	-	-	-	-
5.4 Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen	-	-	-	-
5.5 Spitzenrefinanzierungsfazilität	-	-	-	-
5.6 Forderungen aus Margenausgleich	-	-	-	-
Insgesamt	5,472.248	6,970.765	+1,498.517	+27,4

Als **Hauptrefinanzierungsgeschäfte** werden die regelmäßig stattfindenden liquiditätszuführenden befristeten Transaktionen bezeichnet. Sie werden von den NZBen in wöchentlichem Abstand, mit einer Laufzeit von zwei Wochen im Rahmen von Standardtendern durchgeführt. Alle Geschäftspartner, die die allgemeinen Zulassungskriterien erfüllen, sind zur Abgabe von Geboten innerhalb eines Tages berechtigt. Im Jahr 2000 wurden Hauptrefinanzierungsgeschäfte bis zum Juni 2000 ausschließlich mittels

Mengentender zugeteilt. Bei einem Mengentender gibt die EZB den Zinssatz vor und die Teilnehmer geben Gebote über den Betrag ab, den sie zum gegebenen Zinssatz kaufen wollen. Ab 28. Juni 2000 wurde das Zuteilungsverfahren im Rahmen der Hauptrefinanzierungsgeschäfte vom Mengentender auf den Zinstender umgestellt. Die Umstellung auf den Zinstender war eine Reaktion auf die hohen Überbietungen, die zuvor im Rahmen des Mengentenderverfahrens aufgetreten waren. Die Hauptmerkmale des neuen Tenderverfahrens liegen darin, dass die teilnahmeberechtigten Geschäftspartner Gebote für bis zu zehn verschiedene Zinssätze abgeben können. Bei jedem Gebot geben sie den Betrag, den sie mit dem Eurosystem handeln wollen und den entsprechenden Zinssatz an. Gebote, die unter dem von der EZB bekannt gegebenen Mindestbietungssatz liegen, werden nicht berücksichtigt. Dieser belief sich anfänglich auf 4,25% und war somit genauso hoch wie der zuletzt für Mengentender festgelegte Zinssatz, was die Kontinuität der Geldpolitik unterstrich. Die Gebote mit den höchsten Zinssätzen werden zuerst erfüllt und die Gebote mit den darauf folgenden Zinssätzen werden so lange bedient, bis die gesamte vorgesehene Liquiditätsmenge beim marginalen Zinssatz ausgeschöpft ist.

Die **längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte** sind liquiditätszuführende befristete Transaktionen in monatlichem Abstand und mit einer Laufzeit von drei Monaten. Über diese Geschäfte sollen den Geschäftspartnern zusätzliche längerfristige Refinanzierungsmittel zur Verfügung gestellt werden. Sie werden von den NZBen im Wege von Standardtendern durchgeführt. Die

im Rahmen von längerfristigen Refinanzierungsgeschäften durchgeführten Tender wurden im Jahr 2000 ausschließlich nach dem Zinstenderverfahren abgewickelt.

Feinststeuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen werden von Fall zu Fall zur Steuerung der Marktliquidität und der Zinssätze durchgeführt, und zwar insbesondere, um die Auswirkungen unerwarteter marktmaßiger Liquiditätsschwankungen auf die Zinssätze auszugleichen. Die Feinststeuerungsinstrumente und -verfahren werden der jeweiligen Art der Transaktionen und den dabei verfolgten speziellen Zielen angepasst. Feinststeuerungsoperationen werden üblicherweise von den NZBen über Schnelltender oder bilaterale Geschäfte durchgeführt. Der EZB-Rat entscheidet, ob in Ausnahmefällen Feinststeuerungsoperationen von der EZB selbst durchgeführt werden.

Im Jahr 2000 wurde eine befristete Feinststeuerungsoperation in Höhe von 50 Mio EUR durchgeführt. Der Zinssatz lag bei 4,35% p. a. Zum Jahresultimo 2000 weist dieser Posten keinen Stand aus.

Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen werden eingesetzt, wenn die EZB die strukturelle Liquiditätsposition des Finanzsektors gegenüber dem ESZB anpassen will. Im Jahr 2000 wurden keine derartigen Geschäfte getätigt.

Der Finanzsektor kann die **Spitzenrefinanzierungsfazität** in Anspruch nehmen, um sich von den NZBen Übernachtliquidität zu einem vorgegebenen Zinssatz gegen refinanzierungsfähige Sicherheiten zu beschaffen. Diese Kreditlinie ist zur Deckung eines vorübergehenden Liquiditätsbedarfs der Geschäfts-

partner bestimmt. Der Zinssatz dieser Fazilität bildet im Allgemeinen die Obergrenze des Taggeldsatzes. Die Spitzenrefinanzierungsfazität wurde im Jahr 2000 mehrfach in Anspruch genommen.

Forderungen aus Margenausgleich resultieren aus einer allfälligen Verpflichtung der Zentralbank, überschüssige Sicherheiten den Geschäftspartnern zur Verfügung zu stellen. Wenn dies nicht durch die Rückgabe von Wertpapieren, sondern durch Gutschrift auf dem Girokonto erfolgt, wird in diesem Subposten eine Forderung gegen die Geschäftspartner eingestellt. Im Jahr 2000 bestanden aus diesem Titel keine Forderungen.

6. Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet

Bilanzstand 31. 12. 2000	166.357 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 1999 ¹⁾	992.820 Tsd EUR
Veränderung	-826.463 Tsd EUR (-83,2%)

In diesem Posten, der zum 31. Dezember 1999 unter dem Bilanzposten 5. „Forderungen in Euro an den Finanzsektor im Euro-Währungsgebiet“/5.7 „Sonstige Forderungen“ ausgewiesen wurde, sind vor allem Reverse Repos (das sind Pensionsgeschäfte zu Veranlagungszwecken) enthalten.

Weiters werden ein OeNB-Festgeldkonto – das für die teilweise Gewinnausschüttung an den Bund zur Verfügung steht – und diverse Eurokonten bei ausländischen Banken ausgewiesen.

¹ Dieser Posten wurde im Jahresabschluss 1999 im Aktivposten 5.7 „Sonstige Forderungen“ ausgewiesen. Der Bilanzstand zum 31. Dezember 1999 wurde entsprechend angepasst.

7. Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet

Bilanzstand 31. 12. 2000	1,381.552 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 1999	1,744.060 Tsd EUR
Veränderung	– 362.508 Tsd EUR (–20'8%)

In diesem Posten sind alle marktgängigen Wertpapiere inklusive der Staatspapiere aus der Zeit vor der WWU, die auf Währungen jener Staaten, die an der dritten Stufe teilnehmen, denominated sind und nicht unter dem „Währungspolitischen Instrumentarium“ auszuweisen bzw. keinen bestimmten Veranlagungszwecken gewidmet sind, zusammengefasst.

Die Jahresveränderung ist insbesondere auf transaktionsbedingte Abgänge zurückzuführen.

8. Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte

Bilanzstand 31. 12. 2000	255.644 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 1999	221.424 Tsd EUR
Veränderung	+ 34.220 Tsd EUR (+15'5%)

Dieser Bilanzposten stellt ausschließlich die „Forderung gegen den Bundesschatz wegen vor 1989 emittierter Silbergedenkmünzen“ dar. Sie basiert auf dem Scheidemünzengesetz 1988 in der Fassung des BGBl. Nr. 425/1996.

Das theoretische Höchstausmaß der Einlösungsverpflichtung des Bundes von 1,306.120 Tsd EUR ist die Summe aller vor 1989 ausgegebenen Silbergedenkmünzen, vermindert um bereits bezahlte Münzenrücklieferungen sowie um von der Münze Österreich AG direkt eingezogene beschädigte Münzen. In der Bilanz der OeNB wird gegenüber dem Bund die – um die noch nicht tilgbaren Komponenten Um-

lauf (1,032.795 Tsd EUR) und Kassenbestand (17.681 Tsd EUR) – reduzierte Buchforderung ausgewiesen. Diese Vorgangsweise wird auch von der EZB als vertragskonform bestätigt. Tilgungen erfolgen mit einem jährlichen Betrag von 5.814 Tsd EUR (das sind 80 Mio ATS) aus dem Gewinnanteil des Bundes am Erfolgsüberschuss der OeNB. Weiters sind die Erlöse aus der Verwertung der Münzen zur Tilgung zu verwenden. Die am 31. Dezember 2040 allenfalls noch bestehende tilgbare Schuld ist in den folgenden fünf Jahren (2041 bis 2045) in gleich hohen jährlichen Raten zu tilgen.

Rücklieferungen von Silbergedenkmünzen an den Bund im Gesamtnennwert von 50.196 Tsd EUR standen Tilgungen aus dem Gewinnanteil des Bundes am Erfolgsüberschuss 1999 der OeNB sowie aus Verwertungserlösen von Silbermünzen über insgesamt 15.969 Tsd EUR gegenüber.

9. Intra-Eurosystem-Forderungen

In diesem Bilanzposten sind vor allem jene Salden enthalten, die zwischen den elf am Eurosystem teilnehmenden Zentralbanken und der EZB bestehen. Im Einzelnen sind dies der EZB-Kapitalanteil, die Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven gemäß Art. 30 des ESZB/EZB-Statuts sowie die TARGET- und sonstigen Intra-Eurosystem-Salden, sofern sich diese zum Stichtag in ihrer Gesamtheit netto als Forderung darstellen. Seit 30. November 2000 sind auch die TARGET-Salden der nicht am Eurosystem teilnehmenden ESZB-Zentralbanken in diesem Posten integriert. Da die TARGET- und sonstigen Intra-Eurosystem-Salden

am Jahresende eine Netto-Verbindlichkeit ergeben, ist die Entwicklung im Passivposten 10.3 „Sonstige Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten (netto)“ dargestellt.

Die **Intra-Eurosystem-Forderungen** setzen sich zum 31. Dezember 2000 wie folgt zusammen:

	31. 12. 1999	31. 12. 2000	Veränderung
	in 1.000 EUR		
9.1 Beteiligung an der EZB	117.970	117.970	-
9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven	1,179.700	1,179.700	-
Insgesamt	1,297.670	1,297.670	-

Der Anteil, den die OeNB am gesamten **EZB-Kapital** von 5 Mrd EUR hält, beträgt zum Bilanzstichtag 2'3594% und ist damit gegenüber dem 31. Dezember 1999 unverändert geblieben.

Die EZB-Kapitalanteile der jeweiligen NZBen zeigt die nachstehende Tabelle:

Kapitalanteile der 15 EU-Zentralbanken davon eingezahlt			
	in %	in EUR	
Deutsche Bundesbank	24'4935	1.224,675.000	1.224,675.000
Banque de France	16'8337	841,685.000	841,685.000
Banca d'Italia	14'8950	744,750.000	744,750.000
Banco de España	8'8935	444,675.000	444,675.000
De Nederlandsche Bank	4'2780	213,900.000	213,900.000
Banque Nationale de Belgique	2'8658	143,290.000	143,290.000
Oesterreichische Nationalbank	2'3594	117,970.000	117,970.000
Banco de Portugal	1'9232	96,160.000	96,160.000
Suomen Pankki	1'3970	69,850.000	69,850.000
Central Bank of Ireland	0'8496	42,480.000	42,480.000
Banque Central de Luxembourg	0'1492	7,460.000	7,460.000
	78'9379	3.946,895.000	3.946,895.000
Bank of England	14'6811	734,055.000	36,702.750
Sveriges Riksbank	2'6537	132,685.000	6,634.250
Bank of Greece	2'0564	102,820.000	5,141.000 ¹⁾
Danmarks Nationalbank	1'6709	83,545.000	4,177.250
	21'0621	1.053,105.000	52,655.250
Insgesamt	100'0000	5.000,000.000	3.999,550.250

¹⁾ Ab 1. Jänner 2001 – mit dem Eintritt Griechenlands in das Eurosystem – voll eingezahlt.

Die **Übertragung von Währungsreserven** von den am Eurosystem teilnehmenden Zentralbanken an die EZB ist im Art. 30 der ESZB/EZB-Statuten vorgesehen. Die resultierenden Euroforderungen aus dieser Transaktion werden in dieser Position ausgewiesen.

Die von der OeNB transferierten Werte werden im Namen und für Rechnung der EZB von der OeNB – separiert von ihren Eigenbeständen – verwaltet und scheinen daher nicht in der OeNB-Bilanz auf.

Die ausgewiesene, nicht rückzahlbare Euroforderung wird mit 85% des geltenden Zinssatzes des Hauptrefinanzierungsinstruments auf täglicher Basis seitens der EZB verzinst.

10. Schwebende Verrechnungen

Dieser Posten ist für die Bilanz 2000 nicht erforderlich.

11. Sonstige Aktiva

Die Sonstigen Aktiva setzen sich aus den folgenden Bilanzposten zusammen:

	31. 12. 1999	31. 12. 2000	Veränderung	
	in 1.000 EUR		in %	
11.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets	98.347	67.952	- 30.395	- 30'9
11.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	54.695	109.891	+ 55.196	+100'9
11.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen	2,387.399	2,432.098	+ 44.699	+ 1'9
11.4 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	385	41.598	+ 41.213	-
11.5 Rechnungsabgrenzungsposten	305.880	399.076	+ 93.196	+ 30'5
11.6 Sonstiges	1,035.164	1,040.819	+ 5.655	+ 0'5
Insgesamt	3,881.870	4,091.434	+209.564	+ 5'4

Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets stellen den Kassenbestand der OeNB an umlauf-fähigen Münzen der am ESZB teil-nehmenden Mitgliedstaaten dar. Im Jahr 2000 sowie zum Bilanzstichtag waren in diesem Posten aus-schließlich Schillingmünzen erfasst.

Details zum Scheidemünzen-umlauf sowie nähere Angaben zur Ausstattung der Münzen (Durch-messer, Raugewicht, Legierung) können den im Tabellenteil enthalte-nen Aufgliederungen entnommen werden. Beim Scheidemünzen-umlauf handelt es sich um einen nicht in der OeNB-Bilanz aufschei-nenden statistischen Wert, der sich aus den Nennwerten der von der Münze Österreich AG geprägten und von der OeNB in Umlauf ge-brachten Scheidemünzen sowie von der Münze Österreich AG direkt ausgegebenen Sonderanfertigungen von Scheidemünzen bzw. Gold-bullionmünzen, abzüglich direkt eingezogener Münzen, errechnet. Diese Vorgangsweise ist im Scheide-münzengesetz 1988 geregelt. Sie entspricht auch der harmonisierten Ausweisung der anderen Zentral-banken im ESZB.

Die **Sachanlagen und im-materiellen Vermögensgegen-stände** beinhalten Gebäude und Grundstücke, Einrichtung und Maschinen (Geschäftsausstattung, Hard- und Software, Kraftfahr-zeuge) mobile Sachwerte und im-materielle Vermögensgegenstände.

Die **Gebäude und Grund-stücke** zeigen folgende Entwick-lung:

Anschaf-fungs- und Herstel-lungskosten bis 31. 12. 1999	Zugänge im Jahr 2000	Abgänge im Jahr 2000	Um-reihung (-)	Kumu-lierte Abschrei-bungen	Buchwert 31. 12. 2000	Buchwert 31. 12. 1999	Abschrei-bungen des Jahres 2000
37.134 ¹⁾	31.054	9.998	1.092	13.999	43.099	23.244	109

¹⁾ Bei jenen Gebäuden und Grundstücken, die bereits vor dem 31. Dezember 1956 angeschafft worden waren, wurden die Anschaffungskosten aus der Schilling-Eröffnungsbilanz (BGBl. Nr. 190/1954) über-nommen.

Die **Einrichtung und Ma-schinen** zeigen folgende Entwick-lung:

Anschaf-fungskosten bis 31. 12. 1999	Zugänge im Jahr 2000	Abgänge im Jahr 2000	Um-reihung (+)	Kumu-lierte Abschrei-bungen	Buchwert 31. 12. 2000	Buchwert 31. 12. 1999	Abschrei-bungen des Jahres 2000
68.391	15.860	7.692 ¹⁾	1.092	41.838	36.062	31.381	12.174

¹⁾ Die Differenz zwischen den Buchwertabgängen und den Abgängen zu den historischen Anschaffungs-kosten beträgt 7.594 Tsd EUR.

Die **mobilen Sachwerte** in Höhe von 30.026 Tsd EUR, die bisher im sonstigen Finanzanlage-vermögen erfasst wurden, werden im Jahr 2000 in den Posten „Sach-anlagen und immaterielle Ver-mögensgegenstände“ umgewidmet. Dabei handelt es sich um die Samm-lung von Streichinstrumenten alter Meister,¹⁾ die zum Bilanzstichtag 2000 unverändert aus 21 Geigen, vier Violoncelli und zwei Violen be-steht. Die Instrumente werden an förderungswürdige Musikausübende verliehen.

Die **immateriellen Ver-mögensgegenstände** (Nutzungs-recht an einer Wohnung) zeigen folgende Entwicklung:

¹⁾ Im Jahr 1989 hatte die OeNB begonnen, eine Sammlung historischer Streichinstrumente aufzubauen.

Anschaffungs- kosten bis 31. 12. 1999 in 1.000 EUR	Zugänge im Jahr 2000	Abgänge im Jahr 2000	Kumulierte Abschrei- bungen	Buchwert 31. 12. 2000	Buchwert 31. 12. 1999	Abschrei- bungen des Jahres 2000
70	649	-	15	704	70	15

Das **Sonstige Finanzanlagevermögen** setzt sich im Detail wie folgt zusammen:

	31. 12. 1999 in 1.000 EUR	31. 12. 2000	Veränderung in %
Wertpapierveranlagungen	1.681.192	1.716.261	+ 35,069
Beteiligungen	642.566	695.851	+ 53,285
Sachwerte	24.533	-	- 24,533
Sonstige Vermögens- gegenstände	39.108	19.986	- 19,122
Insgesamt	2.387.399	2.432.098	+ 44,699

Vom Gesamtbestand der **Wertpapierveranlagungen** waren 1.702.417 Tsd EUR der Veranlagung der Pensionsreserve und 13.844 Tsd EUR der Veranlagung des Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft gewidmet. Aus der Bewertung resultieren buchmäßige Kursgewinne in Höhe von 18.804 Tsd EUR, denen buchmäßige Kursverluste über insgesamt 562 Tsd EUR gegenüberstehen.

Die **Beteiligungen** stellen sich bewertet nach der Substanzwertmethode wie folgt dar:

Anschaffungs- kosten bis 31. 12. 1999 in 1.000 EUR	Zugänge im Jahr 2000	Abgänge im Jahr 2000	Buchwert 31. 12. 2000	Buchwert 31. 12. 1999	Abschrei- bungen des Jahres 2000	Neu- bewer- tung im Jahr 2000
642.566	18.350	92	695.851	642.566	199	35.226

Die Beteiligungen wurden mit ihren jeweiligen Substanzwerten im Jahresabschluss 2000 erfasst.

Die „Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH“

(OeBS) hat ein Stammkapital von 7.267 Tsd EUR und steht zur Gänze im Eigentum der OeNB. Das Eigenkapital belief sich zum 31. Dezember 1999 auf 66.634 Tsd EUR.

Weiters wird darin die 100-prozentige Beteiligung an der Münze Österreich AG, Wien, bilanziert. Die Münze Österreich AG hat im abgelaufenen Jahr für das Geschäftsjahr 1999 eine Dividende von 3.634 Tsd EUR (1999 für das Geschäftsjahr 1998: 3.634 Tsd EUR) an die OeNB ausgeschüttet.

Das Grundkapital der Münze Österreich AG beträgt 5.450 Tsd EUR. Das Eigenkapital belief sich zum 31. Dezember 1999 auf 222.593 Tsd EUR, der Jahresüberschuss auf 9.340 Tsd EUR.

Da die Münze Österreich AG erst mit Ausgabe der Euromünzen (ab dem 1. Jänner 2002) entsprechende Münzgewinne (Differenz zwischen den Produktionskosten und dem Nominale der Münzen) realisieren kann, die Produktion jedoch schon Ende 1998 begonnen hat, ist die Münze Österreich AG in der Zeit zwischen Produktionsbeginn und Ausgabetermin finanziell stark belastet. Aus diesem Grund hat die OeNB bereits im Jahr 1998 der Münze Österreich AG die benötigten Mittel in Höhe von 145.346 Tsd EUR in Form einer Vorauszahlung zur Verfügung gestellt. Diese Zahlung wird bei der Auslieferung der Euromünzen ab 1. Jänner 2002 vom zu bezahlenden Nominalwert dieser Münzenlieferungen in Abzug gebracht.

Die OeNB ist zum Jahresabschluss 2000 mit 96,4% am Stammkapital der GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertpapiergestionierung und Transportkoordination GmbH (GSA) beteiligt. Der Gesellschaftszweck dient primär der

Bargeldbearbeitung und dem Bargeldumtausch sowie der Qualitätssicherung der Zahlungsmittel. Das Stammkapital beträgt 36 Tsd EUR. Von den sieben geplanten Cash-Zentren der GSA (Wien, Bregenz, Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Linz, und Salzburg) sind im Jahr 2000 die Standorte Linz, Wien und Graz in Betrieb genommen worden. Die verbleibenden Standorte werden im ersten Halbjahr 2001 den Geschäftsbetrieb aufnehmen.

Bezüglich der übrigen Beteiligungen wird auf § 241 HGB verwiesen.

Der Bilanzposten 11.6 (Sonstiges) setzt sich im Detail wie folgt zusammen:

	31. 12. 1999	31. 12. 2000	Veränderung
	in 1.000 EUR		
ERP-Kreditforderungen gegen Unternehmen	731.732	732.226	+ 494
OeKB-Taggeldkonto für die Vergabe von ERP-Krediten	107.765	124.928	+17.163
ERP-Fonds-Nationalbankblock	839.497	857.154	+17.657
Vorauszahlung zur Vorfinanzierung der Euro-Münzen-Produktion	145.346	145.346	–
Gehaltsvorschüsse an Dienstnehmer	6.359	7.083	+ 724
Sonstige Forderungen	43.962	31.236	–12.726
Insgesamt	1,035.164	1,040.819	+ 5.655

Gemäß § 3 Abs. 2 des ERP-Fonds-Gesetzes errechnet sich der Plafond der Finanzierungsverpflichtung der OeNB aus dem seinerzeit von der Bundesschuld abgeschrieben Betrag über 4.705,404.000 – ATS (341.955 Tsd EUR) zuzüglich der Summe angesammelter Zinsüberschüsse. Zum 31. Dezember 2000 beliefen sich diese auf 515.199 Tsd EUR.

Der Rahmen für die aus dem Nationalbankblock zu gewährenden Kredite beläuft sich am 31. Dezember 2000 auf insgesamt 857.154 Tsd EUR. Die Finanzierung von ERP-Krediten erfolgt in Form von Buchkrediten, wobei die rechtliche

Grundlage dafür im § 83 NBG verankert ist.

Die Restlaufzeiten der Gehaltsvorschüsse an Dienstnehmer der Bank betragen in fast allen Fällen mehr als ein Jahr. Zur Besicherung der Vorschüsse dienen durchwegs Ablebensrisikoversicherungen.

Die Sonstigen Forderungen beinhalten solche aus dem laufenden Bankgeschäft.

Passiva

I. Banknotenumlauf

Bilanzstand 31. 12. 2000	13,933.755 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 1999	13,328.056 Tsd EUR
Veränderung	+605.699 Tsd EUR (+4'6%)

Der Posten enthält die im Umlauf befindlichen Schillingbanknoten, abzüglich jener, die bei anderen am Eurosystem teilnehmenden Zentralbanken eingegangen sind und dort verwahrt werden.

Die Einschränkung hinsichtlich jener Banknoten bei anderen NZBen gründet sich auf Art. 9.1 der Guideline ECB/2000/18 sowie auf die Umsetzung des Art. 52 der ESZB/EZB-Statuten.¹⁾ Durch diese Regelung wird die richtige Darstellung des gesamten Banknotenumlaufs des Eurosystems in der konsolidierten ESZB-Bilanz sichergestellt. Konkret bedeutet dies, dass – sobald eine der NZBen Schillingbanknoten im Zuge der Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus dem Art. 52 der ESZB/EZB-Statuten entgegennimmt – sie den entsprechenden Eurogegenwert in ihre Bücher einstellt. Gleichzeitig reduziert die OeNB ihrerseits den Banknotenumlauf im gleichen Ausmaß. Solche, bei anderen NZBen eingegangene Schillingbanknoten, werden zu einem späteren Zeitpunkt – in zwischen den beteiligten

^{1) Der Art. 52 verpflichtet die NZBen, den Umtausch von Euro-In-Währungen gegen das jeweilige, nationale gesetzliche Zahlungsmittel gebührenfrei zur Parität des unwiderruflich festgelegten Umrechnungskurses für die Allgemeinheit (zumindest an einer Stelle pro Land und auf Haushaltsmengen beschränkt) zu ermöglichen. Die OeNB kommt dieser Verpflichtung in allen ihren Bankanstalten nach, wobei die Abwicklung des Valutenumtauses selbst durch beauftragte Unternehmen in den Räumlichkeiten und im Namen der OeNB, jedoch für fremde Rechnung als Dienstleistung erbracht wird.}

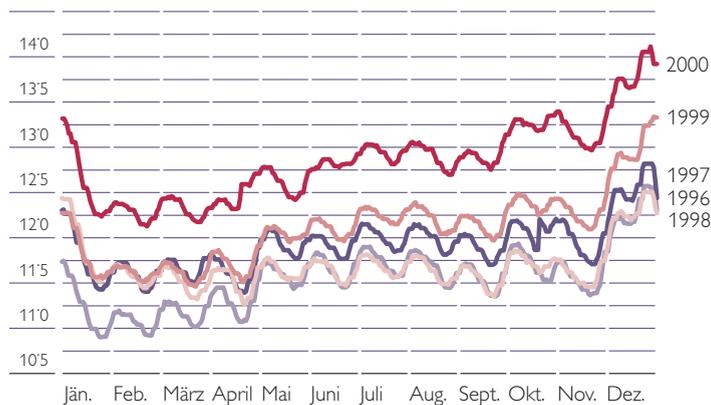
Zentralbanken festgelegten Volumina – an die OeNB repatriiert.

Wie die nachstehende Tabelle zeigt, ergaben sich in den Jahren 1996 bis 2000 – mit Ausnahme des Jahres 1998 – stets Steigerungen. Der hohe Durchschnittswert des abgelaufenen Jahres ist dadurch beeinflusst, da in den ersten Jännertagen 2000 wegen des Jahrtausendwechsels Bargeld in erhöhtem Ausmaß gehalten wurde.

	Veränderung zum Vorjahr		
	Jahresdurchschnitt des Banknotenumlaufs	in Mio EUR	
1996	11.543	+628	+5'8
1997	11.913	+370	+3'2
1998	11.688	-225	-1'9
1999	12.095	+407	+3'5
2000	12.851	+756	+6'3

Banknotenumlauf

Tagesstände in Mrd EUR



Quelle: OeNB.

Der historisch höchste Banknotenumlauf wurde am 27. Dezember 2000 mit 14.127 Mio EUR erreicht, der niedrigste des abgelaufenen Jahres wurde dagegen am 22. Februar mit 12.131 Mio EUR verzeichnet.

2. Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet

Zu den Bilanzstichtagen 1999 und 2000 setzt sich dieser Bilanzposten wie folgt zusammen:

	31. 12. 1999	31. 12. 2000	Veränderung	
	in 1.000 EUR		in %	
2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)	3,235.186	3,402.809	+167.623	+ 5'2
2.2 Einlagefazilität	15.350	–	– 15.350	–10'00
2.3 Termineinlagen	–	–	–	–
2.4 Feinsteuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	–	–	–	–
2.5 Verbindlichkeiten aus Margenausgleich	–	–	–	–
Insgesamt	3,250.536	3,402.809	+152.273	+ 4'7

Die **Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)** werden im Wesentlichen von Kreditinstituten im Zusammenhang mit der Erfüllung der Mindestreserve gehalten.

Seit 1. Jänner 1999 werden die Mindestreserve-Guthaben der Kreditinstitute auf täglicher Basis verzinst. Der anzuwendende Zinssatz entspricht dem jeweils aktuellen Zinssatz des Hauptrefinanzierungsinstruments.

Als **Einlagefazilität** werden jene Einlagen ausgewiesen, die im Rahmen ständiger Fazilitäten von österreichischen Kreditinstituten bei der OeNB zu einem vorgegebenen Zinssatz über Nacht getätigt werden.

Im Jahr 2000 wurde ein Geschäft als **Termineinlage**, das zu 3% p. a. verzinst wurde, abgewickelt.

**5. Verbindlichkeiten
in Euro gegenüber
sonstigen Ansässigen
im Euro-Währungsgebiet**

Bilanzstand 31. 12. 2000	18.202 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 1999	19.115 Tsd EUR
Veränderung	- 913 Tsd EUR (-4'8%)

Dieser Bilanzposten enthält die Einlagen öffentlicher Haushalte sowie die Girokonten sonstiger Nichtbanken.

Darunter befinden sich auch die Guthaben des „Internationalen Fonds der Donaukommission zur Räumung der Fahrrinne der Donau“ (Donaufonds), einer zwischenstaatlichen Organisation mit Sitz in Wien, die mit der Abwicklung der Finanzierung der Wiederschiffbar-machung der Donau im Bereich Novi Sad beauftragt wurde und unter der Schirmherrschaft der EU-Kommission steht. Die Mittel des Donaufonds (bereitgestellt zu 85% von der Europäischen Kommission und zu 15% von Anrainerstaaten und anderen Gebern) werden von der OeNB auf Basis des „Bundes-gesetzes über den Internationalen Fonds zur Räumung der Schifffahrts-rinne der Donau“ (BGBl. I Nr. 70/2000) veranlagt.

**6. Verbindlichkeiten
in Euro gegenüber
Ansässigen außerhalb
des Euro-Währungsgebiets**

Bilanzstand 31. 12. 2000	7.177 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 1999	237.317 Tsd EUR
Veränderung	-230.140 Tsd EUR (-97'0%)

In diesem Bilanzposten sind Euroverbindlichkeiten gegen Zen-tralbanken und Währungsinstitutio-nen, die nicht dem Eurosystem an-gehören, zusammengefasst. Die im

Vorjahr enthaltenen Verbindlichkei-ten aus TARGET-Konten mit nicht am Eurosystem teilnehmenden Zentralbanken (213.006 Tsd EUR) sind heuer unter dem Passivposten 10.3 „Sonstige Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten (netto)“ ausge-wiesen.

**7. Verbindlichkeiten
in Fremdwährung
gegenüber Ansässigen
im Euro-Währungsgebiet**

Bilanzstand 31. 12. 2000	330.688 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 1999	375.172 Tsd EUR
Veränderung	- 44.484 Tsd EUR (-11'9%)

Dieser Bilanzposten resultiert aus Fremdwährungsverbindlich-keiten gegenüber dem Finanzsektor.

**8. Verbindlichkeiten
in Fremdwährung
gegenüber Ansässigen
außerhalb
des Euro-Währungsgebiets**

Bilanzstand 31. 12. 2000	900.889 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 1999	1,339.702 Tsd EUR
Veränderung	- 438.813 Tsd EUR (-32'8%)

Dieser Bilanzposten weist neben Swap-Geschäften auch Fremd-währungsverbindlichkeiten aus Repo-Geschäften mit dem Finanz-sektor aus. Die ausgewiesene Ab-nahme ist auf das geringere Ausmaß an Repo-Geschäften zurückzu-führen.

9. Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte

Bilanzstand 31. 12. 2000	250.678 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 1999	244.392 Tsd EUR
Veränderung	+ 6.286 Tsd EUR (+2,6%)

Dieser Bilanzposten stellt den zum Bilanzstichtag errechneten Gegenwert der vom IWF der OeNB unentgeltlich zugeteilten 179 Mio SZR dar. Die Zuteilungen erfolgten jeweils zum 1. Jänner der Jahre 1970 bis 1972 und 1979 bis 1981.

10. Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten

Bilanzstand 31. 12. 2000	5,024.024 Tsd EUR
Bilanzstand 31. 12. 1999	6,724.087 Tsd EUR
Veränderung	-1,700.063 Tsd EUR (-25,3%)

In diesem Posten ist jener Nettosaldo dargestellt, der aus Transaktionen zwischen der OeNB und den übrigen 14 NZBen (also einschließlich der nicht an der dritten Stufe der WWU teilnehmenden Zentralbanken) bzw. der EZB insbesondere aus dem Zahlungsverkehrssystem TARGET entstanden ist. Zusätzlich zu diesen Konten bestehen weiterhin mit einzelnen Zentralbanken auch Korrespondenzkonten, die z. B. im Falle einer vorübergehenden Störung von TARGET verwendet werden können. Die aus täglichen Transaktionen resultierenden bilateralen Einzelsalden der OeNB gegenüber den Zentralbanken werden am Tagesende auf das Konto mit der EZB im Wege einer Zession umgebucht (Netting by Novation).

In der Zeit von 1. Jänner 1999 bis 30. November 2000 wurden die Salden der teilnehmenden Zentralbanken saldiert entweder als

Gesamtforderung oder -verbindlichkeit ausgewiesen. Die TARGET-Salden der nicht teilnehmenden Zentralbanken wurden saldoabhängig länderweise als Forderung bzw. Verbindlichkeit unter dem Aktivposten 4.1 „Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets“ oder unter dem Passivposten 6. „Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets“ dargestellt.

Die Verzinsung des Saldos mit der EZB erfolgt auf täglicher Basis durch die EZB zum Monatsende. Für die Berechnung kommt der von der EZB bekannt gegebene marginale Zinssatz des Hauptrefinanzierungsinstruments zur Anwendung.

11. Schwebende Verrechnungen

Dieser Posten ist in der Bilanz 2000 nicht erforderlich.

12. Sonstige Passiva

Die Sonstigen Passiva setzen sich aus den folgenden Bilanzposten zusammen:

	31. 12. 1999 in 1.000 EUR	31. 12. 2000	Veränderung in %	
12.1 Neubewertungs- posten aus außer- bilanziellen Geschäften	23.697	3.976	- 19.721	-83,2
12.2 Rechnungs- abgrenzungsposten	59.207	79.671	+ 20.464	+34,6
12.3 Sonstiges	804.917	1.017.665	+212.748	+26,4
Insgesamt	887.821	1.101.312	+213.491	+24,0

Im **Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften** werden die aus der Bewertung von außerbilanziellen Positionen stammenden Kursverluste subsumiert, die gegen die Gewinn- und Verlustrechnung verrechnet werden.

Der Passivposten 12.3 (Sontiges) setzt sich zusammen aus:

	31. 12. 1999	31. 12. 2000	Veränderung	
	in 1.000 EUR			in %
Satzungsgemäßer Gewinnanteil des Bundes (ohne Dividende)	773.330	988.429	+215.099	+27,8
Förderungsmittel des Jubiläumsfonds	24.949	17.033	- 7.916	-31,7
Sonstiges	6.638	12.203	+ 5.565	+83,8
Insgesamt	804.917	1.017.665	+212.748	+26,4

Der **satzungsgemäße Gewinnanteil des Bundes** errechnet sich gemäß § 69 Abs. 3 NBG – unter Berücksichtigung der Dotierung der Pensionsreserve – mit 90% des versteuerten Jahresüberschusses des abgelaufenen Geschäftsjahres.

Dem Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft wurden gemäß Beschluss der Generalversammlung aus dem Bilanzgewinn 1999 65.406 Tsd EUR zur Verfügung gestellt, wovon 56.685 Tsd EUR zur Förderung wirtschaftsnaher Forschungsprojekte zweckgewidmet sind. Im abgelaufenen Geschäftsjahr sind vom Generalrat für 472 Projekte 78.378 Tsd EUR neu beschlossen worden, wovon per saldo 75.470 Tsd EUR zur Auszahlung gelangten. Im Rahmen der seit 1966 erteilten Finanzierungszusagen sind insgesamt 423.199 Tsd EUR zur Auszahlung gelangt. Hinsichtlich der detaillierteren Darstellung der „Förderung von Wissenschaft und Forschung sowie Kultur“ wird auf das Kapitel „Die OeNB als dynamisches Unternehmen“ des Geschäftsberichts verwiesen.

I 3. Rückstellungen

	31. 12. 1999	Auflösung bzw. Verwendung	Zuweisung	31. 12. 2000
	in 1.000 EUR			
Pensionsreserve	1,765.789 ¹⁾	80.881	95.959	1,780.867
Sonstige Rückstellungen für den Personalbereich				
Abfertigungen	40.903	-	1.746	42.649
Dienstnehmerjubiläen	10.329	-	360	10.689
Nicht konsumierte Urlaube	8.025	1	255	8.279
Ruhe- u. Versorgungsgenüsse aus dem Bereich der ehem. Österr. Industriekredit AG	256	256	-	-
Sonstige Rückstellungen				
Körperschaftsteuer	82.557	82.557	76.216	76.216
IWF „HIPC-Initiative“	13.030	13.030	-	-
EZB-Verlustabdeckung	6.568	6.568	-	-
Lieferungen und Leistungen	2.075	2.075	5.310	5.310
Repatriierung von Banknoten	1.279	1.279	1.331	1.331
Hausverwaltungsbereich	1.210	12	91	1.289
Leistungen von Tochtergesellschaften	1.094	1.094	9.337	9.337
Sonstiges	2.433	2.294	1.142	1.281
Insgesamt	1,935.548	190.047	191.747	1,937.248

¹⁾ Die Pensionsreserve wurde im Jahresabschluss 1999 im Passivposten 14.2 „Rücklagen“ ausgewiesen. Im Zusammenhang mit der Neugestaltung der Verrechnung der Pensionsaufwendungen wurde die Pensionsreserve im Zuge des Jahresabschlusses 2000 umgereicht.

Das Pensionssystem der OeNB besteht zum einen darin, dass sie die volle Pensionsverpflichtung gegenüber Dienstnehmern übernommen hat und damit pensionsversicherungsfreie Dienstverhältnisse eingegangen ist. Zur Absicherung dieser Verpflichtung ist sie vom Gesetz verpflichtet, eine Reserve zu bilden, die den Barwert sämtlicher Pensionsverpflichtungen darstellt.

Zum anderen wurde mit 1. Mai 1999 für alle ab 1. Mai 1998 neu aufgenommenen Dienstnehmer neben der ASVG-Versicherung eine Pensionskassenvereinbarung abgeschlossen. Da somit seit 1. Mai 1998 keine neuen Mitarbeiter mehr in das Direktzusagensystem einbezogen werden, ist der Personenkreis, für den die Pensionsreserve zur Absicherung der Pensionen dient, nach

oben hin begrenzt, womit das bisherige System ein geschlossenes darstellt. Aus diesem Grund werden erstmalig die Pensionszahlungen aus der für diesen Zweck bilanzierten Pensionsreserve geleistet.

Die aus der Veranlagung der Pensionsreserve stammenden Erträge wurden im Zuge des Jahresabschlusses in Höhe von 81.199 Tsd EUR der Pensionsreserve zugeführt. Weiters erfolgte eine Dotierung über 14.537 Tsd EUR gemäß § 69 Abs. 2 NBG.

Die durch die Pensionsreserve gedeckten Pensionsaufwendungen haben um 3.035 auf 80.881 Tsd EUR zugenommen. In diesem Aufwand sind auch die Bezüge für 16 pensionierte Direktoriumsmitglieder bzw. deren Hinterbliebenen in Höhe von 3.969 Tsd EUR (1999: 3.707 Tsd EUR) enthalten.

Für die Berechnung der Pensionsreserve zum 31. Dezember 2000 wurde vom Versicherungsmathematiker ein – gegenüber dem Vorjahr unveränderter – Rechnungszinsfuß von 3,40% p. a. angewendet.

Die Rückstellung für Abfertigungen (42.649 Tsd EUR) wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet, wobei ein gegenüber dem Vorjahr unveränderter Rechnungszinsfuß von 3,40% p. a. angewendet wird. Die Zunahme (per saldo 1.746 Tsd EUR) resultiert aus dem Dotationserfordernis.

Die Rückstellung für Jubiläumsgelder wurde auf Grund des vom Versicherungsmathematiker errechneten Erfordernisses von 10.689 Tsd EUR im Zuge des Jahresabschlusses 2000 mit 360 Tsd EUR dotiert.

Die Rückstellung für nicht konsumierte Urlaube wird mit

8.279 Tsd EUR (+255 Tsd EUR) ausgewiesen.

Die Rückstellung für die Körperschaftsteuer wurde in Höhe von 76.216 Tsd EUR gebildet. Sie entspricht der Differenz zwischen der für 2000 ermittelten Körperschaftsteuer und den im Jahr 2000 darauf quartalsweise geleisteten Vorauszahlungen und der anrechenbaren Kapitalertragsteuer.

Die im Rahmen einer IWF-Initiative zur Unterstützung hoch verschuldeter Länder bereitzustellenden Mittel wurden bereits 1999 mit 13.030 Tsd EUR rückgestellt. Nach Vorliegen des Bundesgesetzes vom 24. November 2000, BGBl. Nr. I/118/2000, über die Beteiligung Österreichs an der Heavily-Indebted-Poor-Countries-Initiative im Rahmen des IWF, wurde diese Rückstellung aufgelöst, da die Mittel dem IWF zur Verfügung gestellt wurden.

14. Ausgleichsposten aus Neubewertung

Dieser Bilanzposten setzt sich wie folgt zusammen:

	31. 12. 1999	31. 12. 2000	Veränderung
	in 1.000 EUR		
Neubewertungskonten			
Gold	565.315	566.078	+ 763
Fremdwährungen	1.608.994	1.664.603	+ 55.609
Wertpapiere	71.776	213.323	+141.547
Beteiligungen	36.381	71.515	+ 35.134
Außerbilanzielle Geschäfte	385	8.134	+ 7.749
Zusammen	2.282.851	2.523.653	+240.802
Nicht aufgelöste Aufwertungsgewinne vom 1. 1. 1999 (Initial Valuation)			
Wertpapiere	92.684	29.892	- 62.792
Beteiligungen	279.933	279.933	-
Zusammen	372.617	309.825	- 62.792
Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen (vor 1999 gebildet)	2.539.545	2.075.237	-464.308
Insgesamt	5.195.013	4.908.715	-286.298

Die auf den **Neubewertungskonten** erfassten Beträge stellen ausschließlich die aus der Bewertung zum 31. Dezember 2000 resultierenden buchmäßigen Gewinne, getrennt nach den einzelnen Bewertungseinheiten, dar. Diese Bewertungsgewinne können in den Folgejahren nur durch Transaktionen bei den entsprechenden Beständen realisiert bzw. zum Ausgleich künftiger Bewertungsverluste herangezogen werden. Die Neubewertungsgewinne werden währungsweise für die Abdeckung des mittels der Value-at-Risk(VaR)-Methode ermittelten Risikos bei den valutarischen Beständen berücksichtigt.

Bestimmungsgemäß wurden die im Zuge der Eröffnungsbilanz zum 1. Jänner 1999 erfassten Aufwertungsgewinne (**Initial Valuation**) durch transaktionsbedingte Abgänge der entsprechenden Vermögensgegenstände anteilmäßig aufgelöst.

Die OeNB ist gemäß § 69 Abs. 1 NBG verpflichtet, eine Reserve, die zur Deckung von Kursrisiken dient, die in Zusammenhang mit der Haltung von valutarischen Beständen verbunden sind, zu bilanzieren. Die im Jahresabschluss 2000 ausgewiesene **Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen** beinhaltete die aus den Vorjahren verbliebenen Kursgewinne in Höhe von 2,075.237 Tsd EUR. Sie wird zur erfolgsmäßigen Darstellung von – anlässlich von Transaktionen realisierten – Kursgewinnen herangezogen; weiters dient sie zur Abdeckung von buchmäßigen Kursverlusten, die als Aufwand zu verrechnen sind, und zur Abdeckung des mittels VaR ermittelten Kursrisikos, das nicht durch die Salden der Neubewertungskonten gedeckt ist. Eine Dotierung dieser Spezialreserve ist seit 1. Jänner 1999 nicht mehr möglich.

15. Kapital und Rücklagen

Die **Rücklagen** zeigen folgendes Bild:

	31. 12. 1999	31. 12. 2000	Veränderung	
	in 1.000 EUR		in %	
Allgemeiner Reservefonds	1,611.952	1,611.952	–	–
Freie Reserve	1,551.073	1,036.219	–514.854	–33,2
Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken	543.432	1,077.606	+534.174	+98,3
Gebundenes ERP-Sondervermögen aus Zinsenüberschüssen Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft	497.542	515.199	+ 17.657	+ 3,5
	7.267	7.267	–	–
Insgesamt	4,211.266	4,248.243	+ 36.977	+ 0,9

Die **Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken** dient zur Abdeckung allfälliger EZB-Verluste, die von der OeNB ihrem Kapitalanteil an der EZB entsprechend zu tragen sind, sowie zur Abdeckung von Wertpapierkursverlusten. Sie wurde primär durch Umwidmung aus der Freien Reserve gebildet, wobei das abzudeckende Gesamtrisiko durch anerkannte Risikoberechnungsmodelle ermittelt wurde.

Die ausgewiesenen 7.267 Tsd EUR sind dem **Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft** im April 1966 aus dem Reingewinn des Geschäftsjahres 1965 zur fruchtbringenden Anlage zugeführt worden.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Außer den in der Bilanz erfassten Posten bestehen nachstehend angeführte finanzielle Verpflichtungen:

- Im Zusammenhang mit einer allfälligen Bedeckung von Verlusten der EZB ergibt sich für die OeNB eine Eventualverpflich-

- tung aus der direkten Belastung von 188.935 Tsd EUR.
- Weiters resultiert eine Eventualverpflichtung in Höhe von 235.940 Tsd EUR für die Bedeckung buchmäßiger Fremdwährungsverluste der EZB durch Inanspruchnahme eines maximal 20-prozentigen Verzichts auf die „Forderung aus der Übertragung von Währungsreserven“.
 - Kaufverpflichtung auf Grund von Designierungen im Rahmen der „Sonderziehungsrechte im Rahmen des Internationalen Währungsfonds“ in Höhe von 608.184 Tsd EUR.
 - Eventualverpflichtungen gegenüber dem IWF im Zusammenhang mit „New Arrangements to Borrow“ in Höhe von insgesamt 576.835 Tsd EUR.
 - Nachschussverpflichtung von 31.298 Tsd EUR (Gegenwert von 15 Mio Goldfranken) auf die mit 8.000 Stück Aktien zu je 2.500 Goldfranken bestehende Beteiligung an der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Basel.
 - Verpflichtungen aus verkauften Terminbeständen in Höhe von 1.793.491 Tsd EUR stehen Forderungen aus angekauften Terminbeständen über 1.844.421 Tsd EUR gegenüber.
 - Verpflichtungen aus im eigenen Namen, jedoch für fremde Rechnung erfolgten Fremdwährungsveranlagungen in Höhe von insgesamt 23.850 Tsd EUR.
 - Rückzahlungsverpflichtungen der Bank im Falle der Lösung von Dienstverhältnissen im Zusammenhang mit von Dienstnehmern geleisteten Pensionsbeiträgen in Höhe von insgesamt 8.845 Tsd EUR.
- Darüber hinaus resultieren aus Gold-/Zinssatz-Swaps offene Geschäfte im Ausmaß von 21'9 t.

Erläuterungen zu einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

	1999	2000	Veränderung ¹⁾	
	in 1.000 EUR		in %	
Netto-Zinsenergebnis	762.602	1.014.446	+251.844	+ 33'0
Netto-Ergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen	721.321	896.515	+175.194	+ 24'3
Netto-Ergebnis aus Gebühren und Provisionen	- 627	383	+ 1.010	+161'1
Erträge aus Beteiligungen	36.665	6.269	- 30.396	- 82'9
Netto-Ergebnis aus monetären Einkünften	- 190	- 652	- 462	-242'7
Sonstige Erträge	76.370	7.036	- 69.334	- 90'8
Nettoerträge insgesamt	1.596.141	1.923.997	+327.856	+ 20'5
Personalaufwendungen	- 169.057	- 88.192	- 80.865	- 47'8
Sachaufwendungen	- 67.213	- 89.265	+ 22.052	+ 32'8
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	- 8.255	- 12.299	+ 4.044	+ 49'0
Aufwendungen für Banknoten	- 26.860	- 37.838	+ 10.978	+ 40'9
Sonstige Aufwendungen	- 22.854	- 10.355	- 12.499	- 54'7
Geschäftliches Ergebnis	1.301.902	1.686.048	+384.146	+ 29'5
Körperschaftsteuer	- 442.646	- 573.256	+130.610	+ 29'5
	859.256	1.112.792	+253.536	+ 29'5
Satzungsgemäße Zuweisung an die Pensionsreserve und Gewinnanteil des Bundes	- 773.330 ²⁾	-1.002.966	+229.636	+ 29'7
Bilanzgewinn	85.926	109.826	+ 23.900	+ 27'8

¹⁾ Die Vorzeichen der Veränderungen beziehen sich auf die absoluten Zu- bzw. Abnahmen des jeweiligen Ertrags- bzw. Aufwandspostens.

²⁾ 1999: nur Gewinnanteil des Bundes.

1. Netto-Zinsenergebnis

Das Netto-Zinsenergebnis hat im Jahr 2000 – insbesondere durch das gestiegene Zinsniveau – um 251.844 Tsd EUR (+33'0%) auf 1,014.446 Tsd EUR zugenommen.

Die Erträge aus Fremdwährungs- und Euroveranlagungsinstrumenten wurden per saldo mit 1,038.414 Tsd EUR verrechnet. Aus dem geldpolitischen Instrumentarium wurden 206.730 Tsd EUR und aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB 41.101 Tsd EUR vereinnahmt.

Demgegenüber mussten insbesondere für TARGET-Verbindlichkeiten 170.863 Tsd EUR und für die Verzinsung der Mindestreserve-Einlagen 154.405 Tsd EUR aufgewendet werden.

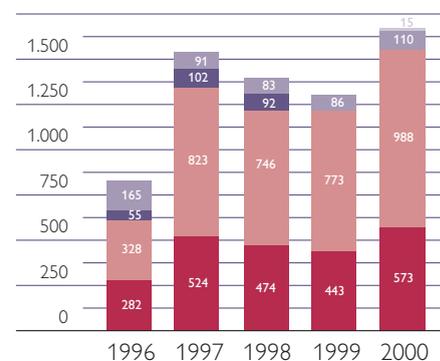
2. Netto-Ergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen

Die realisierten Gewinne/Verluste aus Finanzoperationen resultieren aus der aus der laufenden Geschäftstätigkeit tatsächlich erhaltenen bzw. zu bezahlenden Differenz zwischen dem durchschnittlichen Einstandspreis und dem auf dem Markt erzielten Preis bei **Gold-, Fremdwährungs-, Wertpapier- und sonstigen Geschäften**. Darin sind auch die im Zusammenhang mit dem Verkauf von 30 t Gold realisierten Kursgewinne über 209.481 Tsd EUR enthalten.

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen und -positionen

Geschäftliches Ergebnis

in Mio EUR



Legend:
 - Dotierung Pensionsreserve gemäß § 69 Abs. 2 NBG
 - Bilanzgewinn
 - Allgemeiner Reservefonds
 - Gewinnanteil des Bundes
 - Körperschaftsteuer

Quelle: OeNB.

begründen sich mit dem veränderten Marktniveau während des Geschäftsjahres 2000 und dem damit verbundenen Sinken der Marktpreise zum Bilanzstichtag unter die durchschnittlichen Buchpreise der entsprechenden Währungen bzw. Wertpapiere.

Der Posten **Zuführung zu/ Auflösung von Rückstellungen für allgemeine Währungs- und Preisrisiken** stammt aus der Auflösung der vor 1999 gebildeten Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen zur Abdeckung buchmäßiger Währungskursverluste, wodurch diese in Entsprechung des § 69 Abs. 1 NBG erfolgsneutral gehalten wurden.

Die **Erträge aus Beteiligungen** (Posten 4.) stammen vor allem aus Dividendenzahlungen der Münze Österreich AG sowie der BIZ, Basel.

5. Netto-Ergebnis aus monetären Einkünften

Der Art. 32.1 der ESZB/EZB-Statuten sieht die Umverteilung der Einkünfte der Notenbanken, die aus der Erfüllung der währungspolitischen Aufgaben zufließen, am Ende jedes Geschäftsjahres vor. Abweichend von der grundsätzlichen Regelung im Art. 32.2 über die Berechnung dieser Einkünfte nach der „Direkten Methode“ hat der EZB-Rat beschlossen, ab 1999 für vorerst drei Jahre eine alternative „Indirekte Methode“ der Berechnung der Einkünfte anzuwenden.

Von den von der EZB auf kalendertägiger Basis errechneten „monetären Einkünften“ können Zinsaufwendungen für die in der „monetären Basis“ enthaltenen Guthabensalden von Kreditinstituten, das heißt insbesondere aus der Haltung

der Mindestreserve und aus Terminanlagen, abgezogen werden.

Der Nettoaufwand der OeNB spiegelt den Umverteilungseffekt im System, der auf den Unterschied zwischen Einbringungswert auf Basis der OeNB-Verbindlichkeiten gegenüber dem Inlandsfinanzsektor und dem im ESZB/EZB-Statut festgelegten Rückverteilungsschlüssel zurückzuführen ist, wider.

7. Personalaufwendungen

Die Personalaufwendungen beinhalten neben den Gehältern, Abfertigungen und sonstigen gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtungen, den gesetzlich vorgeschriebenen Sozialaufwand sowie sonstige Sozialaufwendungen. Erhaltene Bezugsrefundierungen bzw. von den Mitarbeitern entrichtete Pensionsbeiträge werden von den Personalaufwendungen in Abzug gebracht. Die im Jahresabschluss 1999 darin ebenfalls ausgewiesenen Pensionsaufwendungen werden – bedingt durch die Neugestaltung der Verrechnung der Pensionen – nunmehr im Passivposten 13. „Rückstellungen“ erfasst.

Seit 1. Jänner 1997 haben Dienstnehmer, die nach dem 31. März 1993 eingetreten sind und bereits eine Pensionsanwartschaft erworben haben, statt bis dahin 5% der gesamten Schemabezüge – für den Teil der Schemabezüge bis zur jeweils gültigen Pensionshöchstbeitragsgrundlage gemäß ASVG – Pensionsbeiträge in Höhe von 10,25% zu entrichten. Darüber hinaus ist für jenen Teil des Schemabezugs, der die Pensionshöchstbeitragsgrundlage gemäß ASVG übersteigt, ein Pensionsbeitrag von 2% zu leisten.

Seit 1. Mai 1998 unterliegen jene Mitarbeiter, die ab diesem Stichtag in die OeNB eingetreten

sind, der ASVG-Pensionsregelung ergänzt durch ein beitragsorientiertes Pensionskassenmodell. Damit hat die OeNB den Bestrebungen nach einer Harmonisierung des Pensionsrechts mit den in Österreich geltenden Pensionssystemen im Sinne eines Mehr-Säulen-Modells (ASVG-Pension, Pensionskasse und Eigenvorsorge) Rechnung getragen.

Die **Gehälter** abzüglich der von den aktiven Dienstnehmern eingehobenen Pensionsbeiträge haben gegenüber dem Vorjahr um per saldo 1.377 Tsd EUR oder 1,8% auf 74.326 Tsd EUR abgenommen. Dies geht vor allem auf weggefallene Leistungen im Zusammenhang mit Umstellungsarbeiten auf die dritte Stufe der WWU und der damit verbundenen Einführung des Euro mit 1. Jänner 1999 sowie auf Pensionierungen zurück. Für jene OeNB-Mitarbeiter, die bei der OeBS bzw. anderen Tochtergesellschaften sowie bei auswärtigen Dienststellen tätig sind, hat die OeNB Bezugsrefundierungen in Höhe von insgesamt 7.265 Tsd EUR vereinahmt. Die kollektivvertraglichen Gehaltserhöhungen haben demgegenüber zu einer Aufwandssteigerung geführt.

Der durchschnittliche Stand der Angestellten der OeNB (ohne Direktoriumsmitglieder) ist von 1.133 Personen im Jahr 1999 auf 1.121 Personen im Jahr 2000, das sind 12 Personen oder 1,1%, zurückgeführt worden. Unter Berücksichtigung der außerhalb der Bank tätigen Mitarbeiter sowie der karenzierten Bediensteten (nach Mutterschutzgesetz, nach Elternkarenzurlaubsgesetz und andere) reduzierte sich der durchschnittliche Personalstand auf 938 Personen. Die Anzahl der Arbeiter ist mit 11 Personen unverändert geblieben.

Die Bezüge einschließlich der Sachbezüge (steuerlicher Wert der Privatnutzung von Pkws sowie Zuschüsse zu Kranken- und Unfallversicherungen) der vier Mitglieder des Direktoriums gemäß § 33 Abs. 1 NBG beliefen sich auf 1.013 Tsd EUR (1999: 976 Tsd EUR). Die Vergütungen für Mitglieder des Präsidiums betragen insgesamt 45 Tsd EUR.

Der Aufwand für **Abfertigungen** hat gegenüber dem Jahr 1999 um 1.448 Tsd EUR oder 25,1% auf 4.333 Tsd EUR abgenommen.

Die **gesetzlichen Sozialabgaben** enthalten neben der Kommunalsteuer (2.295 Tsd EUR) vor allem die Sozialversicherungsbeiträge (4.405 Tsd EUR) und den Beitrag zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (3.446 Tsd EUR).

10. Aufwendungen für Banknoten

Diese Aufwendungen resultieren aus dem Ankauf der letzten Tranche von Schillingbanknoten sowie der ersten Lieferung von Eurobanknoten von der OeBS.

12. Körperschaftsteuer

Der Körperschaftsteuersatz beträgt unverändert 34% und ist auf die Steuerbemessungsgrundlage gemäß § 72 NBG, die als Einkommen im Sinne des § 22 Abs. 1 des Körperschaftsteuergesetzes gilt, anzuwenden.

I 3. Satzungsgemäße Zuweisung an die Pensions- reserve und Gewinnanteil des Bundes

Die Entwicklung im Jahr 2000 stellt sich wie folgt dar:

	1999	2000	Veränderung	
	in 1.000 EUR		in %	
Satzungsgemäße Zuweisung an die Pensionsreserve	–	14.537	+ 14.537	×
Satzungsgemäßer Gewinnanteil des Bundes	773.330	988.429	+215.099	+27,8
Insgesamt	773.330	1.002.966	+229.636	+29,7

Die satzungsgemäße Zuweisung an die Pensionsreserve erfolgte gemäß § 69 Abs. 2 NBG, wonach der Pensionsreserve bis zu 10% des versteuerten Ergebnisses zuzuführen sind. Wenn die Pensionsreserve einen Betrag erreicht hat, der dem zur Sicherstellung der Pensionsansprüche der Dienstnehmer der Bank nach versicherungsmathematischer Berechnung erforderlichen Deckungskapital entspricht, sind weitere Zuweisungen einzustellen.

Der Gewinnanteil des Bundes beträgt gemäß § 69 Abs. 3 NBG unverändert 90% des versteuerten Ergebnisses abzüglich satzungsgemäßer Zuweisungen.

Direktorium

Gouverneur Dr. Klaus Liebscher
 Vize-Gouverneurin Mag. Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell
 Direktor Mag. Dr. Wolfgang Duchatczek
 Direktor Mag. Dr. Peter Zöllner

Generalrat

Präsident Adolf Wala
 Vizepräsident Herbert Schimetschek
 Dipl.-Ing. August Astl
 Helmut Elsner
 Univ.-Prof. DDr. Helmut Frisch
 Dkfm. Lorenz R. Fritz
 Dr. Rene Alfons Haiden
 Mag. Max Kothbauer (ab 18. Mai 2000)
 Dr. Richard Leutner
 Dipl.-Ing. Johann Marihart
 Mag. Werner Muhm
 Mag. Dr. Walter Rothensteiner
 Dipl.-Ing. Karl Werner Rüschi
 Dkfm. Dr. Siegfried Sellitsch (bis 18. Mai 2000)
 Dkfm. R. Engelbert Wenckheim

Gemäß § 22 Abs. 5 des Nationalbankgesetzes 1984 vom Zentralbetriebsrat zu Verhandlungen über Personal-, Sozial- und Wohlfahrtsangelegenheiten entsendet: Gerhard Valenta (bis 18. Mai 2000), Mag. Thomas Reindl und Dr. Martina Gerharter (ab 19. Mai 2000).

Wien, am 23. März 2001

The image shows three handwritten signatures in black ink. The top signature is 'Tumpel-Gugerell', the middle one is 'Duchatczek', and the bottom one is 'Zöllner'. The signatures are written in a cursive, flowing style.

Bestätigungsvermerk der Abschlussprüfer

Die Buchführung und der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2000 der Oesterreichischen Nationalbank entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den Vorschriften des Nationalbankgesetzes 1984 in der Fassung des BGBl. I Nr. 60/1998. Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der vom Rat der Europäischen Zentralbank gemäß Art. 26 Abs. 4 des „Protokolls über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank“ mittels der „Guideline of the European Central Bank of 1 December 1998 on the Legal Framework for Accounting and Reporting in the European System of Central Banks as Amended on 15 December 1999 and 14 December 2000 (ECB/2000/18)“ erlassenen Vorschriften erstellt und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der gemäß § 68 Abs. 1 und 3 des Nationalbankgesetzes 1984 in der Fassung des BGBl. I Nr. 60/1998 erstellte Geschäftsbericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss.

Wien, am 23. März 2001

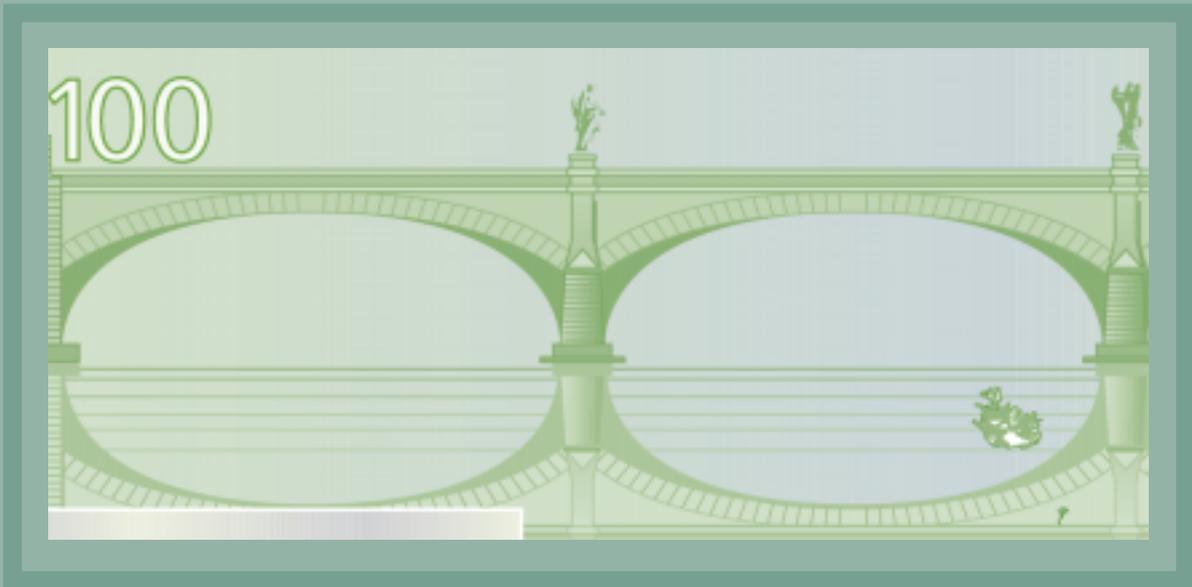
Dr. Pipin Henzl
Wirtschaftsprüfer
und Steuerberater

Dr. Peter Wolf
Wirtschaftsprüfer
und Steuerberater

Bilanzgewinn und Gewinnverwendungsvorschlag

Nach Durchführung der in § 69 Abs. 2 und 3 des NBG vorgesehenen satzungsgemäßen Zuweisungen (Posten 13. der Gewinn- und Verlustrechnung), von denen 988.429 Tsd EUR (1999: 773.330 Tsd EUR) auf den Gewinnanteil des Bundes entfallen, verbleibt der in der Bilanz und in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene

Bilanzgewinn 2000 von	EUR 109,825.461'74.
Das Direktorium hat am 4. April 2001 beschlossen, dem Generalrat folgende Verwendung zu empfehlen:	
10%ige Dividende auf das Grundkapital von 12 Mio EUR	EUR 1,200.000'—
Zuweisung an die Stiftung Leopold	EUR 3,980.804'92
Zuweisung an die Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken	EUR 34,390.000'—
Zuweisung an den Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft	EUR 70,250.000'—
Gewinnvortrag	EUR 4.656'82
	EUR 109,825.461'74



Bericht des Generalrats zum Geschäftsbericht und Jahresabschluss 2000

Der Generalrat hat in seinen regelmäßigen Sitzungen, durch Beratungen in seinen Unterausschüssen und durch Einholung der erforderlichen Informationen die ihm auf Grund des Nationalbankgesetzes 1984 obliegenden Aufgaben wahrgenommen.

Das Direktorium hat dem Generalrat regelmäßig über die Abwicklung und den Stand der Geschäfte, über die Lage des Geld-, Kapital- und Devisenmarktes, über wichtige geschäftliche Vorfälle, über alle für die Beurteilung der Währungs- und Wirtschaftslage bedeutsamen Vorgänge, über die zur Kontrolle der gesamten Gebarung getroffenen Verfügungen und über sonstige den Betrieb betreffende Verfügungen und Vorkommnisse von Bedeutung berichtet.

Der Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2000 wurde von den in der regelmäßigen Generalversammlung vom 18. Mai 2000 gewählten Rechnungsprüfern – den

Wirtschaftsprüfern Dr. Pipin Henzl und Dr. Peter Wolf – auf Grund der Bücher und Schriften der Oesterreichischen Nationalbank sowie der vom Direktorium erteilten Aufklärungen und Nachweise geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Generalrat hat in seiner Sitzung vom 19. April 2001 den Geschäftsbericht des Direktoriums und den Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2000 gebilligt. Er legt den Geschäftsbericht vor und empfiehlt der Generalversammlung, den Jahresabschluss der Oesterreichischen Nationalbank über das Geschäftsjahr 2000 zu genehmigen und dem Generalrat und dem Direktorium die Entlastung zu erteilen. Die Generalversammlung wolle ferner über die Verwendung des Bilanzgewinns gemäß der im Anhang zum Jahresabschluss 2000 erstatteten Empfehlung (Seite 155) beschließen.

500



Tabellenteil

TABELLENTEIL

Monetäre Entwicklung	
<i>Konsolidierter Ausweis des Eurosystems</i>	4*
<i>Aggregierte Bilanz des Eurosystems</i>	8*
<i>Schillingbanknoten der Oesterreichischen Nationalbank</i>	10*
<i>Schillingscheidemünzen</i>	11*
<i>Mindestreserve-Basis</i>	12*
<i>Mindestreserve-Erfüllung</i>	12*
<i>Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute in Österreich</i>	13*
<i>Entwicklung der Geldmenge im Bilanzzusammenhang</i>	16*
<i>Ausgewählte Finanzkennzahlen der Oesterreichischen Nationalbank</i>	18*
Zinssätze	
<i>Basis- und Referenzzinssätze der Oesterreichischen Nationalbank</i>	20*
<i>EZB-Zinssätze für die Einlagefazilität und die Spitzenrefinanzierungfazilität</i>	21*
<i>Hauptrefinanzierungstender des Eurosystems</i>	22*
<i>Längerfristige Refinanzierungstender des Eurosystems</i>	23*
<i>Eurogeldmarktsätze</i>	24*
<i>Renditen auf dem österreichischen Rentenmarkt</i>	25*
<i>Zinssatzstatistik der österreichischen Kreditinstitute</i>	26*
Österreichischer Finanzmarkt	
<i>Monatsausweise der österreichischen Kreditinstitute</i>	28*
<i>Ertragslage der österreichischen Kreditinstitute</i>	32*
<i>Eigenmittelausstattung gemäß § 23 BWG 1993</i>	34*
<i>Vermögensbestand der österreichischen Investmentfonds</i>	35*
<i>Vermögensbestand der österreichischen Pensionskassen</i>	36*
Österreichischer Kapitalmarkt	
<i>Österreichischer Aktienmarkt</i>	37*
<i>Österreichischer Rentenmarkt</i>	38*
<i>Österreichische Börseumsätze</i>	40*
Wirtschaftliche Entwicklung	
<i>Wirtschaftliche Indikatoren Österreichs im Überblick</i>	41*
<i>Wirtschaftliche Indikatoren des Euroraums im Überblick</i>	42*
<i>Bundshaushalt Österreichs</i>	43*
Außenwirtschaft	
<i>Zahlungsbilanz Österreichs, Jahres- und Quartalsergebnisse</i>	44*
<i>Referenzkurse der EZB</i>	52*
<i>Unwiderrufliche Euroumrechnungskurse</i>	54*
<i>EWS II</i>	54*
<i>Effektive Wechselkursindizes des Euro</i>	55*

Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Aktiva

Position 1	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro- Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet		
	insgesamt	Forderungen an den IVF	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wertpapier- anlagen und Kredite	Forderungen aus der Kreditfazitat im Rahmen des VKM II	insgesamt	Haupt- refinanzierungs- geschäfte	
in Mio EUR	2	2.1	2.2	3	4	4.1	4.2	5	5.1	
Stand am 31. Dezember 1999	116.483	254.880	29.842	225.038	14.383	4.822	4.822	–	250.079	161.988
2000 ²⁾	117.073	258.688	26.727	231.961	15.750	3.746	3.746	–	268.648	222.988
2000										
7. Jänner	116.483	255.118	29.852	225.266	14.739	4.834	4.834	–	238.670	161.988
14.	116.512	255.640	29.691	225.949	14.086	4.993	4.993	–	181.388	105.036
21.	116.304	256.607	29.541	227.066	13.091	5.101	5.101	–	191.454	112.009
28.	116.295	256.333	29.492	226.841	14.754	4.772	4.772	–	216.714	146.035
4. Februar	116.248	257.465	29.301	228.164	15.278	4.505	4.505	–	202.290	131.113
11.	116.071	257.133	29.232	227.901	15.969	4.602	4.602	–	199.257	128.096
18.	116.000	256.516	29.178	227.338	15.419	4.801	4.801	–	196.077	125.052
25.	115.946	255.627	29.179	226.448	15.454	4.716	4.716	–	193.309	121.956
3. März	115.945	254.584	29.118	225.466	16.076	4.658	4.658	–	218.321	152.003
10.	115.945	254.985	29.055	225.930	15.547	4.466	4.466	–	201.929	136.101
17.	115.945	256.714	28.836	227.878	15.276	4.632	4.632	–	197.820	132.022
24.	115.945	255.508	29.128	226.380	15.455	4.149	4.149	–	202.874	137.008
31.	115.676	267.136	30.251	236.885	16.938	4.131	4.131	–	201.733	140.871
7. April	115.677	267.192	28.243	238.949	16.746	4.616	4.616	–	197.546	136.770
14.	115.677	267.972	27.587	240.385	16.706	4.564	4.564	–	190.999	129.864
21.	115.677	267.366	27.457	239.909	17.335	4.829	4.829	–	201.782	140.115
28.	115.677	267.406	27.413	239.993	17.349	4.833	4.833	–	209.911	147.156
5. Mai	115.677	266.475	27.274	239.201	17.500	4.834	4.834	–	214.169	152.812
12.	115.677	264.161	27.116	237.045	18.202	4.680	4.680	–	196.865	135.608
19.	115.677	270.555	27.050	243.505	17.825	4.988	4.988	–	198.601	137.533
26.	115.677	267.485	26.929	240.556	17.556	4.988	4.988	–	205.413	144.080
2. Juni	115.677	265.353	26.856	238.497	19.344	4.850	4.850	–	201.957	140.340
9.	115.677	264.791	26.893	237.898	18.333	4.722	4.722	–	198.214	136.728
16.	115.677	264.177	26.876	237.301	18.138	4.717	4.717	–	204.375	142.783
23.	115.677	263.531	26.863	236.668	18.262	4.529	4.529	–	206.453	142.020
30.	121.188	263.926	26.503	237.423	18.325	4.130	4.130	–	234.528	172.961
7. Juli	120.911	262.183	26.391	235.792	18.311	4.299	4.299	–	218.320	157.001
14.	120.911	261.515	26.425	235.090	18.115	4.425	4.425	–	217.434	157.002
21.	120.911	262.887	26.274	236.613	17.539	4.020	4.020	–	212.425	152.004
28.	120.911	264.105	26.234	237.871	16.676	3.776	3.776	–	226.277	170.999
4. August	120.911	263.524	26.316	237.208	16.329	3.708	3.708	–	218.337	163.001
11.	120.911	262.539	26.210	236.329	15.693	4.065	4.065	–	211.125	156.002
18.	120.911	264.354	26.294	238.060	15.066	4.442	4.442	–	220.131	165.002
25.	120.911	263.684	26.293	237.391	15.254	4.214	4.214	–	222.715	166.999
1. September	120.911	263.927	26.057	237.870	15.735	4.392	4.392	–	231.172	180.999
8.	120.911	265.579	26.044	239.535	14.347	4.094	4.094	–	226.322	176.001
15.	120.911	264.117	25.975	238.142	15.566	4.211	4.211	–	221.510	171.002
22.	120.911	262.962	26.056	236.906	14.775	3.904	3.904	–	219.766	167.000
29.	124.948	281.673	27.497	254.176	16.566	4.017	4.017	–	230.305	185.002
6. Oktober	124.948	283.395	27.497	255.898	16.403	3.949	3.949	–	225.352	180.000
13.	124.948	283.318	27.408	255.910	15.993	4.154	4.154	–	220.315	175.001
20.	124.947	283.352	27.393	255.959	15.003	3.896	3.896	–	214.625	168.998
27.	124.947	282.393	27.238	255.155	14.219	3.651	3.651	–	228.509	182.998
3. November	124.947	281.110	27.009	254.101	15.515	3.553	3.553	–	225.430	180.003
10.	124.947	276.420	26.922	249.498	15.423	3.518	3.518	–	230.418	185.000
17.	124.947	272.580	26.919	245.661	16.032	3.535	3.535	–	230.467	185.000
24.	124.947	271.963	26.881	245.082	16.321	4.000	4.000	–	243.319	197.998
1. Dezember	124.947	271.907	26.849	245.058	16.655	3.514	3.514	–	245.234	200.000
8.	124.947	273.559	26.857	246.702	16.393	3.564	3.564	–	265.329	220.000
15.	124.947	272.796	26.756	246.040	16.345	3.760	3.760	–	264.536	218.999
22.	124.947	273.521	27.139	246.382	15.403	3.447	3.447	–	259.304	212.000
29.	117.073	258.688	26.727	231.961	15.750	3.746	3.746	–	268.648	222.988

Quelle: EZB.

¹⁾ Bis einschließlich 22. Dezember 2000 unter der Position „Sonstige Forderungen“ ausgewiesen.

²⁾ Letzter Wochenauweis des Jahres.

										Summe Aktiva
					Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet ¹⁾	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte	Sonstige Aktiva		
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteuerope-rationen in Form von befristeten Transaktionen	Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen	Spitzenrefinanzierungs-fazilität	Forderungen aus Margen-ausgleich	6	7	8	9		
5.2	5.3	5.4	5.5	5.6	6	7	8	9		
74.996	–	–	11.429	404	1262	23.521	59.180	79.844		803.192
45.000	–	–	607	53	578	25.958	57.671	86.953		835.065
74.996	–	–	105	400	1.181	23.701	59.236	79.070		791.851
74.996	–	–	102	63	1.191	23.797	59.236	80.833		736.485
74.998	–	–	3.526	44	877	23.993	59.236	79.505		745.291
69.996	–	–	27	82	574	24.037	59.251	80.593		772.749
69.996	–	–	18	110	1.053	24.363	59.255	83.072		762.476
69.996	–	–	135	76	954	24.205	59.255	82.933		759.425
69.996	–	–	48	30	951	24.071	59.255	83.715		755.854
69.996	–	–	21	84	1.252	24.576	59.255	83.324		752.207
64.998	–	–	402	96	822	24.850	59.021	84.194		777.649
64.998	–	–	67	97	666	24.916	59.021	83.180		759.989
64.996	–	–	30	92	680	24.695	59.021	83.085		757.188
64.996	–	–	24	114	732	25.208	59.021	83.018		761.178
60.000	–	–	62	69	731	25.309	59.021	84.477		774.421
60.000	–	–	132	67	577	24.954	59.021	84.676		770.428
60.000	–	–	289	76	770	25.034	59.021	85.629		765.602
60.000	–	–	430	60	1.177	24.944	59.021	86.251		777.205
59.999	–	–	1.573	29	1.154	24.937	59.021	83.828		782.962
59.999	–	–	144	32	1.182	25.347	59.032	83.446		786.480
59.999	–	–	92	35	1.131	25.225	59.032	84.232		768.074
59.999	–	–	135	30	904	25.103	59.026	84.128		775.903
59.995	–	–	193	41	1.104	25.191	59.026	83.886		779.222
59.905	–	–	330	81	1.301	25.030	59.026	83.657		774.894
59.905	–	–	163	56	1.362	25.163	59.026	84.056		769.982
59.905	–	–	80	49	1.558	24.852	58.986	83.897		774.819
59.905	–	–	3.050	53	1.425	25.171	58.986	84.159		776.768
59.907	–	–	145	89	1.426	25.086	58.986	86.299		812.468
59.907	–	–	362	86	964	25.149	58.986	85.321		793.480
59.907	–	–	61	15	449	25.083	58.986	84.710		791.179
59.907	–	–	156	9	349	25.310	58.986	84.613		786.691
54.911	–	–	1	25	341	25.435	58.986	84.559		800.725
54.911	–	–	62	24	339	25.382	58.986	84.909		792.086
54.911	–	–	48	17	147	25.487	58.986	84.972		783.778
54.911	–	–	5	65	148	25.539	58.986	84.860		794.289
54.911	–	–	614	45	146	25.474	58.986	85.730		796.968
49.999	–	–	17	16	141	25.271	58.986	82.024		802.418
49.999	–	–	68	114	140	25.400	58.986	82.127		797.766
49.999	–	–	166	90	253	25.324	58.986	82.158		792.783
49.999	–	–	2.392	118	257	25.594	58.994	81.604		788.510
44.998	–	–	29	141	135	25.623	58.867	84.311		826.310
44.998	–	–	182	47	125	25.678	58.867	83.029		821.621
44.998	–	–	101	23	192	25.497	58.867	83.230		816.322
44.998	–	–	297	27	305	25.639	58.867	83.467		809.796
45.001	–	–	7	48	455	25.826	58.867	83.674		822.086
45.001	–	–	15	44	367	25.869	58.762	86.095		821.281
45.001	–	–	18	34	365	26.069	58.762	86.361		821.918
45.001	–	–	186	17	263	25.941	58.762	86.692		818.956
45.001	–	–	12	45	263	26.033	58.762	87.758		833.103
45.000	–	–	39	77	118	26.077	58.762	87.488		834.584
45.000	–	–	89	77	163	25.936	58.772	87.468		855.968
45.000	–	–	272	83	182	25.685	58.664	87.650		854.381
45.000	–	–	1.957	94	253	25.840	58.263	87.885		848.610
45.000	–	–	607	53	578	25.958	57.671	86.953		835.065

Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Passiva

Banknoten- umlauf	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet						Sonstige Verbindlich- keiten in Euro gegenüber Kreditinstituten im Euro- Währungsgebiet	Verbindlich- keiten aus der Begebung von Schuld- verschreibungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet		
	insgesamt	Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve- Guthaben)	Einlagefazilität	Termineinlagen	Feinststeuerungs- operationen in Form von befristeten Transaktionen	Verbindlich- keiten aus Margen- ausgleich			insgesamt	Einlagen von öffentlichen Haushalten	
Position 1	2	2.1	2.2	2.3	2.4	2.5	3	4	5	5.1	
in Mio EUR											
Stand am											
31. Dezember 1999	374.953	117.121	114.493	2.618	—	—	10	×	7.876	60.614	56.494
2000 ¹⁾	371.370	124.642	124.402	240	—	—	—	305	3.784	57.038	53.352
2000											
7. Jänner	364.659	137.689	123.060	135	14.420	—	74	×	7.876	40.227	36.461
14.	355.655	92.476	92.272	137	—	—	67	×	7.876	38.341	33.602
21.	349.981	102.388	101.964	406	—	—	18	×	7.876	42.016	37.464
28.	347.953	115.650	115.525	105	—	—	20	×	7.876	56.784	52.255
4. Februar	349.983	108.021	107.970	32	—	—	19	×	7.876	50.717	46.837
11.	348.690	107.672	107.624	29	—	—	19	×	7.876	50.813	46.929
18.	346.113	109.479	109.386	68	—	—	25	×	7.876	48.627	45.138
25.	345.046	95.549	95.429	97	—	—	23	×	7.876	60.837	57.290
3. März	349.733	122.882	122.828	39	—	—	15	×	7.876	55.238	51.707
10.	349.984	105.429	105.367	46	—	—	16	×	7.876	54.599	50.987
17.	347.725	106.159	105.799	343	—	—	17	×	7.876	51.599	47.848
24.	345.861	103.195	102.997	182	—	—	16	×	7.876	61.001	57.352
31.	347.917	111.151	110.076	1.075	—	—	—	×	6.265	52.334	48.685
7. April	351.026	112.258	112.229	29	—	—	—	×	6.265	46.811	43.138
14.	351.012	101.179	101.157	22	—	—	—	×	6.265	51.133	47.487
21.	355.714	113.857	109.440	4.416	—	—	1	×	6.265	45.684	41.908
28.	354.266	111.871	101.478	10.371	—	—	22	×	6.265	53.831	50.269
5. Mai	355.893	122.195	122.129	41	—	—	25	×	6.265	45.523	41.973
12.	354.655	104.640	104.335	291	—	—	14	×	6.265	46.144	42.522
19.	352.117	118.570	118.401	150	—	—	19	×	6.265	37.673	34.209
26.	350.858	115.949	115.908	26	—	—	15	×	6.265	47.699	44.014
2. Juni	355.498	114.669	114.637	25	—	—	—	×	6.265	40.153	36.322
9.	357.130	109.696	109.665	25	—	—	6	×	6.265	39.480	36.075
16.	354.702	116.117	116.072	33	—	—	12	×	6.265	41.339	37.793
23.	353.587	109.841	108.429	1.400	—	—	12	×	6.265	50.836	47.352
30.	355.726	120.417	120.316	91	—	—	10	×	6.265	65.224	61.543
7. Juli	359.442	112.936	112.782	151	—	—	3	×	6.265	53.038	49.526
14.	359.514	109.930	109.883	45	—	—	2	×	6.265	54.117	50.795
21.	357.627	114.910	111.113	3.794	—	—	3	×	6.265	45.923	42.541
28.	358.533	113.458	113.406	49	—	—	3	×	6.265	60.120	56.745
4. August	362.200	115.833	115.797	34	—	—	2	×	6.265	45.761	42.257
11.	361.546	106.584	106.343	240	—	—	1	×	6.265	48.055	44.590
18.	357.961	116.105	115.983	122	—	—	—	×	6.265	50.689	47.223
25.	353.848	106.518	106.487	29	—	—	2	×	6.265	65.464	61.916
1. September	355.876	119.054	119.021	27	—	—	6	×	6.265	60.743	57.059
8.	357.489	113.148	112.951	197	—	—	—	×	6.265	60.261	56.864
15.	355.314	110.780	110.689	91	—	—	—	×	6.265	58.973	55.429
22.	352.633	114.194	112.587	1.607	—	—	—	×	6.265	54.225	50.790
29.	354.797	115.333	114.892	441	—	—	—	×	4.574	58.097	54.333
6. Oktober	357.485	116.723	116.645	67	—	—	11	×	4.574	48.795	45.100
13.	355.766	112.074	111.962	110	—	—	2	×	4.574	49.355	45.914
20.	352.508	116.184	115.944	238	—	—	2	×	4.574	41.782	38.243
27.	352.108	121.748	121.687	61	—	—	—	×	4.574	49.420	45.698
3. November	355.687	116.263	116.209	54	—	—	—	×	3.784	51.113	47.441
10.	354.127	114.790	114.706	84	—	—	—	×	3.784	54.257	50.123
17.	351.946	111.494	111.366	128	—	—	—	×	3.784	56.484	52.222
24.	350.140	113.697	113.581	116	—	—	—	×	3.784	67.442	63.442
1. Dezember	356.421	125.647	125.539	108	—	—	—	×	3.784	51.678	48.249
8.	363.755	116.443	116.335	108	—	—	—	×	3.784	73.400	69.586
15.	364.276	117.935	117.842	93	—	—	—	×	3.784	68.122	64.182
22.	373.063	115.681	114.353	1.328	—	—	—	×	3.784	54.035	50.096
29.	371.370	124.642	124.402	240	—	—	—	305	3.784	57.038	53.352

Quelle: EZB.

¹⁾ Letzter Wochenauweis des Jahres.

**Summe
Passiva**

Sonstige Verbindlich- keiten	Verbindlich- keiten in Euro gegenüber Anässigen außerhalb des Euro- Währungs- gebiets	Verbindlich- keiten in Fremd- währung gegenüber Anässigen im Euro- Währungs- gebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Anässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichs- posten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungs- rechte	Sonstige Passiva	Ausgleichs- posten aus Neubewertung	Kapital und Rücklagen	
			insgesamt	Einlagen, Guthaben und sonstige Verbindlich- keiten	Verbindlich- keiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II					
5.2	6	7	8	8.1	8.2	9	10	11	12	
4.120	7.834	926	11.901	11.901	—	6.531	54.714	107.348	53.374	803.192
3.686	10.824	807	12.414	12.414	—	6.702	78.452	117.668	56.059	835.065
3.766	7.674	927	11.822	11.822	—	6.531	53.689	107.348	53.409	791.851
4.739	6.922	1.028	11.689	11.689	—	6.531	55.084	107.470	53.413	736.485
4.552	7.306	820	11.767	11.767	—	6.531	55.730	107.469	53.407	745.291
4.529	7.043	1.177	13.279	13.279	—	6.531	55.583	107.469	53.404	772.749
3.880	7.030	999	14.477	14.477	—	6.531	55.919	107.483	53.440	762.476
3.884	6.912	1.046	13.138	13.138	—	6.531	55.150	107.379	54.218	759.425
3.489	7.062	823	11.923	11.923	—	6.531	55.822	107.379	54.219	755.854
3.547	7.792	770	10.520	10.520	—	6.531	55.663	107.379	54.244	752.207
3.531	6.998	807	10.082	10.082	—	6.531	55.879	107.379	54.244	777.649
3.612	7.076	805	9.877	9.877	—	6.531	56.159	107.379	54.274	759.989
3.751	6.899	882	11.340	11.340	—	6.531	56.554	107.357	54.266	757.188
3.649	7.135	884	9.624	9.624	—	6.532	57.476	107.357	54.237	761.178
3.649	7.001	933	9.924	9.924	—	6.762	59.864	118.011	54.259	774.421
3.673	7.545	900	11.285	11.285	—	6.762	54.965	118.008	54.603	770.428
3.646	7.086	884	13.039	13.039	—	6.763	55.630	118.007	54.604	765.602
3.776	7.323	958	13.035	13.035	—	6.763	54.995	118.007	54.604	777.205
3.562	7.694	816	13.523	13.523	—	6.763	55.321	118.007	54.605	782.962
3.550	7.357	805	13.271	13.271	—	6.763	55.739	118.007	54.662	786.480
3.622	7.120	915	12.361	12.361	—	6.763	56.541	118.007	54.663	768.074
3.464	7.158	921	17.910	17.910	—	6.763	55.540	118.007	54.979	775.903
3.685	7.269	840	14.723	14.723	—	6.763	55.869	118.007	54.980	779.222
3.831	7.242	842	14.362	14.362	—	6.763	56.112	118.007	54.981	774.894
3.405	7.842	817	13.204	13.204	—	6.763	55.664	118.007	55.114	769.982
3.546	7.081	815	12.578	12.578	—	6.763	56.037	118.007	55.115	774.819
3.484	7.131	819	12.281	12.281	—	6.763	56.123	118.007	55.115	776.768
3.681	7.305	814	13.272	13.272	—	6.691	60.749	120.893	55.112	812.468
3.512	7.353	821	11.701	11.701	—	6.691	59.208	120.895	55.130	793.480
3.322	7.206	812	11.300	11.300	—	6.691	59.319	120.895	55.130	791.179
3.382	7.364	812	11.181	11.181	—	6.691	59.892	120.895	55.131	786.691
3.375	7.296	814	11.784	11.784	—	6.691	59.738	120.895	55.131	800.725
3.504	7.149	840	11.199	11.199	—	6.691	60.121	120.895	55.132	792.086
3.465	7.299	841	10.108	10.108	—	6.691	60.361	120.895	55.133	783.778
3.466	7.549	800	10.821	10.821	—	6.691	61.380	120.895	55.133	794.289
3.548	8.120	800	10.727	10.727	—	6.691	62.506	120.895	55.134	796.968
3.684	7.427	827	11.057	11.057	—	6.691	58.448	120.895	55.135	802.418
3.397	7.195	827	11.493	11.493	—	6.691	58.366	120.895	55.136	797.766
3.544	7.460	827	11.244	11.244	—	6.692	59.196	120.895	55.137	792.783
3.435	7.187	854	11.541	11.541	—	6.692	58.886	120.895	55.138	788.510
3.764	9.167	927	11.667	11.667	—	7.077	65.376	144.156	55.139	826.310
3.695	9.072	912	13.173	13.173	—	7.077	64.521	144.152	55.137	821.621
3.441	9.502	900	13.277	13.277	—	7.077	64.507	144.152	55.138	816.322
3.539	9.429	896	12.734	12.734	—	7.077	65.320	144.152	55.140	809.796
3.722	9.291	866	11.838	11.838	—	7.077	65.870	144.152	55.142	822.086
3.672	9.501	864	12.216	12.216	—	7.077	65.481	144.152	55.143	821.281
4.134	9.888	864	11.988	11.988	—	7.077	65.846	144.152	55.145	821.918
4.262	10.870	865	9.998	9.998	—	7.077	67.139	144.152	55.147	818.956
4.000	11.394	860	10.335	10.335	—	7.077	69.071	144.152	55.151	833.103
3.429	10.733	861	10.701	10.701	—	7.077	68.376	144.152	55.154	834.584
3.814	10.656	860	12.169	12.169	—	7.077	68.515	144.152	55.157	855.968
3.941	10.813	856	12.401	12.401	—	7.077	69.807	144.152	55.157	854.381
3.939	11.139	855	12.728	12.728	—	7.077	70.939	144.152	55.157	848.610
3.686	10.824	807	12.414	12.414	—	6.702	73.452	117.668	56.059	835.065

Aggregierte Bilanz des Eurosystems

Periodenende

Aktiva

Position 1	Kredite an Ansässige im Euro-Währungsgebiet				Wertpapiere ohne Aktien von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet				Aktien und sonstige Dividendenwerte von sowie Beteiligungen an Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			Aktiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro- Währungs- gebiets	Sachanlagen	Sonstige Aktiva
	insgesamt	MFls	Öffentliche Haushalte	Sonstige Ansässige im Euro- Währungs- gebiet	insgesamt	MFls	Öffentliche Haushalte	Sonstige Ansässige im Euro- Währungs- gebiet	insgesamt	MFls	Sonstige Ansässige im Euro- Währungs- gebiet			
	1.1	1.2	1.3	2	2.1	2.2	2.3	3	3.1	3.2	4			
<i>in Mrd EUR</i>														
1997	237,2	215,5	21,1	0,6	114,0	0,7	111,8	1,5	2,9	0,5	2,4	324,1	7,0	51,6
1998	225,2	204,6	20,4	0,1	87,8	1,1	86,2	0,5	5,5	1,8	3,7	322,3	7,9	49,3
1999	444,6	424,3	19,7	0,5	89,1	1,9	86,1	1,1	14,1	4,3	9,8	400,6	9,9	56,2
2000	445,0	427,4	17,1	0,5	97,4	2,5	93,6	1,3	15,2	4,3	10,9	380,7	10,4	56,1
2000														
Jänner	465,0	444,6	19,8	0,6	90,3	1,7	87,6	1,0	14,2	4,4	9,8	424,3	9,9	52,4
Februar	382,2	361,8	19,8	0,6	93,2	1,8	90,4	1,0	14,2	4,3	9,8	417,5	9,8	52,5
März	443,4	424,5	18,4	0,5	96,2	2,4	92,7	1,1	14,4	4,3	10,1	439,1	9,8	49,0
April	471,4	452,5	18,4	0,5	96,7	2,6	93,0	1,1	14,4	4,3	10,1	438,0	9,9	51,4
Mai	469,2	450,3	18,4	0,5	97,1	2,7	93,2	1,2	14,4	4,4	10,1	441,9	10,0	51,9
Juni	580,7	561,8	18,4	0,5	97,4	2,6	93,6	1,2	14,7	4,4	10,4	454,8	10,0	51,8
Juli	501,4	482,6	18,4	0,5	98,2	2,5	94,5	1,2	14,7	4,4	10,3	449,7	10,1	51,6
August	482,5	463,7	18,4	0,5	98,5	2,8	94,4	1,3	14,7	4,4	10,3	435,4	10,2	52,4
September	493,1	474,4	18,2	0,5	98,5	2,9	94,6	1,0	14,6	4,4	10,2	459,1	10,2	54,4
Oktober	478,8	460,1	18,2	0,5	98,7	2,6	94,9	1,2	15,0	4,4	10,7	454,7	10,5	53,9
November	431,5	412,8	18,2	0,5	98,8	2,6	94,9	1,4	15,4	4,4	11,1	402,8	10,3	54,3
Dezember	445,0	427,4	17,1	0,5	97,4	2,5	93,6	1,3	15,2	4,3	10,9	380,7	10,4	56,1

Quelle: EZB.

Summe Aktiva	Passiva										Summe Passiva
	Bargeld- umlauf	Einlagen von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet				Geldmarkt- papiere	Begebene Schuld- verschrei- bungen	Kapital und Rücklagen	Passiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro- Währungs- gebiets	Sonstige Passiva	
		insgesamt	MFls	Zentral- regierungen	Sonstige öffentliche Haushalte/ Sonstige Ansässige im Euro- Währungs- gebiet						
1	2	2.1	2.2	2.3	3	4	5	6	7		
7367	3549	1470	919	517	34	134	148	1060	334	672	7367
6980	3591	1520	942	544	35	85	53	971	186	574	6980
1.0145	3933	3415	2793	534	88	33	46	1751	498	468	1.0145
1.0048	3902	3273	2704	471	98	00	38	2001	299	535	1.0048
1.0561	3662	3889	3334	470	84	33	46	1757	726	448	1.0561
9693	3638	3117	2467	567	84	33	46	1751	644	464	9693
1.0519	3662	3721	3198	431	91	17	46	1869	751	454	1.0519
1.0818	3727	3942	3404	434	103	17	46	1897	752	438	1.0818
1.0845	3718	3907	3451	341	115	17	46	1887	824	447	1.0845
1.2094	3743	4979	4328	526	125	17	46	1938	920	450	1.2094
1.1257	3777	4149	3547	497	105	17	46	1966	846	456	1.1257
1.0935	3732	4010	3361	538	112	17	46	2001	666	463	1.0935
1.1298	3735	4042	3461	456	125	00	46	2221	750	506	1.1298
1.1117	3726	3881	3233	511	137	00	46	2263	695	506	1.1117
1.0130	3722	3346	2656	549	140	00	38	2225	293	506	1.0130
1.0048	3902	3273	2704	471	98	00	38	2001	299	535	1.0048

Schillingbanknoten der Oesterreichischen Nationalbank

Umlauf

Notenkategorie	31. Dezember 1999		31. März 2000		30. Juni 2000		30. September 2000		31. Dezember 2000	
	in Mio ATS	in %	in Mio ATS	in %	in Mio ATS	in %	in Mio ATS	in %	in Mio ATS	in %
Banknoten mit gesetzlicher Zahlkraft										
5000 S/I. Form	63.094	34'4	60.824	35'8	63.901	35'9	65.958	36'5	69.837	36'4
1000 S/V. Form	83.612	45'6	75.028	44'2	79.195	44'5	81.826	45'2	86.386	45'1
500 S/IV. Form	11.903	6'5	10.701	6'3	11.132	6'3	11.008	6'1	11.843	6'2
100 S/VI. Form	14.454	7'9	13.649	8'0	14.170	8'0	14.142	7'8	14.718	7'7
50 S/IV. Form	2.389	1'3	2.327	1'4	2.402	1'3	2.395	1'3	2.429	1'3
20 S/V. Form	2.283	1'2	2.250	1'3	2.304	1'3	2.313	1'3	2.361	1'2
zusammen	177.735	96'9	164.779	97'1	173.104	97'2	177.642	98'2	187.574	97'8
<i>in Mio EUR</i>	12.916	x	11.975	x	12.580	x	12.910	x	13.632	x
Zur Präklusion aufgerufene Notenkategorien¹⁾										
1000 S/III. Form	525	0'3	521	0'3	518	0'3	514	0'3	511	0'3
1000 S/IV. Form	4.105	2'2	3.841	2'3	3.641	2'0	3.416	1'9	3.226	1'7
500 S/II. Form	215	0'1	214	0'1	212	0'1	211	0'1	209	0'1
500 S/III. Form	1.113	0'6	1.047	0'6	997	0'6	940	0'5	895	0'5
100 S/V. Form ²⁾	324	0'2	323	0'2	321	0'2	320	0'2	318	0'2
50 S/III. Form ²⁾	147	0'1	147	0'1	146	0'1	146	0'1	145	0'1
20 S/IV. Form	224	0'1	223	0'1	223	0'1	222	0'1	221	0'1
zusammen	6.654	3'6	6.316	3'7	6.058	3'4	5.769	3'2	5.524	2'9
<i>in Mio EUR</i>	484	3'6	459	3'7	440	3'4	419	3'2	401	2'9
Insgesamt	184.389	100'5	171.095	100'8	179.162	100'6	183.411	101'4	193.098	100'7
<i>in Mio EUR</i>	13.400	100'5	12.434	100'8	13.020	100'6	13.329	101'4	14.033	100'7
Banknotenumlauflkorrektur in Höhe der bei anderen Notenbanken des Eurosystems erliegenden Schillingbestände gemäß Art 52 ESZB/EZB-Statut	- 72	- 0'5	- 98	- 0'8	- 84	- 0'6	- 180	- 1'4	- 99	- 0'7
Banknotenumlaufl	13.328	100'0	12.336	100'0	12.936	100'0	13.149	100'0	13.934	100'0

Merkmale der Banknoten

Notenkategorie	Porträt auf der Vorderseite der Banknoten	Datum der Banknoten	Erster Ausgabetag der Banknoten	Einziehungstermin (letzter Tag für die Annahme in Zahlung)	Präklusivtermin (letzter Tag für die Umwechslung der aufgerufenen Banknoten)
Banknoten mit gesetzlicher Zahlkraft					
5000 S/I. Form	Wolfgang A. Mozart	4. Jänner 1988	17. Oktober 1989		
1000 S/V. Form	Karl Landsteiner	1. Jänner 1997	20. Oktober 1997		
500 S/IV. Form	Rosa Mayreder	1. Jänner 1997	20. Oktober 1997		
100 S/VI. Form	Eugen Böhm v. Bawerk	2. Jänner 1984	14. Oktober 1985		
50 S/IV. Form	Sigmund Freud	2. Jänner 1986	19. Oktober 1987		
20 S/V. Form	Moritz M. Daffinger	1. Oktober 1986	19. Oktober 1988		
Zur Präklusion aufgerufene Notenkategorien¹⁾					
1000 S/III. Form	Bertha v. Suttner	1. Juli 1966	21. September 1970	30. August 1985	30. August 2005
1000 S/IV. Form	Erwin Schrödinger	3. Jänner 1983	14. November 1983	20. April 1998	20. April 2018
500 S/II. Form	Josef Ressel	1. Juli 1965	24. Oktober 1966	31. August 1987	31. August 2007
500 S/III. Form	Otto Wagner	1. Juli 1985	20. Oktober 1986	20. April 1998	20. April 2018
100 S/V. Form	Angelika Kauffmann	2. Jänner 1969	19. Oktober 1970	28. November 1986	28. November 2006
100 S/V. Form (2. Auflage)	Angelika Kauffmann	2. Jänner 1969	1. Juni 1981	28. November 1986	28. November 2006
50 S/III. Form	Ferdinand Raimund	2. Jänner 1970	15. Februar 1972	31. August 1988	31. August 2008
50 S/III. Form (2. Auflage)	Ferdinand Raimund	2. Jänner 1970	19. September 1983	31. August 1988	31. August 2008
20 S/IV. Form	Carl Ritter v. Ghega	2. Juli 1967	4. November 1968	30. September 1989	30. September 2009

Quelle: OeNB.

¹⁾ Diese Banknoten haben mit Ablauf der Einziehungsfrist ihre Eigenschaft als gesetzliche Zahlungsmittel verloren; sie werden jedoch noch bis zum Präklusivtermin von der OeNB zur Umwechslung angenommen.

²⁾ Einschließlich Banknoten der 2. Auflage.

Schillingscheidemünzen¹⁾

Umlauf

Münzenkategorie	31. Dezember 1999	31. März 2000	30. Juni 2000	30. September 2000	31. Dezember 2000
Nominalwert in Mio ATS					
Münzen aus unedlen Metallen					
50 S ²⁾	174	170	182	178	192
20 S	514	520	529	539	542
10 S	3.109	3.121	3.190	3.214	3.193
5 S	2.065	2.073	2.122	2.140	2.136
1 S	1.634	1.642	1.676	1.695	1.683
50 g	278	279	283	285	283
10 g	301	302	305	308	305
5 g	12	12	12	12	12
2 g	4	4	4	4	4
Insgesamt ³⁾	8.092	8.123	8.304	8.376	8.350
Goldmünzen	11.823	11.875	11.944	12.091	12.390
Bimetallmünzen					
1000 S ⁴⁾	42	42	41	41	41
500 S ⁵⁾	16	16	16	16	16
100 S ⁶⁾	–	–	5	5	5
Silbermünzen					
500 S	8.884	8.812	8.775	8.726	8.689
200 S	26	26	26	26	26
100 S	4.533	4.505	4.482	4.460	4.429
50 S	2.134	2.123	2.113	2.102	2.089
25 S	1.012	1.009	1.006	1.002	998
Insgesamt	16.589	16.475	16.402	16.317	16.231

Merkmale der Scheidemünzen

Münzenkategorie	Durchmesser in mm	Raugewicht in g	Legierung							Erster Ausgabetag der Scheidemünzen	
			Gold	Silber	Titan	Kupfer	Nickel	Aluminium	Magnesium		Zink
			in ‰								
Münzen aus unedlen Metallen											
50 S ²⁾	26,5	8,2	–	–	–	920	20	60	–	–	23. Oktober 1996
20 S	27,7	8,0	–	–	–	920	20	60	–	–	10. Dezember 1980
10 S	26	6,2	–	–	–	750	250	–	–	–	17. April 1974
5 S	23,5	4,8	–	–	–	750	250	–	–	–	15. Jänner 1969
1 S	22,5	4,2	–	–	–	915	–	85	–	–	1. September 1959
50 g	19,5	3,0	–	–	–	915	–	85	–	–	1. Oktober 1959
10 g	20	1,1	–	–	–	–	–	985	15	–	27. November 1951
5 g	19	2,5	–	–	–	–	–	–	–	1.000	17. Juni 1948
2 g	18	0,9	–	–	–	–	–	985	15	–	15. Juli 1950
1 g	17	1,8	–	–	–	–	–	–	–	1.000	5. April 1948
Goldmünzen											
2000 S (1 ozf ⁷⁾)	37	31,1	999,9	–	–	–	–	–	–	–	10. Oktober 1989
1000 S/I. Form	27	13,5	900	–	–	100	–	–	–	–	22. Oktober 1976
1000 S/II. Form	30	16,2	986	–	–	14	–	–	–	–	15. Mai 1991
1000 S/III. Form (1/2 ozf ⁷⁾)	28	15,6	999,9	–	–	–	–	–	–	–	5. Oktober 1994
1000 S/IV. Form	28	17,0	916,7	40,3	–	43	–	–	–	–	12. Jänner 1995
1000 S/V. Form	30	16,1	995	–	–	5	–	–	–	–	5. Juni 1997
500 S/I. Form (1/4 ozf ⁷⁾)	22	7,8	999,9	–	–	–	–	–	–	–	10. Oktober 1989
500 S/II. Form	22	8,1	986	–	–	14	–	–	–	–	24. Jänner 1991
500 S/III. Form	22	8,0	995	–	–	5	–	–	–	–	16. Jänner 1997
500 S/IV. Form	22	10,1	986	–	–	14	–	–	–	–	15. März 2000
200 S (1/10 ozf ⁷⁾)	16	3,1	999,9	–	–	–	–	–	–	–	12. September 1991
Bimetallmünzen											
1000 S ⁴⁾	40	40,0	986	900	–	114	–	–	–	–	31. Mai 1994
500 S ⁵⁾	30	19,0	986	900	–	114	–	–	–	–	24. März 1995
100 S ⁶⁾	34	13,8	–	900	1.000	100	–	–	–	–	19. Jänner 2000
Silbermünzen											
500 S/I. Form	38	24,0	–	640	–	360	–	–	–	–	10. April 1980
500 S/II. Form	37	24,0	–	925	–	75	–	–	–	–	15. April 1983
500 S/III. Form	37	24,0	–	925	–	75	–	–	–	–	23. Mai 1989
200 S/I. Form	40	33,6	–	925	–	75	–	–	–	–	12. Jänner 1995
100 S/I. Form	36	24,0	–	640	–	360	–	–	–	–	23. Dezember 1974
100 S/II. Form	34	20,0	–	900	–	100	–	–	–	–	24. Jänner 1991
50 S/I. Form	34	20,0	–	900	–	100	–	–	–	–	20. Februar 1959
50 S/II. Form	34	20,0	–	640	–	360	–	–	–	–	18. April 1974
25 S	30	13,0	–	800	–	200	–	–	–	–	1. Oktober 1955

Quelle: OeNB.

¹⁾ Münzen mit gesetzlicher Zahlkraft.

²⁾ Bimetallmünze.

³⁾ Darin enthalten ist auch der Umlauf an Scheidemünzen zu 1 Groschen, der sich während des Jahres 2000 im Durchschnitt auf rund 0,24 Mio ATS belaufen hat.

⁴⁾ Der Goldkern enthält 13 g Feingold und die Silberumrahmung 24 g Feinsilber.

⁵⁾ Der Goldring enthält 8 g Feingold und der Silberinnenteil 4,8 g Feinsilber.

⁶⁾ Der Silberring enthält 9 g Feinsilber und der Titankern 3,75 g reines Titan.

⁷⁾ Bullionmünzen.

Mindestreserve-Basis¹⁾

Mindestreserve-Basis	Insgesamt	Verbindlichkeiten mit einem positiven Mindestreserve-Satz von 2%			Verbindlichkeiten mit einem Mindestreserve-Satz von 0%		
		Einlagen: täglich fällig mit vereinbarter Laufzeit und Kündigungsfrist von bis zu 2 Jahren	Schuld- verschreibungen mit vereinbarter Laufzeit von bis zu 2 Jahren	Geldmarktpapiere	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und Kündigungsfrist von über 2 Jahren	Repo-Geschäfte	Schuld- verschreibungen mit vereinbarter Laufzeit von über 2 Jahren
	in Mio EUR ²⁾						
Stand am 31. Dezember 1999	316.861	177.490	4.051	x	56.102	625	78.593
Jahresdurchschnitt 2000	337.597	188.022	5.139	x	55.602	409	87.916
2000							
Jänner	326.398	183.094	3.393	x	56.532	587	81.338
Februar	324.718	180.043	3.529	x	56.173	560	82.900
März	333.222	187.827	3.447	x	56.271	668	83.532
April	337.549	190.977	3.925	x	56.228	307	84.429
Mai	337.644	190.586	4.141	x	55.957	164	86.796
Juni	336.514	188.870	4.691	x	55.877	385	86.691
Juli	340.157	191.580	5.863	x	54.127	452	88.135
August	341.442	189.443	5.886	x	54.907	581	90.625
September	345.780	192.259	6.582	x	54.625	277	92.037
Oktober	345.329	190.364	6.680	x	55.225	365	92.695
November	343.586	187.797	6.613	x	55.238	395	93.543
Dezember	338.830	183.422	6.914	x	56.062	165	92.267

Quelle: EZB.

¹⁾ Verbindlichkeiten gegenüber anderen dem Mindestreserve-System unterliegenden Kreditinstituten, der EZB und den teilnehmenden Nationalen Zentralbanken sind von der Mindestreserve-Basis ausgenommen. Sollte ein Kreditinstitut den Betrag seiner Verbindlichkeiten in Form von begebenen Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit von bis zu 2 Jahren und Geldmarktpapieren gegenüber den zuvor erwähnten Instituten nicht nachweisen können, kann es einen bestimmten Prozentsatz dieser Verbindlichkeiten von seiner Mindestreserve-Basis in Abzug bringen. Dieser Prozentsatz beträgt derzeit 30%.

²⁾ Unwiderruflicher Euromrechnungskurs: 1 EUR = 137603 ATS.

Mindestreserve-Erfüllung¹⁾

Ende der Mindestreserve- Erfüllungsperiode	Mindestreserve- Soll ²⁾	Ist-Mindestreserve ³⁾	Überschuss- reserven ⁴⁾	Unterschreitungen des Mindestreserve- Solls ⁵⁾	Verzinsung der Mindestreserve ⁶⁾
	in Mio EUR ⁷⁾				in %
Stand am 31. Dezember 1999	3.545	3.570	25	–	3'12
Jahresdurchschnitt 2000	3.778	3.803	26	x	x
2000					
Jänner	3.644	3.664	20	0	3'27
Februar	3.586	3.609	23	0	3'50
März	3.741	3.760	19	–	3'67
April	3.812	3.848	36	0	3'90
Mai	3.809	3.850	41	–	4'28
Juni	3.784	3.802	18	–	4'32
Juli	3.864	3.884	23	3	4'57
August	3.822	3.851	29	–	4'69
September	3.893	3.914	21	0	4'81
Oktober	3.855	3.887	33	1	4'78
November	3.804	3.831	27	0	4'77
Dezember	3.721	3.739	19	1	4'76

Quelle: EZB.

¹⁾ Diese Tabelle enthält Daten über die in den angeführten Monaten abgeschlossenen Mindestreserve-Erfüllungsperioden (z. B. Februar entspricht der Erfüllungsperiode vom 24. Jänner bis 23. Februar).

²⁾ Das Mindestreserve-Soll jedes einzelnen Kreditinstituts wird zunächst errechnet, indem auf die reservepflichtigen Verbindlichkeiten die Mindestreserve-Sätze der entsprechenden Verbindlichkeitenkategorien auf der Grundlage der Bilanzdaten zum Ende eines jeden Kalendermonats angewendet werden; anschließend zieht jedes Kreditinstitut von dieser Größe einen Freibetrag in Höhe von 100.000 EUR ab. Das auf diese Weise berechnete Mindestreserve-Soll der einzelnen Kreditinstitute wird aggregiert.

³⁾ Aggregierte tagesdurchschnittliche Guthaben von reservepflichtigen Kreditinstituten auf ihrem Mindestreserve-Konto während der Mindestreserve-Erfüllungsperiode.

⁴⁾ Durchschnittliche Mindestreserve-Guthaben innerhalb der Mindestreserve-Erfüllungsperiode, die über das Mindestreserve-Soll hinausgehen, berechnet auf der Grundlage der Kreditinstitute, die die Mindestreserve-Pflicht erfüllt haben.

⁵⁾ Unterschreitung der Ist-Mindestreserve gegenüber dem Mindestreserve-Soll innerhalb der Mindestreserve-Erfüllungsperiode, berechnet auf der Grundlage der Kreditinstitute, die die Mindestreserve-Pflicht nicht erfüllt haben.

⁶⁾ Dieser Satz entspricht dem Durchschnitt des EZB-Satzes für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems während der Mindestreserve-Erfüllungsperiode (gewichtet nach der Anzahl der Kalendertage).

⁷⁾ Unwiderruflicher Euromrechnungskurs: 1 EUR = 137603 ATS.

Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute in Österreich/1

Perioden- ende	Aktiva														Summe Aktiva
	Kredite an Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet				Wertpapiere ohne Aktien von Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet				Aktien und sonstige Dividendenwerte von sowie Beteiligungen an Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet			Aktiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro- Währungs- gebiets	Sachanlagen	Sonstige Aktiva	(1, 5, 9, 12 bis 14)
	insgesamt (2 bis 4)	in Österreich		in anderen Mitglieds- ländern	insgesamt (6 bis 8)	in Österreich		in anderen Mitglieds- ländern	insgesamt (10 bis 11)	in Österreich	in anderen Mitglieds- ländern	12	13	14	15
		Öffentliche Haushalte	Sonstige Nicht-MFIs		Öffentliche Haushalte	Sonstige Nicht-MFIs									
	<i>in Mio EUR¹⁾</i>														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1997	194.260	32.565	155.567	6.127	33.556	26.499	3.834	3.222	12.963	12.622	340	74.405	4.578	11.275	331.036
1998	204.358	30.478	166.885	6.994	32.307	24.273	3.645	4.388	15.556	13.636	1.920	72.982	4.717	14.043	343.961
1999	214.302	29.405	176.180	8.717	30.140	20.742	3.738	5.660	20.516	17.963	2.553	84.822	5.036	16.258	371.074
2000	230.367	30.101	189.803	10.463	30.121	18.703	4.793	6.625	21.684	19.242	2.442	95.351	5.061	19.890	402.474
2000															
Jän.	213.229	29.749	174.626	8.854	31.821	21.719	3.984	6.118	20.675	18.064	2.611	92.779	4.911	17.324	380.739
Feb.	212.424	29.694	173.975	8.755	31.416	20.926	4.266	6.224	20.826	18.187	2.639	93.418	4.890	17.050	380.024
März	216.150	30.100	176.985	9.065	31.923	21.644	4.242	6.037	21.233	18.735	2.498	92.784	4.910	17.008	384.008
April	218.046	31.472	177.260	9.314	32.281	22.120	4.276	5.885	21.318	18.883	2.435	96.726	4.926	18.722	392.019
Mai	218.650	31.185	178.114	9.351	31.700	21.192	4.336	6.172	22.192	19.742	2.450	95.292	4.954	17.538	390.326
Juni	220.655	30.312	180.948	9.395	31.625	21.216	4.111	6.298	22.306	19.838	2.468	95.405	4.946	16.858	391.795
Juli	222.820	30.591	182.465	9.764	31.042	20.787	4.199	6.056	22.345	19.830	2.515	98.116	4.986	18.397	397.706
Aug.	226.348	31.140	185.190	10.018	30.569	20.365	4.099	6.105	22.406	19.852	2.554	102.325	5.017	17.941	404.606
Sept.	229.259	31.815	187.309	10.135	31.463	20.566	4.270	6.627	22.428	19.917	2.511	104.480	5.063	17.932	410.625
Okt.	230.405	31.736	188.215	10.454	31.146	20.406	4.282	6.458	22.456	19.989	2.467	104.678	5.125	19.097	412.907
Nov.	230.151	30.920	188.627	10.604	31.410	20.648	4.306	6.456	22.626	20.209	2.417	99.497	5.192	20.846	409.722
Dez.	230.367	30.101	189.803	10.463	30.121	18.703	4.793	6.625	21.684	19.242	2.442	95.351	5.061	19.890	402.474

Quelle: OeNB.

¹⁾ Unwiderruflicher Euromrechnungskurs: 1 EUR = 137603 ATS.

Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute in Österreich/II

Periodenende	Passiva									
	Österreichischer Beitrag zur Geldmenge M3									
	insgesamt (2, 14, 17, 18)		Österreichischer Beitrag zur Geldmenge M2							
	insgesamt (3, 8, 11)		Österreichischer Beitrag zur Geldmenge M1					Einlagen von Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet mit vereinbarter Laufzeit von bis zu 2 Jahren		
			insgesamt (4 + 5)	Bargeldumlauf	täglich fällige Einlagen von Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet			insgesamt (9 + 10)	in Österreich	in anderen Mitgliedsländern
					insgesamt (6 + 7)	in Österreich	in anderen Mitgliedsländern			
	<i>in Mio EUR¹⁾</i>									
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1997	127.124	124.905	46.912	10.462	36.450	34.345	2.106	76.765	71.254	5.512
1998	131.148	129.064	51.267	10.340	40.928	38.488	2.440	77.499	72.283	5.215
1999	139.008	135.048	55.818	11.210	44.608	42.159	2.449	78.956	74.011	4.945
2000	146.755	138.775	57.227	12.012	45.215	42.857	2.358	81.438	76.803	4.635
2000										
Jänner	138.912	136.078	57.100	10.550	46.550	44.069	2.481	78.707	73.754	4.953
Februar	137.449	134.401	55.184	10.611	44.573	42.073	2.500	78.956	73.891	5.065
März	138.975	136.138	56.120	10.734	45.386	42.898	2.488	79.763	74.776	4.987
April	141.746	138.305	57.769	10.835	46.934	44.439	2.495	80.290	75.268	5.022
Mai	142.584	138.598	56.992	11.070	45.922	43.456	2.466	81.361	76.297	5.064
Juni	143.007	138.116	56.959	11.363	45.596	43.110	2.486	80.904	75.975	4.929
Juli	144.062	137.319	55.492	11.372	44.120	41.697	2.423	81.572	76.307	5.265
August	143.502	136.533	55.265	11.248	44.017	41.700	2.317	81.022	76.111	4.911
September	145.894	138.160	56.256	11.457	44.799	42.538	2.261	81.663	76.773	4.890
Oktober	146.093	138.043	56.087	11.630	44.457	42.159	2.298	81.741	76.978	4.771
November	145.757	137.942	55.919	11.779	44.140	41.826	2.314	81.811	76.938	4.873
Dezember	146.755	138.775	57.227	12.012	45.215	42.857	2.358	81.438	76.803	4.635

Periodenende	Passiva (Fortsetzung)									
	Einlagen von Zentralregierungen					Nichtmonetäre Verbindlichkeiten der MFIs				
	insgesamt (20 + 21)	in Österreich	in anderen Mitgliedsländern	insgesamt (23, 24, 27, 30)	Kapital und Rücklagen	Einlagen von Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren			Einlagen von Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	
						insgesamt (25 + 26)	in Österreich	in anderen Mitgliedsländern	insgesamt (28 + 29)	in Österreich
	<i>in Mio EUR¹⁾</i>									
	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28
1997	2.221	2.220	1	126.068	21.017	44.531	43.088	1.443	527	351
1998	1.978	1.973	5	131.648	23.311	48.939	47.274	1.665	701	516
1999	1.617	1.616	1	141.362	29.130	49.824	48.042	1.782	681	488
2000	1.914	1.913	1	155.838	29.346	50.103	47.948	2.155	281	105
2000										
Jänner	3.002	3.001	1	143.260	28.242	49.986	48.148	1.838	646	454
Februar	3.223	3.222	1	145.234	29.217	49.740	47.947	1.793	621	428
März	3.290	3.289	1	145.235	29.440	49.532	47.751	1.781	617	426
April	2.435	2.434	1	146.792	30.172	49.421	47.661	1.760	612	424
Mai	3.168	3.167	1	147.487	28.940	49.269	47.481	1.788	594	410
Juni	2.742	2.741	1	147.596	29.264	49.182	47.340	1.842	589	403
Juli	2.814	2.813	1	149.102	29.336	49.229	47.201	2.028	544	358
August	2.414	2.413	1	151.907	29.771	49.043	47.047	1.996	538	356
September	2.620	2.094	526	154.010	30.743	48.806	46.855	1.951	522	344
Oktober	2.590	2.064	526	155.918	31.767	49.336	47.243	2.093	490	315
November	2.985	2.984	1	156.159	31.416	49.160	47.047	2.113	475	301
Dezember	1.914	1.913	1	155.838	29.346	50.103	47.948	2.155	281	105

Quelle: OeNB.

¹⁾ Unwiderrufflicher Euromrechnungskurs: 1 EUR = 13'760,3 ATS.

Einlagen von Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet mit vereinbarter Kündigungsfrist von bis zu 3 Monaten			Repo-Geschäfte mit Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet			Geldmarkt-fonds-anteile und Geldmarkt-papiere	Schuld-verschreibungen bis 2 Jahre
			insgesamt (15 + 16)	in Österreich	in anderen Mitgliedsländern		
insgesamt (12 + 13)	in Österreich	in anderen Mitgliedsländern					
11	12	13	14	15	16	17	18
1.227	1.119	108	138	138	x	x	2.744
298	195	103	285	285	x	x	2.532
274	181	93	488	488	x	x	4.281
110	25	85	114	114	x	x	8.341
271	178	93	563	509	x	x	3.078
261	173	88	545	496	x	x	3.315
255	167	88	587	514	x	x	3.078
246	157	89	119	119	x	x	4.155
245	155	90	115	115	x	x	4.697
253	165	88	214	214	x	x	5.505
255	169	86	215	215	x	x	7.149
246	160	86	214	214	x	x	7.379
241	154	87	208	208	x	x	8.154
215	129	86	316	316	x	x	8.206
212	126	86	318	318	x	x	7.968
110	25	85	114	114	x	x	8.341

Schuld-verschreibungen von über 2 Jahren		Überschuss der Inter-MFI-Verbindlichkeiten im Euro-Währungsgebiet			Passiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungs-gebiets	Sonstige Passiva	Summe Passiva (1, 19, 22, 31, 34, 35)
		insgesamt (32 + 33)	in Österreich	in anderen Mitgliedsländern			
in anderen Mitgliedsländern							
29	30	31	32	33	34	35	36
176	59.993	6.882	3.175	3.707	37.877	30.866	331.036
185	58.697	7.337	3.866	3.472	40.937	30.913	343.961
193	61.727	13.138	2.264	10.874	51.012	24.937	371.074
176	76.108	15.008	5.475	9.533	54.821	28.138	402.474
192	64.386	14.008	1.611	12.397	55.456	26.101	380.739
193	65.656	15.256	2.448	12.808	54.004	24.858	380.024
191	65.646	7.822	2.526	5.296	61.453	27.233	384.008
188	66.587	9.523	2.917	6.606	63.662	27.861	392.019
184	68.684	8.511	2.468	6.043	63.278	25.298	390.326
186	68.561	4.803	1.659	3.144	66.804	26.843	391.795
186	69.993	4.190	3.931	259	70.279	27.259	397.706
182	72.555	16.836	3.825	13.011	62.623	27.324	404.606
178	73.939	16.122	3.424	12.698	63.875	28.104	410.625
175	74.325	16.144	2.885	13.259	62.421	29.741	412.907
174	75.109	14.946	3.066	11.880	59.514	30.360	409.722
176	76.108	15.008	5.475	9.533	54.821	28.138	402.474

Entwicklung der Geldmenge im Bilanzzusammenhang

Periodenende	Kredite an Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet			Nettoforderungen an Länder außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Nichtmonetäre Verbindlichkeiten der MFIs					Einlagen von Zentralregierungen im Euro-Währungsgebiet
	insgesamt (2 + 3)	in Österreich	in anderen Mitglieds-ländern	insgesamt (5 + 6)	OeNB	sonstige MFIs	insgesamt (8 bis 11)	Kapital und Rücklagen	Einlagen von Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen von Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen von über 2 Jahren	
	<i>in Mio EUR¹⁾</i>											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Veränderung zum Vorjahr												
1998	+11.441	+ 7.829	+3.612	- 4.483	+ 29	-4.512	+ 5.580	+2.294	+4.408	+174	- 1.296	- 243
1999	+12.738	+ 9.110	+3.628	+ 1.765	+1.738	+ 27	+ 9.714	+5.819	+ 885	- 20	+ 3.030	- 361
2000	+17.214	+14.614	+2.600	+ 6.720	- 975	+7.695	+14.476	+ 216	+ 279	-400	+14.381	+ 297
Veränderung zum Vorjahresmonat												
2000												
Jänner	+10.600	+ 6.179	+4.421	+ 9.052	+7.407	+1.645	+11.469	+3.635	+1.448	- 43	+ 6.429	- 8
Februar	+ 9.703	+ 5.174	+4.529	+ 8.630	+5.451	+3.179	+13.089	+4.449	+1.119	- 94	+ 7.615	+ 461
März	+13.521	+10.058	+3.463	+ 5.485	+7.447	-1.962	+12.773	+3.532	+ 886	- 88	+ 8.443	+1.388
April	+16.495	+12.353	+4.142	+ 83	+5.100	-5.017	+12.315	+4.503	+ 793	-105	+ 7.124	+1.113
Mai	+14.338	+12.219	+2.119	+ 1.840	+2.801	- 961	+11.953	+3.176	+ 787	-124	+ 8.114	+ 649
Juni	+16.878	+12.703	+4.175	+ 1.031	+1.827	- 796	+11.959	+3.183	+ 756	-136	+ 8.156	- 131
Juli	+16.861	+12.660	+4.201	- 1.879	-4.512	+2.633	+14.020	+3.824	+ 893	-168	+ 9.471	+ 84
August	+20.164	+16.022	+4.142	+12.970	+5.734	+7.236	+16.914	+4.070	+ 544	-164	+12.464	- 880
September	+21.054	+16.696	+4.358	+11.184	+8.390	+2.794	+17.529	+4.457	+ 273	-176	+12.975	+ 500
Oktober	+20.400	+16.761	+3.639	+ 8.177	+2.383	+5.794	+17.622	+4.903	+ 721	-212	+12.210	+ 625
November	+17.968	+15.159	+2.809	+12.386	+6.472	+5.914	+17.826	+4.617	+ 417	-244	+13.036	- 63
Dezember	+17.214	+14.614	+2.600	+ 6.720	- 975	+7.695	+14.476	+ 216	+ 279	-400	+14.381	+ 297
Veränderung zum Vormonat												
2000												
Jänner	+ 767	+ 114	+ 653	+ 3.513	+2.611	+ 902	+ 1.898	- 888	+ 162	- 35	+ 2.659	+1.385
Februar	- 1.059	- 1.094	+ 35	+ 2.091	- 225	+2.316	+ 1.974	+ 975	- 246	- 25	+ 1.270	+ 221
März	+ 4.640	+ 4.658	- 18	- 8.083	-1.375	-6.708	+ 1	+ 223	- 208	- 4	- 10	+ 67
April	+ 2.339	+ 2.305	+ 34	+ 1.733	+1.738	- 5	+ 1.557	+ 732	- 111	- 5	+ 941	- 855
Mai	+ 897	+ 558	+ 339	- 1.050	-3.625	+2.575	+ 695	-1.232	- 152	- 18	+ 2.097	+ 733
Juni	+ 2.044	+ 1.856	+ 188	- 3.413	-3.835	+ 422	+ 109	+ 324	- 87	- 5	- 123	- 426
Juli	+ 1.621	+ 1.447	+ 174	- 764	- 567	- 197	+ 1.506	+ 72	+ 47	- 45	+ 1.432	+ 72
August	+ 3.116	+ 2.774	+ 342	+11.865	+9.651	+2.214	+ 2.805	+ 435	- 186	- 6	+ 2.562	- 400
September	+ 3.827	+ 3.231	+ 596	+ 903	+ 311	+ 592	+ 2.103	+ 972	- 237	- 16	+ 1.384	+ 206
Oktober	+ 857	+ 751	+ 106	+ 1.652	-1.153	+2.805	+ 1.908	+1.024	+ 530	- 32	+ 386	- 30
November	+ 180	+ 82	+ 98	- 2.274	-3.530	+1.256	+ 242	- 353	- 176	- 15	+ 784	+ 395
Dezember	- 2.015	- 2.068	+ 53	+ 547	- 976	+1.523	- 322	-1.939	+ 943	-194	+ 999	-1.071

Quelle: OeNB.

¹⁾ Unwiderruflicher Euromrechnungskurs: 1 EUR = 137603 ATS.

insgesamt (15, 21 bis 23)	Österreichischer Beitrag zur Geldmenge M2						Repo- Geschäfte mit Nicht-MFIs im Euro- Währungs- gebiet	Geldmarkt- fondsanteile und Geldmarkt- papiere	Schuld- verschrei- bungen bis 2 Jahre	
	insgesamt (16, 19, 20)			Österreichischer Beitrag zur Geldmenge M1						
	insgesamt (17 + 18)	Bargeld- umlauf	täglich fällige Einlagen von Nicht-MFIs im Euro- Währungs- gebiet	Einlagen von Nicht-MFIs im Euro- Währungs- gebiet mit vereinbarter Laufzeit von bis zu 2 Jahren	Einlagen von Nicht-MFIs im Euro- Währungs- gebiet mit vereinbarter Kündigungsfrist von bis zu 3 Monaten					
13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
- 2.404	+ 4.024	+4.159	+4.355	- 122	+4.478	+ 734	-929	+147	- 70	- 212
- 2.709	+ 7.860	+5.984	+4.551	+ 870	+3.680	+1.457	- 24	+203	- 76	+1.749
+ 1.414	+ 7.747	+3.727	+1.409	+ 802	+ 607	+2.482	-164	-374	+334	+4.060
+ 1.584	+ 6.607	+6.034	+5.835	+ 547	+5.288	+ 234	- 35	+362	- 68	+ 279
- 106	+ 4.889	+4.181	+4.701	+ 641	+4.060	- 476	- 44	+406	- 67	+ 369
- 262	+ 5.107	+4.663	+4.704	+ 703	+4.001	+ 19	- 60	+434	- 77	+ 87
- 4.859	+ 8.009	+6.980	+5.963	+ 668	+5.295	+1.078	- 61	- 49	- 76	+1.154
- 5.252	+ 8.828	+7.087	+4.694	+ 756	+3.938	+2.440	- 47	- 83	- 63	+1.887
- 3.654	+ 9.735	+6.623	+3.078	+ 908	+2.170	+3.588	- 43	+ 73	- 59	+3.098
- 9.378	+10.256	+5.078	+ 367	+ 772	- 405	+4.745	- 34	+ 83	+153	+4.942
+ 6.037	+11.063	+6.631	+2.247	+ 838	+1.409	+4.415	- 31	+ 25	+157	+4.250
+ 3.313	+10.896	+6.577	+1.532	+1.041	+ 491	+5.074	- 29	+ 46	+159	+4.114
+ 851	+ 9.479	+4.852	+ 770	+ 997	- 227	+4.138	- 56	+201	+319	+4.107
+ 4.951	+ 7.640	+3.466	+ 193	+1.084	- 891	+3.333	- 60	+173	+326	+3.675
+ 1.414	+ 7.747	+3.727	+1.409	+ 802	+ 607	+2.482	-164	-374	+334	+4.060
+ 1.093	- 96	+1.030	+1.282	- 660	+1.942	- 249	- 3	+ 75	+ 2	-1.203
+ 300	- 1.463	-1.677	-1.916	+ 61	-1.977	+ 249	- 10	- 18	- 5	+ 237
- 5.037	+ 1.526	+1.737	+ 936	+ 123	+ 813	+ 807	- 6	+ 42	- 16	- 237
+ 599	+ 2.771	+2.167	+1.649	+ 101	+1.548	+ 527	- 9	-468	- 5	+1.077
- 2.419	+ 838	+ 293	- 777	+ 235	-1.012	+1.071	- 1	- 4	+ 7	+ 542
- 1.475	+ 423	- 482	- 33	+ 293	- 326	- 457	+ 8	+ 99	- 2	+ 808
- 1.776	+ 1.055	- 797	-1.467	+ 9	-1.476	+ 668	+ 2	+ 1	+207	+1.644
+13.136	- 560	- 786	- 227	- 124	- 103	- 550	- 9	- 1	- 3	+ 230
+ 29	+ 2.392	+1.627	+ 991	+ 209	+ 782	+ 641	- 5	- 6	- 4	+ 775
+ 432	+ 199	- 117	- 169	+ 173	- 342	+ 78	- 26	+108	+156	+ 52
- 2.395	- 336	- 101	- 168	+ 149	- 317	+ 70	- 3	+ 2	+ 1	- 238
- 1.073	+ 997	+ 833	+1.308	+ 233	+1.075	- 373	-102	-204	- 4	+ 373

Ausgewählte Finanzkennzahlen der Oesterreichischen Nationalbank

Periodenende

Aktiva

	Kredite an Ansässige im Euro-Währungsgebiet				Wertpapiere ohne Aktien von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet				Aktien und sonstige Dividendenwerte von sowie Beteiligungen an Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			Aktiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets
	insgesamt (2 bis 4)	MFIs	Öffentliche Haushalte	Sonstige Ansässige im Euro-Währungsgebiet	insgesamt (6 bis 8)	MFIs	Öffentliche Haushalte	Sonstige Ansässige im Euro-Währungsgebiet	insgesamt (10 + 11)	MFIs	Sonstige Ansässige im Euro-Währungsgebiet	
	in Mio EUR ¹⁾											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1998	2.670	2.363	194	112	1.894	767	1.080	47	1.947	118	1.829	18.771
1999	15.878	15.559	221	98	1.863	636	1.208	19	2.428	118	2.310	22.115
2000	9.620	9.296	256	68	1.978	1.150	808	20	2.517	118	2.399	20.478
2000												
Jänner	18.018	17.695	236	87	1.930	640	1.271	19	2.428	118	2.310	24.077
Februar	14.853	14.528	236	89	1.900	655	1.196	49	2.452	118	2.334	24.184
März	11.461	11.134	243	84	2.119	809	1.261	49	2.470	118	2.352	23.272
April	15.283	14.954	243	86	2.016	940	1.027	49	2.477	118	2.359	25.163
Mai	19.223	18.900	248	75	2.035	825	1.161	49	2.478	118	2.360	22.305
Juni	21.030	20.709	248	73	1.944	828	1.067	49	2.474	118	2.356	22.547
Juli	19.200	18.876	248	76	1.901	1.009	843	49	2.474	118	2.356	23.110
August	16.748	16.423	248	77	1.873	950	904	19	2.474	118	2.356	25.952
September	16.240	15.914	256	70	2.035	1.211	805	19	2.490	118	2.372	26.279
Oktober	19.861	19.537	256	68	2.009	1.183	807	19	2.491	118	2.373	25.477
November	8.305	7.971	256	78	1.964	1.144	801	19	2.491	118	2.373	21.588
Dezember	9.620	9.296	256	68	1.978	1.150	808	20	2.517	118	2.399	20.478

Quelle: OeNB.

¹⁾ Unwiderruflicher Euromrechnungskurs: 1 EUR = 137603 ATS.

Passiva

Periodenende

Banknoten- umlauf	Einlagen von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet				Geldmarkt- papiere	Begebene Schuld- verschrei- bungen	Passiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro- Währungs- gebiets	
	insgesamt (3 bis 5)	MFI	Zentral- regierungen	Sonstige öffentliche Haushalte/ Sonstige Ansässige im Euro- Währungsge- biet				
1	2	3	4	5	6	7	8	
12.269	3.992	3.975	3	14	—	—	216	1998
13.328	16.230	16.211	8	11	—	—	1.821	1999
13.934	8.775	8.757	13	5	—	—	1.159	2000
12.344	21.764	21.758	4	2	—	—	1.172	2000 Jänner
12.322	18.237	18.230	—	7	—	—	1.504	Februar
12.337	13.462	13.460	1	1	—	—	1.967	März
12.716	17.738	17.736	—	2	—	—	2.120	April
12.745	19.767	19.767	—	—	—	—	2.887	Mai
12.936	17.490	17.474	5	11	—	—	6.964	Juni
13.011	14.722	14.721	—	1	—	—	8.094	Juli
12.864	21.595	21.594	—	1	—	—	1.285	August
13.149	20.948	20.927	1	20	—	—	1.301	September
13.406	22.574	22.571	1	2	—	—	1.652	Oktober
13.369	8.166	8.162	1	3	—	—	1.293	November
13.934	8.775	8.757	13	5	—	—	1.159	Dezember

Basis- und Referenzzinssätze der Oesterreichischen Nationalbank

Gültig ab	Basiszinssatz	Referenz- zinssatz
	<i>in % p. a.</i>	
1999		
1. Jänner	2'50	4'75
9. April	2'00	3'75
5. November	2'50	4'25
2000		
17. März	3'00	4'75
9. Juni	3'75	5'50
6. Oktober	4'25	6'00

Quelle: OeNB.

EZB-Zinssätze für die Einlagefazilität und die Spitzenrefinanzierungsfazilität

Gültig ab	Einlage- fazilität	Spitzen- refinanzie- rungs- fazilität
	<i>in % p. a.</i>	
1999		
4. Jänner ¹⁾	2'00	4'50
22. Jänner	2'00	4'50
9. April	1'50	3'50
5. November	2'00	4'00
2000		
9. Februar	2'25	4'25
17. März	2'50	4'50
28. April	2'75	4'75
9. Juni	3'25	5'25
1. September	3'50	5'50
6. Oktober	3'75	5'75

Quelle: OeNB, EZB.

¹⁾ Als Übergangsregelung wurden befristet bis einschließlich 21. Jänner 1999 Sätze von 2'75 bzw. 3'25% angewandt.

Hauptrefinanzierungstender des Eurosystems

Laufzeit	Mengen- bzw. Zinstender	Gebote		Zuteilung Betrag	Fixzinssatz bzw. marginaler Zinssatz in % p. a.	Mindest- bietungssatz	Gewichteter Durchschnitts- satz
		Bieter	Betrag				
		Anzahl	in Mio EUR ¹⁾				
2000							
12. 1. bis 26. 1.	Mengentender	655	914.566	35.000	3'00	x	x
19. 1. bis 2. 2.	Mengentender	729	1.145.548	77.000	3'00	x	x
26. 1. bis 9. 2.	Mengentender	825	1.520.993	69.000	3'00	x	x
2. 2. bis 16. 2.	Mengentender	904	3.012.630	62.000	3'00	x	x
9. 2. bis 23. 2.	Mengentender	686	1.036.648	66.000	3'25	x	x
16. 2. bis 1. 3.	Mengentender	696	1.022.832	59.000	3'25	x	x
23. 2. bis 8. 3.	Mengentender	819	2.126.309	63.000	3'25	x	x
1. 3. bis 15. 3.	Mengentender	850	2.901.133	89.000	3'25	x	x
8. 3. bis 22. 3.	Mengentender	681	1.627.522	47.000	3'25	x	x
15. 3. bis 29. 3.	Mengentender	923	4.165.993	85.000	3'25	x	x
22. 3. bis 5. 4.	Mengentender	760	1.661.995	52.000	3'50	x	x
29. 3. bis 12. 4.	Mengentender	855	3.022.435	89.000	3'50	x	x
5. 4. bis 19. 4.	Mengentender	826	2.869.408	48.000	3'50	x	x
12. 4. bis 27. 4.	Mengentender	870	4.290.278	82.000	3'50	x	x
19. 4. bis 4. 5.	Mengentender	885	4.277.306	58.000	3'50	x	x
27. 4. bis 10. 5.	Mengentender	867	5.492.939	89.000	3'50	x	x
4. 5. bis 17. 5.	Mengentender	844	4.624.944	64.000	3'75	x	x
10. 5. bis 24. 5.	Mengentender	894	6.352.776	72.000	3'75	x	x
17. 5. bis 31. 5.	Mengentender	894	6.574.441	66.000	3'75	x	x
24. 5. bis 7. 6.	Mengentender	882	7.057.234	78.000	3'75	x	x
31. 5. bis 15. 6.	Mengentender	883	7.127.001	62.000	3'75	x	x
7. 6. bis 21. 6.	Mengentender	868	8.491.195	75.000	3'75	x	x
15. 6. bis 28. 6.	Mengentender	762	3.544.808	68.000	4'25	x	x
21. 6. bis 5. 7.	Mengentender	666	1.867.673	74.000	4'25	x	x
28. 6. bis 12. 7.	Zinstender	800	201.612	99.000	4'29	4'25	4'32
5. 7. bis 19. 7.	Zinstender	700	171.848	58.000	4'29	4'25	4'30
12. 7. bis 26. 7.	Zinstender	739	192.977	99.000	4'29	4'25	4'30
19. 7. bis 2. 8.	Zinstender	699	160.519	53.000	4'29	4'25	4'30
26. 7. bis 9. 8.	Zinstender	781	211.485	118.000	4'30	4'25	4'31
2. 8. bis 16. 8.	Zinstender	710	172.252	45.000	4'31	4'25	4'31
9. 8. bis 23. 8.	Zinstender	741	199.922	111.000	4'30	4'25	4'31
16. 8. bis 30. 8.	Zinstender	590	173.995	54.000	4'35	4'25	4'37
23. 8. bis 6. 9.	Zinstender	786	218.102	113.000	4'47	4'25	4'50
30. 8. bis 13. 9.	Zinstender	649	149.939	68.000	4'68	4'25	4'71
6. 9. bis 20. 9.	Zinstender	637	190.506	108.000	4'55	4'50	4'57
13. 9. bis 27. 9.	Zinstender	663	158.302	63.000	4'58	4'50	4'59
20. 9. bis 4. 10.	Zinstender	658	168.230	104.000	4'56	4'50	4'58
27. 9. bis 11. 10.	Zinstender	659	159.098	81.000	4'65	4'50	4'68
4. 10. bis 18. 10.	Zinstender	589	174.302	99.000	4'67	4'50	4'68
11. 10. bis 25. 10.	Zinstender	597	128.730	76.000	4'76	4'75	4'78
18. 10. bis 1. 11.	Zinstender	517	107.602	93.000	4'75	4'75	4'76
25. 10. bis 8. 11.	Zinstender	613	159.063	90.000	4'80	4'75	4'82
1. 11. bis 15. 11.	Zinstender	614	150.445	90.000	4'84	4'75	4'85
8. 11. bis 22. 11.	Zinstender	575	147.176	95.000	4'83	4'75	4'84
15. 11. bis 29. 11.	Zinstender	565	130.251	90.000	4'78	4'75	4'80
22. 11. bis 6. 12.	Zinstender	587	148.887	108.000	4'80	4'75	4'82
29. 11. bis 13. 12.	Zinstender	592	147.060	92.000	4'82	4'75	4'83
6. 12. bis 20. 12.	Zinstender	534	129.916	128.000	4'75	4'75	4'79
13. 12. bis 27. 12.	Zinstender	496	116.112	91.000	4'76	4'75	4'78
20. 12. bis 3. 1. 2001	Zinstender	680	152.151	121.000	4'80	4'75	4'86
27. 12. bis 10. 1. 2001	Zinstender	497	118.217	102.000	4'79	4'75	4'84

Quelle: OeNB, EZB.

¹⁾ Unwiderruflicher Euromrechnungskurs: 1 EUR = 137603 ATS.

Längerfristige Refinanzierungstender des Eurosystems

Laufzeit	Mengen- bzw. Zinstender	Gebote		Zuteilung Betrag	Fixzinssatz bzw. marginaler Zinssatz in % p. a.
		Bieter	Betrag		
1999					
14. 1. bis 25. 2.	Zinstender	466	79.846	15.000	3'13
14. 1. bis 25. 3.	Zinstender	311	39.343	15.000	3'10
14. 1. bis 29. 4.	Zinstender	329	46.152	15.000	3'08
25. 2. bis 27. 5.	Zinstender	417	77.300	15.000	3'04
25. 3. bis 1. 7.	Zinstender	269	53.659	15.000	2'96
29. 4. bis 29. 7.	Zinstender	313	66.911	15.000	2'53
27. 5. bis 26. 8.	Zinstender	319	72.294	15.000	2'53
1. 7. bis 30. 9.	Zinstender	298	76.284	15.000	2'63
29. 7. bis 28. 10.	Zinstender	281	64.973	15.000	2'65
26. 8. bis 25. 11.	Zinstender	256	52.416	15.000	2'65
30. 9. bis 23. 12.	Zinstender	198	41.443	15.000	2'66
28. 10. bis 27. 1. 2000	Zinstender	313	74.430	25.000	3'19
25. 11. bis 2. 3. 2000	Zinstender	321	74.988	25.000	3'18
23. 12. bis 30. 3. 2000	Zinstender	301	91.088	25.000	3'26
2000					
27. 1. bis 27. 4.	Zinstender	354	87.052	20.000	3'28
2. 3. bis 1. 6.	Zinstender	336	72.960	20.000	3'60
30. 3. bis 29. 6.	Zinstender	325	74.929	20.000	3'78
27. 4. bis 27. 7.	Zinstender	326	64.094	20.000	4'00
1. 6. bis 31. 8.	Zinstender	309	64.317	20.000	4'40
29. 6. bis 28. 9.	Zinstender	258	41.833	20.000	4'49
27. 7. bis 26. 10.	Zinstender	235	40.799	15.000	4'59
31. 8. bis 30. 11.	Zinstender	240	35.417	15.000	4'84
28. 9. bis 29. 12.	Zinstender	225	34.043	15.000	4'84
26. 10. bis 25. 1. 2001	Zinstender	241	43.085	15.000	5'06
30. 11. bis 1. 3. 2001	Zinstender	226	31.999	15.000	5'03
29. 12. bis 29. 3. 2001	Zinstender	165	15.869	15.000	4'75

Quelle: OeNB, EZB.

¹⁾ Unwiderruflicher Euroumrechnungskurs: 1 EUR = 137603 ATS.

Eurogeldmarktsätze

	EONIA ¹⁾			EURIBOR ²⁾			
	Perioden- durch- schnitt ³⁾	niedrigster Satz	höchster Satz	1 Monat	3 Monate	6 Monate	12 Monate
	<i>in % p. a.</i>						
1999	2'74	1'74	3'75	2'86	2'96	3'05	3'18
2000	4'12	2'85	5'16	4'24	4'39	4'55	4'78
2000							
Jänner	3'04	2'85	3'30	3'15	3'34	3'56	3'95
Februar	3'28	3'18	3'48	3'36	3'54	3'73	4'11
März	3'51	3'28	3'86	3'59	3'75	3'94	4'27
April	3'69	3'35	3'93	3'79	3'93	4'08	4'36
Mai	3'92	2'90	4'20	4'16	4'36	4'54	4'85
Juni	4'29	4'06	4'75	4'37	4'50	4'68	4'96
Juli	4'31	3'98	4'45	4'41	4'58	4'84	5'11
August	4'42	4'08	4'76	4'57	4'78	5'01	5'25
September	4'59	4'12	4'91	4'70	4'85	5'04	5'22
Oktober	4'76	4'64	4'97	4'85	5'04	5'10	5'22
November	4'83	4'76	4'94	4'92	5'09	5'13	5'19
Dezember	4'83	4'73	5'16	4'95	4'94	4'92	4'88

Quelle: EZB, Reuters.

¹⁾ Euro OverNight Index Average.

²⁾ Euro Interbank Offered Rate; ungewichteter Durchschnitt.

³⁾ Ungewichteter Durchschnitt aus den täglichen Erhebungen der EZB.

Renditen auf dem österreichischen Rentenmarkt¹⁾

	Emissionsrenditen			Sekundärmarktrenditen							
	Bund	inländische Emittenten gesamt	ausländische Emittenten	Bund ²⁾	Sonstige öffentliche Stellen	Sonstige inländische Nichtbanken	Inländische Nichtbanken (1 bis 3)	Inländische Banken	Inländische Emittenten (4 + 5)	Ausländische Emittenten	Emittenten gesamt ³⁾ (6 + 7)
in % p. a.											
				1	2	3	4	5	6	7	8
Periodendurchschnitt											
1991	8'41	8'42	8'29	8'62	x	x	x	8'69	x	10'21	8'69
1992	7'91	7'94	7'98	8'27	x	x	x	8'42	x	9'90	8'39
1993	6'21	6'26	7'51	6'63	6'93	6'91	6'66	6'73	6'68	8'18	6'74
1994	6'67	6'68	8'06	6'70	6'89	6'77	6'71	6'51	6'66	7'59	6'69
1995	6'65	6'64	8'30	6'48	6'68	6'59	6'49	6'43	6'48	7'40	6'51
1996	5'76	5'75	8'24	5'30	5'63	5'67	5'32	5'25	5'31	6'32	5'33
1997	5'27	5'30	6'66	4'79	5'08	5'74	4'82	4'83	4'82	5'80	4'84
1998	4'55	4'56	6'06	4'29	4'32	6'06	4'35	4'54	4'38	5'89	4'40
1999	4'13	4'13	—	4'10	3'93	4'13	4'10	4'25	4'12	5'80	4'14
2000	5'39	5'39	—	5'32	5'32	5'43	5'32	5'65	5'35	6'77	5'36
2000											
1. Quartal	5'52	5'52	—	5'20	4'92	5'07	5'19	5'34	5'21	6'64	5'22
2. Quartal	5'20	5'20	—	5'32	5'22	5'36	5'32	5'58	5'35	6'59	5'36
3. Quartal	5'36	5'36	—	5'48	5'57	5'71	5'48	5'89	5'52	6'89	5'53
4. Quartal	5'29	5'29	—	5'28	5'59	5'57	5'28	5'81	5'33	6'94	5'34
2000											
Jänner	5'59	5'59	—	5'16	4'81	4'99	5'16	5'22	5'16	6'79	5'18
Februar	5'59	5'59	—	5'25	4'95	5'08	5'25	5'39	5'26	6'61	5'27
März	5'23	5'24	—	5'17	4'98	5'13	5'17	5'40	5'19	6'55	5'21
April	5'04	5'04	—	5'13	4'96	5'16	5'13	5'38	5'16	6'40	5'17
Mai	5'71	5'71	—	5'45	5'30	5'38	5'45	5'62	5'46	6'60	5'47
Juni	5'30	5'30	—	5'36	5'37	5'51	5'36	5'71	5'39	6'76	5'40
Juli	5'18	5'18	—	5'48	5'42	5'61	5'48	5'83	5'51	6'73	5'52
August	—	—	—	5'49	5'52	5'73	5'49	5'89	5'53	6'85	5'53
September	5'63	5'63	—	5'47	5'78	5'80	5'48	5'94	5'52	7'09	5'53
Oktober	5'29	5'29	—	5'40	5'69	5'73	5'41	5'89	5'45	6'89	5'46
November	—	—	—	5'35	5'62	5'63	5'36	5'87	5'40	7'07	5'41
Dezember	—	—	—	5'03	5'44	5'32	5'03	5'63	5'08	6'85	5'09

Quelle: OeNB, OeKB.

¹⁾ Für festverzinsten Rentenwerte.

²⁾ Benchmarkrendite (Bund 10 Jahre).

³⁾ Emittenten gesamt = früher Anleihen im weiteren Sinn.

Zinssatzstatistik der österreichischen Kreditinstitute¹⁾

Sollzinssätze

	Kommerzkredite			Wechselkredite			Privatkredite			Kredite für Wohnraumbeschaffung		
	Durchschnitt	Bandbreite		Durchschnitt	Bandbreite		Durchschnitt	Bandbreite		Durchschnitt	Bandbreite	
		von	bis		von	bis		von	bis		von	bis
	in % p. a.											
1996	7,23	5,50	9,50	4,57	3,00	7,88	8,40	6,75	10,63	6,78	5,75	7,88
1997	6,66	5,25	8,50	4,33	3,00	7,50	7,85	6,50	9,25	6,25	5,00	7,25
1998	6,42	4,75	8,50	4,28	3,00	7,00	7,63	6,00	9,20	6,09	5,00	7,25
1999	5,64	3,75	8,13	4,53	3,00	6,75	6,51	5,00	8,50	5,17	4,25	6,82
2000	6,48	4,75	8,88	5,47	3,75	7,38	7,41	5,75	9,00	6,01	4,50	7,25
2000												
Jänner	5,86	4,75	7,75	4,63	3,75	5,88	6,80	5,75	8,00	5,40	4,50	6,50
Februar	6,04	5,00	7,75	4,73	3,75	6,00	6,96	6,00	8,00	5,58	4,50	6,50
März	6,11	5,00	7,50	4,82	3,75	6,13	7,10	6,25	8,25	5,65	4,75	6,50
April	6,28	5,50	7,63	4,92	4,00	6,63	7,23	6,50	8,25	5,70	4,50	6,50
Mai	6,32	5,25	7,50	5,24	4,25	6,75	7,28	6,00	8,50	5,84	4,75	6,75
Juni	6,44	5,50	8,25	5,38	4,25	6,75	7,48	6,50	8,75	5,98	4,75	6,88
Juli	6,57	5,50	8,00	5,59	4,00	6,75	7,47	6,50	8,88	6,12	5,00	7,25
August	6,57	5,50	8,25	5,75	4,00	7,00	7,55	6,75	8,88	6,25	5,38	7,25
September	6,77	5,50	8,50	5,91	4,66	7,00	7,72	6,75	9,00	6,32	5,75	7,25
Oktober	6,89	5,50	8,88	6,19	5,23	7,25	7,72	6,75	8,88	6,40	5,88	7,25
November	6,99	6,00	8,75	6,26	5,50	7,38	7,77	7,00	8,88	6,45	5,75	7,25
Dezember	6,95	5,75	8,88	6,27	5,38	7,25	7,81	6,75	9,00	6,38	5,80	7,25

Habenzinssätze

	Gehalts- und Pensionskonten			Spareinlagen täglich fällig			Spareinlagen bis 12 Monate			Spareinlagen über 12 Monate		
	Durchschnitt	Bandbreite		Durchschnitt	Bandbreite		Durchschnitt	Bandbreite		Durchschnitt	Bandbreite	
		von	bis		von	bis		von	bis		von	bis
	in % p. a.											
1996	0,52	0,13	2,00	1,70	1,50	2,25	3,14	1,75	4,25	3,56	2,25	4,50
1997	0,43	0,13	1,50	1,51	1,50	1,75	2,74	1,75	3,50	3,17	2,00	4,00
1998	0,43	0,25	1,28	1,42	1,00	1,50	2,65	1,50	3,28	3,06	2,25	3,75
1999	0,33	0,13	1,25	0,78	0,50	1,25	2,21	1,00	3,00	2,54	1,75	3,34
2000	0,31	0,13	1,00	0,68	0,50	1,75	2,71	1,00	4,00	3,08	1,88	4,25
2000												
Jänner	0,30	0,13	0,79	0,63	0,50	1,00	2,31	1,00	3,00	2,62	1,88	3,25
Februar	0,31	0,13	0,98	0,63	0,50	1,00	2,34	1,00	3,00	2,69	1,88	3,60
März	0,29	0,13	0,75	0,64	0,50	1,00	2,36	1,00	3,25	2,75	1,88	3,50
April	0,31	0,13	1,00	0,64	0,50	1,00	2,48	1,00	3,42	2,82	1,88	3,60
Mai	0,29	0,13	0,75	0,65	0,50	1,00	2,42	1,00	3,25	2,88	1,88	3,75
Juni	0,29	0,13	0,75	0,65	0,50	1,00	2,60	1,00	3,65	2,97	1,88	3,75
Juli	0,33	0,13	1,00	0,69	0,50	1,25	2,76	1,00	3,75	3,14	1,88	4,00
August	0,33	0,13	1,00	0,69	0,50	1,25	2,86	1,00	3,75	3,19	1,88	4,12
September	0,33	0,13	1,00	0,69	0,50	1,25	2,95	1,00	3,76	3,27	1,88	4,00
Oktober	0,33	0,13	1,00	0,74	0,50	1,75	3,11	1,00	4,00	3,47	1,88	4,25
November	0,33	0,13	1,00	0,74	0,50	1,50	3,16	1,00	4,00	3,50	1,88	4,25
Dezember	0,33	0,13	1,00	0,74	0,50	1,50	3,20	1,00	4,00	3,60	1,88	4,25

Quelle: OeNB.

¹⁾ Kreditinstitute gemäß BWG.

²⁾ Beziehungsweise dem entsprechenden Gegenwert in EUR.

Überziehung
von Gehalts- und Pensionskonten

Hypothekendarlehen

Kommundarlehen

Durchschnitt	Bandbreite		Durchschnitt	Bandbreite		Durchschnitt	Bandbreite	
	von	bis		von	bis		von	bis
13'63	8'00	18'70	6'61	5'75	7'75	5'81	4'50	7'35
12'55	9'00	18'50	6'06	5'18	7'00	5'25	4'05	6'75
11'61	8'50	13'75	5'87	5'00	7'00	4'87	3'50	6'75
11'03	8'00	13'75	4'99	4'25	6'75	4'15	2'97	5'38
11'17	8'00	13'75	5'83	4'63	6'88	4'96	3'70	6'00
10'99	8'00	13'75	5'34	4'63	6'50	4'49	3'70	5'63
11'09	8'75	13'75	5'41	4'75	6'50	4'39	3'70	5'63
11'06	8'50	13'75	5'50	4'79	6'50	4'49	3'88	5'63
11'15	8'75	13'75	5'69	4'88	6'50	4'64	3'90	5'75
11'22	8'75	13'75	5'78	5'00	6'50	4'92	4'47	5'75
11'28	9'00	13'75	5'74	4'70	6'50	4'89	4'50	5'88
11'16	9'00	13'75	5'96	4'92	6'75	5'11	4'50	5'88
11'22	9'00	13'75	6'05	5'50	6'88	5'18	4'13	6'00
11'23	9'00	13'75	6'04	5'63	6'75	5'28	4'95	5'88
11'28	9'00	13'75	6'16	5'75	6'88	5'41	5'00	6'00
11'21	9'00	13'75	6'17	5'75	6'75	5'43	5'13	6'00
11'19	9'00	13'75	6'17	5'75	6'75	5'31	4'92	6'00

Spareinlagen
0'5 bis 1 Mio ATS²)

Spareinlagen
1 bis 5 Mio ATS²)

Kapitalsparbriefe (24 Monate)

Durchschnitt	Bandbreite		Durchschnitt	Bandbreite		Durchschnitt	Bandbreite	
	von	bis		von	bis		von	bis
3'63	3'00	4'50	3'82	3'25	4'55	3'62	3'25	4'50
3'20	2'75	3'75	3'40	3'00	3'75	3'21	3'00	4'00
3'10	2'25	3'58	3'29	2'75	3'75	3'31	2'75	4'00
2'61	1'75	3'25	2'80	2'25	3'50	2'66	2'25	3'50
3'25	2'25	4'25	3'46	2'38	4'50	3'60	2'38	4'63
2'75	2'25	3'25	2'92	2'38	3'25	2'94	2'38	3'30
2'82	2'25	3'25	2'96	2'38	3'25	3'07	2'75	3'25
2'88	2'38	3'25	3'05	2'63	3'32	3'15	3'00	3'50
2'91	2'50	3'38	3'16	2'63	3'50	3'24	3'00	3'63
3'03	2'50	3'46	3'24	2'38	3'75	3'33	3'13	3'75
3'14	2'50	3'50	3'37	2'75	3'88	3'44	3'25	4'00
3'27	2'50	3'75	3'50	2'75	4'00	3'76	3'25	4'00
3'38	2'63	3'85	3'59	3'00	4'00	3'80	3'25	4'25
3'50	2'75	4'00	3'75	3'25	4'02	3'88	3'50	4'25
3'70	3'25	4'00	3'89	3'50	4'25	4'09	3'75	4'40
3'76	3'25	4'00	3'98	3'75	4'25	4'24	3'75	4'63
3'82	3'25	4'25	4'05	3'75	4'50	4'28	4'00	4'50

Monatsausweise der österreichischen Kreditinstitute ^{1) / I}

Periodenende	Inlandsaktiva												
	Kassenliquidität		inländische Zwischenbankforderungen	inländische Wertpapiere und Ergänzungskapital					Direktkredite an inländische Nichtbanken				
	Kassenbestand in Euro ²⁾	Guthaben bei der OeNB		Bundesschatzscheine	sonstige Wertpapiere, Ergänzungskapital	Anteilswerte	insgesamt (4 bis 6)	davon Ergänzungskapital	Wechsel	sonstige Eurodirektkredite ²⁾	Eurodirektkredite ²⁾ (9 + 10)	Fremdwährungsdirektkredite	insgesamt (11 + 12)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
in Mio EUR ³⁾													
Aktienbanken und Bankiers													
2000													
März	722'28	863'63	12.137'49	1.334'38	9.540'25	1.909'65	12.784'27	86'83	326'66	43.588'43	43.915'09	12.177'62	56.092'71
Juni	755'70	918'52	13.858'41	1.248'17	9.101'59	1.914'57	12.264'32	86'68	354'33	44.246'44	44.600'77	12.631'23	57.113'73
September	883'71	511'08	11.934'00	1.318'91	9.134'98	1.822'73	12.276'62	97'80	339'84	44.869'72	45.209'56	13.508'31	58.717'87
Dezember	820'00	835'33	9.996'84	920'60	8.451'12	2.148'66	11.520'38	105'48	404'52	45.304'74	45.709'27	12.505'92	58.215'19
Sparkassensektor													
2000													
März	734'06	943'81	37.301'17	1.625'32	10.648'44	5.405'55	17.679'32	219'57	245'85	51.296'55	51.542'40	11.206'46	62.748'86
Juni	673'35	449'77	37.138'22	1.597'01	10.645'28	5.395'36	17.637'66	215'02	242'96	50.703'10	50.946'06	11.903'88	62.849'94
September	651'22	267'42	37.697'02	1.069'90	11.073'06	5.597'00	17.739'97	230'79	235'47	53.600'26	53.835'74	12.780'59	66.616'33
Dezember	790'89	732'38	26.136'42	829'01	10.537'89	6.255'29	17.622'19	173'04	258'51	54.407'21	54.665'72	12.115'69	66.781'41
Landes-Hypothekenbanken													
2000													
März	78'39	123'78	898'81	8'41	3.072'54	375'42	3.456'37	58'38	24'84	15.485'94	15.514'78	3.544'65	19.059'43
Juni	77'85	122'75	1.125'98	8'38	3.086'20	399'06	3.493'65	79'02	29'09	15.580'81	15.609'90	3.707'11	19.317'02
September	75'76	183'88	1.097'98	8'41	3.074'39	626'99	3.709'78	81'84	28'03	15.660'04	15.668'07	4.009'03	19.697'10
Dezember	95'06	117'67	1.179'16	17'11	2.978'12	665'40	3.660'62	58'74	27'73	16.003'70	16.031'43	3.822'11	19.853'54
Raiffeisensektor													
2000													
März	547'98	713'83	25.793'71	148'63	7.914'40	4.271'09	12.334'13	151'59	227'26	36.987'14	37.214'40	6.872'06	44.086'46
Juni	578'77	1.692'50	27.669'23	155'48	7.701'76	5.501'76	13.358'91	148'83	207'62	37.888'20	38.095'82	7.361'50	45.457'32
September	595'61	1.027'61	27.831'39	156'78	7.671'15	5.452'82	13.280'76	145'84	213'61	38.623'37	38.836'98	8.008'35	46.845'33
Dezember	751'45	1.529'60	27.482'81	58'17	7.506'65	4.636'30	12.201'11	148'15	223'82	39.090'53	39.314'35	7.922'56	47.236'91
Volksbankensektor													
2000													
März	144'58	566'05	4.270'51	24'50	1.774'37	920'81	2.719'68	15'84	82'30	9.341'39	9.423'68	2.603'97	12.027'66
Juni	145'40	1.667'9	4.341'19	24'89	1.933'88	895'04	2.853'82	15'34	73'90	9.636'83	9.710'73	2.705'52	12.416'26
September	148'81	305'52	4.383'93	24'69	1.873'93	880'26	2.778'88	21'73	78'58	9.684'79	9.763'37	2.915'07	12.678'44
Dezember	178'01	296'89	4.211'89	19'56	1.881'29	901'84	2.802'68	18'64	81'12	9.658'07	9.739'18	2.785'58	12.524'76
Bausparkassen													
2000													
März	0'88	18'67	1.132'19	–	2.100'07	1.292'34	3.392'42	0'56	–	11.787'04	11.787'04	–	11.787'04
Juni	0'89	19'57	1.016'66	–	2.050'63	1.307'28	3.357'91	0'56	–	12.227'02	12.227'02	–	12.227'02
September	0'93	32'43	1.016'61	–	2.025'06	1.100'89	3.125'94	0'56	–	12.739'21	12.739'21	–	12.739'21
Dezember	1'03	23'35	1.030'65	–	1.958'24	959'60	2.917'84	0'56	–	13.312'19	13.312'19	–	13.312'19
Sonderbanken													
2000													
März	1'01	109'97	18.122'36	81'80	1.276'95	1.064'15	2.422'90	17'93	2'48	5.958'89	5.961'37	230'22	6.191'59
Juni	0'86	20'73	18.947'82	94'47	1.269'15	1.093'38	2.457'00	18'51	2'55	5.755'68	5.758'23	263'24	6.021'48
September	1'21	165'46	19.054'24	89'50	1.323'98	1.073'41	2.486'90	18'51	2'13	6.727'67	6.729'81	340'28	7.070'09
Dezember	0'87	191'19	18.778'80	96'28	1.789'59	418'63	2.304'50	18'51	3'75	6.666'77	6.670'52	300'66	6.971'18
Alle Sektoren													
2000													
März	2.229'19	3.339'75	99.656'24	3.223'04	36.327'02	15.239'01	54.789'08	550'69	913'38	174.445'39	175.358'76	36.634'98	211.993'75
Juni	2.232'83	3.390'62	104.097'51	3.128'41	35.788'49	16.506'35	55.423'26	563'96	910'45	176.038'09	176.948'55	38.572'49	215.521'03
September	2.357'26	2.493'39	103.015'16	2.668'19	36.176'55	16.554'11	55.398'84	597'07	897'66	181.905'07	182.802'73	41.561'63	224.364'36
Dezember	2.637'30	3.726'41	88.816'58	1.940'74	35.102'89	15.985'71	53.029'33	523'12	999'45	184.443'21	185.442'66	39.452'52	224.895'18

Quelle: OeNB.

¹⁾ Kreditinstitute gemäß BWG.

²⁾ Euro oder nationale Währungen als nicht dezimale Untereinheiten des Euro.

³⁾ Unwiderruflicher Euromrechnungskurs: 1 EUR = 13'7603 ATS.

				Auslandsaktiva						Summe Aktiva	
Beteiligungen und Konsortialbeteiligungen		sonstige Inlandsaktiva	Inlandsaktiva insgesamt (1 bis 3, 7, 13, 14, 16)	Kassenbestand in Fremdwährung	ausländische Zwischenbankforderungen	ausländische Wertpapiere, Beteiligungen und Konsortialbeteiligungen	Kredite an ausländische Nichtbanken	sonstige Auslandsaktiva	Auslandsaktiva insgesamt (18 bis 22)	(17 + 23)	
insgesamt	davon Partizipationskapital										
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	
Aktienbanken und Bankiers											
2000											
2.839'01	54'11	3.408'56	88.847'96	29'13	11.199'12	13.642'04	16.504'70	221'46	41.596'44	130.444'41	März
2.583'17	54'11	3.486'92	91.099'04	31'01	11.775'27	13.856'97	16.693'01	118'18	42.544'44	133.643'48	Juni
2.579'90	15'44	3.777'94	90.681'11	32'85	10.665'85	14.353'67	17.633'79	180'14	42.866'31	133.547'42	September
3.306'20	15'44	3.523'41	88.217'34	29'27	9.185'51	9.900'85	12.062'90	117'23	31.295'75	119.513'09	Dezember
Sparkassensektor											
2000											
6.211'91	39'33	5.963'49	131.582'61	53'53	27.269'85	26.887'54	12.351'58	609'76	67.172'26	198.754'87	März
6.221'23	39'25	5.364'96	130.335'11	68'31	32.062'10	28.028'29	11.794'25	666'76	72.619'71	202.954'83	Juni
6.297'80	39'16	5.755'32	135.025'07	76'29	33.080'09	29.971'89	11.797'53	852'46	75.778'26	210.803'33	September
5.479'02	39'15	6.571'57	124.113'89	73'92	39.190'51	32.071'55	16.999'94	768'01	89.103'93	213.217'82	Dezember
Landes-Hypothekenbanken											
2000											
244'05	—	573'78	24.434'61	5'61	1.075'72	1.908'27	2.071'97	18'35	5.079'92	29.514'53	März
249'37	—	435'84	24.822'45	5'29	1.191'31	2.050'60	2.226'13	29'34	5.502'67	30.325'13	Juni
255'12	—	495'44	25.515'07	5'99	1.242'09	2.239'82	2.408'20	41'03	5.937'13	31.452'20	September
283'68	—	598'44	25.788'17	5'48	1.302'28	2.260'77	2.615'98	46'44	6.230'95	32.019'12	Dezember
Raiffeisensektor											
2000											
3.060'94	5'46	2.994'78	89.531'83	17'55	8.183'52	3.038'90	7.786'00	36'42	19.062'39	108.594'21	März
3.072'86	5'40	2.998'30	94.827'89	24'63	7.621'88	3.017'72	8.172'83	40'88	18.877'95	113.705'84	Juni
3.241'49	27'17	2.968'03	95.790'21	21'53	8.540'51	3.131'61	8.885'17	54'43	20.633'25	116.423'46	September
3.668'70	43'79	3.608'79	96.479'38	27'19	5.369'85	3.207'11	8.350'12	46'45	17.000'73	113.480'11	Dezember
Volksbankensektor											
2000											
380'12	—	937'25	21.045'86	6'16	803'18	108'29	680'48	5'84	2.578'95	23.624'81	März
423'61	—	954'95	21.302'01	7'59	714'63	1.098'67	757'64	6'09	2.584'62	23.886'63	Juni
423'72	—	919'13	21.638'42	7'84	846'54	1.107'20	876'52	4'62	2.842'73	24.481'14	September
453'51	0'60	1.179'40	21.647'15	6'79	978'68	1.035'92	950'86	4'88	2.977'14	24.624'28	Dezember
Bausparkassen											
2000											
176'58	—	404'31	16.912'08	—	1'76	673'85	17'79	4'01	697'41	17.609'49	März
176'58	—	363'30	17.161'93	—	1'93	679'02	17'55	—	698'50	17.860'43	Juni
176'68	—	378'41	17.470'21	—	1'93	693'18	17'91	—	713'02	18.183'22	September
176'68	—	385'86	17.847'59	—	1'50	650'65	18'47	—	670'62	18.518'21	Dezember
Sonderbanken											
2000											
349'78	—	1.999'02	29.196'63	0'05	4.208'86	1.993'22	2.586'97	594'47	9.383'57	38.580'20	März
394'44	—	2.064'27	29.906'59	0'05	4.126'90	2.202'84	2.812'95	633'75	9.776'49	39.683'08	Juni
417'04	—	2.293'26	31.488'20	0'06	4.036'98	2.412'60	3.005'56	563'02	10.018'23	41.506'43	September
411'57	—	2.262'97	30.921'08	0'05	4.172'72	2.681'75	3.060'85	595'22	10.510'59	41.431'46	Dezember
Alle Sektoren											
2000											
13.262'38	98'90	16.281'19	401.551'58	112'03	52.742'00	49.227'11	41.999'49	1.490'30	145.570'93	547.122'51	März
13.121'26	98'76	15.668'53	409.455'03	136'88	57.494'03	50.934'11	42.474'36	1.565'00	152.604'38	562.059'42	Juni
13.391'75	81'77	16.587'52	417.608'28	144'57	58.413'99	53.909'97	44.624'69	1.695'71	158.788'93	576.397'21	September
13.779'36	98'98	18.130'43	405.014'60	142'70	60.201'06	51.808'60	44.059'12	1.578'23	157.789'70	562.804'08	Dezember

Monatsausweise der österreichischen Kreditinstitute^{1)/II}

Periodenende	Inlandspassiva												
	inländische Zwischenbankverpflichtungen	Einlagen von inländischen Nichtbanken					eigene Inlandsemissionen	Nominalkapital von Inländern	Rücklagen	Hafrücklage	Partizipationskapital von Inländern	Ergänzungskapital von Inländern	
		Sichteinlagen	Termininlagen	Sparinlagen ²⁾	Euroeinlagen ³⁾ (2 bis 4)	Fremdwährungseinlagen							insgesamt (5 + 6)
in Mio EUR ⁴⁾	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Aktienbanken und Bankiers													
2000													
März	33.345'75	10.405'32	8.403'11	25.011'82	43.820'25	1.586'69	45.406'94	17.129'53	911'43	3.067'19	1.837'39	84'69	324'40
Juni	35.755'77	10.795'03	8.290'23	24.739'92	43.825'18	1.665'32	45.490'50	17.889'20	947'67	3.054'49	1.837'14	75'01	204'49
September	34.009'06	11.021'65	8.278'69	24.671'25	43.971'59	1.712'13	45.683'72	19.051'19	945'81	3.048'90	1.837'01	75'01	204'49
Dezember	23.099'90	11.475'14	8.024'05	25.089'28	44.588'47	1.453'33	46.041'80	18.667'91	873'30	2.531'51	1.617'13	7'43	130'77
Sparkassensektor													
2000													
März	26.514'89	10.617'27	5.087'06	36.008'55	51.712'88	1.153'65	52.866'52	14.231'61	1.331'66	5.090'49	2.312'79	16'51	40'59
Juni	28.920'69	11.033'70	5.031'24	35.415'17	51.480'11	1.618'30	53.098'42	13.880'97	1.331'74	4.989'88	2.312'83	8'37	41'54
September	28.574'45	11.242'86	5.618'68	34.335'47	51.197'01	979'15	52.176'15	14.426'51	1.331'60	5.028'83	2.312'78	8'37	37'84
Dezember	29.298'86	11.789'85	5.973'61	34.039'97	51.803'42	1.076'92	52.880'35	14.675'93	1.391'34	5.014'05	2.576'06	8'37	42'35
Landes-Hypothekenbanken													
2000													
März	2.808'03	1.564'91	655'30	4.361'20	6.581'40	71'39	6.652'79	13.501'02	166'68	608'04	321'23	2'35	31'79
Juni	3.233'73	1.520'42	742'41	4.185'10	6.447'93	69'48	6.517'40	13.773'89	166'68	607'70	323'58	2'35	31'79
September	3.077'79	1.546'22	844'35	4.084'46	6.475'03	69'66	6.544'69	14.138'57	169'50	604'93	323'58	2'35	31'79
Dezember	3.264'36	1.516'62	716'40	3.959'97	6.192'99	79'17	6.272'16	14.417'73	172'20	629'47	327'21	2'35	28'16
Raiffeisensektor													
2000													
März	30.002'58	6.652'60	3.228'83	32.314'29	42.195'73	341'11	42.536'84	10.300'51	822'18	3.113'40	1.494'14	12'10	89'28
Juni	31.983'90	7.174'76	2.897'71	31.845'45	41.917'92	515'74	42.433'66	10.375'16	827'40	3.125'02	1.505'15	12'10	90'14
September	32.639'31	7.312'59	2.949'36	31.542'41	41.804'35	556'37	42.360'71	10.620'55	834'39	3.172'45	1.501'47	15'95	92'35
Dezember	32.339'47	7.471'09	2.544'67	32.267'74	42.283'50	527'07	42.810'57	11.002'77	918'96	3.385'06	1.502'43	31'74	90'87
Volksbankensektor													
2000													
März	5.598'83	1.666'02	438'16	7.945'85	10.050'02	139'66	10.189'69	1.963'79	226'91	639'75	360'71	27'35	1'52
Juni	5.913'76	1.719'55	432'98	7.890'26	10.042'79	111'93	10.154'72	2.664'63	226'32	645'79	362'83	27'36	1'52
September	5.833'81	1.694'48	552'90	7.904'21	10.151'59	77'92	10.229'51	2.743'56	229'69	662'69	363'69	27'38	1'41
Dezember	5.984'33	1.759'43	459'80	8.061'27	10.280'50	77'29	10.357'79	3.044'79	230'12	665'57	365'49	27'29	1'41
Bausparkassen													
2000													
März	287'12	23'09	23'71	15.858'25	15.905'05	–	15.905'05	326'49	188'16	243'57	178'87	–	–
Juni	538'88	19'41	26'17	15.872'67	15.918'25	–	15.918'25	313'00	189'02	244'66	178'87	–	1'23
September	697'01	17'47	18'84	15.928'63	15.964'94	–	15.964'94	331'21	189'11	244'69	178'87	–	–
Dezember	947'10	33'11	11'29	16.220'74	16.265'14	–	16.265'14	338'19	189'17	244'69	178'87	–	–
Sonderbanken													
2000													
März	6.198'03	271'68	577'48	–	849'16	99'05	948'21	3.048'90	522'75	1.221'07	232'11	0'18	24'30
Juni	6.783'71	265'48	567'42	–	832'90	99'82	932'72	3.152'94	523'85	1.240'62	233'22	0'18	24'30
September	6.866'46	318'68	645'66	39'59	1.003'93	68'13	1.072'06	3.165'95	529'47	1.257'34	250'64	0'18	24'30
Dezember	6.185'35	448'24	552'42	40'26	1.040'91	108'93	1.149'84	3.220'38	528'58	1.272'91	238'52	0'18	25'61
Alle Sektoren													
2000													
März	104.755'23	31.200'88	18.413'66	121.499'95	171.114'49	3.391'54	174.506'04	60.501'85	4.169'77	13.983'50	6.737'24	143'18	511'88
Juni	113.130'44	32.528'35	17.988'16	119.948'57	170.465'08	4.080'59	174.545'67	62.049'80	4.212'67	13.908'16	6.753'62	125'37	395'01
September	111.697'88	33.153'94	18.908'48	118.506'01	170.568'43	3.463'34	174.031'78	64.477'53	4.229'58	14.019'82	6.768'04	129'23	392'18
Dezember	101.119'36	34.493'47	18.282'24	119.679'22	172.454'92	3.322'71	175.777'63	65.367'70	4.303'67	13.743'26	6.805'71	77'36	319'17

Quelle: OeNB.

¹⁾ Kreditinstitute gemäß BWG.

²⁾ Davon kapitalisierte Zinsen 2000: 2.935'62 Mio EUR.

³⁾ Euro oder nationale Währungen als nicht dezimale Untereinheiten des Euro.

⁴⁾ Unwiderruflicher Euromrechnungskurs: 1 EUR = 13'7603 ATS.

Auslandspassiva

Summe
Passiva
(15 + 23)

sonstige Inlands- passiva	Inlands- passiva insgesamt (1, 7 bis 14)	ausländische Zwischen- bank- verpflich- tungen	Einlagen von ausländi- schen Nichtbanken	eigene Auslands- emissionen	Nominal- kapital von Ausländern	Partizi- pations- kapital von Ausländern	Ergänzungs- kapital von Ausländern	sonstige Auslands- passiva	Auslands- passiva insgesamt (16 bis 22)	23	24
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	
											Aktienbanken und Bankiers
											2000
5.747'36	107.854'67	13.196'07	8.064'59	680'28	323'30	5'79	17'12	302'59	22.589'74	130.444'41	März
5.636'61	110.890'85	13.252'19	8.169'13	690'44	321'20	5'79	17'12	296'74	22.752'62	133.643'48	Juni
6.061'43	110.916'62	13.113'22	8.187'69	687'57	318'32	5'79	17'12	301'10	22.630'80	133.547'42	September
5.178'95	98.148'70	11.511'79	8.645'84	572'58	299'19	0'73	169'93	164'33	21.364'39	119.513'09	Dezember
											Sparkassensektor
											2000
6.065'12	108.470'18	56.698'52	10.840'50	21.972'24	107'08	—	0'35	666'01	90.284'69	198.754'87	März
5.650'16	110.234'59	55.054'42	12.409'83	24.415'52	107'08	—	0'35	733'03	92.720'23	202.954'83	Juni
6.781'06	110.677'59	55.741'34	14.492'87	28.755'49	107'08	—	0'37	1.028'61	100.125'75	210.803'33	September
7.891'25	113.778'56	54.774'40	14.456'89	28.936'36	107'08	—	0'37	1.164'18	99.439'26	213.217'82	Dezember
											Landes- Hypothekenbanken
											2000
632'28	24.724'22	924'24	1.126'95	2.726'56	—	—	1'53	11'03	4.790'31	29.514'53	März
734'50	25.391'63	841'63	1.114'46	2.960'67	—	—	1'53	15'21	4.933'50	30.325'13	Juni
800'97	25.694'17	1.228'61	1.141'63	3.374'72	—	—	1'53	11'55	5.758'03	31.452'20	September
833'34	25.946'98	1.204'15	1.157'87	3.687'92	11'16	—	1'53	9'52	6.072'15	32.019'12	Dezember
											Raiffeisensektor
											2000
2.253'65	90.624'68	12.515'49	4.189'37	1.176'41	0'22	—	2'39	85'66	17.969'54	108.594'21	März
2.689'65	93.042'20	14.392'56	4.556'67	1.622'76	0'22	—	2'39	89'04	20.663'64	113.705'84	Juni
2.908'69	94.145'87	15.650'80	4.841'82	1.699'85	0'21	—	2'39	82'52	22.277'59	116.423'46	September
3.079'71	95.161'57	12.151'12	4.377'37	1.698'88	0'21	—	2'39	88'56	18.318'54	113.480'11	Dezember
											Volksbankensektor
											2000
1.156'19	20.164'74	2.092'94	1.165'59	145'91	52'13	0'32	2'00	1'17	3.460'07	23.624'81	März
1.126'91	21.123'84	1.416'88	1.134'78	154'93	53'16	0'31	2'00	0'72	2.762'79	23.886'63	Juni
1.137'09	21.228'82	1.932'05	1.099'61	164'30	53'20	0'29	1'99	0'89	3.252'32	24.481'14	September
1.039'47	21.716'26	1.555'00	1.122'58	173'29	53'20	0'38	1'89	1'69	2.908'02	24.624'28	Dezember
											Bausparkassen
											2000
463'69	17.592'95	—	11'86	0'92	3'54	—	—	0'21	16'54	17.609'49	März
459'77	17.843'69	—	11'99	0'63	3'53	—	0'59	—	16'74	17.860'43	Juni
560'89	18.166'72	—	11'72	1'26	3'53	—	—	—	16'51	18.183'22	September
338'11	18.501'27	—	12'15	1'25	3'53	—	—	—	16'94	18.518'21	Dezember
											Sonderbanken
											2000
2.950'66	15.146'22	4.069'69	315'22	18.796'66	52'90	—	—	199'52	23.433'98	38.580'20	März
3.446'42	16.337'96	3.564'43	523'16	18.966'28	52'90	—	—	238'36	23.345'12	39.683'08	Juni
2.990'58	16.156'97	3.105'83	546'74	21.326'49	52'90	—	—	317'50	25.349'46	41.506'43	September
2.854'33	15.475'69	2.919'59	500'75	22.158'77	52'33	—	—	324'33	25.955'77	41.431'46	Dezember
											Alle Sektoren
											2000
19.268'96	384.577'64	89.496'96	25.714'09	45.498'99	539'16	6'11	23'38	1.266'18	162.544'87	547.122'51	März
19.744'02	394.864'76	88.522'13	27.920'03	48.811'23	538'09	6'10	23'97	1.373'11	167.194'65	562.059'42	Juni
21.240'70	396.986'75	90.771'84	30.322'07	56.009'66	535'23	6'08	23'40	1.742'17	179.410'46	576.397'21	September
21.215'16	388.729'03	84.116'04	30.273'45	57.229'04	526'71	1'10	176'10	1.752'61	174.075'06	562.804'08	Dezember

Ertragslage der österreichischen Kreditinstitute¹⁾

Periodenende	Aktien- banken und Bankiers ²⁾	Sparkassen- sektor	Landes- Hypotheken- banken	Raiffeisen- sektor	Volks- banken- sektor	Bauspar- kassen	Sonder- banken ²⁾	Global
	in Mio EUR ³⁾							
Zins- und zinsähnliche Erträge								
1996	5.977'49	6.855'81	1.438'63	4.334'79	1.070'54	869'09	1.400'84	21.947'20
1997	6.195'72	6.973'25	1.435'07	4.296'35	1.017'93	897'95	1.302'73	22.118'92
1998	5.389'34	8.370'60	1.479'47	4.376'29	1.027'52	918'88	1.409'13	22.971'16
1999	5.259'70	7.997'50	1.486'74	4.306'08	944'02	855'50	1.531'43	22.380'91
2000	5.600'24	10.529'86	1.853'23	5.424'74	1.156'52	813'50	2.129'53	27.507'54
Zins- und zinsähnliche Aufwendungen								
1996	4.485'37	4.614'94	1.104'77	2.730'03	635'60	587'12	1.097'29	15.255'12
1997	4.524'03	4.866'83	1.094'74	2.728'57	597'59	657'83	1.147'87	15.617'39
1998	3.810'45	6.314'69	1.139'00	2.818'62	616'85	694'53	1.232'75	16.626'82
1999	3.726'44	6.004'23	1.119'96	2.755'61	549'99	662'34	1.273'95	16.092'60
2000	3.937'70	8.466'39	1.473'37	3.719'61	711'69	629'56	1.834'26	20.772'66
Nettozinsertrag								
1996	1.492'12	2.240'87	333'86	1.604'76	434'95	281'97	303'55	6.692'08
1997	1.671'69	2.106'42	340'33	1.567'77	420'34	240'11	154'87	6.501'53
1998	1.578'82	2.055'91	340'47	1.557'67	410'67	224'34	176'38	6.344'34
1999	1.533'25	1.993'27	366'78	1.550'47	393'96	193'16	257'48	6.288'31
2000	1.662'46	2.063'47	379'86	1.705'12	444'83	183'86	295'27	6.734'88
Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen								
1996	180'88	265'04	24'93	183'64	44'77	22'53	26'38	748'24
1997	194'33	314'82	29'58	247'81	51'31	33'94	70'78	942'57
1998	273'25	702'75	28'34	245'85	50'94	50'80	33'14	1.385'07
1999	299'19	552'39	40'33	282'12	68'09	83'86	31'18	1.357'17
2000	476'30	774'55	52'25	308'79	76'38	78'56	49'64	1.816'60
Provisionserträge								
1996	693'23	676'95	62'57	466'05	131'97	54'87	471'50	2.557'21
1997	794'60	732'54	65'77	515'32	143'38	33'72	459'00	2.744'34
1998	865'32	849'98	76'09	596'50	163'73	52'47	532'18	3.136'20
1999	958'99	940'46	86'63	673'39	190'84	52'40	579'57	3.482'19
2000	1.115'75	1.156'66	98'62	807'18	215'26	53'20	773'38	4.219'97
Provisionsaufwendungen								
1996	163'59	100'58	8'79	74'13	12'79	36'77	143'17	539'81
1997	139'68	127'18	9'16	90'19	14'39	31'76	182'48	594'83
1998	145'27	159'95	13'23	113'15	19'69	31'98	257'41	740'75
1999	164'46	172'38	13'74	125'58	21'51	21'22	307'55	826'36
2000	189'97	255'52	12'79	143'53	21'87	19'84	398'10	1.041'55
Saldo aus Provisionsgeschäft								
1996	529'64	576'37	53'78	391'92	119'18	18'17	328'41	2.017'40
1997	654'93	605'36	56'61	425'14	128'99	2'03	276'52	2.149'44
1998	719'97	690'03	62'79	483'35	144'04	20'49	274'78	2.395'51
1999	794'53	768'08	72'89	547'81	169'26	31'18	324'05	2.707'79
2000	925'71	901'14	85'90	663'65	193'38	33'36	375'28	3.178'42
Saldo Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften								
1996	182'41	214'82	25'29	90'62	7'92	x	57'19	578'26
1997	221'72	226'09	34'59	104'21	6'32	x	25'36	618'30
1998	193'67	288'73	37'35	81'18	11'85	1'67	46'58	661'03
1999	125'51	223'61	31'90	37'21	6'32	—	26'09	450'64
2000	130'45	171'80	24'93	73'18	12'57	—	98'25	511'25
Sonstige betriebliche Erträge								
1996	380'81	85'83	6'76	180'23	59'45	59'59	494'25	1.266'91
1997	435'46	92'59	9'88	179'50	56'68	86'70	340'98	1.201'79
1998	489'38	81'76	7'70	202'18	52'47	71'29	354'13	1.258'91
1999	463'51	44'62	13'59	219'11	51'09	84'95	405'73	1.282'60
2000	396'43	116'57	9'30	226'67	51'96	70'13	410'82	1.281'95
Betriebserträge								
1996	2.765'93	3.382'92	444'61	2.451'18	666'26	382'26	1.209'86	11.302'88
1997	3.178'13	3.345'28	470'99	2.524'44	663'65	362'71	868'44	11.413'63
1998	3.255'09	3.819'18	476'73	2.570'07	669'97	368'60	885'08	12.044'65
1999	3.215'99	3.581'97	525'42	2.636'72	688'79	393'16	1.044'45	12.086'51
2000	3.591'49	4.027'60	552'31	2.977'33	779'20	365'98	1.229'19	13.523'11
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen								
1996	1.553'24	2.115'80	224'56	1.393'21	351'59	226'30	529'13	6.393'83
1997	1.790'95	2.096'03	241'64	1.466'76	363'65	230'52	351'01	6.540'63
1998	1.881'28	2.207'36	252'39	1.541'46	362'20	231'17	349'63	6.825'43
1999	1.904'54	2.310'20	268'82	1.603'16	375'21	228'05	410'17	7.100'21
2000	1.858'61	2.474'29	287'78	1.689'35	403'48	239'09	455'95	7.408'63
Personalaufwand								
1996	996'42	1.419'16	155'81	918'58	242'00	101'31	227'25	4.060'52
1997	1.072'51	1.424'17	166'20	950'05	250'50	106'18	176'89	4.146'42
1998	1.059'72	1.508'76	167'00	989'51	243'53	110'17	168'89	4.247'51
1999	1.051'43	1.605'42	176'52	1.020'62	245'56	105'16	194'18	4.398'81
2000	1.014'88	1.639'86	182'92	1.058'84	260'97	104'43	216'86	4.478'83

Quelle: OeNB.

¹⁾ Kreditinstitute gemäß BWG. Auf Basis des Quartalsberichts.

²⁾ Ab Berichtstermin Mai 1997 Umreihung vom Sektor Sonderbanken zum Sektor Aktienbanken und Bankiers sowie Umreihung vom Sektor Aktienbanken und Bankiers zum Sektor Sonderbanken.

³⁾ Unwiderrufflicher Euromrechnungskurs: 1 EUR = 137603 ATS.

⁴⁾ Vorschauwerte.

⁵⁾ Inklusive bereits erfolgter Direktabschreibungen.

⁶⁾ Hievon für den Kreditbereich 1996: 1'84 Mrd EUR, 1997: 1'70 Mrd EUR, 1998: 203 Mrd EUR, 1999: 1'77 Mrd EUR, Vorschauwert 2000: 1'96 Mrd EUR.

Periodenende	Aktien- banken und Bankiers ²⁾	Sparkassen- sektor	Landes- Hypotheken- banken	Raiffeisen- sektor	Volks- banken- sektor	Bauspar- kassen	Sonder- banken ²⁾	Global
	<i>in Mio EUR³⁾</i>							
Sachaufwand								
1996	556'82	696'64	68'75	474'63	109'59	125'00	301'88	2.333'31
1997	718'52	671'86	75'43	516'78	113'15	124'34	174'12	2.394'21
1998	821'57	698'60	85'39	551'95	118'67	121'00	180'74	2.577'92
1999	853'11	704'78	92'29	582'62	129'65	122'89	215'98	2.701'39
2000	843'73	834'36	104'87	630'51	142'51	134'66	239'09	2.929'81
Wertberichtigungen auf die Aktivposten 9 und 10								
1996	107'77	192'80	18'75	123'33	36'41	11'12	34'88	525'06
1997	130'59	191'27	19'11	132'12	35'61	11'70	23'84	544'32
1998	142'08	201'96	21'22	147'96	36'92	12'14	24'05	586'40
1999	158'79	203'70	23'40	154'72	39'97	12'21	27'83	620'63
2000	142'29	239'60	23'69	164'89	40'91	12'06	31'03	654'56
Sonstige betriebliche Aufwendungen								
1996	260'53	39'53	1'89	68'89	49'56	76'74	347'52	844'60
1997	281'03	45'78	1'74	77'11	50'00	61'19	278'48	795'33
1998	291'56	48'33	2'03	78'05	47'09	59'74	261'62	788'35
1999	307'19	33'43	1'82	88'66	50'29	57'05	279'50	817'86
2000	340'47	80'01	1'31	90'48	49'71	56'18	321'65	939'73
Betriebsaufwendungen								
1996	1.921'54	2.348'20	245'20	1.585'43	437'49	314'16	911'46	7.763'49
1997	2.202'57	2.333'09	262'49	1.675'98	449'26	303'41	653'33	7.880'28
1998	2.314'99	2.457'65	275'65	1.767'40	446'28	303'05	635'23	8.200'18
1999	2.370'59	2.547'26	294'03	1.846'54	465'47	297'30	717'50	8.538'69
2000	2.341'37	2.793'91	312'86	1.944'80	494'10	307'33	808'63	9.002'93
Betriebsergebnis								
1996	844'31	1.034'72	199'41	865'82	228'70	68'02	298'39	3.539'39
1997	975'49	1.012'19	208'50	848'46	214'31	59'30	215'11	3.533'35
1998	940'10	1.361'53	201'09	802'74	223'69	65'55	249'78	3.844'47
1999	845'40	1.034'72	231'39	790'17	223'32	95'78	326'96	3.547'82
2000	1.250'12	1.233'69	239'46	1.032'54	285'10	58'65	420'63	4.520'18
Erwartetes Jahresbetriebsergebnis								
1996	846'93	1.033'99	196'94	843'88	223'98	64'61	295'92	3.506'25
1997	965'46	1.011'82	205'95	827'16	212'57	54'58	200'00	3.477'54
1998	954'92	1.361'53	200'72	791'04	221'51	57'34	258'42	3.845'48
1999	847'07	1.034'72	231'03	786'83	222'16	65'62	289'31	3.476'81
2000 ⁴⁾	1.241'03	1.233'77	239'17	1.022'36	282'99	60'03	315'11	4.394'45
Erwarteter Saldo Dotierung/Auflösung Wertberichtigungen⁵⁾								
1996 ⁶⁾	458'49	596'57	88'44	357'77	101'16	9'45	22'89	1.634'78
1997 ⁶⁾	319'47	610'02	93'17	387'20	74'42	1'96	28'49	1.514'79
1998 ⁶⁾	428'70	616'12	96'80	363'36	103'63	6'83	89'82	1.705'27
1999 ⁶⁾	480'80	385'46	111'70	367'14	100'36	28'20	37'35	1.511'09
2000 ⁴⁾	310'31	370'85	288'44	366'71	121'07	5'52	55'45	1.518'35
Erwartetes Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit								
1996	388'51	437'42	108'50	486'11	122'82	55'16	272'96	1.871'54
1997	645'99	401'81	112'72	439'96	138'15	52'62	171'51	1.962'82
1998	526'22	745'41	103'85	427'68	117'88	50'51	168'60	2.140'14
1999	366'20	649'26	119'40	419'76	121'80	37'43	251'96	1.965'73
2000 ⁴⁾	930'72	862'92	- 49'27	655'65	161'84	54'50	259'66	2.876'10
Erwarteter Saldo außerordentlicher Erträge/Aufwendungen								
1996	- 97'31	- 46'15	0'07	- 16'42	- 10'39	- 1'67	2'40	- 169'40
1997	- 66'64	- 42'37	- 17'66	- 0'80	- 17'15	- 0'94	- 0'44	- 146'00
1998	- 54'87	-158'50	- 5'67	11'77	- 1'09	- 1'16	- 0'65	- 210'17
1999	143'89	- 97'38	- 8'21	4'07	- 6'10	- 2'25	- 10'90	23'18
2000 ⁴⁾	- 58'28	-193'96	174'92	- 3'71	- 4'65	- 2'62	- 0'29	- 88'66
Erwartete Steuern vom Einkommen/Ertrag und sonstige Steuern								
1996	80'09	63'01	30'45	126'23	25'87	11'99	81'83	419'39
1997	99'20	66'42	26'60	120'93	23'26	11'55	61'12	409'15
1998	69'48	57'34	21'51	100'29	19'99	11'05	23'91	303'48
1999	92'95	50'80	21'87	104'65	20'93	10'10	35'39	336'69
2000 ⁴⁾	110'03	70'71	35'25	154'65	24'71	3'71	52'83	451'88
Erwarteter Jahresüberschuss								
1996	211'11	328'34	78'12	343'52	86'55	41'57	193'53	1.282'68
1997	480'15	293'02	68'46	318'16	97'74	40'12	109'95	1.407'67
1998	401'95	529'49	76'67	339'24	96'80	38'23	144'04	1.626'49
1999	417'21	501'08	89'24	319'18	94'77	25'07	205'66	1.652'22
2000 ⁴⁾	762'41	598'24	90'41	497'30	132'56	48'18	206'61	2.335'56

Eigenmittelausstattung gemäß § 23 BWG 1993

Periodenende	Eigenmittel					Bemessungs- grundlage	Eigenmittel- ausstattung (5 in 6)
	Tier-I-Kapital (Kernkapital)	Tier-II-Kapital (ergänzende Eigenmittel)	Abzugs- posten	Tier-III- Kapital	insgesamt (1 + 2 - 3 + 4)		
	in Mio EUR ¹⁾						
	1	2	3	4	5	6	7
Aktienbanken und Bankiers							
1997	5.260'79	2.459'54	411'33	—	7.309'00	62.021'10	11'78
1998	5.534'55	2.664'48	671'21	249'34	7.777'23	61.658'61	12'61
1999	5.732'43	3.009'24	904'34	386'11	8.223'44	69.655'24	11'81
2000	5.178'01	3.015'85	440'11	529'93	8.283'61	63.813'14	12'98
Sparkassensektor							
1997	6.770'64	4.340'68	209'37	—	10.901'94	73.330'16	14'87
1998	7.692'78	4.116'99	213'88	613'79	12.209'69	78.257'45	15'60
1999	7.974'32	4.322'29	320'78	804'56	12.780'46	78.968'05	16'18
2000	8.673'28	5.479'60	502'46	923'96	14.574'46	90.703'91	16'07
Landes-Hypothekenbanken							
1997	823'17	437'85	17'30	—	1.243'80	10.519'90	11'82
1998	964'08	476'52	27'62	—	1.412'98	11.689'93	12'09
1999	1.047'58	550'21	36'05	—	1.561'74	13.129'07	11'90
2000	1.119'02	635'96	71'22	—	1.683'68	15.001'85	11'22
Raiffeisensektor							
1997	4.552'23	1.659'99	209'88	—	6.002'34	50.797'29	11'82
1998	4.875'04	1.819'66	192'51	938'06	7.440'32	54.522'94	13'65
1999	5.213'40	2.080'91	221'22	1.001'87	8.075'04	60.440'83	13'36
2000	5.745'66	2.563'32	256'10	71'80	8.124'68	66.444'92	12'23
Volksbankensektor							
1997	1.145'76	332'11	0'65	—	1.477'29	12.470'29	11'85
1998	1.193'29	358'57	0'65	3'34	1.554'54	13.325'07	11'67
1999	1.246'85	345'41	0'36	—	1.591'90	14.754'18	10'79
2000	1.329'40	518'88	1'96	4'72	1.851'05	16.006'92	11'56
Bausparkassen							
1997	404'57	194'84	32'92	—	566'48	6.935'90	8'17
1998	604'42	204'94	110'10	—	699'26	7.069'10	9'89
1999	616'19	196'65	110'39	—	702'46	7.122'23	9'86
2000	613'87	194'62	111'41	—	697'08	7.596'85	9'18
Sonderbanken							
1997	1.115'53	208'79	31'32	—	1.293'00	6.470'21	19'98
1998	1.941'31	220'78	36'48	1'67	2.127'28	6.556'76	32'44
1999	1.959'04	264'09	27'98	31'47	2.226'55	8.359'27	26'64
2000	1.992'69	253'12	69'62	41'86	2.218'05	10.741'19	20'65
Alle Sektoren							
1997	20.072'75	9.633'80	912'63	—	28.793'92	222.544'93	12'94
1998	22.805'46	9.861'99	1.252'44	1.806'14	33.221'15	233.079'87	14'25
1999	23.789'89	10.768'88	1.621'11	2.224'01	35.161'59	252.428'94	13'93
2000	24.651'86	12.661'42	1.452'88	1.572'28	37.432'69	270.308'79	13'85

Quelle: OeNB.

¹⁾ Unwiderruflicher Euromrechnungskurs: 1 EUR = 137603 ATS.

Vermögensbestand der österreichischen Investmentfonds

Periodenende	Wertpapiere inländischer Emittenten							Wertpapiere ausländischer Emittenten							
	Bundesschatzscheine		Rentenwerte		Anteilswerte			Rentenwerte		Anteilswerte					
					Aktien und andere Beteiligungspapiere		Investmentzertifikate					Aktien und andere Beteiligungspapiere			Investmentzertifikate
	Euro ¹⁾		Fremdwährung		Euro ¹⁾		Fremdwährung		Euro ¹⁾		Fremdwährung		Euro ¹⁾		Fremdwährung
in Mio EUR ²⁾															
1999	589	26.112	358	1.511	10	4.636	364	17.588	7.566	5.335	9.445	546	807		
2000	424	23.953	349	1.724	21	7.874	561	22.634	7.702	6.241	10.825	1.758	2.050		
2000															
1. Quartal	283	25.769	420	1.580	49	5.658	450	19.831	7.769	6.296	11.056	959	1.508		
2. Quartal	252	25.420	422	1.665	26	6.506	495	21.042	7.634	6.430	11.348	1.314	1.853		
3. Quartal	413	24.940	437	1.717	30	7.140	571	21.753	8.087	6.608	12.663	1.652	2.187		
4. Quartal	424	23.953	349	1.724	21	7.874	561	22.634	7.702	6.241	10.825	1.758	2.050		

Periodenende	Sonstige Vermögensanlagen		Vermögensbestand insgesamt			Publikumsfonds					Spezialfonds	Veränderungen des Vermögensbestands ³⁾		
	Euro ¹⁾	Fremdwährung	Euro ¹⁾	Fremdwährung	insgesamt	insgesamt	Aktienfonds	Rentenfonds	gemischte Fonds	Geldmarktfonds gemäß EZB-VO 1998/16		Nettomittelveränderungen	Mittelabfluss aus Ausschüttung zum Ex-Tag	Kurswertveränderungen und Erträge
in Mio EUR ²⁾														
1999	4.855	619	61.172	19.169	80.341	x	x	x	x	x	x	x	x	x
2000	4.950	908	69.559	22.416	91.974	62.974	13.918	33.931	14.260	865	29.000	12.270	3.323	2.687
2000														
1. Quartal	4.394	578	64.770	21.830	86.600	x	x	x	x	x	x	x	x	x
2. Quartal	5.432	624	68.061	22.402	90.462	x	x	x	x	x	x	x	x	x
3. Quartal	5.726	559	69.948	24.534	94.482	x	x	x	x	x	x	x	x	x
4. Quartal	4.950	908	69.559	22.416	91.974	62.974	13.918	33.931	14.260	865	29.000	12.270	3.323	2.687

Quelle: OeNB.

¹⁾ Euro oder nationale Währungen als nicht dezimale Untereinheiten des Euro.

²⁾ Unwiderruflicher Euromrechnungskurs: 1 EUR = 137603 ATS.

³⁾ Kumulative Werte im Kalenderjahr.

Vermögensbestand der österreichischen Pensionskassen

Perioden- ende	Wertpapiere inländischer Emittenten				Wertpapiere ausländischer Emittenten				Einlagen	Darlehen	Sonstige Vermögens- anlagen	Vermögensbestand insgesamt			
	Bundes- schatz- scheine	Rentenwerte		Invest- ment- zertifikate	andere Wert- papiere	Rentenwerte		Invest- ment- zertifikate				andere Wert- papiere	Euro ¹⁾	Fremd- währung	insgesamt
	Euro ¹⁾	Fremd- währung			Euro ¹⁾	Fremd- währung						Euro ¹⁾	Fremd- währung	insgesamt	
	<i>in Mio EUR²⁾</i>														
1999	25'44	10'61	1'74	5.887'30	8'36	23'40	9'01	426'23	5'31	103'12	68'89	593'16	6.820'64	341'93	7.162'49
2000	—	29'21	1'67	7.029'72	9'16	6'32	34'52	477'46	4'07	94'84	71'22	89'31	7.468'22	379'35	7.847'65
2000															
1. Qu.	—	21'66	2'40	6.318'90	6'76	7'49	6'03	488'87	5'38	49'64	69'26	469'03	7.074'48	370'99	7.445'48
2. Qu.	—	22'82	2'91	6.846'07	6'76	7'49	32'63	505'22	4'14	43'39	69'33	95'20	7.231'89	404'06	7.635'95
3. Qu.	—	24'49	2'98	7.060'60	6'83	6'47	33'28	527'31	4'14	24'05	69'33	53'63	7.386'90	426'15	7.813'06
4. Qu.	—	29'21	1'67	7.029'72	9'16	6'32	34'52	477'46	4'07	94'84	71'22	89'31	7.468'22	379'35	7.847'65

Quelle: OeNB.

¹⁾ Euro oder nationale Währungen als nicht dezimale Untereinheiten des Euro.

²⁾ Unwiderruflicher Euroumrechnungskurs: 1 EUR = 13'7603 ATS.

Österreichischer Aktienmarkt¹⁾

	Wiener Börse Index (WBI) ²⁾		Gesamtkurswert		Gesamtumsatz ³⁾		Durchschnittliche Dividendenrendite		Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen		Börseneinführungen	
	Aktien	Partizipations-scheine	Aktien	Partizipations-scheine	Aktien	Partizipations-scheine	Aktien	Partizipations-scheine	Aktien	Partizipations-scheine	Aktien	Partizipations-scheine
31. 12. 1967 = 100	in Mio EUR ⁴⁾				in % p. a.				Kurswert in Mio EUR ⁴⁾			
1991	418'98	18.831'42	1.035'01	16.190'71	1.780'12	1'99	2'83	696'64	—	1.093'87	—	
1992	348'46	16.722'38	887'77	11.192'71	1.393'07	2'24	3'43	160'90	—	914'95	—	
1993	483'67	23.982'23	768'50	14.999'67	874'40	1'35	2'44	404'99	2'67	787'03	—	
1994	429'64	23.352'79	711'58	27.708'48	770'99	1'46	2'55	361'15	2'90	2.157'23	—	
1995	387'36	22.847'54	611'54	33.504'29	417'50	1'90	3'00	131'66	3'47	1.781'93	—	
1996	429'20	25.979'91	361'68	31.530'52	793'15	2'00	3'08	418'71	—	99'35	—	
1997	486'96	32.844'37	508'23	43.888'88	789'58	1'90	2'93	491'97	—	2.731'87	—	
1998 ⁵⁾	464'32	29.045'26	561'53	2'11	2'49	511'57	—	125'24	—	
1999 ⁵⁾	493'32	32.102'07	210'31	2'14	2'65	535'35	—	854'46	—	
2000 ⁵⁾	456'86	31.197'46	72'36	2'26	2'17	467'05	—	1.924'61	—	
2000 ⁵⁾												
Jänner	475'52	31.005'69	201'49	x	x	—	—	—	—	
Februar	473'02	30.678'14	194'64	x	x	—	—	—	—	
März	480'60	31.421'91	190'93	x	x	—	—	234'33	—	
April	481'56	30.789'58	205'65	x	x	—	—	—	—	
Mai	475'40	30.090'81	122'29	x	x	76'24	—	—	—	
Juni	474'02	30.256'91	122'38	x	x	40'00	—	124'03	—	
Juli	482'04	30.775'27	70'87	x	x	44'00	—	105'00	—	
August	488'21	31.177'50	71'05	x	x	—	—	—	—	
September	486'21	31.049'02	71'33	x	x	—	—	—	—	
Oktober	472'64	31.168'14	71'72	x	x	293'33	—	—	—	
November	449'14	30.901'61	72'19	x	x	—	—	1.461'25	—	
Dezember	456'86	31.197'46	72'36	x	x	13'48	—	—	—	

	Notierte Emissionen				Notierte Gesell-schaften
	Aktien	Partizi-pations-scheine	Genuss-rechte	Options-scheine	
Anzahl					
1991	117	15	20	106	103
1992	128	15	20	98	112
1993	129	15	20	154	111
1994	130	14	20	14	111
1995	128	13	20	11	109
1996	123	8	18	3	106
1997	118	8	20	3	101
1998	112	7	20	3	96
1999	113	6	21	3	98
2000	111	3	22	3	97
2000					
Jänner	113	6	20	3	98
Februar	112	6	20	3	97
März	112	6	20	3	97
April	109	6	20	3	94
Mai	108	5	20	3	92
Juni	110	5	20	3	94
Juli	111	3	21	3	96
August	110	3	21	3	96
September	110	3	21	3	98
Oktober	110	3	21	3	96
November	112	3	21	3	97
Dezember	111	3	22	3	97

Quelle: Wiener Börse AG.

¹⁾ Emissionen inländischer Emittenten.

²⁾ Ultimostände.

³⁾ Käufe und Verkäufe.

⁴⁾ Unwiderruflicher Euroumrechnungskurs: 1 EUR = 13'7603 ATS.

⁵⁾ Daten der Gesamtumsätze derzeit nicht verfügbar.

Österreichischer Rentenmarkt/I

	Nichtbankenemissionen						Emissionen von Kreditinstituten			Rentenmarkt insgesamt (5 + 6 + 7)
	Bund		Sonstige öffentliche Stellen	Sonstige inländische Nichtbanken	Inländische Nichtbanken (1 + 3 + 4)	Ausländische Emittenten	insgesamt	davon		
	insgesamt	davon Bundes- obligationen						Pfandbriefe	Kommunal- briefe	
in Mio EUR ¹⁾	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Umlauf										
1991	27.076'52	7.773'38	2.110'42	2.247'63	31.434'56	1.442'56	35.758'96	4.136'10	9.555'46	68.636'08
1992	30.070'57	7.141'05	2.167'18	2.148'06	34.385'81	1.947'63	37.029'86	4.347'36	9.575'37	73.363'30
1993	34.912'03	6.222'32	2.180'77	2.539'55	39.632'35	2.172'92	41.967'18	4.838'78	9.590'56	83.772'45
1994	39.821'44	5.427'79	2.279'53	3.072'75	45.173'72	1.947'63	45.688'10	5.043'42	9.478'65	92.809'46
1995	44.768'79	4.885'14	1.869'94	3.677'03	50.315'76	1.893'13	49.606'26	5.201'99	9.482'21	101.815'15
1996 ²⁾ 3)	49.027'56	3.818'67	1.719'37	3.032'86	53.779'86	1.394'59	53.462'79	4.796'04	9.272'47	108.637'24
1997	53.938'36	2.114'63	2.073'65	3.397'82	59.409'82	1.674'02	56.923'03	4.937'32	8.684'26	118.006'87
1998	61.470'32	1.310'95	1.878'74	3.758'57	67.107'55	1.743'42	56.198'41	4.902'51	8.110'14	125.049'45
1999	78.807'73	967'28	1.598'66	3.723'76	84.130'14	1.452'73	58.696'03	4.958'69	7.221'43	144.278'83
2000	89.411'93	710'01	1.383'18	3.405'30	94.200'42	1.302'30	62.420'95	4.541'83	7.109'15	157.923'66
2000										
Jänner	83.434'45	967'28	1.590'66	3.727'17	88.752'28	1.452'73	58.839'27	4.910'07	7.242'21	149.044'28
Februar	83.565'62	967'28	1.548'51	3.685'09	88.799'23	1.452'73	58.449'23	4.837'98	7.165'90	148.701'19
März	84.936'52	967'28	1.545'75	3.703'92	90.186'19	1.452'73	58.646'11	4.811'16	7.160'96	150.285'02
April	87.115'76	929'49	1.545'75	3.534'88	92.196'39	1.452'73	58.976'84	4.818'43	7.078'48	152.625'96
Mai	86.466'50	849'55	1.399'82	3.538'44	91.404'84	1.452'73	59.940'84	4.848'37	7.114'53	152.798'41
Juni	88.094'74	827'74	1.383'69	3.534'01	93.012'43	1.380'06	60.287'78	4.835'29	7.148'75	154.680'28
Juli	88.734'55	776'87	1.383'69	3.527'18	93.645'41	1.380'06	60.596'50	4.747'57	7.252'17	155.621'97
August	88.720'01	762'34	1.382'96	3.523'83	93.626'81	1.380'06	60.916'33	4.733'04	7.276'51	155.923'20
September	89.850'08	762'34	1.376'42	3.557'63	94.784'13	1.374'97	60.770'11	4.573'66	7.283'93	156.929'14
Oktober	90.950'05	762'34	1.375'70	3.503'70	95.829'45	1.374'97	61.828'30	4.617'63	7.162'20	159.032'65
November	90.931'08	746'35	1.387'25	3.501'52	95.819'93	1.374'97	62.944'19	4.572'87	7.163'51	160.139'10
Dezember	89.411'93	710'01	1.383'18	3.405'30	94.200'42	1.302'30	62.420'95	4.541'83	7.109'15	157.923'66
Bruttoemissionen										
1991	4.738'49	121'44	36'34	111'33	4.886'16	363'36	5.152'94	604'57	537'85	10.402'46
1992	4.348'16	—	192'58	39'97	4.580'71	541'41	6.573'26	718'01	796'13	11.695'38
1993	6.850'00	121'36	363'36	626'15	7.839'51	370'63	10.268'16	868'73	1.031'52	18.478'30
1994	7.285'02	195'49	308'86	874'76	8.468'64	330'66	9.950'73	617'57	886'25	18.750'03
1995	8.362'03	482'55	127'18	1.008'26	9.497'47	272'52	12.587'88	654'64	1.266'25	22.357'87
1996 ²⁾	7.503'47	47'24	171'87	437'49	8.112'83	397'52	12.237'74	361'62	917'93	20.748'09
1997	8.752'43	—	398'68	792'93	9.944'04	478'84	12.430'62	687'56	735'96	22.853'57
1998	11.950'83	232'55	9'08	659'43	12.619'35	127'18	11.560'50	542'72	572'59	24.307'03
1999	19.596'30	—	39'97	690'46	20.326'74	—	13.379'50	791'70	400'43	33.706'39
2000	18.217'70	—	21'80	102'54	18.342'04	—	14.491'54	353'92	940'90	32.833'88
2000										
Jänner	5.375'97	—	—	7'27	5.383'24	—	1.176'57	28'71	130'45	6.559'81
Februar	1.649'96	—	—	—	1.649'96	—	1.000'56	36'34	66'50	2.650'60
März	2.242'97	—	—	13'01	2.255'98	—	1.131'73	18'53	94'69	3.387'72
April	2.750'01	—	—	—	2.750'01	—	1.014'37	31'10	14'39	3.764'38
Mai	668'88	—	—	—	668'88	—	1.793'57	34'08	90'70	2.462'45
Juni	1.649'96	—	7'27	7'27	1.664'50	—	1.196'41	24'85	128'19	2.860'98
Juli	1.649'96	—	—	—	1.649'96	—	1.086'02	7'56	189'53	2.736'06
August	—	—	—	—	—	—	648'31	3'34	67'00	648'31
September	1.129'99	—	—	34'01	1.164'00	—	619'90	19'48	84'95	1.783'90
Oktober	1.099'98	—	—	2'98	1.102'96	—	1.679'76	83'07	29'43	2.782'72
November	—	—	14'53	34'88	49'42	—	1.742'99	8'58	17'30	1.792'40
Dezember	—	—	—	3'12	3'12	—	1.401'35	58'28	27'76	1.404'55

Quelle: OeNB.

¹⁾ Unwiderrufflicher Euroumrechnungskurs: 1 EUR = 137603 ATS.

²⁾ Datenbruch wegen neuer Erhebungsform ab Berichtstermin 1996.

³⁾ Durchrechnung (Umlauf Vorperiode + Nettoemissionen = Umlauf) durch Einbeziehung von bewerteten Fremdwährungsemissionen seit 1996 nicht mehr möglich.

Österreichischer Rentenmarkt/II

	Nichtbankenemissionen					Emissionen von Kreditinstituten			Rentenmarkt insgesamt (5 + 6 + 7)	
	Bund		Sonstige öffentliche Stellen	Sonstige inländische Nichtbanken	Inländische Nichtbanken (1 + 3 + 4)	Ausländische Emittenten	insgesamt	davon		
	insgesamt	davon Bundes- obligationen						Pfandbriefe		Kommunal- briefe
in Mio EUR ¹⁾	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Tilgungen										
1991	1.450'84	711'76	151'23	141'93	1.744'00	—	4.080'94	425'86	499'55	5.824'95
1992	1.354'11	632'33	135'83	139'53	1.629'47	36'34	5.302'36	506'75	776'22	6.968'16
1993	2.008'53	1.040'09	349'77	234'66	2.592'97	145'35	5.330'84	377'32	1.016'33	8.069'16
1994	2.375'60	990'02	210'10	341'56	2.927'26	555'95	6.229'81	412'93	998'16	9.713'01
1995	3.414'68	1.025'20	536'76	403'99	4.355'43	327'03	8.669'72	496'06	1.262'69	13.352'18
1996 ²⁾	2.460'70	819'82	133'35	445'05	3.039'11	290'69	8.991'08	638'36	1.051'79	12.320'88
1997	3.841'70	1.704'03	76'38	377'97	4.295'98	200'43	9.238'03	546'79	1.324'10	13.734'37
1998	4.416'18	1.036'24	204'07	262'86	4.883'18	316'13	12.014'64	581'02	1.146'70	17.213'80
1999	8.291'83	358'20	377'10	633'71	9.302'49	290'69	11.583'98	735'52	1.289'00	21.177'01
2000	7.083'71	257'26	215'47	516'56	7.815'82	150'43	10.706'09	770'77	1.053'25	18.672'19
2000										
Jänner	749'26	—	799	3'63	760'88	—	1.255'06	77'32	109'66	2.015'94
Februar	1.518'86	—	20'35	41'93	1.581'14	—	1.052'96	108'43	142'80	2.634'03
März	872'07	—	2'83	65'41	940'31	—	1.172'07	45'42	99'63	2.112'38
April	40'77	37'79	—	170'05	210'82	—	863'79	23'76	96'95	1.074'61
Mai	1.318'14	79'94	145'93	3'56	1.467'63	—	660'89	4'22	54'65	2.128'44
Juni	21'80	21'80	23'40	5'09	50'29	72'67	810'23	37'86	93'89	933'26
Juli	1.010'15	50'87	—	7'27	1.017'42	—	855'07	95'35	86'19	1.872'49
August	14'53	14'53	0'73	25'44	40'70	—	435'75	17'80	42'66	476'44
September	—	—	6'54	1'31	7'85	5'09	845'48	178'85	77'54	858'41
Oktober	—	—	0'73	57'34	58'07	—	808'41	39'10	151'16	866'48
November	18'97	15'99	2'91	37'28	59'23	—	456'60	53'34	16'06	515'76
Dezember	1.519'15	36'34	4'07	98'25	1.621'48	72'67	1.489'79	89'31	82'05	3.183'94
Nettoemissionen										
1991	3.287'65	— 590'32	— 114'90	— 30'60	3.142'16	363'36	1.072'00	178'70	38'30	4.577'52
1992	2.994'05	— 632'33	56'76	— 99'56	2.951'24	505'08	1.270'90	211'26	19'91	4.727'22
1993	4.841'46	— 918'73	13'59	391'49	5.246'54	225'29	4.937'32	491'41	15'19	10.409'15
1994	4.909'41	— 794'53	98'76	533'20	5.541'38	— 225'29	3.720'92	204'65	— 111'92	9.037'01
1995	4.947'35	— 542'65	— 409'58	604'27	5.142'04	— 54'50	3.918'16	158'57	3'56	9.005'69
1996 ²⁾³⁾	5.042'77	— 772'58	38'52	— 7'56	5.073'73	106'83	3.246'66	— 276'74	— 133'86	8.427'21
1997	4.910'72	— 1.704'03	322'30	414'96	5.648'06	278'41	3.192'59	140'77	— 588'14	9.119'21
1998	7.534'65	— 803'69	— 194'98	396'58	7.736'17	— 188'95	— 454'13	— 38'30	— 574'12	7.093'23
1999	11.304'48	— 358'20	— 337'13	56'76	11.024'25	— 290'69	1.768'57	56'18	— 888'57	12.502'34
2000	11.133'99	— 257'26	— 193'67	— 414'02	10.526'22	— 150'43	3.785'46	— 416'85	— 112'35	14.161'68
2000										
Jänner	4.626'72	—	— 799	3'63	4.622'36	—	— 78'49	— 48'62	20'78	4.543'87
Februar	1.311'10	—	— 20'35	— 41'93	68'82	—	— 52'40	— 72'09	— 76'31	1.615'7
März	1.370'90	—	— 2'83	— 52'40	1.315'67	—	— 40'33	— 26'89	— 4'94	1.275'34
April	2.709'24	— 37'79	—	— 170'05	2.539'19	—	150'58	7'34	— 82'56	2.689'77
Mai	— 649'26	— 79'94	— 145'93	— 3'56	— 798'75	—	1.132'68	29'87	36'05	334'00
Juni	1.628'16	— 21'80	— 16'13	2'18	1.614'21	— 72'67	386'18	— 13'01	34'30	1.927'72
Juli	639'81	— 50'87	—	— 7'27	632'54	—	230'95	— 87'79	103'34	863'57
August	— 14'53	— 14'53	— 0'73	— 25'44	— 40'70	—	212'57	— 14'46	24'35	171'87
September	1.129'99	—	— 6'54	32'70	1.156'15	— 5'09	— 225'58	— 159'37	7'41	925'49
Oktober	1.099'98	—	— 0'73	— 54'36	1.044'89	—	871'35	43'97	— 121'73	1.916'24
November	— 18'97	— 15'99	11'63	— 2'40	— 9'81	—	1.286'38	— 44'77	1'24	1.276'64
Dezember	— 1.519'15	— 36'34	— 4'07	— 95'13	— 1.618'35	— 72'67	— 88'44	— 31'03	— 54'29	— 1.779'39

Quelle: OeNB.

¹⁾ Unwiderruflicher Euroumkurs: 1 EUR = 137603 ATS.

²⁾ Datenbruch wegen neuer Erhebungsform ab Berichtstermin 1996.

³⁾ Durchrechnung (Umlauf Vorperiode + Nettoemissionen = Umlauf) durch Einbeziehung von bewerteten Fremdwährungsemissionen seit 1996 nicht mehr möglich.

Österreichische Börseumsätze¹⁾

	Anteilswerte					Investment- zertifikate	Renten- werte
	inländische Aktien	inländische Partizi- pations- scheine	insgesamt	ausländische Aktien	Options- scheine		
	Kurswert in Mio EUR ²⁾						
1991	10.949'33	996'64	11.945'89	507'26	1.319'96	13.773'10	11'05 2.160'71
1992	7.462'49	413'33	7.875'82	352'07	438'14	8.666'03	12'33 1.644'58
1993	11.092'03	562'94	11.654'97	792'98	301'90	12.749'85	16'15 1.062'22
1994	13.596'61	300'03	13.896'65	489'69	141'46	14.527'79	11'65 1.048'54
1995	18.871'21	151'23	19.022'44	353'42	8'76	19.384'62	7'13 1.379'19
1996	15.789'22	129'88	15.919'11	537'74	11'10	16.467'95	7'21 1.462'88
1997	21.840'56	167'11	22.007'67	551'97	2'94	22.562'58	4'47 1.035'82
1998	29.796'58	948'72	30.745'30	480'09	5'23	31.230'63	1'98 841'51
1999	21.581'65	53'95	21.635'60	285'44	2'54	21.923'58	0'98 713'12
2000	20.380'62	23'20	20.403'82	404'01	1'93	20.809'76	– 559'88
2000							
Jänner	1.877'52	5'46	1.882'98	27'34	0'10	1.910'41	– 60'84
Februar	2.594'80	3'89	2.598'69	45'75	0'06	2.644'50	– 58'39
März	2.236'31	7'60	2.243'91	25'88	0'28	2.270'07	– 60'34
April	1.400'36	3'02	1.403'38	13'55	0'23	1.417'16	– 36'87
Mai	1.147'11	2'16	1.149'27	16'41	0'33	1.166'01	– 55'13
Juni	1.186'93	0'14	1.187'07	10'85	0'08	1.198'00	– 38'46
Juli	1.805'64	0'11	1.805'75	15'60	0'10	1.821'44	– 42'50
August	1.808'76	0'13	1.808'90	33'12	0'04	1.842'06	– 38'83
September	1.744'90	0'13	1.745'03	104'05	0'02	1.849'11	– 41'51
Oktober	1.353'79	0'40	1.354'18	50'13	0'07	1.404'38	– 49'53
November	2.049'08	0'11	2.049'19	30'90	0'47	2.080'56	– 37'46
Dezember	1.175'42	0'05	1.175'47	30'41	0'16	1.206'05	– 40'02

Quelle: Wiener Börse AG.

¹⁾ Amtlicher Handel; Käufe und Verkäufe.

²⁾ Unwiderruflicher Eurorechnungskurs: 1 EUR = 13'7603 ATS.

Wirtschaftliche Indikatoren Österreichs im Überblick

	1997	1998	1999	2000	1997	1998	1999	2000
	in Mrd EUR				Veränderung zum Vorjahr in %			
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung¹⁾								
Bruttoinlandsprodukt, nominell zu Marktpreisen	182,7	190,0	197,1	205,9	+ 2,6	+ 4,0	+ 3,7	+ 4,5
Bruttoinlandsprodukt, real zu Preisen von 1995	178,1	183,9	189,1	195,1	+ 1,3	+ 3,3	+ 2,8	+ 3,2
Verwendung real:								
Privater Konsum	101,2	104,1	106,5	109,4	+ 1,4	+ 2,9	+ 2,3	+ 2,7
Öffentlicher Konsum	35,1	36,1	37,3	38,1	- 1,4	+ 2,8	+ 3,2	+ 2,3
Bruttoanlageinvestitionen	41,4	42,5	43,9	45,2	+ 1,0	+ 2,7	+ 3,2	+ 2,9
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen	1,3	1,2	0,7	0,9	x	x	x	x
Exporte im weiteren Sinn	76,7	80,9	87,1	95,6	+ 9,9	+ 5,5	+ 7,6	+ 9,8
Importe im weiteren Sinn	77,8	80,7	86,4	94,3	+ 9,7	+ 3,7	+ 7,1	+ 9,2
	in 1.000				Veränderung zum Vorjahr in %			
Arbeitsmarkt								
Unselbstständig Erwerbstätige insgesamt	3.055,6	3.076,7	3.107,9	3.133,7	+ 0,3	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,8
davon Ausländer	298,8	298,6	306,4	319,9	- 0,5	- 0,1	+ 2,6	+ 4,4
Vorgemerkte Arbeitslose insgesamt	233,3	237,8	221,7	194,3	+ 1,2	+ 1,9	- 6,8	-12,4
	in %				Veränderung zum Vorjahr in %			
Arbeitslosenquote (nationale Berechnung)	7,1	7,2	6,7	5,8	x	x	x	x
Arbeitslosenquote (EU-Konzept)	4,4	4,5	4,0	3,7	x	x	x	x
	in 1.000 EUR				Veränderung zum Vorjahr in %			
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen) nominell								
	46,5	48,0	49,1	50,9	+ 2,1	+ 3,2	+ 2,3	+ 3,6
	1996 = 100				Veränderung zum Vorjahr in %			
Stundenlöhne der Sachgüterproduktion								
nominell (2000: 1. Halbjahr)	102,4	105,1	108,1	110,1	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,9	+ 2,3
real (2000: 1. Halbjahr)	101,3	103,0	105,5	105,2	+ 1,3	+ 1,7	+ 2,4	+ 0,5
Preise und Löhne								
Nationaler Verbraucherpreisindex	101,3	102,2	102,8	105,2	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,6	+ 2,4
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	101,2	102,0	102,5	104,5	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,5	+ 2,0
Großhandelspreisindex	100,4	99,9	99,0	103,0	+ 0,4	- 0,5	- 0,8	+ 4,0
Tariflohnindex (1986 = 100)	153,3	156,7	160,6	163,9	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,1
	in EUR/t				Veränderung zum Vorjahr in %			
Rohölimportpreis	132,0	91,0	121,7	3.283,4	+10,3	-31,0	+33,7	+96,1
	1995 = 100				Veränderung zum Vorjahr in %			
BIP-Deflator	102,6	103,3	104,2	105,5	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,2
Konsum-Deflator	103,2	103,8	104,8	106,7	+ 1,3	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,8
	Anteil in %				Veränderung zum Vorjahr in %			
Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft ²⁾	53,7	54,0	54,5	54,6	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,2
	in Mrd EUR				Veränderung zum Vorjahr in %			
Außenwirtschaft								
Einfuhr	57,4	61,2	65,3	74,3	+10,9	+ 6,6	+ 6,7	+13,7
Ausfuhr	52,0	56,3	60,3	69,2	+16,8	+ 8,4	+ 7,0	+14,8
	in % des BIP				Veränderung zum Vorjahr in %			
Handelsbilanzsaldo	- 3,0	- 2,6	- 2,6	- 2,5	x	x	x	x
Leistungsbilanzsaldo	- 3,2	- 2,5	- 3,2	- 2,8	x	x	x	x
	Saldo aus positiven und negativen Antworten				Veränderung zum Vorjahr in %			
Vorausliegende Konjunkturindikatoren								
Vertrauensindikator der Industrie	-10,0	-9,0	-14,0	-3,0	x	x	x	x
Vertrauensindikator der Konsumenten	-12,0	-3,0	3,0	1,0	x	x	x	x
	in % des BIP				Veränderung zum Vorjahr in %			
Öffentlicher Haushalt								
Einnahmen insgesamt	52,2	52,0	51,6	50,6	x	x	x	x
Ausgaben insgesamt	53,9	54,3	53,7	51,8	x	x	x	x
Defizit	- 1,7	- 2,2	- 2,1	-1,1 ³⁾	x	x	x	x
Verschuldung	64,7	63,9	64,7	62,9 ³⁾	x	x	x	x
	in Mrd EUR				Veränderung zum Vorjahr in %			
Zahlungsbilanz								
Leistungsbilanz	- 5,8	- 4,7	- 6,2	- 5,9	x	x	x	x
Güter	- 3,8	- 3,3	- 3,4	- 2,9	x	x	x	x
Dienstleistungen	0,9	2,1	1,7	0,8	x	x	x	x
Einkommen	- 1,3	- 1,8	- 2,6	- 2,4	x	x	x	x
Laufende Transfers	- 1,5	- 1,7	- 1,9	- 1,5	x	x	x	x
Vermögensübertragungen	- 0,1	- 0,3	- 0,2	- 0,5	x	x	x	x
Kapitalbilanz	5,4	5,5	6,5	5,1	x	x	x	x
Direktinvestitionen	0,6	1,6	0,0	6,5	x	x	x	x
Portfolioinvestitionen	1,4	5,9	- 2,9	1,1	x	x	x	x
Sonstige Investitionen	0,0	0,7	7,9	- 2,8	x	x	x	x
Finanzderivate	0,8	0,2	- 0,4	- 0,4	x	x	x	x
Offizielle Währungsreserven	2,6	- 2,9	2,0	0,8	x	x	x	x
Statistische Differenz	0,4	- 0,5	0,0	1,2	x	x	x	x

Quelle: OeNB, Statistik Austria, EUROSTAT, AMS, Hauptverband der Sozialversicherungsträger, Europäische Kommission.

¹⁾ Berechnet nach ESVG 95.

²⁾ Anteil der Arbeitnehmerentgelte am realen BIP.

³⁾ Vorläufige Werte.

Wirtschaftliche Indikatoren des Euroraums im Überblick¹⁾

	1997	1998	1999	2000	1997	1998	1999	2000
	in Mrd EUR				Veränderung zum Vorjahr in %			
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung								
Bruttoinlandsprodukt, nominell zu Marktpreisen	5.650'1	5.879'8	6.136'6	6.417'5	+ 2'2	+ 4'1	+ 4'4	+ 4'6
Bruttoinlandsprodukt, real zu Preisen von 1995	5.506'9	5.660'5	5.802'6	5.997'1	+ 2'3	+ 2'8	+ 2'5	+ 3'4
Verwendung:								
Privater Konsum	3.092'7	3.188'4	3.278'3	3.362'0	+ 1'6	+ 3'1	+ 2'8	+ 2'6
Öffentlicher Konsum	1.121'4	1.133'1	1.151'8	1.170'5	+ 0'8	+ 1'0	+ 1'6	+ 1'6
Bruttoanlageinvestitionen	1.132'7	1.187'3	1.249'9	1.307'7	+ 2'4	+ 4'8	+ 5'3	+ 4'6
Vorratsveränderung und Nettozugang an Wertsachen	6'0	27'4	27'2	24'4	+ 0'1	+ 0'5	+ 0'5	+ 0'4
Exporte im weiteren Sinn	1.807'2	1.933'8	2.025'6	2.262'8	+10'4	+ 7'0	+ 4'7	+11'7
Importe im weiteren Sinn	1.679'6	1.803'5	1.932'8	2.299'8	+ 9'0	+ 7'4	+ 7'2	+19'0
	in 1.000				Veränderung zum Vorjahr in %			
Arbeitsmarkt								
Unselbstständig Erwerbstätige insgesamt	112.572	114.647	117.016	..	+ 0'5	+ 1'8	+ 2'1	..
davon Ausländer	x	x	x	x	x	x	x	x
Vorgemerkte Arbeitslose insgesamt	14.807	14.079	13.003	11.873	+ 0'6	- 4'9	- 7'6	- 8'7
	in %				Veränderung zum Vorjahr in %			
Arbeitslosenquote (nationale Berechnung)	x	x	x	x	x	x	x	x
Arbeitslosenquote (EU-Konzept)	11'5	10'9	9'9	9'0	x	x	x	x
	in 1.000 EUR				Veränderung zum Vorjahr in %			
Produktivität (nominelles BIP je Erwerbstätigen)	50'2	51'3	52'4	..	+ 1'5	+ 2'2	+ 2'3	..
	1996 = 100				Veränderung zum Vorjahr in %			
Stundenlöhne der Industrie								
nominell (2000: 1. bis 3. Quartal)	102'5	104'8	107'4	110'4	+ 2'5	+ 2'2	+ 2'5	+ 2'8
real (2000: 1. bis 3. Quartal)	100'9	102'0	103'5	104'2	+ 0'9	+ 1'1	+ 1'5	+ 0'7
	1995 = 100				Veränderung zum Vorjahr in %			
Preise								
Nationaler Verbraucherpreisindex	x	x	x	x	x	x	x	x
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	101'6	102'7	103'8	106'3	+ 1'7	+ 1'2	+ 1'1	+ 2'4
Erzeugerpreisindex	101'4	100'6	100'2	105'6	+ 1'1	- 0'7	- 0'4	+ 5'3
	USD je Barrel				Veränderung zum Vorjahr in %			
Ölpreis Brent	19'39	12'87	17'95	28'53	- 7'7	-33'6	+39'5	+58'9
	1995 = 100				Veränderung zum Vorjahr in %			
BIP-Deflator	102'6	103'9	105'8	107'0	- 0'2	+ 1'2	+ 1'8	+ 1'2
Konsum-Deflator	103'5	104'5	106'3	108'8	+ 0'2	+ 1'0	+ 1'8	+ 2'3
	in Mrd EUR				Veränderung zum Vorjahr in %			
Außenwirtschaft								
Einfuhr	674'2	711'0	780'5	991'0	+14'2	+ 5'5	+ 9'8	+27'0
Ausfuhr	762'8	796'3	831'8	1.003'6	+14'4	+ 4'4	+ 4'5	+20'7
	in % des BIP				Veränderung zum Vorjahr in %			
Handelsbilanzsaldo	2'8	2'2	1'6	2'2	x	x	x	x
Leistungsbilanzsaldo	1'6	1'0	0'5	- 0'2	x	x	x	x
	Saldo aus positiven und negativen Antworten				Veränderung zum Vorjahr in %			
Vorauselende Indikatoren								
Industrie insgesamt	- 4	- 1	- 7	5	x	x	x	x
Verbrauch insgesamt	- 15	- 5	- 3	- 1	x	x	x	x
	in Mrd EUR				Veränderung zum Vorjahr in %			
Geldmengenaggregate								
Geldmenge M3	4.267'5	4.464'1	4.791'0	5.079'9	+ 4'0	+ 4'7	+ 6'1	+ 5'2
	in % des BIP				Veränderung zum Vorjahr in %			
Öffentliche Haushalte								
Einnahmen insgesamt	46'3	46'0	46'4	46'2	x	x	x	x
Ausgaben insgesamt	50'3	49'3	49'0	47'1	x	x	x	x
Defizit	- 2'6	- 2'1	- 1'3	0'3	x	x	x	x
Verschuldung (brutto)	74'7	73'1	72'1	69'7	x	x	x	x
	in Mrd EUR				Veränderung zum Vorjahr in %			
Zahlungsbilanz								
Leistungsbilanz	61'5	31'1	- 5'8	- 28'3	x	x	x	x
Warenhandel	115'7	109'3	83'4	59'8	x	x	x	x
Dienstleistungen	3'1	- 2'0	- 11'8	- 13'5	x	x	x	x
Erwerbs- und Vermögenseinkommen	-15'2	-28'8	- 32'4	- 24'7	x	x	x	x
Laufende Übertragungen	-42'2	-47'4	- 45'0	- 49'9	x	x	x	x
Vermögensübertragungen	13'0	12'4	13'5	8'7	x	x	x	x
Kapitalbilanz	x	-61'2	19'1	2'6	x	x	x	x
Direktinvestitionen	-44'5	-83'2	-120'6	- 23'0	x	x	x	x
Wertpapieranlagen	-24'3	-99'7	- 41'7	-120'4	x	x	x	x
Finanzderivate	x	- 7'5	8'1	- 3'6	x	x	x	x
Übriger Kapitalverkehr	x	120'9	163'1	131'6	x	x	x	x
Währungsreserven	x	8'2	10'2	18'1	x	x	x	x
Restposten	x	17'8	- 26'8	17'1	x	x	x	x

Quelle: EUROSTAT, EZB, Europäische Kommission, Datastream.

¹⁾ 2000: Werte vorläufig.

Bundeshaushalt Österreichs¹⁾

	1997			1998			1999			2000		
	Stand in Mio EUR	Veränderung zum Vorjahr in %		Stand in Mio EUR	Veränderung zum Vorjahr in %		Stand in Mio EUR	Veränderung zum Vorjahr in %		Stand in Mio EUR	Veränderung zum Vorjahr in %	
Allgemeiner Haushalt												
Ausgaben ²⁾	54.500 ³⁾	- 353	- 0'6	56.510	+ 2.010	+ 3'7	57.249	+ 739	+ 1'3	58.209	+ 960	+ 1'7
Einnahmen ²⁾	49.615 ³⁾	+1.257	+ 2'6	51.712	+ 2.097	+ 4'2	52.293	+ 581	+ 1'1	55.356	+3.063	+ 5'9
davon öffentliche Abgaben (netto)	30.028	+2.160	+ 7'8	33.445	+ 3.418	+11'4	32.678	- 767	- 2'3	33.037	+ 359	+ 1'1
Abgang des allgemeinen Haushalts ⁴⁾	4.885	-1.609	-2'8	4.798	- 87	- 1'8	4.956	+ 158	+ 3'3	2.854	-2.102	- 42'4
Primärsaldo ⁵⁾	1.496	+1.732	x	1.751	+ 254	+17'0	1.685	- 65	- 3'7	3.907	+2.222	+131'8
Bruttofinanzierung⁶⁾	11.867	-2.586	-17'9	15.794	+ 3.927	+33'1	16.515	+ 721	+ 4'6	16.174	- 341	- 2'1
Finanzschuldenaufwand⁷⁾												
Zinsen	6.381	+ 123	+ 2'0	6.549	+ 168	+ 2'6	6.641	+ 92	+ 1'4	6.761	+ 120	+ 1'8
Tilgungen	6.982	- 838	-10'7	10.995	+ 4.014	+57'5	11.559	+ 564	+ 5'1	13.320	+1.761	+ 15'2
Sonstige Kosten	67	- 109	-61'9	-295	- 362	x	4	+ 299	x	231	+ 227	x
Finanzschuldenaufwand insgesamt	13.430	- 824	- 5'8	17.249	+ 3.820	+28'4	18.205	+ 955	+ 5'5	20.312	+2.107	+ 11'6
Finanzschuld⁸⁾												
Schilling-/Euroschild ⁹⁾ ¹⁰⁾	85.100	+5.099	+ 6'4	97.939	+12.839	+15'1	101.196	+3.257	+ 3'3	103.983	+2.787	+ 2'8
Anleihen ¹¹⁾	50.588	+5.197	+11'5	68.120	+17.532	+34'7	75.095	+6.975	+ 10'2	79.796	+4.700	+ 6'3
Bundesschatzscheine	2.478	-1.704	-40'7	1.482	- 996	-40'2	1.294	- 188	- 12'7	856	- 438	- 33'9
Darlehen	9.126	+1.192	+15'0	7.631	- 1.495	-16'4	5.988	-1.643	- 21'5	5.241	- 747	- 12'5
Sonstige Kredite	22.905	-1.026	- 4'3	20.659	- 2.247	- 9'8	18.577	-2.081	- 10'1	18.089	- 488	- 2'6
Fremdwährungsschuld ⁹⁾ ¹²⁾ ¹³⁾	3	+ 0	-10'4	47	+ 44	x	241	+ 194	+411'5	2	- 239	- 99'1
Finanzschuld insgesamt	22.160	+ 647	+ 3'0	13.664	- 8.496	-38'3	16.778	+3.115	+ 22'8	16.722	- 56	- 0'3
	107.260	+5.746	+ 5'7	111.603	+ 4.343	+ 4'0	117.974	+6.372	+ 5'7	120.704	+2.730	+ 2'3
	in % des nominellen BIP ¹⁴⁾											
Budgetindikatoren												
Ausgaben ²⁾			29'8			29'7			29'0			28'2
Einnahmen ²⁾			27'2			27'2			26'5			26'8
Öffentliche Abgaben (netto)			16'4			17'6			16'6			16'0
Abgang des allgemeinen Haushalts ⁴⁾			2'7			2'5			2'5			1'4
Primärsaldo ⁵⁾			0'8			0'9			0'9			1'9
Finanzschuldenaufwand ⁷⁾			7'4			9'1			9'2			9'8
Finanzschuld ⁸⁾			58'7			58'7			59'9			58'5

Quelle: BMF, ÖBFA, WIFO, Statistik Austria.

¹⁾ Bis 1999 Bundesrechnungsabschluss; 2000 vorläufiger Gebarungserfolg.

²⁾ Berücksichtigung der Währungstauschverträge in Bruttodarstellung (in den Bundesrechnungsabschlüssen und im vorläufigen Gebarungserfolg verwendete offizielle Darstellung).

³⁾ Die Ausgaben und Einnahmen des Allgemeinen Haushalts wurden um saldoneutrale Transaktionen im Zuge der ASFINAG-Ausgliederung (je 6.032 Mio EUR) verringert.

⁴⁾ Entspricht dem Begriff „Nettodefizit“ des früheren Haushaltsrechts.

⁵⁾ Abgang des Allgemeinen Haushalts („Nettodefizit“) ohne Finanzschuldzinsen.

⁶⁾ Schuldaufnahmen zur Bedeckung des Abgangs des Allgemeinen Haushalts und für die durchgeführten Finanzschuldtilgungen.

⁷⁾ Wirtschaftliche Zinsen- und Tilgungsbelastung unter Berücksichtigung der Währungstauschverträge in Nettodarstellung.

⁸⁾ Verpflichtungen aus Finanzschulden des Bundes unter Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben auf Grund der Währungstauschverträge.

⁹⁾ Seit 1998 Datenbruch infolge der Einführung des Euro: Die Euroschild des Bundes umfasst die rednominierte Schillingschuld sowie die Fremdwährungsschuld in Eurowährungen.

¹⁰⁾ Von der gesamten sich ergebenden Schilling-/Euroschild wurde der Eigenbesitz an Bundestiteln abgezogen (1997: 1.436 Mio EUR, 1998: 2.674 Mio EUR, 1999: 4.822 Mio EUR, 2000: 6.239 Mio EUR).

¹¹⁾ Bundesanleihen und in Euro gewappte Anleihen.

¹²⁾ Seit 1998 Datenbruch infolge der Einführung des Euro: Der Fremdwährungsschuld des Bundes werden nur noch Verbindlichkeiten des Bundes in Nichteurowährungen zugerechnet. Bewertet mit den Devisenmittelkursen per Jahresultimo.

¹³⁾ Von der gesamten sich ergebenden Fremdwährungsschuld wurde der Eigenbesitz an Bundestiteln (1998: 30 Mio EUR, 1999: 40 Mio EUR, 2000: 38 Mio EUR) abgezogen.

¹⁴⁾ Laut ESVG 95; 1997 bis 1999 gemäß Statistik Austria, 2000 gemäß WIFO (vorläufiger Wert).

Zahlungsbilanz Österreichs, Jahres- und Quartalsergebnisse/I

Leistungsbilanz														
insgesamt														
Güter, Dienstleistungen und Einkommen														
insgesamt														
Güter und Dienstleistungen														
insgesamt														
Güter														
Dienstleistungen														
insgesamt														
in Mio EUR ¹⁾														
	9930			9920			9910			1000			2000	
	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet
1992 ²⁾	64.227	64.771	- 545	63.184	62.923	+ 260	57.285	55.925	+1.360	35.522	41.634	-6.112	21.763	14.291
1993 ²⁾	63.889	65.102	-1.212	62.821	63.183	- 362	56.654	55.747	+ 907	34.042	39.514	-5.472	22.612	16.233
1994 ²⁾	67.706	70.424	-2.717	66.573	68.394	-1.822	60.581	61.030	- 449	37.340	43.897	-6.557	23.241	17.133
1995 ²⁾	72.169	76.659	-4.490	69.994	73.230	-3.236	63.623	65.118	-1.495	42.253	47.127	-4.874	21.369	17.991
1996 ²⁾	77.706	81.886	-4.180	75.283	78.096	-2.812	67.675	69.773	-2.097	44.615	50.213	-5.598	23.060	19.560
1997 ²⁾	87.729	93.487	-5.758	85.155	89.407	-4.252	76.600	79.503	-2.903	52.038	55.816	-3.777	24.562	23.688
1998 ²⁾	94.427	99.112	-4.685	91.813	94.760	-2.947	82.939	84.106	-1.167	56.413	59.702	-3.289	26.525	24.404
1999 ³⁾	104.205	110.414	-6.209	101.466	105.772	-4.307	89.886	91.611	-1.725	60.504	63.881	-3.377	29.381	27.729
2000 ⁴⁾	117.136	123.013	-5.877	113.998	118.411	-4.413	101.264	103.308	-2.044	69.647	72.534	-2.887	31.617	30.774
2000 ⁴⁾														
1. Quartal	28.190	28.773	- 583	27.332	27.575	- 242	24.567	24.000	+ 567	16.646	17.448	- 802	7.921	6.552
2. Quartal	28.466	30.023	-1.558	27.905	28.850	- 946	24.740	25.208	- 468	17.538	17.979	- 441	7.202	7.229
3. Quartal	29.239	31.406	-2.167	28.632	30.364	-1.732	25.413	26.623	-1.209	17.101	17.897	- 796	8.313	8.726
4. Quartal	31.241	32.810	-1.569	30.129	31.623	-1.493	26.544	27.478	- 934	18.363	19.211	- 848	8.181	8.267

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

¹⁾ Unwiderruflicher Euroumrechnungskurs: 1 EUR = 137603 ATS.

²⁾ Endgültige Daten.

³⁾ Revidierte Daten.

⁴⁾ Provisorische Daten.

Zahlungsbilanz Österreichs, Jahres- und Quartalsergebnisse/II

Leistungsbilanz														
Güter, Dienstleistungen und Einkommen														
Güter und Dienstleistungen														
Dienstleistungen														
Transport														
Reiseverkehr														
Kommunikationsdienstleistungen														
Bauleistungen														
sonstiger Transport														
insgesamt														
im Ausland														
	2140			2360			2450			2490			2500	
	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet
	in Mio EUR ¹⁾													
1992 ²⁾	1.566	1.453	+113	10.975	6.302	+4.673	72	83	-11	564	328	+236	564	328
1993 ²⁾	1.594	1.474	+120	10.793	6.572	+4.221	83	144	-61	497	342	+155	497	342
1994 ²⁾	1.810	1.621	+189	10.167	7.293	+2.873	101	117	-15	686	415	+271	686	415
1995 ²⁾	1.474	1.408	+ 66	9.883	7.958	+1.925	219	222	- 3	561	436	+125	561	436
1996 ²⁾	1.602	1.424	+179	9.835	8.481	+1.354	260	278	-17	570	476	+ 94	570	476
1997 ²⁾	1.837	1.394	+443	9.744	8.956	+ 788	283	334	-51	679	437	+242	629	347
1998 ²⁾	2.166	1.651	+515	10.058	8.556	+1.502	379	440	-61	663	418	+245	628	301
1999 ³⁾	2.181	1.527	+654	10.354	8.623	+1.730	402	492	-90	664	519	+146	629	424
2000 ⁴⁾	2.542	1.751	+791	10.729	9.209	+1.520	522	463	+59	592	322	+269	553	210
2000 ⁴⁾														
1. Quartal	584	395	+188	3.539	1.675	+1.864	104	96	+ 8	136	77	+ 59	125	50
2. Quartal	625	428	+197	2.126	2.390	- 265	153	100	+53	120	80	+ 40	108	50
3. Quartal	669	457	+212	2.870	2.929	- 60	125	128	- 2	156	94	+ 61	148	66
4. Quartal	665	472	+193	2.195	2.215	- 20	140	139	+ 0	179	71	+109	171	44

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

¹⁾ Unwiderruflicher Euroumrechnungskurs: 1 EUR = 137603 ATS.

²⁾ Endgültige Daten.

³⁾ Revidierte Daten.

⁴⁾ Provisorische Daten.

Transport												
Netto	insgesamt			davon internationaler Personentransport			Seetransport			Lufttransport		
	2050	Debet	Netto	2055	Debet	Netto	2060	Debet	Netto	2100	Debet	Netto
	Credit			Credit			Credit			Credit		
+7.472	2.507	2.202	+ 304	627	401	+225	150	193	- 43	791	557	+234
+6.379	2.636	2.274	+ 362	655	412	+243	158	197	- 39	885	603	+282
+6.108	2.904	2.520	+ 384	748	509	+239	172	215	- 43	922	684	+238
+3.379	2.735	2.398	+ 337	804	585	+220	56	114	- 59	1.206	876	+330
+3.501	3.080	2.484	+ 597	882	588	+295	131	219	- 88	1.348	842	+506
+ 874	3.599	2.592	+1.007	1.119	544	+575	105	215	-110	1.656	982	+674
+2.122	4.065	2.819	+1.246	1.299	730	+568	80	127	- 47	1.819	1.041	+778
+1.652	4.044	2.741	+1.302	1.417	743	+674	76	173	- 97	1.786	1.041	+745
+ 843	4.696	3.215	+1.481	1.606	827	+779	112	283	-172	2.042	1.180	+862
+1.369	1.092	721	+ 371	385	181	+204	26	64	- 39	483	262	+221
- 27	1.141	814	+ 327	380	236	+144	28	69	- 41	489	317	+172
- 413	1.290	846	+ 444	487	225	+261	29	74	- 45	592	316	+276
- 86	1.172	834	+ 339	354	185	+170	30	77	- 47	478	285	+193

Netto	in Österreich			Versicherungsdienstleistungen			Finanzdienstleistungen			EDV- und Informationsleistungen		
	2510	Debet	Netto	2530	Debet	Netto	2600	Debet	Netto	2620	Debet	Netto
	Credit			Credit			Credit			Credit		
236	x	x	x	417	510	- 93	320	362	- 42	33	68	- 35
155	x	x	x	443	527	- 84	387	386	+ 1	39	78	- 39
271	x	x	x	448	527	- 79	369	427	- 58	47	88	- 41
125	x	x	x	466	602	-136	451	526	- 75	60	110	- 50
94	x	x	x	583	641	- 58	678	672	+ 6	64	132	- 68
+283	50	91	-41	577	699	-122	523	515	+ 9	71	139	- 68
+327	35	117	-82	718	840	-122	680	638	+ 42	78	206	-127
+206	35	95	-60	785	891	-106	882	789	+ 93	105	222	-117
+343	39	113	-74	833	990	-157	1.455	1.285	+170	143	227	- 84
+ 76	11	27	-16	181	230	- 49	345	319	+ 26	38	68	- 30
+ 57	13	30	-17	200	239	- 39	311	297	+ 14	35	54	- 20
+ 82	7	28	-21	199	257	- 58	379	342	+ 37	31	44	- 13
+128	8	27	-19	254	265	- 11	420	327	+ 93	40	61	- 21

Zahlungsbilanz Österreichs, Jahres- und Quartalsergebnisse/III

Leistungsbilanz													
Güter, Dienstleistungen und Einkommen													
Güter und Dienstleistungen													
Dienstleistungen													
Patente und Lizenzen			sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen										
			insgesamt			Transit- handels- erträge	sonstige Handelsleistungen			Operational Leasing			
2660			2680			2700	2710			2720			
Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	
in Mio EUR ¹⁾													
1992 ²⁾	98	335	-237	2.550	2.468	+ 82	+ 689	328	849	-521	298	111	+187
1993 ²⁾	100	353	-253	2.853	2.317	+ 537	+ 796	389	758	-369	352	107	+245
1994 ²⁾	107	377	-270	3.065	2.416	+ 648	+ 763	399	731	-333	343	93	+249
1995 ²⁾	98	390	-292	3.450	2.657	+ 793	+ 895	414	707	-294	306	86	+220
1996 ²⁾	140	534	-395	3.756	3.062	+ 693	+ 886	430	718	-288	307	117	+189
1997 ²⁾	166	611	-445	3.837	3.267	+ 570	+ 920	459	778	-319	274	169	+105
1998 ²⁾	88	728	-639	4.624	3.389	+1.235	+ 953	466	785	-318	445	165	+279
1999 ³⁾	113	583	-470	4.720	3.453	+1.267	+1.056	514	723	-210	546	238	+308
2000 ⁴⁾	177	589	-412	5.249	3.671	+1.578	+1.301	631	808	-178	365	350	+ 14
2000 ⁴⁾													
1. Quartal	38	140	-102	1.162	881	+ 281	+ 291	118	194	- 76	98	94	+ 4
2. Quartal	36	105	- 68	1.232	829	+ 403	+ 303	157	190	- 33	106	67	+ 39
3. Quartal	24	136	-112	1.279	900	+ 379	+ 343	152	215	- 62	78	88	- 10
4. Quartal	79	208	-129	1.575	1.061	+ 515	+ 364	203	210	- 7	82	101	- 19

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

¹⁾ Unwiderruflicher Euromrechnungskurs: 1 EUR = 137603 ATS.

²⁾ Endgültige Daten.

³⁾ Revidierte Daten.

⁴⁾ Provisorische Daten.

Zahlungsbilanz Österreichs, Jahres- und Quartalsergebnisse/IV

Leistungsbilanz														
Güter, Dienstleistungen und Einkommen														
Einkommen														
Erwerbseinkommen			Vermögenseinkommen											
			insgesamt			aus Direktinvestitionen			aus Portfolioinvestitionen			aus Sonstigem		
3100			3200			3300			3390			3700		
Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	
in Mio EUR ¹⁾														
1992 ²⁾	650	164	+486	5.249	6.835	-1.585	-229	607	- 836	753	2.338	-1.585	4.726	3.890
1993 ²⁾	650	244	+406	5.517	7.191	-1.675	- 67	623	- 690	1.028	3.216	-2.188	4.556	3.353
1994 ²⁾	698	242	+457	5.293	7.122	-1.829	195	1.146	- 951	1.155	3.226	-2.071	3.943	2.751
1995 ²⁾	741	253	+488	5.630	7.859	-2.228	9	1.547	-1.538	1.303	3.167	-1.863	4.318	3.145
1996 ²⁾	758	267	+491	6.851	8.056	-1.205	530	1.399	- 869	1.500	3.586	-2.087	4.821	3.071
1997 ²⁾	811	304	+507	7.743	9.600	-1.857	736	1.741	-1.005	1.971	4.052	-2.081	5.036	3.807
1998 ²⁾	841	336	+505	8.034	10.318	-2.284	680	1.733	-1.053	2.286	4.645	-2.359	5.068	3.940
1999 ³⁾	957	397	+560	10.623	13.765	-3.142	849	1.927	-1.078	3.228	5.826	-2.598	6.546	6.012
2000 ⁴⁾	989	414	+574	11.746	14.689	-2.943	1.212	2.257	-1.045	4.651	7.330	-2.679	5.883	5.102
2000 ⁴⁾														
1. Quartal	234	94	+141	2.531	3.481	- 950	295	565	- 270	963	1.619	- 656	1.273	1.297
2. Quartal	241	107	+135	2.924	3.536	- 612	296	564	- 268	1.221	1.839	- 618	1.407	1.133
3. Quartal	237	99	+138	2.981	3.642	- 661	297	564	- 267	1.195	1.866	- 671	1.490	1.213
4. Quartal	276	115	+161	3.309	4.030	- 721	324	564	- 240	1.272	2.007	- 734	1.713	1.459

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

¹⁾ Unwiderruflicher Euromrechnungskurs: 1 EUR = 137603 ATS.

²⁾ Endgültige Daten.

³⁾ Revidierte Daten.

⁴⁾ Provisorische Daten.

													Einkommen		
													insgesamt		
übrige unternehmensbezogene, freiberufliche und technische Dienstleistungen			Dienstleistungen für persönliche Zwecke, Kultur und Freizeit			Regierungsleistungen a. n. g.			Nicht aufteilbare Leistungen						
2730			2870			2910			9820			3000			
Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	
1.235	1.508	-273	90	115	-25	330	89	+241	3.807	1.429	+2.378	5.899	6.999	-1.100	
1.316	1.452	-135	109	112	- 4	336	88	+247	4.336	3.041	+1.295	6.167	7.436	-1.269	
1.560	1.591	- 31	135	122	+13	435	124	+311	4.777	2.707	+2.071	5.991	7.364	-1.373	
1.836	1.864	- 28	118	142	-24	381	111	+270	2.948	2.438	+ 510	6.372	8.112	-1.741	
2.133	2.227	- 94	155	175	-20	424	105	+320	3.515	2.520	+ 995	7.608	8.323	- 715	
2.185	2.320	-136	187	220	-33	342	122	+220	4.553	5.796	-1.243	8.555	9.904	-1.349	
2.760	2.439	+321	189	205	-17	475	113	+362	4.507	6.052	-1.545	8.875	10.654	-1.779	
2.604	2.492	+112	210	194	+15	413	109	+304	6.690	9.112	-2.422	11.580	14.162	-2.582	
2.952	2.512	+440	208	188	+20	318	85	+233	6.695	10.529	-3.834	12.735	15.103	-2.368	
655	593	+ 62	62	50	+12	133	20	+113	1.090	2.275	-1.184	2.766	3.575	- 809	
666	572	+ 94	53	47	+ 7	69	22	+ 47	1.726	2.252	- 526	3.165	3.643	- 478	
706	597	+109	43	44	- 2	64	29	+ 35	1.853	2.976	-1.122	3.219	3.741	- 522	
926	750	+176	50	47	+ 3	52	13	+ 38	2.025	3.027	-1.001	3.585	4.145	- 560	

													Vermögensübertragungen und Kapitalbilanz							
													insgesamt		Vermögensübertragungen					
laufende Transfers													insgesamt							
insgesamt													öffentlicher Sektor		privater Sektor					
Netto	3790			Netto	3800			Netto	3900			9960	9940							
	Credit	Debet		Credit	Debet			Credit	Debet		Saldo	Credit	Debet	Netto						
+ 836	1.043	1.848	- 805	157	646	- 489	886	1.202	-316	- 226	197	453	-257							
+1.203	1.069	1.919	- 851	152	718	- 566	917	1.201	-284	+1.460	208	779	-571							
+1.192	1.133	2.029	- 896	169	771	- 602	964	1.258	-294	+2.914	547	779	-232							
+1.173	2.175	3.429	-1.254	1.375	2.415	-1.040	799	1.014	-214	+4.844	395	598	-203							
+1.750	2.422	3.790	-1.367	1.503	2.631	-1.128	919	1.159	-240	+3.736	454	529	- 75							
+1.229	2.575	4.080	-1.506	1.520	2.889	-1.369	1.055	1.191	-136	+5.337	521	632	-111							
+1.128	2.614	4.352	-1.738	1.480	2.828	-1.349	1.134	1.523	-389	+5.223	431	738	-308							
+ 534	2.739	4.641	-1.902	1.590	3.000	-1.411	1.149	1.641	-492	+6.242	522	769	-248							
+ 781	3.137	4.602	-1.465	1.848	2.996	-1.148	1.290	1.606	-316	+4.654	551	1.036	-486							
- 24	858	1.199	- 341	534	803	- 268	323	396	- 73	+ 145	123	195	- 72							
+ 274	561	1.173	- 612	260	793	- 533	301	380	- 79	+1.364	122	240	-118							
+ 277	607	1.043	- 435	304	651	- 348	303	391	- 88	+1.593	96	182	- 86							
+ 254	1.112	1.188	- 76	749	749	+ 1	362	439	- 77	+1.553	210	420	-210							

Zahlungsbilanz Österreichs, Jahres- und Quartalsergebnisse/V

Vermögensübertragungen und Kapitalbilanz

	Vermögensübertragungen						Kapitalbilanz								
	unentgeltliche Vermögensübertragungen						Erwerb/Veräußerung von nicht produzierten oder nichtfinanziellen Vermögensgegenständen			insgesamt			Direktinvestitionen		
	öffentlicher Sektor			privater Sektor			4800	9950	5000	5050	insgesamt		im Ausland		
	4010	4010	Netto	4300	4300	Netto					Credit	Debet	Netto	Saldo	Saldo
Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto	Saldo	Saldo	Credit	Debet	Netto		
in Mio EUR ¹⁾															
1992 ²⁾	x	x	x	197	453	-257	x	x	x	+ 31	- 211	275	1.631	-1.356	
1993 ²⁾	x	x	x	208	779	-571	x	x	x	+2.031	- 46	455	1.462	-1.006	
1994 ²⁾	x	x	x	547	779	-232	x	x	x	+3.147	+ 702	385	1.428	-1.043	
1995 ²⁾	31	x	+ 31	355	596	-241	9	2	+ 7	+5.047	+ 567	596	1.424	- 828	
1996 ²⁾	168	x	+168	282	527	-245	4	3	+ 2	+3.812	+1.917	530	2.018	-1.488	
1997 ²⁾	186	3	+182	291	599	-308	44	29	+15	+5.448	+ 591	10.733	12.495	-1.762	
1998 ²⁾	166	57	+109	244	649	-405	20	32	-11	+5.531	+1.609	1.717	4.186	-2.469	
1999 ³⁾	201	15	+186	268	727	-459	53	28	+25	+6.489	- 49	6.402	9.175	-2.773	
2000 ⁴⁾	164	9	+154	344	972	-628	43	55	-12	+5.140	+6.469	1.682	5.145	-3.462	
2000 ⁴⁾															
1. Quartal	49	0	+ 48	59	158	- 99	15	36	-21	+ 216	+ 575	318	986	- 669	
2. Quartal	49	1	+ 48	65	233	-169	9	6	+ 3	+1.481	+ 265	798	671	+ 127	
3. Quartal	22	5	+ 17	67	169	-102	7	8	- 1	+1.679	- 252	206	1.904	-1.698	
4. Quartal	43	3	+ 41	153	412	-259	13	5	+ 8	+1.763	+5.881	360	1.583	-1.223	

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

¹⁾ Unwiderruflicher Euroumrechnungskurs: 1 EUR = 137603 ATS.

²⁾ Endgültige Daten.

³⁾ Revidierte Daten.

⁴⁾ Provisorische Daten.

Zahlungsbilanz Österreichs, Jahres- und Quartalsergebnisse/VI

Vermögensübertragungen und Kapitalbilanz

Kapitalbilanz

sonstige Investitionen

	insgesamt													
	Forderungen													
	insgesamt			Handelskredite			Kredite			Sicht- und Termineinlagen				
	7000	7030	7060	7140	7150	7190	7220	Banken		7250	7300	7310	7320	7330
Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	insgesamt	davon langfristig	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo
in Mio EUR ¹⁾														
1992 ²⁾	-3.041	- 5.838	+ 73	- 2.680	x	- 35	-2.048	- 641	- 596	-3.396	x	+ 108	-2.762	- 741
1993 ²⁾	-1.662	- 4.293	+145	- 601	x	+135	- 327	+ 87	- 409	-3.624	x	- 8	-3.959	+ 342
1994 ²⁾	+2.949	- 2.311	-291	- 734	x	-109	+ 219	+ 474	- 843	-1.242	- 13	+ 25	-1.459	+ 205
1995 ²⁾	-2.078	- 7.414	+262	- 1.599	x	+140	-1.745	-1.611	+ 6	-5.877	- 95	- 100	-6.172	+ 491
1996 ²⁾	+4.020	+ 651	+785	- 2.734	x	+ 8	-1.760	-1.248	- 981	+2.102	+ 107	+ 454	+2.556	-1.015
1997 ²⁾	+ 46	- 4.526	+211	- 3.770	x	+ 9	-3.005	-1.851	- 774	+ 964	- 0	- 385	+1.059	+ 290
1998 ²⁾	+ 742	- 825	+641	- 3.836	x	+ 55	-2.456	-1.985	-1.435	+2.401	- 16	- 429	+2.952	- 106
1999 ³⁾	+7.936	- 5.262	-639	-11.417	-1.004	+ 77	-7.941	-3.936	-2.549	+6.863	+2.972	+ 281	+3.191	+ 419
2000 ⁴⁾	-2.812	-15.677	-998	-10.084	+ 874	+ 16	-9.408	-5.048	-1.565	-4.647	+ 703	- 991	-5.339	+ 979
2000 ⁴⁾														
1. Quartal	-2.520	- 7.685	-283	- 3.523	+ 663	+ 3	-3.743	- 639	- 446	-3.821	- 63	- 300	-2.308	-1.149
2. Quartal	- 44	- 576	-231	- 3.284	- 946	+ 6	-2.107	-1.264	- 237	+2.736	+4.468	- 485	-1.874	+ 627
3. Quartal	-1.314	- 7.360	-178	- 1.315	+1.256	+ 7	-2.029	-1.918	- 549	-5.981	-2.792	+ 794	-3.598	- 385
4. Quartal	+1.066	- 56	-305	- 1.962	- 100	- 0	-1.529	-1.226	- 333	+2.418	- 909	-1.000	+2.441	+1.886

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

¹⁾ Unwiderruflicher Euroumrechnungskurs: 1 EUR = 137603 ATS.

²⁾ Endgültige Daten.

³⁾ Revidierte Daten.

⁴⁾ Provisorische Daten.

in Österreich			Portfolioinvestitionen									
			insgesamt					inländische Wertpapiere				
5550 Credit	Debet	Netto	6000 Saldo	ausländische Wertpapiere			inländische Wertpapiere					
				6020 Saldo	6100 Saldo	langfristige festverzinsliche Wert- papiere 6200 Saldo	Geldmarkt- papiere 6300 Saldo	6520 Saldo	Anteils- papiere 6600 Saldo	langfristige festverzinsliche Wert- papiere 6700 Saldo	Geldmarkt- papiere 6800 Saldo	
1.371	227	+1.144	+5.390	- 2.172	- 144	- 2.013	- 16	+ 7.562	+ 125	+ 5.032	+2.405	
1.251	290	+ 961	+5.547	- 1.596	- 513	- 1.019	- 64	+ 7.143	+1.006	+ 8.121	-1.985	
2.028	283	+1.745	+ 292	- 3.744	- 727	- 2.834	- 184	+ 4.036	+1.093	+ 2.983	- 39	
2.466	1.071	+1.395	+7.346	- 2.073	- 400	- 1.780	+ 108	+ 9.418	+ 910	+ 9.073	- 565	
3.819	414	+3.405	-1.631	- 6.396	- 887	- 5.024	- 485	+ 4.764	+2.051	+ 3.610	- 896	
3.503	1.150	+2.354	+1.374	- 8.800	- 2.123	- 7.038	+ 361	+10.174	+2.327	+ 6.720	+1.127	
6.037	1.959	+4.078	+5.902	-10.116	- 4.672	- 5.775	+ 331	+16.018	+ 908	+14.806	+ 304	
5.081	2.357	+2.724	-2.944	-27.214	- 4.942	-22.114	- 158	+24.270	+2.002	+18.736	+3.532	
11.596	1.664	+9.932	+1.056	-28.462	-16.620	-10.991	- 851	+29.518	+2.031	+25.519	+1.968	
1.439	195	+1.244	+1.723	- 8.518	- 3.096	- 5.029	- 393	+10.241	+ 274	+ 8.126	+1.841	
676	538	+ 138	+1.112	- 7.718	- 3.357	- 3.678	- 683	+ 8.830	+ 476	+ 7.630	+ 724	
1.689	243	+1.446	+2.962	- 6.827	- 1.990	- 2.006	-2.831	+ 9.789	+ 601	+ 7.601	+1.587	
7.793	689	+7.104	-4.741	- 5.399	- 8.177	- 278	+3.056	+ 658	+ 680	+ 2.161	-2.184	

sonstige Forderungen					Verpflichtungen						
					insgesamt		Handels- kredite	Kredite			
insgesamt	Währungs- behörden	öffentlicher Sektor	Banken	sonstige Sektoren	insgesamt	Handels- kredite	Kredite				
7360 Saldo	7370 Saldo	7400 Saldo	7430 Saldo	7460 Saldo	7530 Saldo	7560 Saldo	7640 Saldo	7650 Saldo	7690 Saldo	7720 Saldo	7750 Saldo
+ 165	x	+144	+ 45	- 25	+ 2.797	- 182	+1.279	x	+ 299	- 168	+1.148
- 213	x	- 58	- 68	- 87	+ 2.631	- 29	- 101	x	- 324	- 249	+ 472
- 45	x	- 73	- 68	+ 96	+ 5.260	+ 509	+1.013	x	+1.355	+ 140	- 481
- 199	x	-209	- 170	+180	+ 5.336	- 218	+1.189	x	+ 485	+ 102	+ 602
+ 497	x	-213	+1.056	-345	+ 3.369	- 73	+ 116	x	- 153	+ 209	+ 61
-1.930	x	-216	-1.412	-303	+ 4.572	+ 355	- 382	x	- 134	+ 78	- 325
- 30	-120	-111	+ 190	+ 10	+ 1.566	- 266	+ 59	- 0	+ 333	+ 173	- 447
- 69	-	- 70	+ 140	-139	+13.198	+1.181	+1.848	+477	+ 17	+ 568	+ 786
+ 51	-	-111	+ 315	-152	+12.865	+ 231	+2.573	-664	- 119	+2.453	+ 904
- 57	-	- 17	+ 64	-104	+ 5.165	+ 58	- 121	-561	- 19	+ 475	- 16
+ 203	-	- 18	+ 210	+ 11	+ 532	- 122	+ 166	+110	- 71	- 378	+ 505
+ 113	-	- 38	+ 147	+ 4	+ 6.046	+ 169	+ 951	-208	- 2	+1.268	- 107
- 207	-	- 38	- 106	- 63	+ 1.122	+ 126	+1.577	- 6	- 27	+1.088	+ 521

Zahlungsbilanz Österreichs, Jahres- und Quartalsergebnisse/VII

Vermögensübertragungen und Kapitalbilanz

Kapitalbilanz

	sonstige Investitionen								Finanzderivate			offizielle Währungsreserven ¹⁾		
	Verpflichtungen								insgesamt	Forde- rungen	Verpflich- tungen	insgesamt	Gold	
	Sicht- und Termineinlagen				sonstige Verpflichtungen									
	insgesamt	Währungs- behörden	Banken		insgesamt	Währungs- behörden	öffentlicher Sektor	Banken	sonstige Sektoren					
		insgesamt	davon kurzfristig 7835											
	7810	7830	7835	7860	7870	7900	7930	7960	9100	6400	6900	8000	8100	
	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Saldo	Netto	
in Mio EUR ²⁾														
1992 ³⁾	+1.614	x	+1.614	+1.298	+ 86	x	-118	+130	+ 74	- 89	- 89	x	-2.017	x
1993 ³⁾	+2.693	x	+2.693	+3.543	+ 68	x	-117	+151	+ 34	+120	+120	x	-1.929	x
1994 ³⁾	+3.416	x	+3.416	+3.111	+322	x	- 55	+278	+ 99	- 28	- 28	x	- 768	x
1995 ³⁾	+4.086	x	+4.086	+3.251	+279	x	-117	+303	+ 93	+213	+213	x	-1.001	x
1996 ³⁾	+3.869	x	+3.869	+4.225	-544	x	-385	-181	+ 23	+315	+315	x	- 809	x
1997 ³⁾	+4.808	x	+4.808	+3.611	-210	x	-150	- 71	+ 11	+829	+624	+204	+2.608	x
1998 ³⁾	+1.465	x	+1.465	+1.823	+308	x	+138	+183	- 13	+193	+275	- 83	-2.914	-657
1999 ⁴⁾	+9.652	+157	+9.495	+8.418	+517	x	+ 45	+149	+323	-418	-510	+ 93	+1.963	+153
2000 ⁵⁾	+9.904	+122	+9.782	+9.880	+157	x	+319	+216	-379	-413	-390	- 23	+ 839	+280
2000 ⁵⁾														
1. Quartal	+5.504	+134	+5.370	+4.974	-276	x	-162	+103	-217	+449	+307	+142	- 11	-
2. Quartal	+ 457	- 11	+ 468	+ 825	+ 31	x	+ 93	- 2	- 59	-132	-171	+ 39	+ 281	-
3. Quartal	+4.804	+ 2	+4.802	+4.989	+122	x	+187	+ 51	-116	+ 66	+219	-153	+ 217	-
4. Quartal	- 861	- 3	- 858	- 908	+280	x	+202	+ 64	+ 13	-796	-745	- 51	+ 352	-

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

¹⁾ Seit Jahresbeginn 1999 werden – gemäß der neuen im Eurosystem einheitlichen Abgrenzung – unter der Position „offizielle Währungsreserven“ neben dem Goldbestand und der IWF-Position nur mehr jene Forderungen in Fremdwährung ausgewiesen, die die OeNB gegenüber Gebietsansässigen außerhalb des Eurowährungsgebiets hält. Alle anderen grenzüberschreitenden Forderungen und Verpflichtungen der OeNB sind den entsprechenden Finanzierungsinstrumenten zugeordnet.

²⁾ Unwiderruflicher Euroumrechnungkurs: 1 EUR = 137603 ATS.

³⁾ Endgültige Daten.

⁴⁾ Revidierte Daten.

⁵⁾ Provisorische Daten.

Sonder- ziehungs- rechte	Reserve- position IWF	Reserve- position EWI	Bargeld und Einlagen	Wert- papiere	Finanz- derivate	andere Forde- rungen	
8200 Netto	8300 Netto	8455 Netto	8456 Netto	8600 Netto	8770 Netto	8800 Netto	9980 Netto
x	x	x	x	x	x	x	+ 770
x	x	x	x	x	x	x	- 248
x	x	x	x	x	x	x	- 197
x	x	x	x	x	x	x	- 354
x	x	x	x	x	x	x	+ 443
x	x	x	x	x	x	x	+ 421
+ 0	-241	+2.856	- 204	-4.669	x	x	- 539
-79	+439	-	- 562	+2.010	x	x	- 32
+71	+177	-	+ 826	- 515	x	x	+1.223
- 3	+ 37	-	+ 299	- 344	x	-	+ 439
+ 8	+140	-	- 93	+ 227	x	-	+ 194
+63	-	-	- 577	+ 450	x	-	+ 574
+ 2	-	-	+1.198	- 848	x	-	+ 17

Referenzkurse der EZB¹⁾

	USA	Japan	Griechenland	Dänemark	Vereinigtes Königreich	Schweden	Schweiz	Island	Norwegen	Bulgarien	Zypern
	USD	JPY	GRD	DKK	GBP	SEK	CHF	ISK	NOK	BGN	CYP
	nationale Währungseinheiten pro EUR ²⁾										
Periodendurchschnitt											
1999	1'0668	121'43	325'74	7'4356	0'65920	8'8102	1'6004	x	8'3144	x	0'57887
2000	0'9240	99'53	336'64	7'4538	0'60945	8'4459	1'5577	75'01	8'1137	1'9490	0'57394
2000											
Jänner	1'0137	106'53	331'07	7'4439	0'61834	8'5968	1'6103	x	8'1215	x	0'57721
Februar	0'9834	107'64	333'18	7'4453	0'61466	8'5114	1'6069	x	8'0991	x	0'57592
März	0'9657	103'02	333'76	7'4476	0'61226	8'4149	1'6072	x	8'1179	x	0'57527
April	0'9470	99'92	335'22	7'4505	0'59802	8'2671	1'5740	x	8'1545	x	0'57452
Mai	0'9060	98'09	336'60	7'4570	0'60151	8'2410	1'5562	x	8'1994	x	0'57288
Juni	0'9492	100'71	336'64	7'4607	0'62927	8'3177	1'5608	x	8'2490	x	0'57456
Juli	0'9397	101'39	336'86	7'4589	0'62304	8'4070	1'5505	x	8'1755	x	0'57428
August	0'9041	97'76	337'27	7'4578	0'60710	8'3917	1'5506	x	8'0959	x	0'57271
September	0'8721	93'11	338'60	7'4627	0'60773	8'4145	1'5307	x	8'0266	x	0'57241
Oktober	0'8552	92'75	339'45	7'4472	0'58933	8'5245	1'5130	72'83	8'0032	1'9482	0'57241
November	0'8564	93'26	340'16	7'4564	0'60039	8'6289	1'5216	74'89	7'9950	1'9468	0'57241
Dezember	0'8973	100'61	340'70	7'4580	0'61342	8'6622	1'5137	77'30	8'1334	1'9520	0'57270
Höchste und tiefste Notierung im Jahr 2000											
höchste	1'0388 (6. 1.)	111'88 (23. 2.)	340'75 (15.–29. 12.)	7'4680 (18. 9.)	0'64020 (14. 6.)	8'8600 (27. 12.)	1'6147 (20. 1.)	78'80 (29. 12.)	8'3425 (30. 5.)	1'9557 (20. 12.)	0'57857 (31. 1.)
tiefste	0'8252 (26. 10.)	89'30 (26. 10.)	329'85 (3. 1.)	7'4404 (3. 1.)	0'57110 (3. 5.)	8'0550 (3. 5.)	1'5014 (23. 10.)	72'08 (20. 10.)	7'8735 (31. 10.)	1'9457 (25. 10.)	0'57240 (9. 5.)
Differenz in %	22'92	22'45	3'25	0'37	11'41	9'52	7'27	8'91	5'78	0'51	1'07

Lettland	Malta	Polen	Rumänien	Slowenien	Slowakische Republik	Türkei	Australien	Kanada	Hongkong	Neuseeland
LVL	MTL	PLN	ROL	SIT	SKK	TRL	AUD	CAD	HKD	NZD
nationale Währungseinheiten pro EUR ²⁾										

Periodendurchschnitt											
1999	x	x	4'2269	x	194'4215	x	x	1'6540	1'5857	x	2'0158
2000	0'5432	0'3968	4'0078	21.769'31	206'6200	43'381	591.425'79	1'5894	1'3712	6'7818	2'0279
2000											
Jänner	x	x	4'1603	x	199'8146	x	x	1'5421	1'4687	x	1'9716
Februar	x	x	4'0782	x	201'2455	x	x	1'5642	1'4270	x	2'0057
März	x	x	3'9502	x	202'6436	x	x	1'5850	1'4109	x	1'9772
April	x	x	4'0065	x	203'9081	x	x	1'5878	1'3890	x	1'9097
Mai	x	x	4'0731	x	204'9301	x	x	1'5703	1'3549	x	1'9355
Juni	x	x	4'1731	x	206'8081	x	x	1'5968	1'4018	x	2'0174
Juli	x	x	4'0528	x	207'8614	x	x	1'5978	1'3886	x	2'0394
August	x	x	3'9446	x	208'5482	x	x	1'5575	1'3406	x	2'0305
September	x	x	3'9174	x	209'1689	x	x	1'5749	1'2945	x	2'0882
Oktober	0'5324	0'3933	3'9670	20.985'77	209'9911	43'663	579.613'82	1'6176	1'2924	6'6682	2'1346
November	0'5376	0'3952	3'9000	21.488'91	211'4028	42'930	586.149'45	1'6387	1'3204	6'6789	2'1438
Dezember	0'5597	0'4020	3'8744	22.833'26	213'0077	43'551	608.514'11	1'6422	1'3679	6'9982	2'0905
Höchste und tiefste Notierung im Jahr 2000											
höchste	0'5764 (29. 12.)	0'4077 (27. 12.)	4'2627 (5. 1.)	24.142'— (29. 12.)	213'5990 (28. 12.)	43'990 (28. 12.)	625.000'— (27. 12.)	1'6770 (29. 12.)	1'5091 (6. 1.)	7'2610 (27. 12.)	2'1842 (13. 11.)
tiefste	0'5191 (26. 10.)	0'3883 (25. 10.)	3'8097 (11. 9.)	20.502'— (26. 10.)	198'7975 (4. 1.)	42'534 (22. 11.)	570.380'— (26. 10.)	1'5155 (4. 5.)	1'2491 (26. 10.)	6'4361 (26. 10.)	1'8212 (3. 5.)
Differenz in %	10'46	4'87	11'22	16'31	7'18	3'37	9'14	10'12	18'85	12'04	18'13

Quelle: Reuters, EZB, IWF.

¹⁾ Die im Tabellenkopf angeführten Abkürzungen stellen den ISO-Code dar.

²⁾ Unwiderruflicher Euromrechnungskurs: 1 EUR = 13'7603 ATS.

Tschechische Republik CZK	Estland EEK	Ungarn HUF	Litauen LTL
---------------------------------	----------------	---------------	----------------

				Periodendurchschnitt
36'880	15'6466	252'74	x	1999
35'603	15'6466	259'99	3'4788	2000
				2000
36'005	15'6466	254'91	x	Jänner
35'685	15'6466	256'12	x	Februar
35'583	15'6466	256'88	x	März
36'323	15'6466	258'45	x	April
36'549	15'6466	259'03	x	Mai
35'959	15'6466	259'73	x	Juni
35'608	15'6466	260'22	x	Juli
35'356	15'6466	260'88	x	August
35'440	15'6466	262'35	x	September
35'236	15'6466	262'92	3'4214	Oktober
34'609	15'6466	263'27	3'4262	November
34'834	15'6466	264'95	3'5889	Dezember
				Höchste und tiefste Notierung im Jahr 2000
37'202	15'6466	265'59	3'7231	höchste
(10. 5.)	x	(27. 12.)	(27. 12.)	
34'269	15'6466	246'80	3'3013	tiefste
(27. 11.)	x	(28. 11.)	(26. 10.)	
8'21	x	7'33	12'01	Differenz in %

Singapur SGD	Korea, Republik KRW	Südafrika ZAR	Sonderziehungs- rechte (SZR) XDR
-----------------	---------------------------	------------------	--

*in EUR für
1 Währungs-
einheit*

				Periodendurchschnitt
x	x	x	1'28325	1999
1'5177	1.015'1014	6'6100	1'43013	2000
				2000
x	x	x	1'35212	Jänner
x	x	x	1'36765	Februar
x	x	x	1'39026	März
x	x	x	1'41493	April
x	x	x	1'44654	Mai
x	x	x	1'40197	Juni
x	x	x	1'40859	Juli
x	x	x	1'44781	August
x	x	x	1'48409	September
1'4982	965'0995	6'3928	1'50486	Oktober
1'4970	990'6073	6'5770	1'49799	November
1'5580	1089'5942	6'8602	1'44247	Dezember
				Höchste und tiefste Notierung im Jahr 2000
1'6126	1.177'08	7'0392	1'54540	höchste
(29. 12.)	(29. 12.)	(29. 12.)	(26. 10.)	
1'4486	938'67	6'3267	1'32882	tiefste
(26. 10.)	(26. 10.)	(4. 10.)	(6. 1.)	
10'71	22'54	10'66	15'07	Differenz in %

Unwiderrufliche Euromrechnungskurse

	ISO-Code	1 EUR =
Belgien	BEF	40'3399
Deutschland	DEM	1'95583
Spanien	ESP	166'386
Frankreich	FRF	6'55957
Irland	IEP	0'787564
Italien	ITL	1.936'27
Luxemburg	LUF	40'3399
Niederlande	NLG	2'20371
Österreich	ATS	13'7603
Portugal	PTE	200'482
Finnland	FIM	5'94573

Quelle: EZB.

EWS II

	Dänemark DKK	Griechenland GRD
	1 EUR =	
Oberer Interventionspunkt	7'62824	406'075
Leitkurs	7'46038	353'109
Unterer Interventionspunkt	7'29252	300'143

Quelle: OeNB, EZB.

Effektive Wechselkursindizes des Euro (nominell und real)

Periodendurchschnitt	Effektiver Wechselkurs			
	nominell		real	
	Index 4. 1. 1999 = 100	Veränderung in %	Index Jänner 1999 = 100	Veränderung in %
1999	92,5	x	94,0	x
2000	82,9	-10,4	84,2	-10,3
2000				
Jänner	87,2	-11,5	88,7	-11,3
Februar	86,2	-10,7	87,7	-10,7
März	84,7	-10,9	86,1	-11,0
April	83,1	-11,5	84,3	-11,6
Mai	81,7	-12,7	82,7	-12,9
Juni	84,4	- 8,0	85,8	- 7,9
Juli	84,0	- 8,4	85,6	- 8,5
August	81,8	-11,3	83,3	-11,2
September	80,1	-11,3	81,4	-11,0
Oktober	79,0	-13,3	80,2	-13,0
November	79,7	-10,3	81,0	-10,0
Dezember	82,7	- 5,0	84,1	- 4,8

Quelle: BIZ.

PERIODISCHE PUBLIKATIONEN
DER OESTERREICHISCHEN NATIONALBANK

	<i>Erscheinungsweise</i>
Statistisches Monatsheft	<i>monatlich</i>
Focus on Statistics <i>englische Fassung des „Statistischen Monatshefts“</i>	<i>http://www.oenb.at</i>
Leistungsbilanz Österreichs, revidierte Jahresdaten <i>gegliedert nach Regionen und Währungen</i>	<i>jährlich</i>
Berichte und Studien	<i>vierteljährlich</i>
Focus on Austria <i>englische Kurzfassung der „Berichte und Studien“</i>	<i>vierteljährlich</i>
Focus on Transition	<i>halbjährlich</i>
Geschäftsbericht	<i>jährlich</i>
Annual Report <i>englische Übersetzung des „Geschäftsberichts“</i>	<i>jährlich</i>
Volkswirtschaftliche Tagung	<i>jährlich</i>
The Austrian Financial Markets – A Survey of Austria’s Capital Markets – Facts and Figures	<i>jährlich</i>

Eigentümer, Herausgeber und Verleger:

Oesterreichische Nationalbank

Für den Inhalt verantwortlich:

Mag. Wolfdietrich Grau, Sekretariat des Direktoriums/Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion:

Karin Fischer, Christiana Weinzettel, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen

Inhaltliche Gestaltung:

Mag. Manfred Fluch, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen

Ing. Mag. Johann Elsinger, Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland

Manfred Zipko, Abteilung Bilanzierung

Grafische Gestaltung:

Peter Buchegger, Sekretariat des Direktoriums/Öffentlichkeitsarbeit

Hannes Jelinek, Hausdruckerei

Fotografien:

Herbert Fidler, Foto Simonis, Ulrich Schnarr

Papier:

Salzer Demeter, 100% chlorfrei gebleichter Zellstoff, säurefrei, ohne optische Aufheller

Satz, Druck und Herstellung:

Oesterreichische Nationalbank, Hausdruckerei

Rückfragen:

Oesterreichische Nationalbank,

Sekretariat des Direktoriums/Öffentlichkeitsarbeit

Wien 9, Otto-Wagner-Platz 3

Postanschrift: Postfach 61, A-1011 Wien

Telefon: 01/404 20 Durchwahl 6666

Telefax: 01/404 20 Durchwahl 6696

Nachbestellungen:

Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für Post- und Aktenwesen

Wien 9, Otto-Wagner-Platz 3

Postanschrift: Postfach 61, A-1011 Wien

Telefon: 01/404 20 Durchwahl 2345

Telefax: 01/404 20 Durchwahl 2398

Internet:

<http://www.oenb.at>

DVR 0031577

Wien 2001